



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der wissenschaftlichen Arbeit

„Die Schwarzmeerpolitik der EU“

*Interessenlage der EU in der Schwarzmeerregion sowie
Handlungsrahmen österreichischer Akteure.*

Verfasser

Sven Straußschwandtner

Zur Erlangung des akademischen Grades

Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, am 30. Jänner 2012

Studienkennzahl: A300

Diplomarbeitsgebiet: Politikwissenschaft

Betreuer: Dr. Fritz Windhager

Persönliche Erklärung

Ich erkläre hiermit, dass ich die vorliegende schriftliche Arbeit selbstständig verfertigt habe und dass die verwendete Literatur bzw. die verwendeten Quellen von mir korrekt und in nachprüfbarer Weise zitiert worden sind. Mir ist bewusst, dass ich bei einem Verstoß gegen diese Regeln mit Konsequenzen zu rechnen habe.

Straßgschwandtner, Sven

Nachname, Vorname (in Blockschrift)

30. Januar 2012

Datum

Unterschrift

Dank & Widmung

Ich bedanke mich ganz besonders bei meiner Frau Claudia für die Unterstützung und die Geduld, die sie während meiner gesamten Studienzeit aufgebracht hat.

Diese Arbeit widme ich meinen Kindern Manuel, Nico und Celina und hoffe, damit eine Vorbildwirkung auf sie auszuüben.

Außerdem widme ich diese Arbeit meinen Eltern Manfred und Anita um ihnen damit für meine Erziehung und Entwicklung zu danken und ihnen dabei ein Stück davon zurückzugeben.

Vorwort

In der gegenständlichen Diplomarbeit befasste ich mich im weiteren Sinne mit der politikwissenschaftlichen Disziplin „Internationale Beziehungen“ bzw. im Detail mit der internationalen Politik der Europäischen Union in der Schwarzmeerregion. Bei der Suche nach einem Diplomarbeitsthema wurde ich rasch fündig, da ich im Wintersemester 2007/2008 das Proseminar „European Neighbourhood Policy (ENP)“ bei Frau Mag. Dr. Elisabeth Kübler und Frau Mag. Antonia Krische besuchte (eigentlich aus einer Not heraus, da es eine englischsprachige Lehrveranstaltung war und ich dieses für das Studium notwendige Seminar noch benötigte). Sehr rasch entwickelte sich ein hohes Interesse an dem Thema, da ich immer das Ziel bzw. den Anspruch hatte, einen Bereich zu wählen dessen Inhalt es ist eine gegenwärtige politische Praxis zu beschreiben.

Die Quellen, welche dieser Arbeit zugrunde liegen, sind in erster Linie jene Dokumente der Europäischen Kommission, die auch die vier Hauptbereiche dieser Arbeit darstellen:

- ENP – Europäische Nachbarschaftspolitik
- Black Sea Synergy – die Schwarzmeersynergie der EU
- Russland Strategie
- EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei

Daher werden diese Quellen auch als Primärliteratur in dieser Arbeit ausgewiesen bzw. als diese angesehen.

Darüber hinaus wird eine Reihe von Sekundärliteratur wie bereits verfasste wissenschaftliche Arbeiten, Artikel aus Fachzeitschriften und andere Fachliteratur verwendet. Des Weiteren wurden mehrere qualitative Interviews durchgeführt, deren Ergebnisse ebenfalls einen wichtigen und umfangreichen Teil dieser Arbeit ausmachen. Geographisch bezieht sich diese Arbeit auf die Schwarzmeerregion, welche etwas weiter gefasst ist als lediglich die Anrainerstaaten des Schwarzen Meeres.

Bedanken möchte ich mich bei meinem Betreuer Herrn Dr. Fritz Windhager für die Unterstützung bei der Themenkonkretisierung und für die Ermöglichung einiger

Experteninterviews, welche für die Gesamtbetrachtung des Themas von hoher Wichtigkeit waren.

Mit dem Abschluss dieser Arbeit und in weiterer Folge mit dem Abschluss meines Diplomstudiums schließe ich ein wichtiges Kapitel meines Lebens und einen wesentlichen Bestandteil der letzten Jahre ab. Obgleich ich hier weniger das Ende einer Phase sehe, als den Beginn eines neuen Lebensabschnittes.

Wie auch im Lebenslauf am Ende dieser Arbeit zu lesen ist, zählen für mich Aus- und Weiterbildung zu meinen Hobbys und wie das mit Leidenschaften eben so ist, wird auch dieses in irgendeiner Form weitergeführt werden!

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|-----------|
| VORWORT | 4 |
| 1. METHODEN, THEORIEN UND BEGRIFFSBESTIMMUNGEN | 10 |
| 1.1. AUFBAU DER ARBEIT UND METHODIK..... | 10 |
| 1.2. BEGRIFFSKLÄRUNG UND -DEFINITION | 10 |
| 1.3. THEORIEN DER INTERNATIONALEN BEZIEHUNGEN | 13 |
| 1.3.1. Neofunktionalismus (Ernst B. Haas) | 15 |
| 1.3.2. Akteurszentrierter Institutionalismus (Mayntz / Scharpf)..... | 16 |
| 1.3.3. Modellversuch „Makroregion“ | 17 |
| 2. DIE EUROPÄISCHE UNION ALS BEZIEHUNGSPARTNER | 20 |
| 2.1. DER NEUE OSTEN: DIE BEZIEHUNGEN ZUR EU HEUTE | 21 |
| 2.2. WIRTSCHAFTSKOOPERATION UND DEMOKRATIEFÖRDERUNG..... | 22 |
| 2.3. TERRITORIALE ZUSAMMENARBEIT..... | 38 |
| 3. NACHBARSCHAFTSPOLITIK IN DER SCHWARZMEERREGION | 48 |
| 3.1. DIE SCHWARZMEERREGION – EINE BESTIMMUNG UND ABGRENZUNG..... | 49 |
| 3.1.1. Perspektiven..... | 50 |
| 3.1.1.1. Geographische Perspektiven..... | 50 |
| 3.1.1.2. Historische Perspektiven | 52 |

| | | |
|-------------|---|------------|
| 3.2. | ENP - EUROPEAN NEIGHBOURHOOD POLICY..... | 54 |
| 3.2.1. | Europäische Nachbarschaftspolitik: Finanzierung..... | 58 |
| 3.2.1.1. | TACIS..... | 59 |
| 3.2.1.2. | MEDA..... | 60 |
| 3.2.1.3. | Europäisches Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument..... | 61 |
| 3.2.2. | Fortschritt der ENP und deren aktuelle Situation..... | 63 |
| 3.3. | SCHWARZMEERSYNERGIE | 65 |
| 3.4. | DIE RUSSLAND STRATEGIE..... | 71 |
| 3.5. | BEITRITTSOPTION - HERANFÜHRUNGSSTRATEGIE DER TÜRKEI | 75 |
| 4. | DIE SCHWARZMEERREGION AUS DER SICHT ÖSTERREICHISCHER AKTEURE | 79 |
| 4.1. | SICHTWEISEN WIRTSCHAFTLICHER AKTEURE..... | 80 |
| 4.2. | ZUR SICHTWEISE STAATLICHER AKTEURE | 86 |
| 5. | SCHLUSSFOLGERUNGEN UND OFFENE FRAGEN..... | 91 |
| 6. | ANHANG | 96 |
| 6.1. | ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS | 96 |
| 6.2. | ABBILDUNGEN UND TABELLENVERZEICHNIS | 98 |
| 6.3. | TRANSKRIPTION DER INTERVIEWS | 99 |
| 6.4. | QUELLENVERZEICHNIS/BIBLIOGRAPHIE | 150 |
| | BEILAGE A – ABSTRACT..... | 166 |
| | BEILAGE B – LEBENS LAUF | 170 |

Einleitung

Die Europäische Union (in weiterer Folge im Text auch mit der Abkürzung EU bezeichnet) ist als Staatenverbund von mittlerweile 27 Staaten eine Institution mit mehr als 500 Millionen Einwohnern. Obwohl Sie nicht als ein gemeinsamer Staat funktioniert hat sie dennoch die Interessen ihrer Mitglieder zu wahren und vor allem die Stabilität für seine Bürger sicherzustellen.¹ Dazu gehört auch die Kooperation und Zusammenarbeit mit Drittstaaten, vor allem wenn es um die Versorgung mit wichtigen Rohstoffen und Gütern aus diesen Ländern geht. Dabei hat die EU in seiner Gesamtheit mehr Gewicht, als jedes ihrer einzelnen Mitglieder. Neben der wichtigsten Ziele der EU, nämlich der Sicherstellung von Frieden und Stabilität in Europa sowie Sicherheit für Ihre Mitglieder hat die EU auch die Aufgabe, die Beziehungen zu anderen Ländern – sogenannten Drittländern – zu pflegen.² Dabei unterscheidet die EU im Rahmen der Nachbarschaftspolitik, der Politik zu Ländern, die geographisch an die Union angrenzen, je nachdem ob diese Staaten mögliche Bewerberländer sind oder nicht. Im Rahmen ihrer Nachbarschaftspolitik mit Nicht-Mitgliedsstaaten („Drittstaaten“) im südlichen Mittelmeerraum und im südlichen Kaukasus sowie mit einigen osteuropäischen Ländern, die allesamt keine Bewerberländer sind und deren künftige Beziehungen zur EU noch unklar sind, hat diese Handels- und Kooperationsabkommen geschlossen.³ Im Falle der östlichen Länder steht dabei vor allem die Versorgung mit den Ressourcen Öl und Gas augenscheinlich im Vordergrund.

Das Ziel der Arbeit ist es zum Einen festzustellen wie es die EU mit ihren Policies⁴ „Europäische *Nachbarschaftspolitik - ENP*“, „*Russland-Strategie*“, „*Schwarzmeer-synergie*“ und „*Beitrittsverhandlung mit der Türkei*“ schafft, im gesamten Schwarzmeerraum Kooperationen zu bilden und vor allem wie sie es schafft, die Ressourcen Erdgas und Erdöl für welche diese Region von sehr großer Bedeutung ist, für ihren eigenen Bedarf in den Mitgliedsländern sicherzustellen.

¹ Vgl. Europäische Union (Europa in Lektionen – Lektion 1)

² ebd

³ Vgl. Europäische Union (Europa in Lektionen – Lektion 3)

⁴ Aufgrund der fehlenden Unterscheidung und sprachlichen Differenzierung des Politikbegriffs in die drei Dimensionen polity (Form), policy (Inhalt) und politics (Prozess) in der deutschsprachigen politischen Bildung werden die angloamerikanischen Begrifflichkeiten in dieser Arbeit verwendet.

Den Methoden und Begrifflichkeiten, welche dieser Arbeit zugrunde liegen, sowie den politischen Theorien wird in Kapitel 1 Raum gegeben, um auch der politikwissenschaftlichen Disziplin „Politische Theorie und Ideengeschichte“ in dieser Arbeit gerecht zu werden.

Generell lässt sich zur Methodik festhalten, dass der Großteil dieser Arbeit auf Literaturrecherche basiert und diese Literatur zum größten Teil aus Online-Quellen bezogen wurde. Da die Arbeit in erster Linie aus der Aufarbeitung der zuvor genannten Policies besteht, deren allgemeine Dokumente als auch die Rechtsakte und Rechtsvorschriften allesamt online auf den Seiten der Europäischen Kommission zu finden sind wurde Print-Literatur vorwiegend als Sekundärliteratur herangezogen. Die Widrigkeiten der Arbeit bzw. bei der Recherche ergaben sich vor allem an den zum Teil schlechten Verweisen auf Abkürzungen und Begrifflichkeiten bzw. auch aus den teilweise verwirrenden Strukturen von Organisationen und Einrichtungen. Als Beispiel dafür sind die Strukturen und Dokumente der BSECO (Black Sea Economic Cooperation Organization) zu nennen. Hier wurden in einigen Dokumenten zum Beispiel die Abkürzung „BSEC“ und „BSECO“ verwendet und dem Verfasser wurde erst nach langem Suchen bewusst, dass mit beiden Abkürzungen das Selbe, nämlich die Organisation an sich gemeint war.⁵ Außerdem ergab sich die Situation, dass nach der Durchführung eines Experteninterviews mit einer Geschäftsführerin einer rumänischen Schwesterorganisation eines großen österreichischen Baukonzerns die Erlaubnis zur Verwendung der Inhalte, beziehungsweise die namentliche Nennung der Interviewpartnerin entzogen wurde, weshalb der Inhalt aus diesem Interview zwar Verwendung fand, jedoch eine korrekte Zitation nicht durchgeführt werden konnte!

Aus Gründen der einfacheren Lesbarkeit wird auf die geschlechterspezifische Differenzierung, wie z.B. Akteur/In, verzichtet. Entsprechende Begriffe gelten aber im Sinne der Gleichbehandlung grundsätzlich immer für beide Geschlechter.

⁵ Vgl. Deutscher Bundestag - Wissenschaftlicher Dienst (2007a)

1. Methoden, Theorien (Haas, Mayntz & Scharpf) und Begriffsbestimmungen

In diesem Abschnitt werden jene Methoden erläutert die verwendet wurden um diese Arbeit zu erstellen. Im Weiteren findet der Leser in diesem Kapitel einen Teil betreffend der wichtigsten Begriffsdefinitionen ohne die es nur sehr schwer wäre ein gemeinsames Verständnis zwischen Verfasser und Leser zu erreichen. Zu guter Letzt werden in diesem Abschnitt einige Zeilen den politischen Theorien der internationalen Beziehungen gewidmet um auch den hypothetischen Ansatz nicht außer Acht zu lassen.

1.1. Aufbau der Arbeit und Methodik

Die Arbeit gliedert sich in einen allgemeinen Teil, der in diesem Kapitel behandelt wird und dann in einen Abschnitt, welcher die generelle Rolle der EU in internationalen Beziehungen beleuchtet und ihre Diplomatenrolle hervorhebt. Danach folgt der wichtigste Abschnitt der Arbeit, die Analyse der eigentlichen Rolle der Europäischen Union als Nachbar in der Schwarzmeerregion. Wie bereits weiter oben im Text erklärt basiert die Arbeit in erster Linie auf der Analyse und Gegenüberstellung von Dokumenten der EU und zwar jene der Europäischen Nachbarschaftspolitik, der Schwarzmeersynergie, der Russland-Strategie, sowie jenen des Beitrittsprozesses der Türkei. Die meisten Dokumente stammen von der Europäischen Kommission, aber auch Veröffentlichungen anderer EU-Institutionen wurden zur Erstellung der Arbeit herangezogen.

Eine weitere noch wichtige Quelle in dieser Arbeit ist ein umfassender Anteil an Sekundärliteratur zur Europäischen Außenpolitik, welcher auch in der Analyse und Diskussion des Themas eingeflossen ist.

1.2. Begriffsklärung und -definition

In den Strategiedokumenten zur Europäischen Nachbarschaftspolitik und zur Schwarzmeersynergie ist immer wieder von der Stärkung von Stabilität, Wohlstand und Sicherheit die Rede bzw. wird auf das Interesse der EU an der Kräftigung von Sicherheit, Stabilität und Wohlstand in den Nachbar- und Schwarzmeerländern verwiesen.

Europäische Nachbarschaftspolitik: Das Ziel besteht darin, die Entstehung neuer Trennlinien zwischen der erweiterten EU und unseren Nachbarn zu verhindern und stattdessen Wohlstand, Stabilität und Sicherheit aller Beteiligten zu stärken.⁶

Schwarzmeersynergie: Seit dem EU-Beitritt von Rumänien und Bulgarien zählen mehr denn je Wohlstand, Stabilität und Sicherheit in den benachbarten Schwarzmeerstaaten zu den unmittelbaren Interessen der EU.⁷

Aus diesem Grund ist aus Sicht des Verfassers der Arbeit notwendig, diese Begriffe näher zu bestimmen und deren Bedeutung für die EU zu definieren. Letzteres – dies gleich vorweg – erwies sich bei der Recherche als schwierig, da sich weder Literatur dazu finden ließ noch eine direkte Anfrage dazu per E-Mail an die Kommission befriedigend beantwortet wurde.⁸

Es finden sich jedoch einige Definitionen zu diesen Begriffen in verschiedenen sozialwissenschaftlichen Lexika. So wird „SICHERHEIT“ als zentraler Begriff in der Lehre von internationalen Beziehungen bezeichnet, der in seiner Bedeutung Annahmen über Akteure und deren Handlungsmotive, sowie Strategien und Instrumente beinhaltet.⁹ Die erforderliche Sicherheitspolitik zur Erreichung von Sicherheit beschreibt zumeist das Ziel die politische und wirtschaftliche Sicherheit einer Gesellschaft gegenüber Bedrohungen von außen zu garantieren.¹⁰ In der Sicherheitspolitik finden sich immer mehr Aspekte wie mit „ökonomischer Sicherheit“ aber auch mit „ökologischer Sicherheit“ bzw. mit „Migrationsfragen“ umgegangen werden soll. Daraus ließe sich die Schlussfolgerung ableiten, dass diese Bereiche innerhalb der EU mehr an Bedeutung gewinnen – im Speziellen seit dem Ende des Ost-West Konflikts. Im Falle der Bestrebungen der Europäischen Union an der Schaffung von Sicherheit in den gegenständlichen Staaten ist davon auszugehen, dass es sich hierbei vor allem um die Schaffung von innerer Sicherheit handelt. Sicherheit, die den Staat als Souverän vor inneren Konflikten – hervorgerufen zum Beispiel durch

⁶ Europäische Kommission (2009d) o.s.

⁷ Europäische Kommission (2007c) - Mitteilung: "Die Schwarzmeersynergie - eine neue Initiative der regionalen Zusammenarbeit". KOM(2007) 160 endgültig, S. 2

⁸ Die Online-Anfrage zur Begriffsdefinition von „Wohlstand“, „Stabilität“ und „Sicherheit“ an die Europäische Kommission wurde folgendermaßen beantwortet:

„Sehr geehrter Herr, wir danken Ihnen für Ihre Nachricht vom 13.03.11 Für weitere Informationen konsultieren Sie bitte die folgende Website (EN):

http://ec.europa.eu/world/enp/index_en.htm

Mit freundlichen Grüßen, Ihr Zusammenfassungen der EU-Gesetzgebung-Team“ ...

E-Mail vom Mo 14.03.2011 von mailbox@scadplus.ec.europa.eu

⁹ Vgl. Nohlen (2005), S. 947

¹⁰ ebd S. 949

ökonomische Schwierigkeiten – schützen soll. Ein weiterer wichtiger Punkt im Bereich der Sicherheitsbemühungen und Sicherheitspolitik der EU liegt auf dem Fokus der Bekämpfung von Terrorismus. Im Falle der Wahrung der äußeren Sicherheit zählen Bestrebungen der EU durch Bündnispolitik und Abrüstungspolitik im Vordergrund und weniger die Unterstützung zur klassischen Abschreckungspolitik (Aneignung autonomer Kapazitäten – i.e. Waffen).¹¹

Stabilitätspolitik bezieht sich mehr auf wirtschaftliche Faktoren wie der Beeinflussung der Konjunktur. Sie orientiert sich an gesamtwirtschaftlichen Größen und stützt sich auf die Geld- und Fiskalpolitik, sowie auf Außenwirtschafts- und Einkommenspolitik.¹² Im engeren Sinne wird unter Stabilitätspolitik eine Politik zur Stabilisierung des Preisniveaus verstanden (Preispolitik).¹³ Für die EU ist dabei in erster Linie die Stabilität der Handelsbeziehungen interessant, jedoch ist Stabilität auch als wichtiger Faktor und Voraussetzung für innere Sicherheit zu sehen. Unter Stabilität in den jeweiligen Ländern mit denen die EU Außenbeziehungen führt, ist auch die politische Stabilität von Bedeutung. Sich ständig verändernde politische Verhältnisse bzw. sich ständig verändernde Akteure sind für langfristige diplomatische Beziehungen unbrauchbar.¹⁴

Selbstverständlich spielt für stabile Verhältnisse in einem Land auch der Wohlstand eine entscheidende Rolle.¹⁵ Wohlstand gehört zu den in der Literatur am Wenigsten definierten Begriffen. Im Bereich der Volkswirtschaft finden sich hierzu zumindest die Indikatoren mit denen Wohlstand messbar wird. Dazu zählen Indikatoren im Bereich des Gesundheitswesens (Anzahl von Ärzten oder Anzahl von Krankenhausbetten je Einwohner). Im Bildungsbereich wird die Zahl der Universitäten bzw. Schulen je Einwohner als Indikator herangezogen. Ein weiteres Beispiel in diesem Zusammenhang liefert die Messung des Freizeitangebotes gemessen an der Zahl von Sportstätten, Theatern, etc. oder aber auch die Umweltqualität (Schadstoffausstoß).¹⁶ Empfundener Wohlstand in Gesellschaften ist ebenfalls eine gute Basis zur Sicherstellung von Sicherheit und zur Schaffung von Stabilität.¹⁷ Wohlstand gehört dabei bestimmt zu den Begriffen mit der größten Bandbreite, da jener Wohlstand, der

¹¹ ebd S. 950

¹² ebd S. 1032

¹³ Vgl. Brockhaus (2008), S. 549

¹⁴ Vgl. Sunde, Uwe (2006)

¹⁵ Vgl. Radermacher Walter (2010).

¹⁶ Vgl. Lexikon der Volkswirtschaft, Beck S. 807

¹⁷ Vgl. Sunde, Uwe (2006)

zum Beispiel in Österreich vorherrscht, in anderen wirtschaftlich ärmeren Ländern wohl als Luxus bezeichnet werden würde.¹⁸

Dies ließe den Schluss zu, dass im Falle des Wohlstandes von einer Unterscheidung zwischen einem immateriellen Wohlstand und einem materiellem Wohlstand ausgegangen werden kann. Wohlstand lässt sich auch gut mit dem Lebensstandard vergleichen, der in der Volkswirtschaft ebenfalls mit Indikatoren wie BIP (Bruttoinlandsprodukt) und Pro-Kopf-Einkommen, aber auch mit Lebenserwartung, Alphabetisierungsrate und Bildung gemessen wird. Dabei ist wichtig festzuhalten, dass man zwar die für die Erhöhung des Wohlbefindens aufgewandten Mittel messen kann, aber nicht das Wohlbefinden selbst.¹⁹

Im Rahmen von politischen Entscheidungen und Wirkungsweisen wird bislang meist der materielle Wohlstand²⁰ berücksichtigt, jedoch sind im Rahmen der Veränderungen unserer Gesellschaft auch andere Aspekte von Wohlstand in den politischen Diskurs aufzunehmen, wie z. B. die geistige Entwicklung oder das seelische Gleichgewicht des Einzelnen. Der Geschäftsführer der Wiener Zeitung, Karl Schiessl, machte im Zuge des Alpbach Talks „Blackout oder Energieschub“, bei dem es vor allem um die Energieversorgung Europas ging, die Aussage, dass der Schlüssel zu Wohlstand die Energie sei.²¹ Auch diese Betrachtungsweise ist nachvollziehbar, da es zum Beispiel auch in einigen Ländern der Schwarzmeerregion Peripherie-Regionen gibt, die kaum Infrastruktur und auch kaum eine Energieversorgung (Strom, Gas, etc.) haben. Diese Regionen sind zumeist auch abseits des zuvor beschriebenen Wohlstands.²²

1.3. Theorien der internationalen Beziehungen

Jene Aktivitäten der EU, nämlich die der Beziehungen zu Drittstaaten, wird in der politikwissenschaftlichen Teildisziplin „Internationale Beziehungen“ behandelt. Dabei weist diese Disziplin neben einer großen Interdisziplinarität einen hohen theoretischen Gehalt auf, dessen Ansatz sich über die Jahrzehnte des letzten Jahrhunderts hinweg

¹⁸ Vgl. Radermacher Walter (2010). Keynote speech: „Messung des Wohlstandes und der Lebensqualität“. Bei Veranstaltung der Statistik Austria zum Thema „Neue Messgrößen für Wohlstand und Lebensqualität“ 10. Mai 2010

¹⁹ ebd

²⁰ Vgl. Deutscher Bundestag - Wissenschaftlicher Dienst (2007a)

²¹ Vgl. Karl Schiessl, Geschäftsführer der Wiener Zeitung (2011), bei Alpbach Talks am 14. Dez. 2011 in Wien

²² Vgl. Maierhofer, Interview: „Es gibt ländliche Gegenden (Anm. in Bulgarien), die überhaupt keine Infrastruktur haben.“

immer wieder verändert hat. Nicht alle miteinander konkurrierenden integrations-theoretischen Perspektiven, mit denen internationale Beziehungen zu beschreiben wären, lassen sich hier erläutern, da zum Einen nicht jede Theorie als geeigneter Erklärungsansatz zur Beschreibung der Schwarzmeer-Aktivitäten der EU dienlich wäre und da sich zum Anderen diese Arbeit nicht ausschließlich mit politischer Theorie und Ideengeschichte auseinandersetzt. Aber es wird versucht anhand zweier Beispiele moderner politischer Theorien das Verhältnis zwischen der politischen Realität und den politischen Werte so zu systematisieren, dass allgemeine Grundsätze und Regelmäßigkeiten sichtbar werden.²³

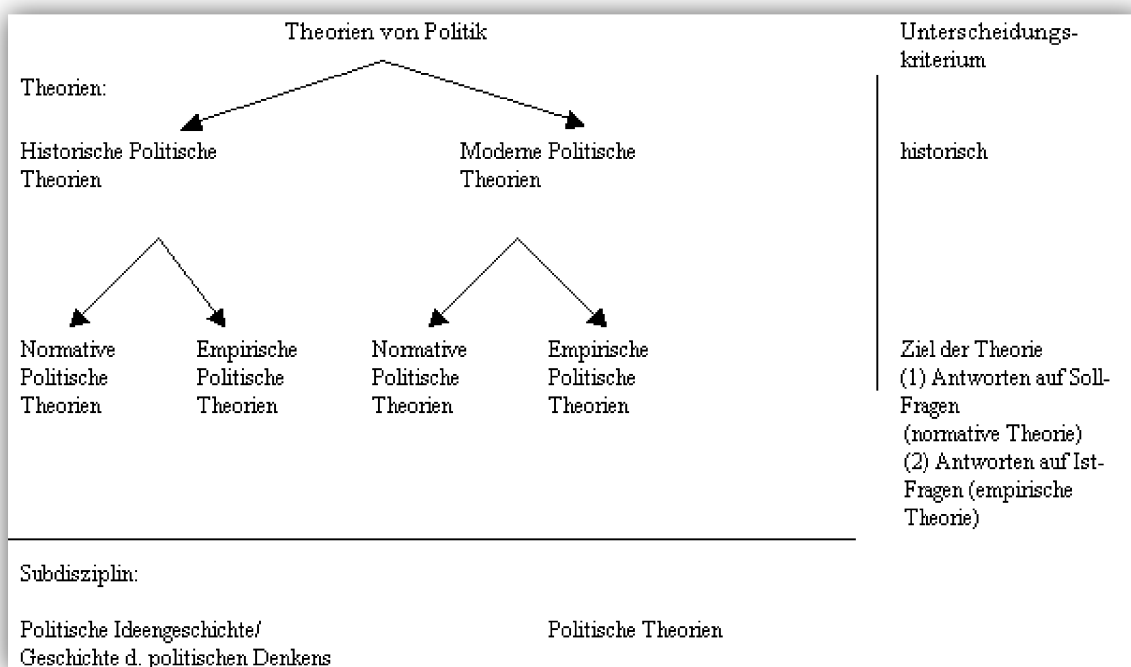


Abbildung 1

In Abbildung 1 wird versucht, die Wechselbeziehungen zwischen Theorie, politischer Praxis und gesellschaftlicher Entwicklung zu zeigen. Es gilt dabei zu analysieren, wie die politische Praxis aussieht, die in den verwendeten Quellen beschrieben wird und wie diese mit politischen Theorien zu vergleichen ist. In der Disziplin der politischen Theorie wird hauptsächlich zwischen Normativen Ansätze und empirisch-analytischen Ansätzen unterschieden. Es wurden im Folgenden zwei politische Theorien ausgewählt anhand derer versucht wird das Thema der Arbeit auf Theorieebene zu beschreiben.

²³ Vgl. Klaus, Klein in Bundeszentrale für Politische Bildung in Deutschland, http://www.bpb.de/popup/popup_lemmata.html?guid=DNO1QH, abgerufen am 2011-04-09

Dabei wurde sowohl ein normativer Ansatz (Akteurszentrierter Institutionalismus) ausgewählt, als auch ein empirisch-analytischer Ansatz (Neofunktionalismus).

1.3.1. Neofunktionalismus (Ernst B. Haas)

Der Neofunktionalismus scheint dem Autor als geeigneter Rahmen, um den europäischen Integrationsprozess – auch im Hinblick auf die Nachbarschaftspolitik der EU – in seiner Arbeit zu beschreiben. Der Neofunktionalismus wird auch als Urvater der empirisch analytischen Ansätze bezeichnet.²⁴ Als Begründer gilt der Politikwissenschaftler Ernst Bernard Haas²⁵ mit seinem Buch "The Uniting of Europe".

Der Kern von Haas's Analysen sind nicht die Interessen und das Handeln von nationalen Regierungen, sondern die sich aus der zunehmenden grenzüberschreitenden, transnationalen, gesellschaftlichen Interdependenz ergebenden politischen Handlungszwänge für die mit der Entscheidungsfindung betrauten politischen Akteuren²⁶. Haas stand aber auch unter dem Einfluss der pluralistischen Tradition des amerikanischen Behaviorismus und sieht daher auch eine wichtige Funktion in der Vielfalt von sozialen Interessen die in verschiedenen vertretenden Gruppen politisch aufgegriffen und einer Entscheidungsfindung zugeführt werden. Haas's Methode fußt auf der klassischen qualitativen Fallstudie. In seinem Hauptwerk „The Uniting of Europe“ beschreibt er die Kernbestandteile der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS).²⁷ Haas meint, dass einzelne Integrationsschritte (Movens) sich weiter ausdehnen und dadurch ein einmal begonnenes Integrationsprojekt sich Schritt für Schritt fortführt und in andere Projekte übergeht.²⁸ Unterstützt wird dieser Prozess durch sogenannte Loyalitätstransfers, die für Haas aber keine Voraussetzung sind, sondern sich vielmehr als logische Konsequenz ergeben. Dieses „Spill-over“ Konzept sieht Haas als Lernprozess, in dem Akteure durch erfolgreiche Kooperation ihre Sichtweise – vor allem bei den nationalen politischen Eliten – auf die neuen supranationalen Zentren ausrichten.

In ähnlicher Weise könnte man jetzt die Integrationspolicies und vor allem die darin stattfindenden Projekte der EU in den Schwarzmeerländern betrachten. Durch Analyse

²⁴ Vgl. Wolf (2006) in Bieling S. 65

²⁵ * 1924 in Frankfurt am Main; † 6. März 2003

²⁶ Vgl. Wolf (2006) in Bieling S. 67

²⁷ Ebd S. 69

²⁸ Ebd S. 73

bereits abgeschlossener Projekte und Prozesse wird ein Versuch dazu in dieser Arbeit erbracht werden (Siehe hierzu die Kapitel 2 und 3).

1.3.2. Akteurszentrierter Institutionalismus (Renate Mayntz / Fritz W. Scharpf)

Im akteurszentrierten Institutionalismus spielen wie der Name bereits vermuten lässt Akteure und Institutionen eine entscheidende Rolle. Der akteurszentrierte Institutionalismus erkennt Schwierigkeiten einer auf Generalisierbarkeit zielenden Sozialforschung an und berücksichtigt, dass Politik von menschlichen Akteuren gemacht wird, die nicht einfach von natürlichen Impulsen oder durch externe Faktoren angetrieben sind. Allerdings können sich die Sozialwissenschaften auf zwei Mechanismen stützen, jene die individuelle Wahrnehmungen strukturieren und Präferenzen standardisieren: Unternehmen und Haushalte streben nach einer Maximierung ihres ökonomischen Nutzens; politische und gesellschaftliche Institutionen sorgen außerhalb der ökonomischen Sphäre für Regelmäßigkeiten menschlichen Verhaltens indem sie durch Regeln die Orientierung in einer komplexen Umwelt erleichtern.²⁹ Bezogen auf die EU und ihre Schwarzmeerpoltik bedeutet dies, dass versucht wird mit den Akteuren der Partnerländer Kooperationen zu vereinbaren, den politischen und gesellschaftlichen Rahmen so zu verändern, dass zum einen Nachhaltigkeit (Stabilität) geschaffen werden kann und dass dadurch auch ein ökonomischer Nutzen erzeugt wird (z.B. Wirtschaftskooperationen).

Doch weder Haas's normativer Ansatz, noch der empirisch-analytische von Mayntz und Scharpf eignen sich tatsächlich, um die Aktivitäten der EU in der Schwarzmeerregion mit Hilfe der Integrationstheorien ideal zu beschreiben. In erster Linie deshalb, weil im Grunde nicht Integration im Sinne der EU-Erweiterung im Vordergrund der Betrachtungen steht, sondern vielmehr Kooperationen sowohl von EU-Mitgliedsstaaten, als auch von Drittländern. Als Ersatz lässt sich jedoch das Modell der Makroregion, das in der EU selbst per Definition als Vorbild für themenspezifische Zusammenarbeit in einem bestimmten Gebiet auch länderübergreifend herangezogen wird, verwenden.

²⁹ Vgl. Wagner (2006) in Bieling S. 251f

1.3.3. Modellversuch „Makroregion“

Das Konzept der Makroregion beschreibt ein Gebiet, das genügend gemeinsame Themen aufweist, um ein einheitliches strategisches Konzept zu rechtfertigen, umfasst aber mehrere Verwaltungsregionen in- und außerhalb der EU. Sie ist also sowohl eine territoriale- als auch eine funktionale Großregion, in der eine Gruppe von Staaten zusammenarbeitet, um strategische politische Ziele zu erreichen. Zwei der EU-Strategien, nämlich die Ostseestrategie und die Donaustrategie gelten dabei als Modellversuche makroregionaler Politik.³⁰

Die Makroregion Ostseeraum zum Beispiel, die 2009 ins Leben gerufen wurde, umfasst ein Gebiet, das sich mit dem Ziel einer stärkeren Zusammenarbeit zusammengeschlossen hat, um die wirtschaftlichen und ökologischen Probleme in dieser Region besser lösen zu können. Die Zusammenarbeit erfolgt in Form einer „makroregionalen Strategie“, mit der bereits bestehende sektorbezogene Formen der Zusammenarbeit besser koordiniert werden sollen. Im Mittelpunkt stehen die vier Bereiche Umwelt, Wohlstand, Erreichbarkeit und Sicherheit. Grundlage ist ein Aktionsplan mit 15 vorrangigen Zielen und 80 Vorzeigeprojekten.³¹ Den makroregionalen Konzepten der EU liegen in erster Linie die sogenannten „Drei Neins“ zugrunde. Diese besagen, dass sie erstens ohne zusätzliche Gelder (zusätzliche Budgettöpfe), zweitens ohne neue Gesetze der EU und drittens ohne neue Institutionen auszukommen haben.³² Das paradigmatische Potential der Makroregion hängt aber nicht nur davon ab, ob diese Handlungsebene durch legislative, finanzielle oder institutionelle Mechanismen manifest wird, sondern es ist auch darüber hinaus entscheidend, ob sich das Konzept „Makroregion“ überhaupt dazu eignet, auf das gesamte Territorium der EU ausgedehnt zu werden.³³ Wie im nächsten Kapitel in dieser Arbeit noch ersichtlich wird, führt die Kommission im Rahmen europäischer territorialer Zusammenarbeit viele transnationale Programme durch, die mit einem flächendeckenden Netz europäischer Großregionen korrespondieren. Das gegenwärtige System von Förderregionen bietet jedoch keine Grundlage, um die EU flächendeckend in Makroregionen einzuteilen. Wie vorhin erwähnt, definiert die Europäische Kommission eine Makroregion als ein Gebiet, das mehrere

³⁰ Vgl. Schymik (2011), S. 5

³¹ Vgl. Alfonsi, François - Europäisches Parlament (2011), S. 2

³² Vgl. Schymik (2011), S. 5f

³³ ebd, S. 23

Verwaltungsregionen umfasst, aber genügend gemeinsame Themen aufweist, um ein einheitliches strategisches Konzept zu rechtfertigen.³⁴ Diesem Verständnis entsprechend lassen sich an den beiden Strategien (Ostseestrategie und Donaunraumstrategie) vier konzeptionelle Anforderungen aufzeigen, die bei einer EU-weiten Ausdehnung makroregionaler Einheiten mit sich kämen:³⁵

1. Multifunktionalität: Mehrere funktionelle Problemstellungen wie zum Beispiel den vier Säulen der EU-Strategien: Umwelt, Wirtschaft, Infrastruktur und Sicherheit.
2. Transnationalität: Makroregionen sollten mehrere Mitgliedsstaaten, als auch eventuell Drittstaaten beinhalten.
3. Symmetrie: Das Größenverhältnis der beteiligten Staaten sollte nicht zu unterschiedlich sein, wobei nicht zwingend jeder Nationalstaat einer Makroregion gesamthaft zu betrachten ist, sondern teilweise nur die an der Makroregion partizipierende nationale Region.
4. Zugehörigkeit zum Territorium der EU: Hier gilt, dass der überwiegende Teil der Makroregion auch Territorium der EU sein sollte.

Diese vier Merkmale waren wichtige, beziehungsweise zum Teil erforderliche Voraussetzungen um die Ostsee- und Donaustrategie zu entwickeln. Um das Konzept Makroregion eventuell flächendeckend auszuweiten, sind territoriale Einheiten zu identifizieren, die diese Eigenschaften zumindest im Ansatz erfüllen (siehe Abbildung 2).³⁶ Ob die Erfüllung auch bei anderen Makroregionen in ähnlichem Ausmaß wie bei der Ostsee- und Donaustrategie möglich ist, ist fraglich. So wären zum Beispiel bei einer möglichen Adria-Strategie nur 3 von 7 Ländern Mitglieder der EU und in der Schwarzmeerregion sind es überhaupt nur halb so viele Mitglieder als Nichtmitglieder (2 von 6).³⁷

³⁴ ebd

³⁵ ebd, S. 24ff

³⁶ ebd, S.23

³⁷ ebd, S.27

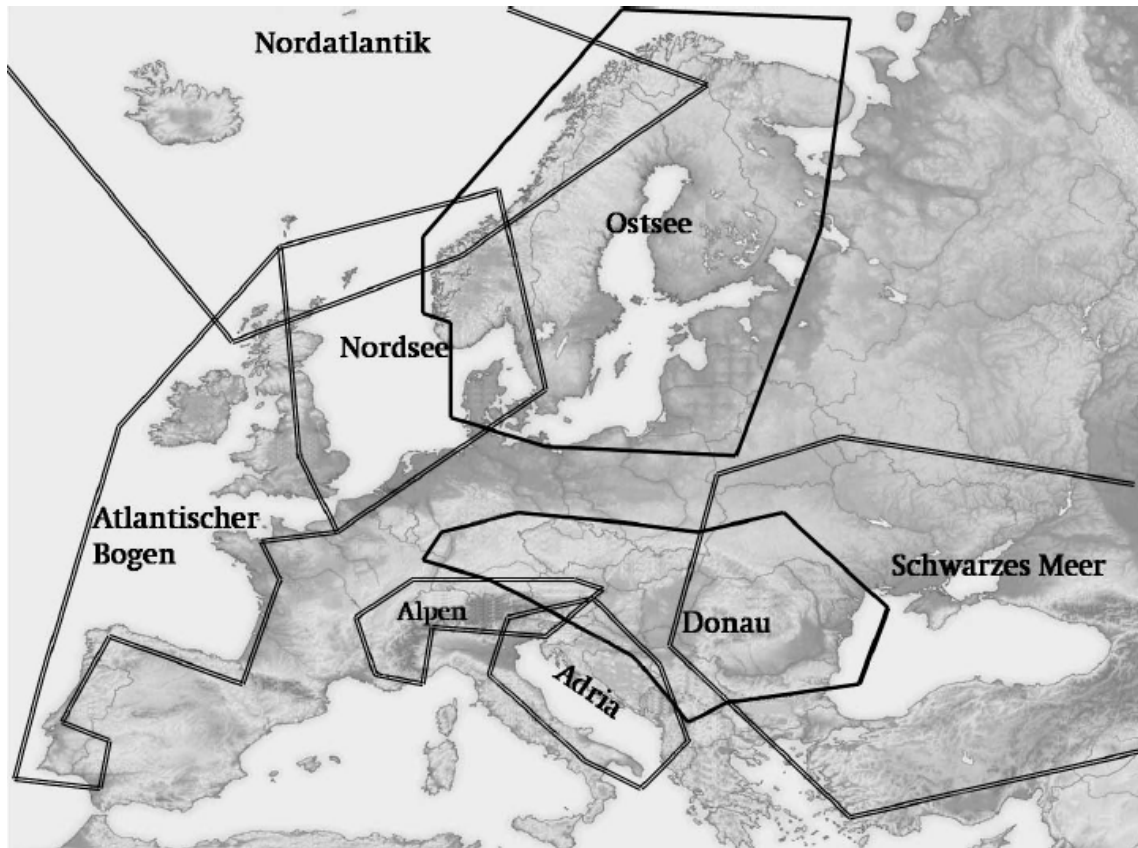


Abbildung 2: Existierende sowie potentielle Makroregionen der EU³⁸

Weder die „drei Neins“, noch die eben beschriebenen vier konzeptionellen Anforderungen treffen auf die Europäische Nachbarschaftspolitik oder die Russland-Strategie zu, jedoch lässt sich die Schwarzmeersynergie als makroregionale Strategie bezeichnen, wengleich die Punkte „Symmetrie“ und „Zugehörigkeit zum Territorium der EU“ weniger den EU Kriterien entsprechen. Dennoch spricht auch die EU von einer Umwandlung der Schwarzmeersynergie in eine Schwarzmeerstrategie als mögliche weitere Makroregion.

³⁸ Vgl. Schymik (2011), S.25

2. Die Europäische Union als Beziehungspartner

Obwohl Außenbeziehungen traditionell von den jeweiligen Nationalstaaten wahrgenommen werden, so hat die EU vor dem Hintergrund ihrer wachsenden Wirtschaftskraft bereits sehr früh ihre eigene Außen- und Sicherheitspolitik entwickelt. Durch die Einheitlichen Europäischen Akte (EEA) von 1986/1987 wurde erstmals eine europäische Zusammenarbeit vertraglich festgehalten.³⁹ Diese Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ) wurde 1992 mit dem Vertrag von Maastricht 1992 in die zu Deutsch „Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik“ oder kurz GASP umbenannt und als zweite der drei Säulen der EU in das rechtliche Rahmenwerk unter Titel V integriert.⁴⁰

Dieser Titel ersetzt die einschlägigen Bestimmungen der Einheitlichen Europäischen Akte und ermöglicht es den Mitgliedstaaten gemeinsame außenpolitische Maßnahmen zu treffen. Dieser Pfeiler beruht auf dem Verfahren der Regierungszusammenarbeit, wobei die meisten Beschlüsse einstimmig gefasst werden. Die Kommission und das Parlament sind hier kaum beteiligt und die Rechtsprechungsgewalt des Gerichtshofes erstreckt sich nicht auf dieses Sachgebiet.⁴¹ Anders als zuvor gelten nun beschlossene Standpunkte für alle Mitgliedstaaten als verbindlich.

Mit dem 1. Dezember 2009 trat der Vertrag von Lissabon in Kraft. Mit diesem wurden nicht nur die Institutionen der EU modernisiert und ihre Arbeitsmethoden optimiert, sondern nach dem Inkrafttreten des Lissabonner Vertrages hat der Europäische Rat Catherine Ashton zur Hohen Vertreterin der Union für Auswärtige Angelegenheiten und Sicherheitspolitik ernannt. Damit wurden die drei Ämter des Hohen Vertreters, des Außenkommissars und des Ratsvorsitzenden im Außenministerrat ersetzt. Die Hohe Vertreterin wird vom Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) unterstützt.⁴² Der EAD unterstützt die EU in ihren weltweiten Beziehungen. Infolge der institutionellen Reformen im Rahmen des Vertrags von Lissabon verfügt die EU über eine stärkere,

³⁹ Vgl. Einheitliche Europäische Akte, http://europa.eu/legislation_summaries/institutional_affairs/treaties/treaties_singleact_de.htm, abgerufen am 2011-04-26

⁴⁰ Vgl. Vertrag von Maastricht, http://europa.eu/legislation_summaries/economic_and_monetary_affairs/institutional_and_economic_framework/treaties_maastricht_de.htm, abgerufen am 2011-04-26

⁴¹ ebd

⁴² Vgl. EAD, http://eeas.europa.eu/index_de.htm - abgerufen am 2011-04-26

kohärentere und besser koordinierte Handlungsfähigkeit in auswärtigen Angelegenheiten.⁴³

Neben den Policies mit denen sich diese Arbeit in erste Linie befasst, gibt es eine Reihe weiterer Instrumente der EU mit deren Hilfe ihre vier Hauptziele verfolgt werden:

- Unterstützung der Stabilität
- Förderung der Menschenrechte und Demokratie
- Bemühung um die Verbreitung des Wohlstands
- Unterstützung der Durchsetzung der Rechtsstaatlichkeit und der verantwortungsbewussten Regierungsführung.

Die einzelnen Strategien und Policies reichen von bilateralen Vereinbarungen bis hin zu Leitlinien und Gesetzen.⁴⁴

2.1. Der neue Osten: die Beziehungen zur EU heute

Die Beziehungen und Partnerschaften in östliche Länder bzw. in Länder des ehemaligen Ostblocks stellen für die EU einen besonderen Schwerpunkt dar und daher wird der „Osten“ neben der Schwarzmeersynergie oder der Russland-Strategie auch noch in einer anderen Policy behandelt und zwar in der „Östlichen Partnerschaft“.

Östliche Partnerschaft

Die Policy „Östliche Partnerschaft“ (Eastern Partnership) befasst sich mit den Beziehungen zu Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien, Moldawien und der Ukraine (allesamt auch ENP Partnerländer). Dies umfasst neue Assoziierungsabkommen, einschließlich weitreichender und umfassender Freihandelsabkommen mit welchen das Ziel verfolgt wird, ein tieferes Engagement und eine schrittweise Integration in die EU-Wirtschaft. Auch die Vereinfachung der Einreisebedingungen in die EU durch eine schrittweise Liberalisierung der Visabestimmungen, flankiert von Maßnahmen zur Bekämpfung illegaler Einwanderung, stehen auf der Agenda.

⁴³ Vgl. EU-Gesetzgebung, http://europa.eu/legislation_summaries/foreign_and_security_policy/cfsp_and_esdp_implementation/rx0013_de.htm, abgerufen am 2011-04-30

⁴⁴ Vgl. EAD, http://www.eeas.europa.eu/policies/index_de.htm, abgerufen am 2011-04-30

Die Östliche Partnerschaft dient außerdem der Demokratieförderung und der guten Regierungsführung, der Stärkung von Energieversorgungssicherheit, der Förderung des Umweltschutzes, der Förderung der Kontakte zwischen den Menschen, der Unterstützung wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung und bietet zusätzliche Mittel für Projekte zur Reduktion eines sozioökonomischen Ungleichgewichts und zur Erhöhung der Stabilität⁴⁵. Eine mögliche Schlussfolgerung die auf Grund des Bestehens der Östlichen Partnerschaften und den auch tatsächlich bestehenden wirtschaftlichen Zusammenschlüsse mit den geförderten Gebieten gezogen werden könnte ist, dass diese Fördermaßnahmen zumindest im Wirtschaftsbereich fruchtbringende Kooperationen hervorgebracht haben und auch weiterhin hervorbringen. So wurde zum Beispiel von der Europäische Union und den Regierungen von Deutschland und Österreich bedeutende Mittel für die östliche Nachbarschaftsregion der Europäischen Union bereitgestellt, um diese für 70.000 Kleinst- und Kleinunternehmen in den neuen Zielländern zur Verfügung zu stellen.⁴⁶

Die Gründe für die starke Konzentration auf diesen Bereich erschließen sich dem Leser unter Punkt 2.2. (siehe nachfolgender Unterpunkt des Kapitels 2).

2.2. Wirtschaftskooperation und Demokratieförderung

Kooperationen im Bereich der Wirtschaft zur Förderung jener der eigenen Mitglieder sind für die EU der wichtigste und wohl auch eigennützigste Bereich der Zusammenarbeit. Gerade in diesem Bereich ist Nachhaltigkeit ein wesentlicher Faktor und diese kann nur dann gewährleistet werden, wenn die politischen Systeme der Partner in ähnlicher oder gleicher Weise funktionieren wie jenes der EU und ihrer Mitglieder.⁴⁷ Aus diesem Grund werden jene Politikfelder der Außenbeziehungen, die sich mit einem dieser beiden Bereiche auseinandersetzt, in einer gemeinsamen Kategorie behandelt. Auch wenn auf den ersten Blick nicht erkennbar ist, dass die folgenden Policies in diese Kategorien zu verorten sind, so verfolgen sie dennoch bei genauerer Betrachtung entweder wirtschaftsfördernde Ziele oder die Stabilisierung politischer Strukturen (auch im Zuge von sicherheitspolitischen Missionen wie im Fall des Zivilen Krisenmanagements).

⁴⁵ EAD, http://www.eeas.europa.eu/eastern/index_en.htm, abgerufen am 2011-05-01

⁴⁶ Vgl. Oesterreichische Entwicklungsbank AG (2009)

⁴⁷ Vgl. Sunde, Uwe (2006)

Ziviles Krisenmanagement

Seit ihrer Gründung ist die Europäische Gemeinschaft in allen Phasen der Krisenzyklen beteiligt. Angefangen von möglichen Präventionsstrategien bis hin zu Rehabilitations- und Wiederaufbaumaßnahmen nach Krisen. Sie stellt durch ihre Programme erhebliche Mittel für Länder in politischen Krisen zur Verfügung und zwar in Form spezieller Instrumente wie das Instrument für Stabilität.⁴⁸ Die Kommission legt großen Wert auf eine kohärente EU Annäherung bei Krisensituationen, immer abgestimmt auf die EU Instrumente und die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Dabei werden sowohl lokale Delegationen, als auch lokale Partner eng eingebunden. Im Zuge des zivilen Krisenmanagements wurden Missionen unter anderem in Mazedonien (Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien), im Kosovo, in Bosnien Herzegowina, in den besetzten palästinensischen Gebieten, im Kongo, im Sudan, in Darfur, im Tschad, in Somalia, in Afghanistan, in Moldawien, in der Ukraine, im Irak, in Georgien etc. durchgeführt.

Diese Missionen beinhalten hauptsächlich die Unterstützung von Polizei, Justiz und Zoll in Form von Reformen und den Aufbau von Kapazitäten. Sie erleichtern die Beendigung von Feindseligkeiten und die Einhaltung von Vereinbarungen. Dabei werden die größten Anstrengungen dafür aufgebracht, die Sicherheit von Zivilisten und Flüchtlingen zu gewährleisten, sowie jene der humanitären Helfer und des UN-Personals.

Aus österreichischer Sicht kennt man diesen Bereich vor allem durch die Missionen des österreichischen Bundesheers im Tschad oder Darfur. Dabei wurde das österreichische Kontingent unter anderem zum Schutz von Zivilpersonen, insbesondere von Flüchtlingen und Binnenvertriebenen, zur Verbesserung der allgemeinen Sicherheitslage, um humanitäre Hilfsleistungen zu erleichtern, zur Unterstützung von Maßnahmen, welche für die freiwillige Rückkehr der Flüchtlinge und Vertriebenen notwendig sind und zur Unterstützung der Grundlagen für den langfristigen zivilen Wiederaufbau eingesetzt.⁴⁹

⁴⁸ Mit der Einführung des Instruments für Stabilität (IfS) im Jahr 2007 hat die Europäische Kommission seine Arbeit im Bereich der Konfliktverhütung, Krisenbewältigung und Friedenssicherung deutlich intensiviert. Vgl.

⁴⁹ Vgl. Bundesministerium für Landesverteidigung – BMLV. URL: http://www.bmlv.gv.at/ausle/eufor_tschad/index.shtml, abgerufen am 26.9.2011

Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)

Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) ist jener Politikbereich der EU, der die Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten in den Bereichen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik beschreibt und ist damit der wichtigste Teil des „auswärtigen Handelns der Union“.⁵⁰ Ein Unterbereich der GASP ist die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) für die teilweise eigene Regeln gelten. Die GASP baut auf dem Grundsatz der „soft power“ auf, d.h. den Einsatz von diplomatischen Mitteln – nötigenfalls in Verbindung mit Handels-, Hilfs- und Friedenssicherungsmaßnahmen – zur Lösung von Konflikten und zur Förderung des internationalen Verständnisses.⁵¹

Die GASP wurde mit dem Vertrag von Maastricht 1992 eingerichtet. Es handelt sich dabei um eine rein zwischenstaatliche Kooperation der Regierungen. Wichtige Beschlüsse können grundsätzlich nur einstimmig von allen Mitgliedstaaten im Europäischen Rat oder im Rat der Europäischen Union gefasst werden. Im EU-Vertrag sind die Grundsätze zum auswärtigen Handeln der EU und die GASP in Art. 21 bis Art. 46 geregelt.

EU Außenpolitik gegen Drogen

Mit enormen Gewinnen für Händler sind Drogen eine der lukrativsten Waren für illegale Angebote geworden. Illegaler Drogenhandel hat Auswirkungen auf den öffentlichen Gesundheitsbereich, auf den sozialen Zusammenhalt und auf die politische Stabilität der betroffenen Länder. Um wirksame Maßnahmen gegen Drogenhandel und Drogen im Allgemeinen zu treffen, hat die EU die Prinzipien der internationalen Drogenpolitik auf der UN-Sondersitzung, der Generalversammlung zum Thema Drogen (UNGASS) im Jahr 1998, akzeptiert: Diese beinhalten eine gemeinsame Verantwortung, die Betonung des Multilateralismus, ausgewogene Konzepte, Entwicklung eines Mainstreams und den Respekt für Menschenrechte. Darüber hinaus hat die EU auch die sogenannte EU-Drogenstrategie 2005-2012⁵² erarbeitet, die ebenfalls ein Kapitel über die internationale Zusammenarbeit beinhaltet. Der EU-Aktionsplan 2009-2012⁵³ geht noch weiter, indem er Instrumente betreffend der alten und neuen Handelswege wie Westafrika unterstützt und zwar durch eine Vielzahl von Projekten, der Förderung

⁵⁰ Vgl. Deutscher Bundestag - Wissenschaftlicher Dienst (2007b)

⁵¹ Vgl. Europäische Union, http://europa.eu/pol/cfsp/index_de.htm, abgerufen am 2011-05-01

⁵² Rat der Europäischen Union (2004)

⁵³ Europäische Kommission (2008c)

von regionaler und interregionaler Zusammenarbeit und durch die Intensivierung finanziellen Unterstützung für Drittstaaten.⁵⁴

Die EU macht keine Unterschiede zwischen sogenannten weichen und harten Drogen oder zwischen natürlichen und synthetischen Drogen. Als strategischer Leitfaden für die Prioritäten im Rahmen ihrer internationalen Maßnahmen im Kampf gegen Drogen hat die EU damit begonnen, den Begriff der „drug routes“ (Drogen-Wege) in Form von Bewegung, beginnend beim Anbau bis hin zu Einstiegspunkte in den europäischen Markt und die Erzeuger- und Transitländer, zu definieren.⁵⁵

Bildung

Die EU verfolgt vier Ziele im Zuge der internationalen Zusammenarbeit im Hinblick auf die allgemeine und berufliche Bildung in den Ländern der Schwarzmeerregion:

- die Unterstützung von Drittländern bei ihren Modernisierungsbemühungen
- die Förderung gemeinsamer Werte zwischen verschiedenen Völkern und Kulturen
- die Weiterentwicklung der EU als ein Raum der Spitzenleistungen
- die Verbesserung der Humanressourcen der EU durch gegenseitiges Lernen und durch den Austausch bewährter Verfahren

Diese Ziele werden durch eine Reihe von Programmen unterstützt, mit denen ein Austausch und eine direkte Zusammenarbeit der Länder unterstützt und gefördert werden. Ein bei Studenten sehr gut bekanntes Programm ist das ‚Erasmus Mundus‘, das Studierenden auf der ganzen Welt die Möglichkeit bietet einen Abschluss an einer europäischen Universität zu machen. ‚Tempus‘ fördert die Modernisierung der Hochschulbildung in den EU-Nachbarländern. Das Programm finanziert nicht nur Partnerschaften zwischen Hochschuleinrichtungen innerhalb der EU und in Drittländern, sondern auch strukturelle Maßnahmen. Mit internationalen Programmen wie dem Bologna-Prozess kann die EU die Mobilität von Lehrern verbessern, die gegenseitige Anerkennung von Abschlüssen fördern und das Fachwissen in verschiedenen Bereichen verbreiten.⁵⁶

⁵⁴ Ebd, S. 28

⁵⁵ EAD, http://www.eeas.europa.eu/drugs/index_en.htm, abgerufen am 2011-05-01

⁵⁶ EAD, http://www.eeas.europa.eu/education/index_de.htm, abgerufen am 2011-05-01

Energie

Eine wachsende Nachfrage sowie Preisschwankungen aber auch zeitweise Unterbrechungen der Energieversorgung Europas fordern die EU dazu auf, eine gemeinsame und kohärente Energiepolitik zu betreiben. Die EU muss dazu Maßnahmen verabschieden und Partnerschaften schließen, welche die Sicherheit der Energieversorgung garantieren. In einem Vorschlag aus dem Jahr 2007 wurde ein Maßnahmenpaket für eine Energiepolitik vorgestellt, die einen Beitrag im Kampf gegen den Klimawandel leistet und gleichzeitig die Energiesicherheit und die Wettbewerbsfähigkeit in Europa verbessern sollte. Daran schloss sich ein Aktionsplan an, der die Notwendigkeit einer gemeinsamen Energieaußenpolitik unterstreicht und sowohl Verbraucher als auch Erzeuger und Transitländer berücksichtigt. Diese internationalen Partnerschaften bezogen sich auf die Verbesserung der Energieeffizienz und der Handelsabkommen, sowie auf den Energiedialog und anderer Kooperationsabkommen. Seitdem wurden für die Überprüfung der Energiestrategie neue Vorschriften eingeführt um die Sicherheit der Gasversorgung zu stärken.

Der wichtigste Partner der EU im Bereich der Energie ist im Moment Russland, aber auch Norwegen, die USA, Indien, China und die OPEC-Länder spielen eine entscheidende Rolle bezugnehmend auf die europäische Energiepolitik und die damit verbundenen energiepolitischen Bemühungen der Union.⁵⁷ Mit jedem dieser Länder werden Energiedialoge geführt. Mit den wichtigsten Energiepartnern hat die EU ein „*Memorandum of Understanding*“ unterzeichnet. Darüber hinaus wurden in diverse weitere regionale Initiativen wie auch bei der Schwarzmeersynergie oder auch bei der Östlichen Partnerschaft Energiekomponenten miteinbezogen.⁵⁸

Erweiterung

Auch die Erweiterung der EU unterliegt einer klaren Strategie und ist Teil der EU-Außenbeziehungs politik.

Jedes Land, dass die entsprechenden Bedingungen für einen Beitritt zur EU erfüllt kann beantragen als Kandidat zur Aufnahme in die EU zugelassen zu werden. Basierend auf dem Ansuchen des Europäischen Rates bewertet die Europäische Kommission die Fähigkeit des Antragstellers, die Bedingungen für eine Mitgliedschaft

⁵⁷ EAD, http://www.eeas.europa.eu/energy/index_de.htm, abgerufen am 2011-05-01

⁵⁸ ebd

zu erfüllen. Sofern eine positive Stellungnahme erfolgt und der Rat zustimmt besteht ein Verhandlungsmandat und die Diskussionen zwischen der Klägerin und der EU sind formal eröffnet.⁵⁹

Derzeit stehen fünf Länder auf der EU-Beitrittskandidatenliste: Kroatien, Island, Montenegro, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien und die Türkei. Albanien, Bosnien und Herzegowina, Serbien und der Kosovo haben gemäß der Resolution 1244 des UN-Sicherheitsrates den Status von potentiellen Kandidaten.⁶⁰

Umwelt - Green Diplomacy

Europa genießt es, einen der höchsten und strengsten Umweltstandards der Welt zu besitzen. Als einer der größten Verbraucher von Energieressourcen und anderen natürlichen Ressourcen ist man sich auch der Verantwortung bewusst, die Umweltauswirkungen dieses Verbrauchs auf ein so gering als mögliches Niveau zu begrenzen. Dafür reichen Umweltschutzmaßnahmen beschränkt auf die Grenzen von Europa jedoch nicht aus, um die Mitglieder der EU vor der Umweltzerstörung in anderen Teilen der Erde zu schützen. Um die Umwelt also wirksam zu schützen, braucht es globale Anstrengungen für die sich die EU über verschiedene Aktivitäten einsetzt. Ihr Einsatz reicht vom Abschluss der UN-Rahmenvereinbarung zum Thema Klimawandel, über die Verabschiedung des Kyoto-Protokolls bis hin zur Einrichtung des weltweit größten Emissionshandelssystems. Weiters hat die EU zahlreiche internationale Umweltabkommen unterzeichnet, zum Beispiel Abkommen zur biologischen Vielfalt, zum Klimawandel, zur Wüstenbildung, zur Luftverschmutzung und zum Schutz der Wasserläufe.⁶¹

Die Strategie der EU für die Einbeziehung der Umweltbelange bei Außenbeziehungen soll sicherstellen, dass Umweltbelange bei der Ausarbeitung und Durchführung der Außenpolitik berücksichtigt werden. Das Dokument fordert insbesondere, dass Umweltbelange in Demokratisierungsprogrammen, bei Konfliktprävention und Konfliktnachsorge berücksichtigt werden.

⁵⁹ EAD, http://www.eeas.europa.eu/enlargement/index_en.htm, abgerufen am 2011-05-01

⁶⁰ ebd

⁶¹ EAD, http://www.eeas.europa.eu/climate_change/index_de.htm, abgerufen am 2011-05-01

Das Thema „Umwelt“ wurde 2003 in die Außenbeziehungen der EU integriert, als das „Netz der Umweltdiplomatie“⁶² gegründet wurde. Dies ist eine Plattform für den Austausch von Informationen zwischen den Beamten von Ministerien der EU-Länder über Umweltfragen wie Klimawandel und erneuerbarer Energien.⁶³

EU-Zentren

Seit der Einführung der Initiative für EU Zentren in den Vereinigten Staaten und in Kanada im Jahr 1998 existierten bis Ende 2010 29 solcher Zentren in den USA, Kanada, Australien, Neuseeland, Japan, Südkorea, Singapur und Taiwan⁶⁴. Am 1. März 2011 wurden 3 weitere EU Zentren in Russland eröffnet und bis Ende 2011 sollen 3 weitere Zentren entstehen.

Die Ziele dieser Zentren sind:

1. Die Förderung eines besseren Verständnisses für die EU, deren Institutionen und Policies durch Herstellung eines Netzwerkes von EU Zentren in Universitäten, durch Bereitstellung von Informationen und Bildungsaktivitäten über die EU
2. Verbreitung von Informationen und EU Betrachtungsweisen auf Fragen der Interessen von regionalen Gemeinschaften
3. Steigerung des Bewusstseins über die politische, wirtschaftliche und kulturelle Bedeutung der Beziehungen zwischen der EU und dem jeweiligen Land

Die EU Zentren sind in einem breiten Spektrum von Aktivitäten involviert um ihre Ziele zu erfüllen, angefangen von Lehrplan-Aktivitäten (Lehrprogrammen) zur Forschung von EU-Themen, bis hin zu deren Verbreitung im Zusammenhang mit der EU und ihrer Politik. Die Vernetzung zwischen den einzelnen EU Zentren hat sich mit der Schaffung nationaler Netzwerk-Webseiten verbessert.

EU Wahlhilfe & Wahlbeobachtung

Wahlbeobachtung ist eine wichtige Tätigkeit der EU mit dem Ziel in allen Ländern der Erde Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit zu fördern. Dies trägt zur

⁶² Policy der Europäischen Kommission mit dem Titel: „Green Diplomacy Network“,

⁶³ EAD, http://www.eeas.europa.eu/climate_change/index_de.htm, abgerufen am 2011-05-01

⁶⁴ Liste der EU-Zentren per 14. April 2011

Stärkung demokratischer Institutionen und des Vertrauens der Öffentlichkeit in Wahlen bei. Diese Aktivitäten werden verstärkt, um Wahlbetrug zu vermeiden und die Einschüchterung und Gewalt gegen Wähler einzuschränken bzw. zu verhindern. Durch Wahlhilfe werden auch andere wichtige außenpolitische Ziele der EU, im speziellen die Friedens-Konsolidierung unterstützt.⁶⁵

Seit dem Jahr 2000 haben auf allen Kontinenten zusammengezählt über 60 EU Wahlbeobachtungsmissionen stattgefunden (mit Ausnahme der OSZE-Region, in der die OSZE selbst dafür Sorge trägt).⁶⁶

Die Wahlbeobachtung ermöglicht es den Beteiligten einen Wahlprozess nach internationalen Standards und nach der „best practice“ Methode⁶⁷ für demokratische Wahlen zu bewerten und durchzuführen. Diese Standards werden bei internationalen und regionalen Abkommen z.B. durch die OSZE festgelegt. Die Verpflichtung der Länder zur Einhaltung von Grundfreiheiten und politischen Rechten sind in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und im internationalen Abkommen über zivile und politische Rechte der Vereinten Nationen (UN) festgelegt.⁶⁸

Die EU ist der weltweit führende Akteur bei der Bereitstellung und Finanzierung von Wahlhilfe und Wahlbeobachtung. Die Bewertung von Wahlhilfe Projekten und Wahlbeobachtungsmissionen wird bei der Planung künftiger Wahlhilfe wiederum berücksichtigt. Diese duale Form der Wahlhilfe der EU ist ein wesentlicher Beitrag zur Förderung entwicklungspolitischer Ziele.



Abbildung 3 - http://www.eeas.europa.eu/human_rights/election_observation/index_en.htm

⁶⁵ EAD - http://www.eeas.europa.eu/human_rights/election_observation/index_en.htm - abgerufen am 2011-05-14

⁶⁶ ebd

⁶⁷ Die Definition von „best practice“ lautet: *Vorbildliche und nachahmenswerte Verfahrensweisen*. Dies bedeutet, dass bewährte, optimale bzw. vorbildliche Methoden, Praktiken oder Vorgehensweisen übernommen werden. Vergl. Online-Verwaltungslexikon www.olev.de, abgerufen am 12.10.2011

⁶⁸ Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte wurde in über 400 Sprachen übersetzt (siehe <http://www.ohchr.org/EN/UDHR/Pages/SearchByLang.aspx>, abgerufen am 2011-05-14)

Europäischer Wirtschaftsraum (EWR)

Das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) ist am 1. Januar 1994 in Kraft getreten. Dieses ermöglicht EWR/EFTA⁶⁹-Staaten sich am Binnenmarkt zu beteiligen. Alle neuen einschlägigen Rechtsvorschriften der Gemeinschaft werden dynamisch in das Abkommen aufgenommen und damit gilt für den gesamten EWR, die Gewährleistung zur Homogenität des Binnenmarktes.

Das EWR-Abkommen ist in erster Linie von den vier Säulen des Binnenmarktes (den vier Freiheiten) geprägt: Freizügigkeit von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital. Sie wird aber auch von anderen Maßnahmen flankiert wie Sozialpolitik, Verbraucherschutz und Umweltpolitik. Das EWR-Abkommen gilt nicht für die Bereiche Landwirtschaft und Fischerei.

Das Abkommen ermöglicht es relevanten Organisationen und Agenturen sich am Binnenmarkt zu beteiligen allerdings ohne Stimmrecht. EWR/EFTA-Staaten steuern auch einen finanziellen Beitrag zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten im EWR-Raum bei. Das Abkommen deckt den größten Teil der Substanz der Beziehungen der EU mit den beteiligten Staaten ab. Die Aktualisierung des Abkommens durch den Einbau von neuen einschlägigen Rechtsvorschriften der Gemeinschaft läuft im Allgemeinen reibungslos und es haben sich bisher tausende von Rechtsakten auf den EWR-Raum erweitert.⁷⁰

Externe Energiepolitik

Eine stetig wachsende Nachfrage nach Energie, aber auch Preisschwankungen sowie gelegentliche Unterbrechungen in der Energieversorgung Europas zeigen, dass eine gemeinsame konsequente Energiepolitik der EU erforderlich ist. Dazu muss die Europäische Union Maßnahmen beschließen sowie Allianzen eingehen, welche die

⁶⁹ EFTA: Nach dem Beitritt von Dänemark Großbritannien, Portugal, Finnland, Österreich und Schweden zur EU und dem damit einhergehenden Austritt aus der EFTA umfasst diese nunmehr nur noch vier Staaten, nämlich Island, Liechtenstein, Norwegen, und die Schweiz. EWR: Der Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) wurde von den EFTA-Staaten (mit der Ausnahme der Schweiz) und den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) geschlossen und dehnt den Europäischen Binnenmarkt auf Island, Liechtenstein und Norwegen aus. – Vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4ische_Freihandelsassoziation, bzw. http://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4ischer_Wirtschaftsraum – beide abgerufen am 2011-05-15,

⁷⁰ Vgl. http://www.eeas.europa.eu/eea/index_en.htm - abgerufen am 2011-05-15

Sicherheit der Energieversorgung innerhalb der EU und somit für alle Mitgliedsstaaten garantieren.

Bereits 2007 wurde ein Maßnahmenpaket⁷¹ für Energiepolitik vorgestellt, welches auch im Kampf um den Klimawandel einen Beitrag leistet, aber auch die Energiesicherheit und Wettbewerbsfähigkeit Europas am Energiesektor verbessern und sicherstellen sollte. Daran schlossen sich Maßnahmenpläne (Aktionspläne) an, die vor allem die Notwendigkeit einer gemeinsamen Energieaußenpolitik hervorhoben in der sowohl Erzeuger als auch Verbraucher und Transitländer eine gemeinsame Linie verfolgen.

Unter dem Titel „Internationale Partnerschaften“ bezogen sich die Schwerpunkte auf die Verbesserung der Energieeffizienz und der Handelsabkommen, Vereinbarungen des Energiedialogs und anderer Kooperationsabkommen.⁷²

Wie bereits erwähnt, sind die wichtigsten Partner der EU im Bereich der Energie Russland, Norwegen, die Vereinigten Staaten von Amerika, Indien, China und die OPEC-Länder. In diesem Zusammenhang soll auch noch ein weiteres Mal darauf hingewiesen werden, dass auch in anderen regionalen Policies und Initiativen der EU Energiekomponenten enthalten sind, wie z.B. in der Vereinbarung für Östliche Partnerschaft oder auch der Union für das Mittelmeer. Am intensivsten sind diese Komponenten in den Initiativen enthalten mit denen sich diese Arbeit im Kern befasst: der Schwarzmeersynergie bzw. der ENP.

Der Aktionsplan der EU-Energiepolitik umreißt einen Rahmen von Strategien und Maßnahmen im Hinblick auf den Prozess der Realisierung des geschätzten Einsparungspotentials von 20% des Energiebedarfs der EU bis zum Jahr 2020.

⁷¹ Vgl. Mitteilung der Europäischen Kommission COM(2006)545 final o.s.

⁷² Vgl. EAD - http://www.eeas.europa.eu/energy/index_de.htm, abgerufen am 2011-05-15

Dieser Aktionsplan wurde im Dezember 2008 von der Europäische Union ins Leben gerufen und enthält ein Richtlinien- und Zielpaket für Klimaschutz und Energie, welches Zielvorgaben bis 2020 enthält. In diesem Aktionsplan, der häufig mit dem Namen „EU 20-20-20“ oder „20-20-20 Ziele der EU“ beschrieben wird, gelten demnach bis zum Jahr 2020 die folgenden europaweiten Vorgaben:

- 20 % weniger Treibhausgasemissionen als 2005
- 20 % Anteil an erneuerbaren Energien
- 20 % mehr Energieeffizienz

Der Plan enthält eine Reihe von kostengünstigen Maßnahmen und beinhaltet auch den Vorschlag, vorrangige Maßnahmen sofort einzuleiten bzw. andere nach und nach über einen Zeitraum von 6 Jahren umzusetzen. Es werden aber noch weitere Maßnahmen erforderlich sein, um das volle Potenzial bis 2020 auszuschöpfen.⁷³

Gesundheit

Die EU hat nicht nur die Aufgabe die Gesundheit ihrer Mitgliedsstaaten zu sichern, sondern hat vor allem auch die Aufgabe der Krisenprävention und der Bewältigung von Krisen auf internationaler Ebene (weltweites Mitwirken und Unterstützung in der Krisenbewältigung). Dazu unterhält die EU auch eine eigene Initiative mit dem Titel „Globale Gesundheit“.⁷⁴ Die EU ist für die Gesundheitspolitik der gesamten Union verantwortlich und bemüht sich gleichzeitig weltweit um eine bessere Prävention gegen Seuchen bzw. im Fall eines Ausbruchs solcher Krankheiten um entsprechend effiziente Reaktionen.

Deutlich wurde dies bei der Bewältigung der unter dem Namen Vogelgrippe bekannten Influenza Epidemie mit dem Virus H5N1 bzw. der Grippepandemie, die durch den H1N1-Virus ausgelöst wurde und im deutschsprachigen Raum besser unter dem Namen „Schweinegrippe“ bekannt wurde. In diesem speziellen Fall gab es eine globale Zusammenarbeit mit über 120 Nationen.⁷⁵ Dieser Mechanismus, also das Zustandekommen einer globalen Partnerschaft der wichtigsten politischen Akteure, der Vereinten Nationen und von Entwicklungsorganisationen wurde im Jänner 2006 auf der

⁷³ Europäische Kommission, Mitteilung der Europäischen Kommission COM(2006)545 final, S.4

⁷⁴ Mitteilung der Kommission, COM(2010)128 final „The EU Role in Global Health“, o.S.

⁷⁵ EAD, http://www.eeas.europa.eu/health/index_de.htm, abgerufen am 2011-05-15

Geberkonferenz in Peking ins Leben gerufen und versucht die Kräfte auf globaler Ebene zu vereinen um grenzüberschreitende Gefahren zu bekämpfen.

Die Europäische Union arbeitet eng mit Schlüsselpartnern zusammen, wie dem UNSIC-Büro der Vereinten Nationen (UN System Influenza Coordination). Hier gilt die Aufmerksamkeit vor allem der weiteren Beobachtung bekannter Krankheiten an der Schnittstelle zwischen Tier, Mensch und ihrer Umgebung. Dieser Ansatz wurde als „One Health“-Strategie bekannt, welcher eine enge Zusammenarbeit der EU mit Schlüsselpartnern wie dem UNSIC-Büro der Vereinten Nationen (UN System Influenza Coordination) fördert, um sicherzustellen, dass auch in Zukunft allen neu oder wieder aufgetauchten Krankheiten, vernachlässigten Zoonosen und großen Gesundheitsrisiken, deren Ursprung an der Schnittstelle zwischen Tier, Mensch und ihrer Umgebung liegt, große Aufmerksamkeit gewidmet wird.⁷⁶

Pandemie-Vorsorge wird aber auch in den kommenden Jahren weiterhin nicht friktionsfrei von statten gehen. Das betrifft besonders die Industrieländer, die sich erst an ein neues Paradigma gewöhnen müssen: Globalisierung, aber auch andere Faktoren haben eine neue globale Gesundheitsumgebung geschaffen. Das bedeutet, dass die Welt wieder lernen muss, mit dem Risiko ansteckender Krankheiten und den möglichen weltweiten Auswirkungen lokaler Krisen zu leben.⁷⁷ Situationen die man vor vielen Jahren hatte und von denen man dachte diese überwunden zu haben, kommen nun wieder ins Bewusstsein der Menschen zurück und müssen im Zuge dessen neu überdacht und wieder neu diskutiert und gelöst werden.

Menschenrechte und Demokratisierung

Menschenrechte sind für die EU von allgemeiner Gültigkeit und unteilbar.⁷⁸ Bereits in der Präambel im Vertrag von Lissabon steht:

„SCHÖPFEND aus dem kulturellen, religiösen und humanistischen Erbe Europas, aus dem sich die unverletzlichen und unveräußerlichen Rechte des

⁷⁶ ebd

⁷⁷ ebd

⁷⁸ Menschenrechte müssen *in ihrer Gesamtheit* verwirklicht sein. D.h., dass eine Umsetzung von Freiheitsrechten nicht möglich ist, wenn nicht gleichzeitig das Recht auf Nahrung verwirklicht ist. Umgekehrt geht die Verletzung wirtschaftlicher oder kultureller Rechte, in der Regel auch mit der Verletzung bürgerlicher und politischer Rechte einher. Vergl. Koenig Matthias (2005), S. 63, 77, 114ff

*Menschen sowie Freiheit, Demokratie, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit als universelle Werte entwickelt haben“.*⁷⁹

Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind grundlegende Werte der Europäischen Union und wurden bereits in den Gründungsverträgen⁸⁰ verankert. Mit der Annahme der Charta der Grundrechte der Europäischen Union, die mit Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags⁸¹ rechtlich bindend wurde, wurden diese Werte erneut bekräftigt.

Aus diesem Grund setzt sich die EU sowohl innerhalb ihrer Grenzen, als auch in ihren Beziehungen zu Nicht-EU-Ländern aktiv für die Förderung und Verteidigung von Menschenrechten ein. Länder, die der EU beitreten wollen müssen die Menschenrechte achten. Alle Handels- und Kooperationsabkommen mit Drittländern enthalten eine Klausel welche besagt, dass Menschenrechte ein wesentliches Element in den Beziehungen zwischen den Parteien darstellen⁸², auch wenn dies in manchen Fällen den Anschein eines Lippenbekenntnisses aufweist, wenn man z.B. die Kooperationen mit Ländern wie China betrachtet. Auf den zweiten Blick erkennt man aber, dass die EU nur langfristig die Förderung von Menschenrechten bewirken kann, indem mit den Ländern interagiert wird, ein Dialog geführt wird, in dem man auch diese Themen anspricht und seinem Gegenüber ins Bewusstsein bringt, dass dies die Grundwerte der Europäischen Union sind. Im Falle Chinas gibt es neben den allgemeinen Handels- und Kooperationsabkommen⁸³ auch einen eigenen Menschenrechts-Dialog (EU-China Human Rights Dialogue).⁸⁴ Im Zentrum der EU-Menschenrechtspolitik stehen die bürgerlichen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte. Darüber hinaus engagiert sich die EU für die Förderung der Rechte von Frauen, Kindern sowie von Minderheiten und Vertriebenen.⁸⁵ Das europäische Instrument für Demokratie und Menschenrechte unterstützt Nichtregierungsorganisationen im Zeitraum zwischen 2007 und 2013 mit Finanzmitteln in der Höhe von 1,1 Milliarden EUR. Dabei werden

⁷⁹ Vertrag von Lissabon, Artikel 1, Präambel 1a)

⁸⁰ Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Europäische Union, Amtsblatt der EU, C83, 30. 3. 2010

⁸¹ Institutionelle Reform der EU. Ist am 1. Dezember 2009 in Kraft getreten.

⁸² EAD, http://www.eeas.europa.eu/human_rights/index_de.htm, abgerufen am 2011-05-15

⁸³ Die EU ist Chinas wichtigster Handelspartner, Vgl. EAD, http://eeas.europa.eu/china/index_en.htm, abgerufen am 2011-05-15

⁸⁴ Delegation der EU in China, http://eeas.europa.eu/delegations/china/eu_china/political_relations/human_rights_dialogue/index_en.htm, abgerufen am 2011-05-15

⁸⁵ EAD, http://www.eeas.europa.eu/human_rights/index_de.htm, abgerufen am 2011-05-15

Organisationen, die sich für Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, für die Abschaffung der Todesstrafe, jene welche Folter bekämpfen und Rassismus und andere Formen der Diskriminierung bekämpfen, im besonderen Maße unterstützt.⁸⁶

Humanitäre Hilfe (ECHO⁸⁷)

Der Bereich „Humanitäre Hilfe“ wird innerhalb der EU vom Europäischen Amt für humanitäre Hilfe und Krisenschutz als selbständiger Teil der Kommission durchgeführt. Diese Behörde untersteht dem Kommissar für Humanitäre Hilfe und Krisenschutz und wurde erst im Februar 2010 mit dem Amtsantritt der Kommission Barroso II in ein eigenes Ressort ausgelagert. Die derzeitige Kommissarin ist Kristalina Georgiewa aus Bulgarien.⁸⁸

Das Mandat von ECHO für die Europäische Union ist die Soforthilfe und Unterstützung für Opfer von Naturkatastrophen oder bewaffneten Konflikten außerhalb der EU. Die Hilfe soll direkt für Menschen in Not unabhängig von Rasse, Religion oder politischen Überzeugung durchgeführt werden. ECHO hat die Aufgabe, Waren wie Lebensmittel, medizinische Ausrüstung, Medikamente oder Treibstoff bzw. auch Dienstleistungen wie ärztliche Versorgung, Wasseraufbereitung und logistische Unterstützung in Krisengebieten schnell und unbürokratisch zur Verfügung zu stellen. Seit 1992 hat ECHO ihre humanitäre Hilfe in mehr als 85 Ländern organisiert und finanziert. Die Zuschüsse decken Soforthilfe, Nahrungsmittelhilfe und Hilfe für Flüchtlinge und Vertriebene im Gesamtwert von mehr als 700 Millionen EURO pro Jahr ab.⁸⁹

⁸⁶ ebd

⁸⁷ ECHO - European Commission - Humanitarian Aid & Civil Protection

⁸⁸ Vgl. Wikipedia:

http://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4isches_Amt_f%C3%BCr_humanit%C3%A4re_Hilfe,
http://de.wikipedia.org/wiki/Kommissar_f%C3%BCr_humanit%C3%A4re_Hilfe_und_Krisenschutz,
http://de.wikipedia.org/wiki/Kristalina_Georgiewa,
http://de.wikipedia.org/wiki/Kommissar_f%C3%BCr_Entwicklung_und_humanit%C3%A4re_Hilfe

, alle abgerufen am 2011-05-15

⁸⁹ Europäische Kommission, Europäisches Amt für humanitäre Hilfe, Background & mandate, http://ec.europa.eu/echo/about/what/history_en.htm - abgerufen am 2011-05-15

Finanzierungsinstrument für die Zusammenarbeit mit industrialisierten Ländern (ICI)⁹⁰

In den vergangenen zehn Jahren hat die EU ihre bilateralen Beziehungen mit den Industrieländern und anderen starken Wirtschaftsländern, vor allem in Nordamerika, Ostasien, Südostasien und der Golfregion gestärkt.

Das Ziel dieses Finanzierungsinstruments für den Zeitraum 2007-2013 ist, eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen der EU und diesen Ländern zu fördern. Die EU beabsichtigt weiter ihre bilateralen Beziehungen zu vertiefen und ihre Rolle auf globaler und somit internationaler Ebene zu stärken. Sie versucht auch multilaterale Institutionen zu festigen und in der Weltwirtschaft das internationale System in Balance zu halten. Diese Bereiche sind in drei Hauptkategorien unterteilt:

- Öffentliche Diplomatie: Verbesserung der Sichtbarkeit der EU und Förderung eines besseren Verständnisses der EU-Politik
- Zusammenarbeit von Unternehmen: Konsolidierung der Präsenz von EU-Unternehmen in interessanten Märkten
- Mensch zu Mensch Verbindungen: Stärkung des gegenseitigen Verständnisses durch die Zusammenarbeit in Bildung und im Gesellschaftsdialog

Das Programm wird jährlich im Rahmen der Programme für Zusammenarbeit der Europäischen Kommission umgesetzt. Für den Zeitraum 2007-2013 wurden insgesamt 172 Millionen Euro zugeteilt bzw. für 2011-2013 knapp 78 Millionen.⁹¹

Instrument für Stabilität (IfS)⁹²

Ein eigenes Instrument für Stabilität zeigt die Wichtigkeit dieser bereits eingangs beschriebenen Eigenschaft. Mit der Einführung dieses Instruments im Jahr 2007 als Folgemaßnahme zu den Krisenreaktionsmechanismen hat die Europäische Kommission ihre Arbeit im Bereich der Konfliktverhinderung, Krisenbewältigung und Friedenssicherung deutlich intensiviert.

⁹⁰ ICI - Financing Instrument for Cooperation with Industrialised and other high-income countries and territories 2007-2013, Vgl. EAD, http://www.eeas.europa.eu/ici/index_en.htm, abgerufen am 2011-05-15

⁹¹ EAD, http://www.eeas.europa.eu/ici/index_en.htm, abgerufen am 2011-05-15

⁹² EAD, http://www.eeas.europa.eu/ifs/index_en.htm, abgerufen am 2011-10-12

Projekte als Reaktion auf Krisen im Rahmen des Instruments für Stabilität sind auf eine breite Palette von Themen fokussiert wie etwa die Unterstützung für Mediation, Vertrauensbildung, Übergangsverwaltungen, Stärkung der Rechtsstaatlichkeit, Transitional Justice⁹³ oder die Rolle der natürlichen Ressourcen in Konflikten. Unter dem IfS können diese Aktivitäten in Krisensituationen oder bei sich abzeichnenden Krisen unterstützen, wenn von anderen EU-Quellen finanzielle Hilfe nicht rechtzeitig zur Verfügung gestellt werden können.

Migration

Migration steht bereits seit ein paar Jahren im Mittelpunkt der politischen Debatte in Europa und ist eine der strategischen Prioritäten in den Außenbeziehungen der Union. Wenn man versucht Migration sanft zu gestalten, kann dies ein positiver Faktor für Wachstum und Erfolg sowohl für die Union, als auch für die betroffenen Länder sein.

Nach dem Inkrafttreten des Vertrags von Amsterdam⁹⁴, Tampere⁹⁵ und Den Haag⁹⁶ hat der Europäische Rat, der den Pakt zu Einwanderung und Asyl angenommen hat, die wichtigsten Referenzen und Bausteine für eine umfassende Migrations- und Asylpolitik angenommen. Migrations- und Asylfragen sind mittlerweile fester Bestandteil der Außenbeziehungen und bei der Zusammenarbeit mit Drittländern.

Zunehmend und systematisch setzt die EU die Migration auf die Tagesordnung des politischen, wirtschaftlichen und sozialen Dialogs mit Drittstaaten. Solche Dialoge adressieren verschiedene Dimensionen des Phänomens Migration, wie z.B. die Eindämmung der illegalen Migration, Menschenhandel oder Integration von Migranten in den aufnehmenden Gesellschaften.

⁹³ Transitional Justice steht für Bemühungen, die Vergangenheit eines gewaltsamen Konflikts oder eines Regimes aufzuarbeiten, um in einer gespaltenen Gesellschaft den Übergang zu Sicherheit und Frieden zu fördern. Vgl. Susanne Buckley-Zistel, - 2008, Freie Universität Berlin, http://www.sfb-governance.de/publikationen/sfbgov_wp/wp15/index.html, abgerufen am 2011-05-15

⁹⁴ Der Vertrag von Amsterdam trat am 1. Mai 1999 in Kraft. Mit ihm wurden der EU- und der EG-Vertrag geändert und neu nummeriert. Vergl. http://europa.eu/abc/treaties/index_de.htm, abgerufen am 2011-10-12

⁹⁵ Während der finnischen Präsidentschaft im Jahr 1999 fand in Tampere ein EU-Sondergipfel zum Bereich „Justiz und Inneres“ statt. Zentrales Thema dabei war die Asyl- und Migrationspolitik. Vgl. „Die EU im Überblick“, http://europa.eu/abc/history/1990-1999/1999/index_de.htm, abgerufen am 2011-05-15

⁹⁶ In Luxemburg und Den Haag wurde „Die Einheitliche Europäische Akte“, die in am 1. Juli 1987 in Kraft trat, unterzeichnet. Sie ermöglichte die für die Verwirklichung des Binnenmarktes erforderlichen Anpassungen. Vergl. http://europa.eu/abc/treaties/index_de.htm, abgerufen am 2011-10-12

Die EU adressiert dabei Migration und Asyl durch verschiedene Instrumente der Zusammenarbeit. Nationale und regionale Programme wie MEDA, TACIS oder Aeneas (finanzielle und technische Hilfe für Drittländer im Bereich der Migration), stellen die Grundfinanzierung für eine Reihe von Migrations- und Asylprojekten (einschließlich Grenzschutz) zur Verfügung. Für die Jahre 2007-2010 wurde für die Zusammenarbeit im Bereich Migration und Asyl ein Budget von 205 Millionen Euro vergeben. Weiters wurde im Falle von Notsituationen im Zusammenhang mit Migration ein spezielles Budget von 20 Millionen Euro zugeteilt. Die zweite Phase des Programms im Zeitraum 2010-2013 sieht zusätzliche Mittel von 175 Millionen vor.⁹⁷ Ein spezifisches Programm gab es außerdem für entwurzelte Bevölkerungsgruppen in Asien und Lateinamerika. Auch wenn dieses Programm beendet ist, hält die EU diese Regionen in ihrem Fokus. Die Unterstützung ist nun durch nationale Programme kanalisiert.⁹⁸

2.3. Territoriale Zusammenarbeit

Territoriale Kooperationen lassen sich in Bilaterale Kooperationen, in Transnationale Synergien bzw. in spezifische Zusammenarbeit unterteilen. Da dies aber nicht der Schwerpunkt der Arbeit ist, werden hier einfach die verschiedenen Territorialen Kooperationen beschrieben ohne diese noch weiter zu gliedern.

Auch die Schwerpunkt-Policies dieser Arbeit fallen unter diese Kategorie. In den einzelnen territorial begrenzten Policies stecken dann sowohl wirtschaftliche Strategien als auch Demokratie fördernde Maßnahmen, wie jene der zuvor beschriebenen Ausprägungen.

Arktis-Policy⁹⁹

Die Europäische Union ist gerade dabei eine Policy zur Arktis zu formulieren, welche die Interessen der Union und deren Verantwortlichkeiten bei gleichzeitiger Anerkennung der legitimen Interessen und Rechte in der Region von einzelnen EU-Ländern regeln soll.

⁹⁷ EAD, http://www.eeas.europa.eu/migration/index_en.htm, abgerufen am 2011-05-15

⁹⁸ ebd

⁹⁹ Vgl. EU Arctic Policy, http://www.eeas.europa.eu/arctic_region/index_en.htm, abgerufen am 2011-04-30

In der Mitteilung 'The European Union and the Arctic Region' (November 2008) wurde die erste Ebene einer EU-Arktis-Politik, zusammengesetzt aus den Interessen der EU und vorgeschlagenen Maßnahmen und Aktionsplänen in verschiedenen Bereichen festgesetzt. Der Rat der EU erstellte im Dezember 2009 eine entsprechende Schlussfolgerung.

EU-Policies in Bereichen wie Umwelt, Klimawandel, Energie, Forschung, Verkehr und Fischerei haben einen direkten Einfluss auf die Arktis und tragen wesentlich zu ihrem Schutz bei. Es ist eine grundlegende Prämisse der EU Maritime und Fischerei Angelegenheiten, dass jede Meeresregion einzigartig ist und eine individuelle Aufmerksamkeit in Bezug auf seine Verwendung bedarf und zwar in einer nachhaltigen Art und Weise.

Unter Nachhaltigkeit versteht man allgemein eine dauerhafte Entwicklung, welche die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können.¹⁰⁰ Für die EU basiert nachhaltige Entwicklung auf einem ökonomischen, einem ökologischen, einem sozialen und einem globalen Pfeiler, die sich gegenseitig stärken sollen.¹⁰¹ In Bezug auf ihre Nachhaltigkeits-Politik setzt die EU auf die Begrenzung des Klimawandels, die Begrenzung der negativen Auswirkungen des Verkehrs, auf das Prinzip die Nachhaltigkeit in Produktion und Verbrauch zu fördern, sowie auf eine nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen. Letzteres ist dabei auch zur nachhaltigen Arktis-Policy gemeint.¹⁰²

¹⁰⁰ Vgl. "Brundtland Report" in Vereinte Nationen (1987)

¹⁰¹ Vgl. „Strategie zur nachhaltigen Entwicklung“, URL: http://europa.eu/legislation_summaries/environment/sustainable_development/l28117_de.htm, abgerufen am 2011-10-19

¹⁰² Vgl. Europäische Kommission (2009e), S. 8f

Die EU-Arktis-Politik ist in drei relevante politische Ziele unterteilt:¹⁰³

- Dem Schutz und Erhalt der Arktis im Einvernehmen mit der einheimischen Bevölkerung
- Förderung der nachhaltigen Nutzung natürlicher Ressourcen
- Beitrag zu einer besseren Regierungsführung in der Arktis durch die Umsetzung der einschlägigen Vereinbarungen, Rahmen und Regelungen sowie deren Weiterentwicklung

Die EU ist sich der Notwendigkeit der internationalen Zusammenarbeit in der Arktis bewusst und erkennt die wichtige Rolle des Arktischen Rates. Sie nimmt außerdem an der Barentssee-Zusammenarbeit¹⁰⁴ teil und adressiert Arktis Fragen durch ihre Politik der Nördlichen Dimension.¹⁰⁵

Blutdiamanten - (Die EU und der Kimberley-Prozess)¹⁰⁶

Als die Regierungen, die internationale Diamantenindustrie und NGOs zusammen kamen um den Handel mit "Blutdiamanten" (Rohdiamanten, die von Rebellenbewegungen zur Finanzierung von Kriegen verwendet werden) einzudämmen, war das Ergebnis eine einzigartige Vereinbarung, die als Kimberley-Prozess bekannt ist.

Die Vereinbarung wurde durch einen Wunsch in Kimberley (Südafrika) geboren, um einen praktikablen Weg zur Verhinderung des illegalen Diamantenhandels zu finden bzw. um einen legalen Handel zu gewährleisten. 2003 ins Leben gerufen fordert das „Kimberley Process Certification Scheme“ (KPCS)¹⁰⁷ Händler dazu auf Ursprungszertifikate auszustellen. Weiters fordert das Zertifikat die Kontrolle des Handels, ein Verbot des Handels mit Ländern die den Prozess nicht unterzeichnet haben und die Veröffentlichung von Statistiken über die Diamantenproduktion und den Handel.

¹⁰³ Vgl. EU Arctic Policy, http://www.eeas.europa.eu/arctic_region/index_en.htm, abgerufen am 2011-10-19

¹⁰⁴ Barents Euro-Arctic Council, http://www.beac.st/in_English/Barents_Euro-Arctic_Council.iw3, abgerufen am 2011-10-19.

¹⁰⁵ Seite 43 in dieser Arbeit

¹⁰⁶ Vgl. EAD, http://www.eeas.europa.eu/blood_diamonds/index_en.htm, abgerufen am 2011-05-01

¹⁰⁷ Vgl. http://www.kimberleyprocess.com/home/index_en.html, abgerufen am 2011-10-19

Die KPCS zählt nun 75 Ländern als Mitglieder, darunter alle großen Länder die Diamanten produzierenden bzw. Handel damit betreiben.

Die Europäische Union ist ein wichtiges Zentrum für Diamantenhandel - Städte wie Amsterdam, Antwerpen und London locken Käufer und Verkäufer aus der ganzen Welt. Innerhalb der Union setzt die Verordnung jene Kriterien fest, welche die Ein- oder Ausfuhr von Rohdiamanten aus und in alle Welt beschreibt.¹⁰⁸

Union für den Mittelmeerraum (EUROMED)¹⁰⁹

Die Union für den Mittelmeerraum fördert die wirtschaftliche Integration und demokratische Reformen in 16 Nachbarländern der EU Richtung Süden, in Nordafrika und im Nahen Osten.

Vormals als Barcelona-Prozess¹¹⁰ bekannt, wurde das Kooperationsabkommen im Jahr 2008 als Union für den Mittelmeerraum (UfM)¹¹¹ wieder ins Leben gerufen.

Der Relaunch war eine Gelegenheit, die Beziehungen konkreter und sichtbarer mit der Initiierung neuer regionaler und subregionale Projekte mit wirklicher Relevanz für die Menschen in der Region zu gestalten. Die Projekte befassen sich mit Bereichen wie Wirtschaft, Umwelt, Energie, Gesundheit, Migration und Kultur.

Die Mitglieder der Union sind Albanien, Algerien, Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Ägypten, Israel, Jordanien, Libanon, Mauretanien, Monaco, Montenegro, Marokko, die Palästinensische Autonomie, Syrien, Tunesien und Türkei¹¹².

Seit September 2010 hat die Union für den Mittelmeerraum auch ein eigenes Sekretariat in Barcelona, mit einem eigenen Generalsekretär. Nach Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon wurde die EU-Seite umgestellt und die Vertretung wird durch den Europäischen Auswärtigen Dienst vorgenommen.

¹⁰⁸ Vgl. EAD, http://www.eeas.europa.eu/blood_diamonds/index_en.htm, abgerufen am 2011-05-01

¹⁰⁹ Vgl. EAD - http://www.eeas.europa.eu/euromed/index_en.htm - abgerufen am 2011-05-14

¹¹⁰ Der Barcelona-Prozess wurde 1995 bei der Außenministerkonferenz der EU in Barcelona ins Leben gerufen.

¹¹¹ Vgl. EAD - http://www.eeas.europa.eu/euromed/index_en.htm - abgerufen am 2011-05-14

¹¹² Überraschend ist die Mitgliedschaft der Türkei in der Euro-Mediterranean Partnership (EUROMED) aufgrund der Beitrittsoption der Türkei, die eigentlich ein Ausschließungsgrund für eine Mitgliedschaft sein sollte.

Die Union für den Mittelmeerraum plant eine Reihe wichtiger Initiativen bzw. setzt diese bereits um:

- den Umweltschutz des Mittelmeers einschließlich der Küste und geschützter Meeresgebiete
- die Einrichtung von neuen Seewegen um Straßenverbindungen
- die Häfen verbinden und die Verbesserung von Bahnverbindungen, damit die Fortbewegung von Menschen und der Transport von Waren erleichtert wird
- gemeinsamer Katastrophenschutz zur Prävention, Vorsorge und Reaktion auf Naturkatastrophen, aber auch von Menschen verursachte Katastrophen
- ein mediterranes Sonnenenergie Konzept, das die Möglichkeiten für die Entwicklung alternativer Energiequellen in der Region erforscht
- eine EURO-Mittelmeer-Universität in Slowenien (eingeweiht im Juni 2008)
- die „Mittelmeer Business Development Initiative“, die kleine Unternehmen in der Region unterstützt, indem sie zunächst ihre Bedürfnisse erhebt und dann die technische Unterstützung und den Zugang zu Finanzmitteln ermöglicht.¹¹³



Abbildung 4 - http://www.eeas.europa.eu/euromed/index_en.htm

Seit der Gründung 2008 geschah allerdings eher wenig, weshalb die Union für den Mittelmeerraum auch in einigen Bereichen bereits totgesagt wird. So wurden zum Beispiel geplante Treffen abgesagt und auch der Generalsekretär der Mittelmeerunion, Ahmed Masadeh, trat im Januar 2011 aufgrund der unzureichenden Fähigkeit der Union, auf die stattfindenden Unruhen in Tunesien und in Ägypten zu reagieren, zurück.¹¹⁴

¹¹³ Vgl. EAD - http://www.eeas.europa.eu/euromed/index_en.htm - abgerufen am 2011-05-14

¹¹⁴ Vgl. EUobserver, "Mediterranean Union chief resigns as Egypt unrest continues", 27.1.2011

Landminenaktionen

In jedem Jahr werden durch Antipersonenminen und anderen Kampfmittelrückständen bis zu 10.000 Menschen verletzt oder getötet, darunter viele Zivilisten und vor allem Kinder. Trotz der internationalen Bemühungen, Antipersonenminen zu beseitigen, sind etwa 65 Ländern immer noch von Minen und Blindgängern betroffen. Das unsägliche Leid durch Minen und ihre Auswirkungen auf die Sicherheit der Menschen fordert die EU zu Maßnahmen in diesem Bereich.

Neben der Minenräumung und Vernichtung von Beständen, besteht die EU-Politik aus 3 weiteren Elementen:¹¹⁵

- Hilfe für die Opfer
- Aufklärung über die Gefahr von Minen und
- Lobbyarbeit gegen den Einsatz von Antipersonenminen

Seit 1992 beteiligt sich die EU aktiv an Minenräumprogrammen, an der Forschung und Entwicklung von Technologien dazu und bei der Hilfe für Minenopfer. Bis dato hat die EU für diese Programme rund 1,5 Milliarden Euro ausgegeben und ist damit der größte Geldgeber in diesem Bereich.¹¹⁶ In den letzten Jahren wurden die meisten Hilfsprogramme durch die geographischen Instrumente, wie z.B. durch das Instrument für Entwicklungszusammenarbeit oder die Europäische Nachbarschaftspolitik finanziert. Die thematischen Instrumente, wie die humanitäre Hilfe und das Instruments für Stabilität werden ebenfalls dafür eingesetzt.

Für den Zeitraum 2008-2013 ist es die Absicht der EU die Unterstützung für Drittländer mit den Zielen fortzuführen, Minen zu beseitigen und damit zusammenhängenden wirtschaftlichen und sozialen Problemen durch diese Waffen entgegenzuwirken.

Die EU unterstützt derzeit Maßnahmen in allen, der am meisten betroffenen Länder. Zu diesen Ländern zählen Angola, Bosnien-Herzegowina, Kambodscha, Nord-Irak und

¹¹⁵ Vgl. EAD, http://www.eeas.europa.eu/anti_landmines/index_en.htm, abgerufen am 2011-05-

15

¹¹⁶ ebd

Laos. In vielen dieser Länder ist die EU der wichtigste Partner bei der Minenräumung.¹¹⁷

Die EU und der Nahost-Friedensprozess

Das Ende des arabisch-israelischen Konflikts hat Priorität für Europa und ist von strategischer Bedeutung. Bis dies erreicht ist, wird es kaum eine Chance zur Lösung anderer Probleme im Nahen Osten geben.

Das Ziel der EU ist eine Zwei-Staaten-Lösung mit einem unabhängigen, demokratischen, lebensfähigen Palästinenserstaat. Seite an Seite mit Israel und seinen anderen Nachbarn. Die EU will dabei einen Fortschritt sehen und sieht ihr Engagement in diesem Gebiet nicht nur als ein Lippenbekenntnis. Zu diesem Zweck verpflichtet sich die EU zu einer Reihe von Aktivitäten - sowohl politisch als auch praktisch - und ist wie bereits erwähnt der größte Geldgeber der palästinensischen Staatenbildungs-Bemühungen.¹¹⁸

Die EU ist eines der Mitglieder des sogenannten „Quartetts“ (gemeinsam mit der UNO, den USA und der Russischen Föderation), das im Jahr 2002 ins Leben gerufen wurde um einen Fahrplan für den Frieden und somit zur Lösung des Konflikts zu entwickeln. Die EU hat die Arabische Friedensinitiative als einen bedeutenden Beitrag aus den arabischen Ländern gelobt.

Die EU-Außenminister haben die Schließung des Gazastreifens durch Israel als inakzeptabel und politisch kontraproduktiv beschrieben. Im Juni 2010 forderte der Rat der Außenminister eine dringende und grundlegende Änderung der Politik und wiederholte eine frühere Forderung nach sofortiger, nachhaltiger und bedingungsloser Öffnung der Grenzübergänge, um so eine Bewegung der humanitären Hilfe, von Gütern und Personen zu ermöglichen.¹¹⁹

Gleichzeitig muss die Lösung Israels legitime Sicherheitsbelange gegen Gewalt und Waffenschmuggel adressieren. Die EU ist der Auffassung, dass Frieden im Nahen Osten eine umfassende regionale Lösung erfordert. In diesem Zusammenhang

¹¹⁷ Vgl. EAD, Mine Action, S.2

¹¹⁸ Vgl. EAD, http://www.eeas.europa.eu/mepp/index_en.htm, abgerufen am 2011-05-15

¹¹⁹ ebd

unterstützt die EU Friedensgespräche zwischen Israel und Syrien, sowie auch zwischen Israel und dem Libanon.

Nördliche Dimension

Die Policy „Nördliche Dimension (ND)“ aus dem Jahre 1999, ist eine gemeinsame Politik von vier gleichberechtigten Partnern: die Europäische Union, Norwegen, Island und der Russischen Föderation. Die Maßnahme deckt ein breites geographisches Gebiet ab, beginnend bei der europäischen Arktis und Sub-Arktis bis zum südlichen Ufer der Ostsee sowie den Ländern in der Umgebung (Nordwest-Russland im Osten bis nach Island und Grönland im Westen).

Die wichtigsten Ziele sind die Schaffung eines gemeinsamen Rahmens zur Förderung des Dialogs und eine konkrete Zusammenarbeit um die Stabilität und den Wohlstand zu fördern, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zu intensivieren und die wirtschaftliche Integration zu fördern, sowie Wettbewerbsfähigkeit und nachhaltige Entwicklung in Nordeuropa.¹²⁰

Die erneuerte nördliche Dimension wurde beim Gipfel von Helsinki im November 2006 eingeführt. Auf dem Gipfel in Helsinki wurde die politische Erklärung sowie eine Rahmenvereinbarung zur ND Policy angenommen. Diese erneuerte Policy stellt eine starke Verbindung zwischen der Nördlichen Dimension bzw. des EU-Russland Raumes dar.

Um die Realisierung von Projekten im Rahmen der Nördlichen Dimension zu erleichtern wurden Partnerschaften zu folgenden Themen erstellt: Umwelt (NDEP), öffentliche Gesundheit und soziales Wohlbefinden (NDPHS), Kultur (NDPC) sowie Transport und Logistik (NDPTL). Es wurde des Weiteren ein eigenes Institut (NDI) und ein Business Council (NDBC) erstellt, zusammen mit einem "Arctic Window"¹²¹ um die Aufmerksamkeit auf die Arktis zu konzentrieren.

Neben den vier Partnern, nehmen auch noch folgende an der ND-Politik teil: Der Rat der Ostseestaaten (CBSS), der Barentsee-Euro-Arktische Rat (BEAC), der Arktische Rat (AC), der Nordische Ministerrat (NCM), die internationalen Finanzinstitutionen wie die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE), die Europäischen

¹²⁰ Vgl. EAD, http://www.eeas.europa.eu/north_dim/index_en.htm, abgerufen am 2011-05-16

¹²¹ ebd

Investitionsbank (EIB) und die nordischen Investment Bank (NIB), regionale und subregionale Organisationen und Behörden, NGOs sowie andere Verbände. Kanada und die Vereinigten Staaten übernehmen die Rolle der Beobachter.¹²²

Nach all den beschriebenen Aktionsplänen, Maßnahmen und Policies könnte der Eindruck erweckt werden, die EU Sorge für jede nur denkbare Art von Kooperationen weltweit und ist führender Partner für alle anderen Länder. Eine genauere Betrachtung vor allem der verschiedenen Statusberichte der Kommission ließe jedoch den Schluss zu, dass viele der Maßnahmenpläne stecken geblieben sind bzw. gar nicht erst näher verfolgt worden sind. So will auch der aktuelle EU-Kommissar für Entwicklungshilfe, Andris Piebalgs, die EU-Entwicklungshilfe reformieren und dabei weg vom Gießkannenprinzip hin zur nachhaltigen Unterstützung lenken, wie dies auch später im Kapitel für Finanzierung näher beschrieben wird.

„Ökonomisch ein Riese, politisch ein Zwerg“ lautet oftmals die Charakterisierung der Europäischen Union und diese Definition wird nicht ganz zu Unrecht verwendet. Die EU ist als zentraler Akteur in vielen Aktionen nicht vertreten, vielmehr nehmen diese Position oftmals einzelne Mitgliedsstaaten wahr, wie z.B. beim Jugoslawienkonflikt, bei dem unter anderem Frankreich und Großbritannien eine wesentliche Rolle spielten, nicht jedoch die EU.¹²³ Dies zeigt, dass die EU nach wie vor ein Problem damit hat, kein eigenständiger Staat im herkömmlichen Sinn zu sein und somit praktisch nach wie vor „nur“ die Interessensvertretung von derzeit 27 Nationalstaaten. Offensichtlich wird dies auch damit, dass diplomatische Außenbeziehungen nach wie vor von den einzelnen Nationalstaaten selbst und unabhängig von der EU gepflegt werden.

Inwiefern sich diese Problematik auch in den Beziehungen zur Schwarzmeerregion fortführt, werden die nächsten beiden Kapitel zeigen.

Es gibt noch einige weitere Programme der Europäischen Union, welche die Beziehungen zwischen der EU und anderen Staaten unterstützen sollen bzw. Drittstaaten bei deren Entwicklung behilflich sein sollen, wie z.B. „*Öffentliche Konsultationen*“, „*Terrorismus*“, „*Handel - bilaterale Beziehungen*“ oder „*Entwurzelte Menschen*“.¹²⁴

¹²² ebd

¹²³ Vgl. Fröhlich 2008, S. 11f

¹²⁴ Siehe dazu die Beschreibung dieser Programme unter EAD, <http://www.eeas.europa.eu>

Ziel dieser Arbeit ist es jedoch, auf die relevanten Programme und Policies einzugehen, welche die Beziehungen rund um das Schwarze Meer betreffen. Daher wird die Beschreibung und Erläuterung der eben erwähnten Programme ausgespart, ohne dabei die Wichtigkeit und Relevanz dieser Programme zu bewerten.

3. Nachbarschaftspolitik in der Schwarzmeerregion

Strategien und Policies zur Erreichung strategischer Ziele auf mehreren Ebenen - die EU als internationale Akteurin „European Neighbourhood and Partnership Instrument“

Die Europäische Union unternimmt nicht erst seit dem Beitritt von Rumänien und Bulgarien verstärkte Anstrengungen um in der Region rund um das Schwarze Meer Kooperationen zu fördern und mehr Präsenz zu zeigen. Jedoch sind Schwarzmeerkooperationen keine Erfindung der EU. Es waren die sechs Anrainerstaaten des Schwarzmeers, die bereits im Juni 1992 die sogenannte Organisation *Black Sea Economic Cooperation* oder kurz BSEC gründeten, die im Jahr 2007 um die Mitgliedsstaaten Moldawien, Serbien, Albanien, Armenien, Griechenland und Aserbaidschan erweitert wurde.¹²⁵ Die Europäische Kommission hat in ihrer Mitteilung „Über die Stärkung der europäischen Nachbarschaftspolitik“ im Dezember 2006 die BSEC als eine Plattform für den Dialog und die Zusammenarbeit mit der gesamten Region bezeichnet und dabei angekündigt, mit der BSEC engere Kontakte aufbauen zu wollen oder dort sogar einen Beobachterstatus erhalten zu wollen.¹²⁶ Die EU hatte bereits vor diesem Zeitpunkt eine Einladung seitens der BSEC als Beobachter an den Aktivitäten der BSEC teilzunehmen, nicht genutzt. Einzelne Mitgliedsländer der EU, wie z.B. Deutschland, Frankreich, Polen, Italien und auch Österreich, als auch die USA und einige weitere Staaten haben bereits einen sogenannten Beobachterstatus gegenüber der BSEC.

Das wichtigste Organ der BSEC Organisation ist der zweimal jährlich tagende Rat der Außenminister. Weitere Institutionen sind der parlamentarische Arm der BSEC, die PABSEC (Parliamentary Assembly of the Black Sea Economic Cooperation), sowie das BSEC Business Council (Wirtschaftsvertreter der BSEC-Mitgliedsstaaten) und die Black Sea Trade and Development Bank (BSTDB) als finanzieller Pfeiler der BSEC Organisation.¹²⁷

Die Hauptziele der BSEC (in der recherchierten Literatur häufig auch als BSECO bezeichnet) sind die Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, die

¹²⁵ Vgl. Deutscher Bundestag, Wissenschaftler Dienst (2007a)

¹²⁶ Vgl. Europäische Kommission (2006d), S.12

¹²⁷ Vgl. Deutscher Bundestag, wissenschaftlicher Dienst (2007a), S.2

Unterstützung der Mitgliedsstaaten bei deren Integration in die weltweite Wirtschaft, sowie die Konfliktprävention und Konfliktlösung im Einklang mit der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa). Ein großes Problem in dieser Sache ist jedoch vor allem der mangelnde politische Wille der Beteiligten, welcher bislang effiziente Maßnahmen zur Umsetzung verhinderte bzw. weiterhin verzögert.¹²⁸

Die Organisation bietet den Mitgliedsstaaten die einzige Plattform auf der sich die Konfliktparteien wie Aserbeidschan, Armenien und Georgien regelmäßig treffen und gemeinsam an Lösungen arbeiten.¹²⁹ Hier könnten die Aktivitäten der EU eine ideale Ergänzung darstellen, die einerseits eine neutralere Eigenschaft als jene der BSEC-Mitglieder aufweist, andererseits aber auch eine hohe Kompetenz in Fragen zu Stabilität, Sicherheit und in Wirtschaftsfragen.

Bevor aber hier die Rolle der EU genauer erläutert wird gilt es eine Bestimmung durchzuführen, was eigentlich genau unter „Schwarzmeerregion“ zu verstehen ist bzw. wie eng oder weit der Begriff gefasst werden kann.

3.1. Die Schwarzmeerregion – eine Bestimmung und Abgrenzung

Wenn man im Internet nach dem Begriff „SCHWARZMEERREGION“ sucht landet man über 100.000 Treffer.¹³⁰ Diese reichen nebst diversen privaten Internetseiten und verschiedener Foren von Seiten der österreichischen Bundesregierung, über Seiten der EU bis hin zu verschiedenen Institutionen und Forschungseinrichtungen.¹³¹ Besonders auffällig ist, dass der Begriff für den nördlichen Teil der Türkei Verwendung findet. Die türkische Schwarzmeerregion (türkisch Karadeniz Bölgesi) ist ein geographisches Gebiet der Türkei. Diese Region stellt etwa 18,1 % des türkischen Staatsterritoriums dar. Diese Region existiert offiziell seit dem Geographie-Kongress 1941 in Ankara.¹³² Der in dieser Arbeit verwendete Schwarzmeerbegriff umfasst einen

¹²⁸ ebd

¹²⁹ ebd

¹³⁰ Google-Suche am 3. Juni 2011: Ungefähr 117.000 Ergebnisse

¹³¹ Beispiele dafür sind die Seiten des österreichischen Bundesministeriums für Wirtschaft, Familie und Jugend, sowie des Bundesministeriums für Europäische und internationale Angelegenheiten, das Portal der Wirtschaftskammer, die Website des Institut für den Donaauraum und Mitteleuropa

¹³² Vgl. Wikipedia, <http://de.wikipedia.org/wiki/Schwarzmeerregion>, abgerufen am 2011-06-03

durchaus größeren Teil der Region, obgleich eine eindeutige Definition fehlt und es verschiedene Dimensionen und Perspektiven gibt, über die eine Begriffsbestimmung möglich ist, wie das im Folgenden beschrieben wird.

3.1.1. Perspektiven

Die Definition der Schwarzmeerregion reicht von ausschließlich den Anrainerstaaten des Schwarzen Meeres-, bis hin zur Region vom Balkan bis zum Kaspischen Meer und zum Teil noch darüber hinaus. Um die Definition der Europäischen Union bzw. der Kommission besser zu verstehen ist es notwendig, die geografischen und historischen Perspektiven etwas genauer unter die Lupe zu nehmen.

3.1.1.1. Geographische Perspektiven

Die Schwarzmeerregion ist kein exakt abgrenzbarer Raum, sondern vielmehr eine Region, die sich nicht nur ausschließlich aus jenen Ländern zusammensetzt die an das Schwarze Meer grenzen. Charles King definiert die Region ausgehend vom Balkan bis hin zum Kaukasus und von der ukrainischen und russischen Steppe bis nach Anatolien.¹³³

¹³³ Vgl. Charles King, The Wider Black Sea Region in the Twenty-First Century, in: Hamilton Daniel, Mangott Gerhard: The Wider Black Sea Region in the Twenty-First Century: Strategic, Economic and Energy Perspectives; S.1



Abbildung 5: Karte der Schwarzmeerregion¹³⁴

Im Laufe der Recherchen stellte sich auch die Frage nach weiteren Aspekten der Definition der Schwarzmeerregion sofern man von der geografischen Perspektive absieht. Sind es womöglich sprachliche Gesichtspunkte? Oder vielleicht politische Perspektiven? Oder womöglich sind es politische Aspekte, die einen gemeinsamen Nenner bilden? Tatsache ist, dass es weltweit Regionen gibt die kulturelle, historische und/oder sprachliche Gemeinsamkeiten aufweisen und dennoch wenig Verbundenheit vorhanden ist (Bsp. Asiatischer Raum¹³⁵). Das Phänomen gibt es aber auch in die anderer Richtung und zwar gibt es auch Gebiete, bei denen die Geschichte, soziale und politische Strukturen sehr unterschiedlich sind und die dennoch eine Gemeinschaft bilden (Bsp.: Europäische Union). Am Ende des Tages sind Regionen dann definierte

¹³⁴ Quelle: World maps

¹³⁵ Trotz kulturellen, historischen und/oder sprachlichen Gemeinsamkeiten sind einige Länder im südostasiatischen Raum weder politisch noch wirtschaftlich eng miteinander verbunden.

Regionen wenn politische oder strategische Einrichtungen sie in den Mittelpunkt eines Interesses rücken und sie dadurch zu einer definierten Region bestimmen.¹³⁶

3.1.1.2. Historische Perspektiven¹³⁷

Drei Faktoren waren für die strategische Umwelt der Schwarzmeerregion in den letzten zwei Jahrhunderten verantwortlich:

- Die Verschiebung der Machtverhältnisse zwischen den europäischen und den eurasischen Staaten und Reichen.
- Die politischen Ambitionen der kleineren Staaten und Völker und die Auswirkungen durch die Umsetzung dieser Befugnisse.
- Der Status der Region als Umschlagplatz für Waren und von globalen Ost-West und Nord-Süd Handelsrouten.

Die Vorgeschichte begann im Jahr 1774 durch die Öffnung des Schwarzen Meeres für Handelsschiffe die unter russischer Flagge fuhren. Russlands Bestrebungen in der Region wurden durch zwei klare strategische Ziele verbunden: die Öffnung des Meeres für den europäischen Handel, gesteuert und kontrolliert durch Russland; und Enthebung des osmanischen Sultans und Platzierung eines russischen Prinzen auf den Thron eines wiederbelebten byzantinischen Reiches.¹³⁸

Im Jahre 1801 annektiert Russland das Königreich Kartli-Kachetien, welches im Gebiet des heutigen Georgien liegt und hatte damit einen festen Halt südlich des Kaukasus geschaffen. Weitere territoriale Zugewinne im Jahre 1812 verhalfen Russland zu einer wirkungsvollen Kontrolle der Küstenlinie von der Donau über die nördliche Küste in Richtung Kaukasus-Küste. Die Angst vor den russischen Intentionen rund um das Schwarze Meer wurde ebenfalls durch die Kriege des frühen neunzehnten Jahrhunderts ausgedrückt.¹³⁹

¹³⁶ Bsp. Schwarzmeerregion oder ENP-Region, Vgl. Europäische Kommission, 2006d, S. 8 / S. 13

¹³⁷ Vgl. Charles King, The Wider Black Sea Region in the Twenty-First Century, in: Hamilton Daniel, Mangott Gerhard: The Wider Black Sea Region in the Twenty-First Century: Strategic, Economic and Energy Perspectives; S.5ff

¹³⁸ ebd

¹³⁹ ebd

Bis zum Ende des neunzehnten Jahrhunderts wurde die Schwarzmeer-Region zu einer Zone von strategischer Bedeutung und damit auch zu einem Gebiet von wachsender wirtschaftlicher Bedeutsamkeit. Zwischen 1880 und 1914 wurde das Niveau des europäischen und globalen Engagements am Meer größer als je zuvor.¹⁴⁰

Der Erste Weltkrieg war der nächste Konflikt und trug zum Zerfall aller bestehenden Reiche und Nationalstaaten in der Region bei. Als der Krieg beendet war, waren vier Staaten nun am Schwarzen Meer ansässig: die Türkei, die Sowjetunion, Rumänien und Bulgarien. Der Zweite Weltkrieg führte zum Sieg des Kommunismus in Rumänien und Bulgarien und effektiv zur Schaffung einer einheitlichen strategischen Front auf drei der vier Küsten am Meer. Das Ergebnis war die Verflechtung von Politik, Kultur und Ökonomie vom Balkan bis zum Kaukasus in einem Ausmaß das es zuvor noch nicht gab.¹⁴¹

Für den Großteil der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts stellte der kalte Krieg eine gewisse Ruhe rund um das Schwarze Meer her.

In Summe entspricht eine Region jener Form, in der sie definiert wurde. Viele Länder haben jedoch ein Interesse an der Festlegung einer erweiterten Schwarzmeer-Region.¹⁴² Die Kommission der Europäischen Union zählt folgende Staaten zur Schwarzmeer-Region: Griechenland, Bulgarien, Rumänien und Moldau im Westen, die Ukraine und Russland im Norden, Georgien, Armenien und Aserbajdschan im Osten und die Türkei im Süden. Obwohl Armenien, Aserbajdschan, Moldawien und Griechenland nicht Anrainerstaaten sind, so sind ihre Geschichte, ihre Nähe und ihre engen Beziehungen beziehungsweise ihre regionalen Akteure Grund genug für die Kommission, sie zur Schwarzmeerregion hinzu zu zählen.¹⁴³

In weiterer Folge bleibt nun zu bestimmen, in welcher Weise die Europäische Nachbarschaftspolitik in der Schwarzmeerregion Einfluss nimmt, zumal Rumänien und Bulgarien im Jahr 2007 Mitglieder der EU wurden bzw. Griechenland bereits seit dem Jahr 1980 Mitglied der EU ist!

¹⁴⁰ ebd

¹⁴¹ ebd

¹⁴² Vgl. Jonathan Kulick, Sprecher bei der Schwarzmeerkonferenz am 4. Juni 2008 http://www.oijp.at/magazin/00/artikel/6483/doc/d/Summary_Wider_Europe.pdf, abgerufen am 2008-06-23

¹⁴³ Vgl. Europäische Kommission, 2007c, S. 2

3.2. ENP - European Neighbourhood Policy

Die Vision von enger werdenden Beziehungen zu den Nachbarn der Europäischen Union hat die EU bereits im Jahr 2003 eine Europäische Nachbarschaftspolitik eingeleitet beziehungsweise diese 2004 festgeschrieben.¹⁴⁴ In dieser steht, dass sie privilegierte Beziehungen zu jenen Nachbarländern in Osteuropa, im südlichen Mittelmeerraum und im Südkaukasus anstrebt, die keine Beitrittsperspektive haben.

Entstanden ist die Europäische Nachbarschaftspolitik durch die Erweiterung der Union im Jahr 2004 von 15 auf 25 Mitglieder, darunter auch acht ehemals kommunistische mittel- und osteuropäische Staaten. Dadurch ergaben sich für die Union neben diversen Arbeitsfähigkeitsfragen¹⁴⁵ auch Fragen zu neuen Außengrenzen und dadurch neuen Beziehungen sowie auch neuen Herausforderungen.

Vor der Schaffung der Europäischen Nachbarschaftspolitik war die Außenpolitische Rolle der EU eine im internationalen Vergleich eher außergewöhnliche um nicht zu sagen merkwürdige. Da es sich bei der EU um einen Staatenverbund handelt, dessen Mitglieder ihre eigenen bilateralen Außenbeziehungen pflegen, wurde der zentralen Außenpolitik der EU – vor allem auf diplomatischer Ebene – eher eine geringe Rolle zu Teil, zumal die wesentlichen Begriffe eines internationalen Akteurs wie beispielsweise Staat, Nation, Souveränität und noch viele mehr, bei der Europäischen Union nicht gebraucht werden bzw. nicht vorhanden/gegeben sind.

Dennoch ist die EU, nicht erst zuletzt durch die strukturellen Änderungen seit dem Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon, als internationaler Akteur zu sehen, der auf internationalem Gebiet handelt und dafür seine verschiedenen Strategien entwickelt hat. Neben der Heranführung anderer Staaten an die EU durch Schaffung von Anreizen bei Übernahme von Regeln der EU durch die Drittstaaten hat die EU auf bilateraler Ebene Staaten an sich gebunden. Weiters wurde durch regionale

¹⁴⁴ Vgl. Website für Europäische Nachbarschaftspolitik, http://ec.europa.eu/world/enp/policy_de.htm, abgerufen am 2011-12-05

¹⁴⁵ So war zum Beispiel das Einstimmigkeitsprinzip im Rat der EU vor dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon ein hohes Risiko, da bei 25 Mitgliedsstaaten Initiativen von jeweils nur einem Land hätten gekippt werden können. Mittlerweile gilt hier eine qualifizierte Mehrheit. Vgl. http://europa.eu/about-eu/institutions-bodies/council-eu/index_de.htm, 2011-12-04

Abkommen¹⁴⁶ versucht, mehr Stabilität und Sicherheit zu schaffen und dadurch in weiterer Folge Sicherheit für die EU zu gewährleisten.

Die abgekürzt ENP genannte Nachbarschaftspolitik der EU ist Teil der Europäischen Sicherheitsstrategie und soll dazu beitragen, neue Trennlinien zu vermeiden bzw. die Vorteile der Erweiterung mit den Nachbarländern der EU zu teilen.

Als das Hauptanliegen der ENP werden die Förderung von Demokratie, Grundfreiheiten, Wohlstand, Sicherheit und Stabilität angeführt und dabei über die mit den einzelnen Nachbarländern bereits bestehenden Beziehungen hinausgegangen. Die Beziehungen basieren auf einer beiderseitigen Verpflichtung zur Wahrung bestimmter gemeinsamer Werte, wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Achtung der Menschenrechte, verantwortungsvolle Staatsführung, die Grundsätze der Marktwirtschaft und eine nachhaltige Entwicklung.¹⁴⁷ Diese Verpflichtung gilt als Voraussetzung für eine privilegierte Beziehung zwischen der EU und den jeweiligen Staat wie zum Beispiel in der Europäischen Nachbarschaftspolitik Policy.

Die Umsetzung der ENP erfolgt durch bilaterale Aktionspläne, die auf die spezifischen Bedürfnisse des jeweiligen Landes sowie dessen Interessen und die Interessen der Union bezogen sind und die jeweils eine Reform innerhalb eines bestimmten Bereiches (zum Beispiel in der Politik und Sicherheit, Wirtschaft und Handel, Mobilität, Umwelt, Integration von Verkehrs- und Energienetzen oder wissenschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit) zum Ziel hat.¹⁴⁸ In diesen Aktionsplänen wird ein Arbeitsprogramm für die nächsten drei bis fünf Jahre festgeschrieben, die wiederum zuvor in sogenannten Länderberichten festgehalten werden. In diesen Länderberichten werden die politische und wirtschaftliche Lage sowie bestimmte sektorale Aspekte und die institutionellen Kapazitäten des betreffenden Landes bewertet.¹⁴⁹ Diese Bewertungen unterstützen dabei, Beziehungen zu den jeweiligen Ländern einzuschätzen und zu bestimmen, wann und wie die Beziehungen zu diesem Land vertieft werden können. Für jene sieben Länder, deren Abkommen mit der EU bereits in Kraft getreten waren,

¹⁴⁶ Z.B. bilaterales Menschenrechtsabkommen zwischen der EU und Georgien. Vgl. Europäische Kommission/ Hohe Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik (2011), S. 5

¹⁴⁷ Europa, Zusammenfassung der EU-Gesetzgebung, Glossar http://europa.eu/legislation_summaries/glossary/neighbourhood_policy_de.htm, abgerufen am 2011-12-04

¹⁴⁸ Vgl. Europäische Kommission (2009d)

¹⁴⁹ ebd

wurden im Mai 2004 die jeweiligen Länderberichte veröffentlicht. Für jene fünf Länder, welche als nächste in die Politik einbezogen werden sollten (Länder des südlichen Kaukasus) bzw. deren Abkommen zwischenzeitlich in Kraft getreten waren (Ägypten und Libanon), wurden im März 2005 die Länderberichte veröffentlicht.¹⁵⁰ Im Anschluss an die Veröffentlichung werden die Länderberichte dem Rat vorgelegt, der darüber entscheidet, ob die nächste Phase der Beziehungen eingeleitet werden kann, also die ENP-Aktionspläne.¹⁵¹

Die Umsetzung der in den Aktionsplänen enthaltenen beiderseitigen Verpflichtungen und Ziele werden in Zusammenarbeit mit den betreffenden Ländern regelmäßig von zu den einzelnen Bereichen und Themen eingerichteten Unterausschüssen überwacht. Am 4. Dezember 2006 gab die Kommission den ersten regelmäßigen Bericht heraus, in dem sie über die erzielten Fortschritte sowie über Bereiche informiert, in denen weitere Fortschritte erforderlich sind. 2007 wurde eine zweite Reihe von Berichten zur Umsetzung der ENP-Aktionspläne veröffentlicht. Darin beinhaltet waren eine allgemeine Beurteilung mit Schlussfolgerungen aus den Berichten und ein sektorspezifischer Fortschrittsbericht. Die letzte Reihe von Berichten über die Umsetzung der ENP-Aktionspläne wurde im Mai 2011 veröffentlicht.¹⁵²

Für folgende Bereiche werden dabei die Arbeitsprogramme definiert:

- politische und wirtschaftliche Reformen
- Annäherung der Rechtsvorschriften an den gemeinschaftlichen Besitzstand
- Beteiligung an bestimmten Gemeinschaftsprogrammen
- Entwicklung oder Festigung der Zusammenarbeit und des Dialogs

Bilateralen Abkommen, die bereits vor der ENP geschlossen wurden, geben dabei den Rahmen für die Umsetzung der ENP vor. Durch das für den Zeitraum 2007 – 2013 vorgesehene Europäische Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument (ENPI), das

¹⁵⁰ ebd

¹⁵¹ Zu allen ENP- Aktionsplänen gibt es sogenannte Country Reports, in denen die Inhalte und Ergebnisse dokumentiert werden; Vgl. ENP Dokumente, http://ec.europa.eu/world/enp/documents_en.htm#2, abgerufen am 2011-12-05

¹⁵² Vgl. http://ec.europa.eu/world/enp/documents_en.htm#2, abgerufen am 2011-12-05

die von 2000 bis 2006 genutzten Programme TACIS und MEDA¹⁵³ ersetzt, gewährt die EU ihren Nachbarn finanzielle und technische Unterstützung.¹⁵⁴

Die Europäische Nachbarschaftspolitik bezieht sich auf die unmittelbaren Nachbarn der EU - Algerien, Armenien, Aserbaidschan, Weißrussland, Ägypten, Georgien, Israel, Jordanien, Libanon, Libyen, Moldawien, Marokko, das besetzte palästinensische Gebiet, Syrien, Tunesien und die Ukraine. Obwohl Russland ebenfalls ein Nachbar der EU ist, werden hier die Beziehungen zu diesem Land mit Hilfe einer eigenen strategischen Partnerschaft entwickelt.¹⁵⁵ Aber auch die Ukraine hat sich zu einem quasi „primus inter pares“ innerhalb der ENP-Gemeinschaft entwickelt. Zum einen hat die Ukraine selbst bereits 2004 durch ihren damaligen Präsidenten Wiktor Juschtschenko bekundet, dass das Land eine baldige EU-Mitgliedschaft anstrebe und am 9. September 2008 haben die Ukraine und die Europäischen Union eine Vereinbarung für ein Assoziierungsabkommen getroffen, dass zwar im Gegensatz zum Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA) nicht zwingend als erster Schritt zu einem EU-Beitritt gilt, aber doch den Status der Ukraine im Vergleich zu den anderen Staaten verändert hat.¹⁵⁶

Die Kernelemente der Europäischen Nachbarschaftspolitik bilden die bereits erwähnten bilateralen ENP-Aktionspläne, welche gemeinsam zwischen der EU und jedem Partner vereinbart werden. Diese Pläne enthalten eine Agenda politischer und wirtschaftlicher Reformen mit kurz- und mittelfristigen Prioritäten.¹⁵⁷

Betrachtet man die Landkarte der europäischen Union, so steht außer Zweifel, dass sich schon rein auf Grund der geografischen Gegebenheiten die Nachbarschaftspolitik praktisch ausschließlich südlich und östlich der Union abspielt.

¹⁵³ Siehe Kapitel 3.2.1 „Europäische Nachbarschaftspolitik: Finanzierung“

¹⁵⁴ Vgl. Rechtsvorschriften der Europäischen Union, Glossar, http://europa.eu/legislation_summaries/glossary/neighbourhood_policy_de.htm - abgerufen am 2011-03-13

¹⁵⁵ Vgl. Europäische Kommission, ENP, http://ec.europa.eu/world/enp/policy_de.htm, abgerufen am 2011-04-26

¹⁵⁶ Vgl. Europäischer Auswertiger Dienst, http://eeas.europa.eu/ukraine/index_en.htm, abgerufen am 23.1.2012

¹⁵⁷ ebd

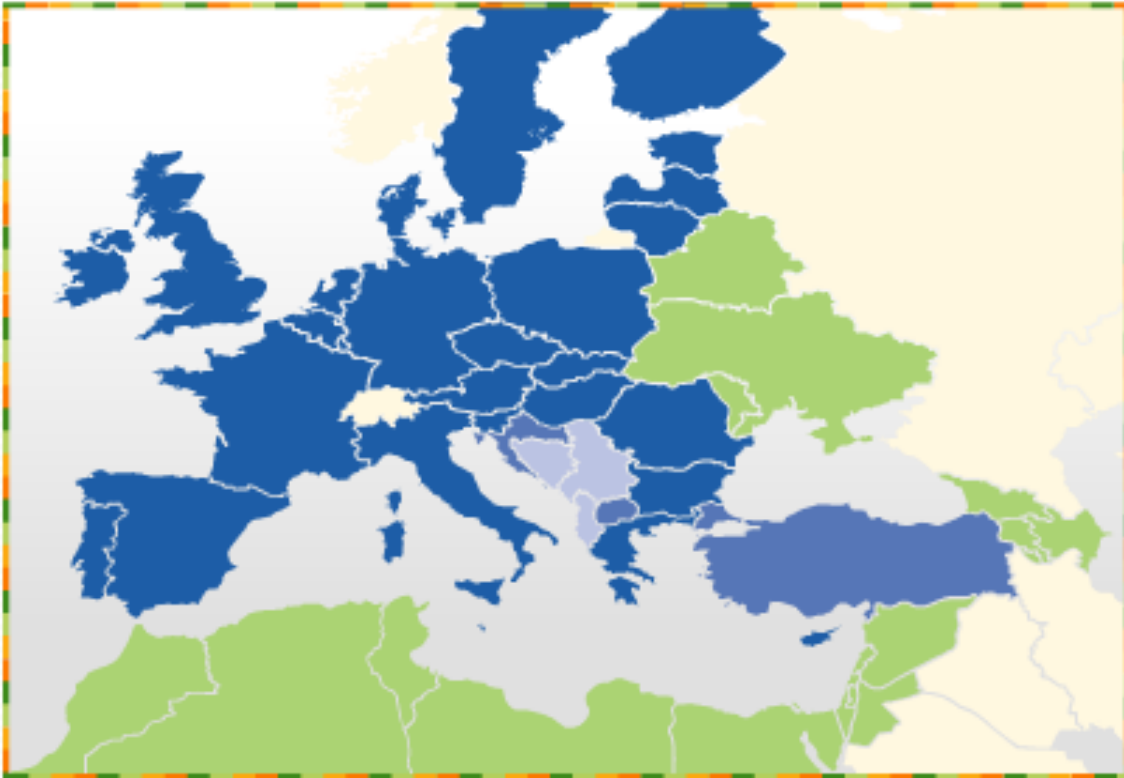


Abbildung 6¹⁵⁸

In der Mitteilung der Kommission, welche den Rahmen für die Beziehungen der EU zu ihren östlichen und südlichen Nachbarn beschreibt, wird die politische und wirtschaftliche Abhängigkeit zwischen der Europäischen Union und den Nachbarländern erwähnt.¹⁵⁹ Die Kommission weist in der Mitteilung weiters darauf hin, dass ein wichtiger Teil die Sicherstellung der Finanzierung der Policies darstellt und daher eine Priorisierung des Themas Finanzierung in weiterer Folge in jeglicher Auseinandersetzung im Bezug auf die Nachbarschaftspolitik ist.

3.2.1. Europäische Nachbarschaftspolitik: Finanzierung

Die finanziellen Mittel für die Umsetzung der einzelnen Förder- und Kooperationsmaßnahmen kamen bis 2006 aus den Programmen TACIS und MEDA. Am 1. Januar 2007 wurde das ENPI (Europäisches Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument) als neues Finanzierungsinstrument eingeführt. Darin werden im Detail jene Programme, Projekte oder Maßnahmen beschrieben, die mit diesem

¹⁵⁸ ebd

¹⁵⁹ Vgl. Europäische Kommission (2007d): STRATEGIEPAPIER 2007 – 2013, S. 14

Fonds in einem bestimmten Land oder einer Region finanziert werden. Diese sogenannten Jahresprogramme (Annual Programs) beziehen sich dabei auf das Haushaltsjahr, und nicht auf die Dauer oder die Zeit der Durchführung der Maßnahmen, die sich in der Regel über mehrere Jahre erstrecken.¹⁶⁰ Wie sich die Prioritäten für die Programme im Detail ausrichten wird in den regionalen Strategiepapieren definiert.

3.2.1.1. TACIS¹⁶¹

TACIS steht für „Technical Assistance to the Commonwealth of Independent States“ und war von 1991 bis 2006 ein Finanzierungsinstrument der EU. Es war in erster Linie dafür gedacht, die Beziehungen der EU mit den Ländern Osteuropas (*„für unsere östlichen Nachbarn und Russland“¹⁶²*) und Zentralasiens (EECA, Eastern Europe and Central Asia) durch ein Finanzierungsprogramm zur technischen Hilfe für den Prozess des Übergangs zur Marktwirtschaft und zu demokratischen Gesellschaften zu unterstützen. Hintergrund war der Zerfall der Sowjetunion und das daraus entstandene enorme politische, wirtschaftliche und soziale Vakuum. In den 15 Jahren des Bestehens von TACIS wurden das Konzept und das Management wesentlich geändert, um flexibel auf ein sich wandelndes Umfeld und auf die verschiedenen Bedürfnisse der beteiligten Länder und Akteure zu reagieren.

Bereits in den ersten acht Jahren wurden insgesamt rund 4,2 Milliarden Euro zur Finanzierung vor allem für einzelne kleine Projekte zur Verfügung gestellt. In diesen ersten 8 Jahren war TACIS eher nachfrageorientiert. Anfragen von (noch relativ unbekanntem) GUS Ministern wurden erfasst, auf der Basis von oft kaum vorhandenen Informationen bewertet und beantwortet. Auch wenn das ursprüngliche Konzept im Grunde so angedacht war einzelne definierte Projekte zu unterstützen, enthielt das Programm immer schon verschiedene sektorale Komponenten. Einer der wichtigsten

¹⁶⁰ Vgl. Europäische Kommission (2009c)

¹⁶¹ Vgl. Frenz, Alexander (2006)

¹⁶² Vgl. Europäische Kommission (2009c)

ist zum Beispiel die Entwicklung des privaten Sektors. Dieses Bestreben ist bis heute eines der wichtigsten Ziele der ENP Finanzierung.¹⁶³

Von 2000 bis 2006 folgten weitere 3,1 Milliarden Euro, darunter ein Großteil bereits für Projekte der ENP. Im Januar 2000 reagierte die EU mit einer neuen Verordnung (Nr. 99/2000), welche die verbesserten Beziehungen und Entwicklungen berücksichtigte. Diese Regelung eröffnete eine neue Phase der Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und den "TACIS-Partnerländern". Diese basiert auf einem Verständnis, dass die Zusammenarbeit ein wechselseitiger Prozess ist, weg von einem eher "nachfrageorientiertem" Ansatz, hin zu einer eher auf Dialog konzentrierten Basis. Diese beinhaltet auch die Wichtigkeit der Selbstverpflichtung der Partnerländer bei der Zuteilung von Ressourcen.

Mit einem kontinuierlich besseren Verständnis der nationalen Situationen wurde die EU selbst besser dazu qualifiziert, eigene Vorschläge zu machen. Als Ergebnis wurden Prioritäten der EU ebenso diskutiert, wie die nationalen Vorschläge. Das Prinzip der "nationalen Eigenverantwortung" entstand. Dies war der Punkt, an dem die EU begonnen hat zu verstehen, dass ohne nationaler Eigenverantwortung die Auswirkungen ihrer Handlungen beschränkt bleiben würden.

3.2.1.2. MEDA

„MEDA“ steht für „Mésures d’accompagnement financières et techniques“ („Finanzielle und technische Begleitmaßnahmen“) und war ebenfalls ein Finanzierungsinstrument der EU. Das MEDA-Programm bot technische und finanzielle Unterstützungsmaßnahmen für Mittelmeerpartner an, um die Verbesserung der sozio-ökonomischen Strukturen in der Mittelmeerregion zu unterstützen. Für den Programmplanungszeitraum 2000 bis 2006 wurden für MEDA ungefähr 5,3 Mrd. Euro bereitgestellt. Insgesamt ging MEDA weit über die traditionelle Entwicklungshilfe hinaus. Gemeinsam mit dem TACIS-Programm diente es vor allem dazu, den ökonomischen Übergang und Freihandel als zentrale Aufgabe der finanziellen Zusammenarbeit der EU mit der Mittelmeerregion zu formen.

¹⁶³ Vgl. Frenz, Alexander (2006): "The European Commission's Tacis Programme 1991-2006 - a Success Story". S. 6

2007 ging MEDA (zusammen mit TACIS) im Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument (ENPI) auf. Dieses bildete das neue Finanzinstrument der Europäischen Nachbarschaftspolitik.¹⁶⁴

3.2.1.3. Europäisches Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument (ENPI)

Wie schon beschrieben, wurden die Programme MEDA und TACIS durch ein einziges Instrument ersetzt: das Europäische Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument (ENPI). Dieses politikgesteuerte Instrument dient zur Unterstützung der Prioritäten, die in den ENP-Aktionsplänen und in der strategischen und zuvor von TACIS abgedeckten Partnerschaft mit Russland festgelegt sind und ist auf die Förderung nachhaltiger Entwicklungen und auf die Annäherung an die Politik und Standards der EU ausgerichtet.¹⁶⁵

Für den nächsten Programmplanungszeitraum (2007-2013) werden aus EU-Mitteln ungefähr 12 Mrd. Euro bereitgestellt, um die Reformen der Partnerländer zu unterstützen, was einer effektiven Erhöhung um 32% entspricht. Die Aufteilung dieser Mittel auf die einzelnen Länderprogramme richtet sich dabei nach dem Bedarf der einzelnen Länder sowie dem Umsetzungsfortschritt der vereinbarten Reformen.¹⁶⁶

Mit der ENPI werden vor allem grenzüberschreitende Kontakte und die Zusammenarbeit von lokalen und regionalen Akteuren mit der Zivilgesellschaft unterstützt, da ein wesentliches Ziel die Verbesserung der grenzübergreifenden Zusammenarbeit an den Außengrenzen der EU sowohl zu Lande, als auch zu Wasser ist, um die Entstehung neuer Trennlinien zu vermeiden und zu verhindern. Dies gilt im Übrigen sowohl für die Europäische Nachbarschaftspolitik als auch für die strategische Partnerschaft mit Russland. Dazu werden die 15 Programme des ENPI für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit (CBC) an den Außengrenzen der EU im Programmplanungszeitraum 2007-2013 mit Zuschüssen in Höhe von 1,18 Mrd. Euro gefördert. Das Konzept der Kommission zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit

¹⁶⁴ Vgl. Europäische Kommission (2009c)

¹⁶⁵ ebd

¹⁶⁶ ebd

ist im Strategiepapier zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Rahmen der ENPI zusammengefasst.¹⁶⁷

Ein anderes Instrument ist die sogenannte Fazilität¹⁶⁸ für gute Regierungsführung (Governance-Fazilität). Vorläufig wurden dafür jährliche finanzielle Mittel in der Höhe von 50 Millionen Euro bereitgestellt, was auf den ersten Blick nicht besonders hoch erscheint. Diese sollen dazu dienen, ergänzende Unterstützung für Partnerländer, die besonders gute Fortschritte bei der Durchführung ihrer vereinbarten Regierungsprioritäten gemacht haben, zu bieten. Im Jahr 2007 wurden die ersten Zuschüsse aus der Governance-Fazilität ausgezahlt.¹⁶⁹

Ende 2007 wurde die Nachbarschafts-Investitionsfazilität (NIF) eingerichtet und 2008 mit der Vergabe von Darlehen an ENP-Partner begonnen. Diese Fazilität wurde von der Kommission für den Zeitraum 2007 bis 2013 mit Mitteln in der Höhe von 700 Millionen Euro ausgestattet, was nominell dem Doppelten als für die Governance-Fazilität entspricht. Die Mitgliedstaaten wurden von der Kommission dazu aufgefordert, ihren Beitrag schrittweise auf dasselbe Niveau anzuheben, um die Wirkung der Fazilität zu maximieren. Aus dieser Fazilität werden vor allem Projekte von allgemeinem Interesse finanziert, wie zum Beispiel in den Bereichen Energie, Umweltschutz und Verkehr.¹⁷⁰

In den aktuellen und zukünftigen Instrumenten werden die Prioritäten der Außenhilfe der EU zusammen mit dem begünstigten Land und den anderen einschlägigen Akteuren in allgemein gefassten Länderstrategiepapieren (LSP) als Jahresprogramme festgelegt. Diese decken einen Zeitraum von sieben Jahren ab und sind in detaillierten „Mehrjahres-Richtprogrammen“ auf drei Jahre angelegt.¹⁷¹ Ferner können bei der Programmierung von Hilfeprogrammen die gemeinsam mit den Behörden der jeweiligen Länder in den Aktionsplänen festgelegten Prioritäten auch anderen Gebern und internationalen Finanzinstitutionen (IFI) als Anhaltspunkte dienen. Für Ausschreibungen im Rahmen von EG-Hilfsprogrammen können Unternehmen aus den 27 Mitgliedstaaten der EU, den Kandidatenländern (Kroatien, Türkei und die ehemalige

¹⁶⁷ Vgl. Europäische Kommission - GD Außenbeziehungen (2007c)

¹⁶⁸ Als Fazilitäten wird jener Finanzierungsrahmen bezeichnet, der in Anspruch genommen werden darf. Vgl. <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Archiv/5744/fazilitaet-v6.html>, abgerufen am 29.11.12-04

¹⁶⁹ Zahlungen gingen an Marokko und die Ukraine, vgl. Europäische Kommission (2009c)

¹⁷⁰ Vgl. Europäische Kommission (2009c)

¹⁷¹ Mehrjahresrichtprogramme werden operativ vom Auswärtigen Dienst der EU gesteuert

jugoslawische Republik Mazedonien), den potenziellen Kandidatenländern (Albanien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro und Serbien einschließlich Kosovo) und den Nachbarstaaten selbst Angebote abgeben. Die Auftragsvergabe erfolgt gemäß den standardisierten Vergabevorschriften der EU.¹⁷²

Dass die Gelder oftmals zu allgemein und im Gießkannenprinzip eingesetzt werden, sieht aber nun auch die Europäische Kommission ein. So will der EU-Kommissar für Entwicklungshilfe, Andris Piebalgs, die EU-Entwicklungshilfe reformieren und dabei zwar nicht die Höhe der Hilfe ändern, dafür aber die Strategie. Dabei sollen künftig weniger Länder von EU-Förderungen profitieren und im Gegenzug dazu gezielte Schwerpunktsetzungen erfolgen. So soll es mehr nachhaltige Hilfe für ärmere Länder geben, dafür soll die Hilfe in Ländern wie Indien, China oder Brasilien abgezogen werden. Nach wie vor gilt aber, dass demokratiefeindliche Länder keinen Zugang zu finanziellen Mittel haben sollen. Die Einhaltung von Menschenrechten habe oberste Priorität!¹⁷³

Die Bestimmungen für den Erhalt von finanziellen Mitteln sind jedoch sehr streng, um das Problem des Versickerns in Korruptionskanälen so gut es geht zu verhindern. Die Durchlaufzeit zur Genehmigung finanzieller Mittel für langfristigen Projekte dauern mitunter länger als ein Jahr, weshalb zum Beispiel das österreichische Innenministerium sich nur um finanzielle Mittel zur Durchführung von kurzfristigeren Projekten (Kongresse, etc.) bemüht.¹⁷⁴

3.2.2. Fortschritt der ENP und deren aktuelle Situation

Wie schon zuvor beschrieben, wird die Europäische Nachbarschaftspolitik im Grunde durch die Aktionspläne umgesetzt. Aufgrund dessen, dass die ENP 16 Länder umfasst, gibt es auch genau so viele Aktionspläne. Jeder Aktionsplan wiederum umfasst eine Vielzahl an Schwerpunktthemen, die ihrerseits wieder eine Reihe von Unterkategorien umfasst. Zum Beispiel hat der Aktionsplan von Georgien 8 Schwerpunktbereiche mit

¹⁷² Vgl. Europäische Kommission (2009c)

¹⁷³ Vgl. Andris Piebalgs, im Ö1-Interview, URL: <http://oe1.orf.at/artikel/288753#>, abgerufen am 2011-10-19

¹⁷⁴ Vgl. Mag. Günther Sablatnig, - Interview, 8.11.2011

jeweils durchschnittlich 10 Unterkategorien.¹⁷⁵ In Summe also 80 Themen, die jeweils konkrete Aktionen nach sich ziehen sollten und deren Ergebnisse, um sie zu analysieren, in den sogenannten Progress Reports¹⁷⁶ festgehalten werden. Diese werden jährlich erstellt und veröffentlicht und beschreiben den Status der Prozesse, sowie auch die finanziellen Aufwendungen dafür. So hat sich zum Beispiel die Beschäftigungssituation in einigen Ländern verbessert, während andere Länder weiter zu kämpfen haben¹⁷⁷. In fast allen Ländern ist die Anzahl der illegal Beschäftigten sehr hoch, was die mancherorts prekären Arbeitssituationen nicht unbedingt verbessert. Die Entwicklung der Fähigkeiten, um die Diversifizierung der Wirtschaft zu unterstützen, sowie Investitionen zur Modernisierung des Arbeitsmarktes bleiben daher auch in Zukunft große Herausforderungen¹⁷⁸. Reformen der Pensionssysteme sind ebenso in mehreren Ländern im Gange und es wird evaluiert, wie es um die soziale Absicherung nach den Auswirkungen der globalen Rezession auf die betroffenen Bevölkerungen sowie auf die öffentlichen Finanzen bestellt ist.¹⁷⁹ Auch die Beteiligung von Frauen am wirtschaftlichen und politischen Leben hat wenig Fortschritte gemacht, obwohl bei den letzten libanesischen Kommunalwahlen der bisher höchste Anteil (8,2%) weiblicher Kandidaten ein willkommenes Anzeichen einer Besserung sind. Ägypten organisiert Fortbildungsveranstaltungen für Frauen als Gemeindeleiter, während der Libanon, Tunesien und Marokko ihre Anstrengungen auf die Bekämpfung von häuslicher Gewalt gerichtet haben.¹⁸⁰

Neben diesen Beispielen gibt es noch messbare Änderungen in den Bereichen Handel, Märkte und regulatorische Reformen, bei der Zusammenarbeit im Bereich Justiz, Freiheit und Sicherheit, in den Bereichen öffentlicher Verkehr, Energie, Klimawandel, Umweltschutz, Zivilschutz, Forschung und Innovation und in der Informationsgesellschaft, sowie in den Feldern Humankapital wie zum Beispiel im Bereich Bildung und Ausbildung und in der öffentlichen Gesundheitsversorgung.¹⁸¹

¹⁷⁵ Vgl. Europäische Kommission (2006e) S.3ff

¹⁷⁶ Die ENP Progress Report sind unter http://ec.europa.eu/world/enp/documents_en.htm#2 abrufbar

¹⁷⁷ Vgl. Europäische Kommission (2011c)

¹⁷⁸ ebd

¹⁷⁹ ebd

¹⁸⁰ ebd

¹⁸¹ ebd

3.3. Schwarzmeersynergie

Neben der Europäischen Nachbarschaftspolitik hat die Europäische Union im Jahr 2007 eine weitere Initiative der regionalen Zusammenarbeit ins Leben gerufen. Die sogenannte „Schwarzmeersynergie“. Mit 1. Januar 2007 traten Bulgarien und Rumänien als vollwertiger Mitglieder der Europäischen Union bei, wodurch mehr denn je die Sicherstellung von Stabilität und Sicherheit, sowie die Verbesserung des Wohlstandes in der Schwarzmeerregion in den Mittelpunkt des Interesses der EU gerückt ist. Zwar deckt die Europäische Nachbarschaftspolitik bereits alle Länder der Schwarzmeerregion ab, allerdings wird nunmehr eine Initiative zur Ergänzung der bestehenden Strategien (Strategie zur Heranführung der Türkei an eine EU-Mitgliedschaft, ENP und strategische Partnerschaft mit der russischen Föderation) benötigt, welche die Region stärker in den Mittelpunkt des politischen Interesses rückt und die dazu beiträgt, die bereits bestehende Kooperation zu stärken.¹⁸² Dies bedeutet, dass die EU nicht die Absicht hat, eine eigenständige Schwarzmeerstrategie vorzulegen, sondern vielmehr für die bereits erwähnten Initiativen die regionalen Interessen und Bedürfnisse der Schwarzmeerregion untermauern.

Der Schwarzmeerraum ist ein eigener, geografisch abgegrenzter Raum, der nicht nur selbst natürliche Ressourcenvorkommen hat, sondern vor allem für Europa eine wichtige, strategische Schnittstelle zwischen Europa, dem nahen Osten und dem inneren asiatischen Raum darstellt. Das Gebiet stellt, wenn man die Gesamtbevölkerung aller Staaten der Region betrachtet, eine beachtliche Einwohnerzahl dar, die in ihrer Gesamtheit größer ist, als die Bevölkerung der USA.

¹⁸² Vgl. Europäische Kommission (2007c) - KOM(2007) 160 endgültig, S. 3

| Land der Schwarzmeerregion | Einwohnzahl ¹⁸³ |
|--|----------------------------|
| Griechenland | 11.260.402 |
| Bulgarien | 7.351.234 |
| Rumänien | 21.498.616 |
| Moldau | 3.560.000 |
| Ukraine | 45.994.287 |
| <i>Russische Föderation</i> ¹⁸⁴ | <i>142.905.200</i> |
| Georgien | 4.436.400 |
| Armenien | 3.200.000 |
| Aserbaidshan | 9.111.000 |
| Türkei | <u>77.804.122</u> |
| Gesamt | <u>327.121.261</u> |

Tabelle / Abbildung 7

Selbstverständlich ist dabei zu beachten, dass hier nicht immer die Gesamtbevölkerung eine relevante Größe darstellt. Dies gilt besonders für die russische Föderation, bei der im Grunde nur der Föderationskreis Südrussland¹⁸⁵ mit einer Gesamtbevölkerung von ca. 23 Millionen Menschen Relevanz hat und im Vergleich zur gesamten russischen Föderation den geringsten Anteil des Bruttoinlandsprodukts (BIP) erwirtschaftet. Die folgende Tabelle, welche einen Überblick über das BIP pro Kopf der Menschen in den jeweiligen Regionen Russlands aufzeigt, zeigt genau diesen Effekt, nämlich dass die Regionen um das Schwarze Meer im Südwesten Russlands ein BIP pro Kopf in den Kategorien kleiner 50.000 bzw. 50.000-100.000 Rubel aufweisen, wohingegen im Kern des Landes das Vierfache erwirtschaftet wird.

¹⁸³ Bevölkerungszahlen aus <http://de.wikipedia.org/>, abgerufen am 2011-05-31

¹⁸⁴ Russische Föderation ist die amtliche Bezeichnung von „Russland“. Vgl. Deutsche Bundeszentrale für politische Bildung.

¹⁸⁵ Vgl. <http://de.academic.ru/dic.nsf/dewiki/1119349>, abgerufen am 2011-05-31

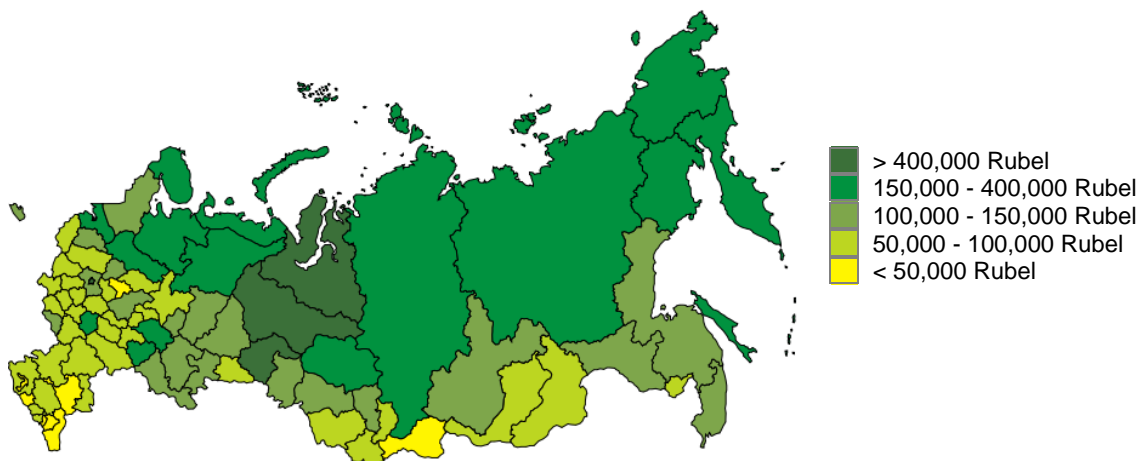


Abbildung 8¹⁸⁶

Dennoch wird die Gesamtbevölkerung der Region mit zumindest 140 Millionen¹⁸⁷ angegeben und auch die russische Föderation ist für die Region gesamthaft zu betrachten und aus der Diskussion nicht wegzudenken, da Russland vor allem als Energieerzeuger und Energietransitstaat eine wesentliche Rolle in der Region spielt und zudem selbst einen nicht unwesentlichen Anteil am Schwarzen Meer hat (siehe Abbildung 5, Seite 51).

Die EU verfolgt drei Hauptinteressen im Schwarzmeerraum:

1. die Konsolidierung demokratischer Staaten,
2. Sicherheit und
3. Sicherstellung der Energieversorgung.

Die wichtigsten Kooperationsbereiche im Detail sind dabei:¹⁸⁸

1. Demokratie, Menschenrechte und verantwortliches Regieren: Die vom Europarat und der OSZE aufgestellten Normen für Menschenrechte und Demokratie gelten für alle Schwarzmeeranrainerstaaten. Die Bemühungen der EU in diesem Bereich sind überwiegend bilateraler Natur.
2. Steuerung der Migration und Verbesserung der Sicherheitslage: Durch Verbesserung der Grenzsicherung und der Zusammenarbeit der

¹⁸⁶ Vgl. Russisches BIP/Kopf nach Regionen
http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:Russia_Regional_product_pc.svg&filetimestamp=20080522192846, abgerufen am 2011-05-31

¹⁸⁷ Vgl. Manuel Marold, Journalist für ORF-Ö1

¹⁸⁸ Vgl. Europäische Kommission (2007c) - KOM(2007) 160 endgültig, S. 4ff

- Zollverwaltungen auf regionaler Ebene lässt sich die Sicherheit erhöhen, sowie die organisierte internationale Kriminalität (Menschenhandel und Rauschmittelschmuggel) bekämpfen und die illegale Migration steuern bzw. verhindern.
3. Die "schwelenden" Konflikte: Ein stärkeres politisches Engagement und eine aktivere Rolle der EU für den Umgang mit den "schwelenden" Konflikten in Transnistrien, Abchasien, Süd-Ossetien und Nagorno-Karabach).
 4. Energiewirtschaft: Aufgrund der produzierten Energie und der Energietransportwege ist die Schwarzmeerregion von strategischer Bedeutung für die Energieversorgung der EU. Im Wege eines Dialogs über Energieversorgungssicherheit baut die Kommission ihre Beziehungen zu den Energieerzeugern, den Energietransitstaaten und den Energieabnehmern auch weiterhin aus.
 5. Verkehr: Regionale Kooperation im Verkehrssektor durch die Europäische Kommission, wobei Ziele wie Leistungssteigerung und allgemein größere Sicherheit (z.B. Transport von Kohlenwasserstoffen im Seefrachtverkehr) im Verkehrssektor anzustreben wären. Dabei würden die Erfahrungen sämtlicher, für den Schwarzmeerraum relevanten Initiativen, des Verkehrssektors einfließen.
 6. Umwelt: Die Staaten der Schwarzmeerregion müssen die Umsetzung der multilateralen Umweltübereinkommen ernsthafter betreiben und in diesem Zusammenhang zu einer strategischen Umweltkooperation übergehen.
 7. Meeresstrategie: Wirtschaftlicher Nutzen und Arbeitsplatzbeschaffung rund um das Schwarze Meer.
 8. Fischerei: Unterstützung bei der nachhaltigen Befischung, Verwaltung der Fischbestände und Forschungsbeiträge.
 9. Handel: Umsetzung der Handels- und Wirtschaftsbestimmungen der im Rahmen der ENP erstellten Aktionspläne, vor allem in Bezug auf marktwirtschaftliche Reformen.
 10. Forschung und Bildung verknüpfende Netze: Die Kommission beabsichtigt einen Zusammenschluss aller Staaten der Region mit dem europaweiten Forschungsnetz GEANT. Weiters existiert ein Interesse daran, die Bereiche Forschung und Bildung der einzelnen Staaten zu verbinden und eine Harmonisierung der Gesetze und Regeln der einzelnen Staaten.

11. Wissenschaft und Technologie: Vorantreiben des Wissenschafts- und Technologiedialog mit den Schwarzmeeranrainerstaaten, sowie Aufnahme spezifischer Forschungsaktivitäten und Themen von allgemeinem Interesse.
12. Beschäftigung und Soziales: Unterstützung bei der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und der weitverbreiteten Schattenwirtschaft unter anderem über die Aktionspläne der ENP.
13. Regionale Entwicklung: Programme der Regionalpolitik auch im Küstenstrich am Schwarzen Meer. Infolge des Beitritts von Bulgarien und Rumänien kommt erstmals auch dadurch finanzielle Unterstützung.

Es gab aber auch schon vor der Definition einer Schwarzmeersynergie Aktivitäten der EU in der Region. Bereits 1997 hat die Kommission ihr Interesse an einer Zusammenarbeit hervorgehoben. So war zum Beispiel die Initiative von BAKU bereits ein Rahmen zur Verstärkung der Kooperation in den Bereichen Energiewirtschaft und Verkehr bzw. Transport und zur Förderung der allmählichen Annäherung an die EG-Grundsätze.¹⁸⁹ Oder im Zuge des TRACECA-Programms (Verkehrskorridor Europa – Kaukasus – Zentralasien), das technische Hilfe zur Verbesserung der Straßen-, Schienen-, Flug- und Seefrachtverkehrsverbindungen zwischen Zentralasien und Europa bereitstellt. Es war bis 1999 ein Programm der Gemeinschaft, wird aber nun aufgrund einer multilateralen Vereinbarung verwaltet und ist mit zwischenstaatlichen Strukturen ausgestattet. Weiters gab bzw. gibt es noch ein Programm für ein Leitungssystem für den Transport von Öl und Gas nach Europa (INOGATE). Auch die Bereiche Umwelt, die Beilegung der Konflikte in der Region, sowie Kooperationen im Bereich Wissenschaft und Forschung standen schon vor der Schwarzmeersynergie im Fokus der EU und es wurden entsprechende Kooperationsschwerpunkte definiert.¹⁹⁰

Eine funktionierende grenzübergreifende Zusammenarbeit setzt aber auch eine lokale Zusammenarbeit in den Küstenregionen voraus, um die Weiterentwicklung von Partnerschaften zwischen Städten, Gemeinden, Hochschulen, Kulturveranstaltern, zivilgesellschaftlichen Organisationen und auch Verbraucherverbände innerhalb der Schwarzmeerregion des Schwarzen Meeres zu fördern.¹⁹¹ Eine weitere Voraussetzung für eine umfassende und entwicklungsfähige Kooperation mit und in der Schwarzmeerregion ist die Konsolidierung demokratischer regierungsfähiger

¹⁸⁹ ebd, S. 13

¹⁹⁰ ebd, S. 14

¹⁹¹ ebd, S. 10

Staaten.¹⁹² Angesichts der schwierigen Situation im Südkaukasus liegt das Hauptaugenmerk der EU auf der Vermittlung z.B. der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit als Basis einer demokratischen Ordnung.¹⁹³ Eine mittelbare Betroffenheit der EU durch die südkaukasische Krisenregion in Georgien, Armenien und Aserbaidschan existiert über die gemeinsame Mitgliedschaft sowohl im Europarat als auch in der OSZE und begründet das gesteigerte Interesse der Union an einem stabilen Schwarzmeerraum.¹⁹⁴ Vor allem der russisch-ukrainische Gasstreit 2005/2006 hat ein energiepolitisches Erdbeben ausgelöst und dazu geführt, dass die EU nun auf ein diversifiziertes Liefernetzwerk mit einem reduzierten Anteil von Monopolisten wie GAZPROM setzt.¹⁹⁵

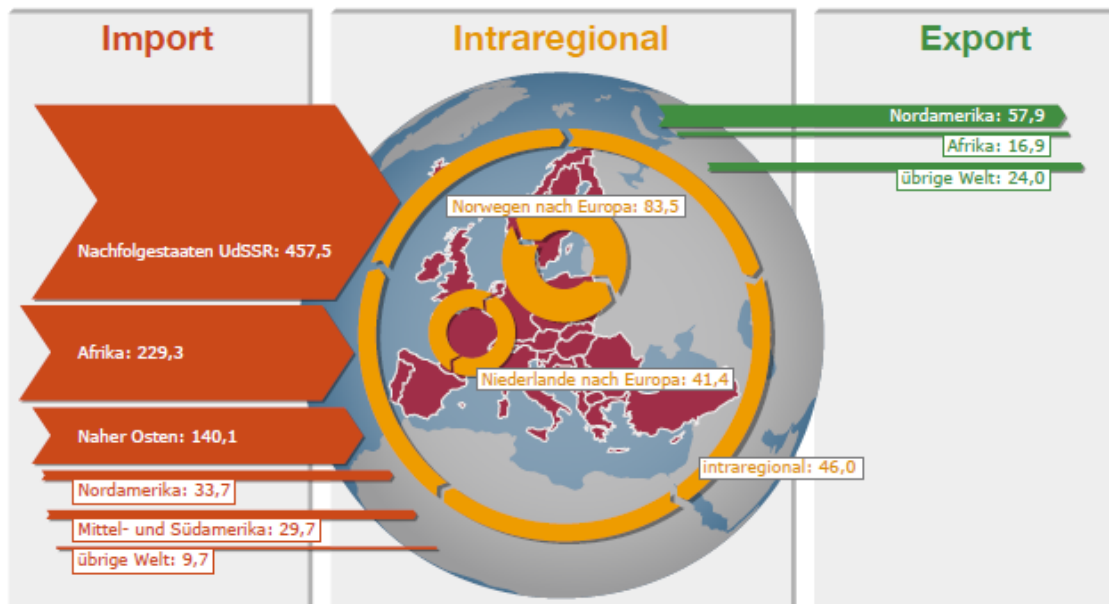


Abbildung 9: Haupthandelsströme – Erdöl und Erdgas – Europa¹⁹⁶

Gerade der Schwarzmeerraum stellt beim Thema Energie eine immer wichtigere Rolle für den Transit der kaspischen Energiereserven dar.

¹⁹² Staaten mit Regierungen, die auch stabile Mehrheiten im jeweiligen Parlament aufweisen.

¹⁹³ Sowohl Gesamteuropäische Instrumente-, als auch Mittel einzelner Mitgliedsstaaten umfassen die Vermittlungs-Aktivitäten der Europäischen Union. So beteiligt sich Deutschland z.B. maßgebend an der Regelung des Abchasien Konflikts und die baltischen Staaten Estland, Lettland, Litauen versuchen ihre „Westintegration“ in den Osten zu exportieren. Vgl. Volland-Bockelberg 2008, S. 18

¹⁹⁴ Vgl. Deutscher Bundestag, wissenschaftler Dienst (2007a), S. 2

¹⁹⁵ Ebd, S. 2f

¹⁹⁶ Quelle: British Petroleum (BP): Statistical Review of World Energy 2009, Bundeszentrale für politische Bildung, 2009 Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/3.0/de

Aber nicht nur mit der Schwarzmeerregion verfolgt die EU ihre eigene politische Strategie. Auch, oder vor allem mit Russland versucht die Europäische Union neue Wege der Kooperation zu finden. Obgleich eine Partnerschaft zu Russland aufgrund der geografischen Lage auch innerhalb der ENP definiert sein könnte, verbindet die EU und Russland eine eigene strategische Partnerschaft. Welche in der Russland Strategie festgeschrieben wurde.

3.4. Die Russland Strategie

Die Russische Föderation zählt zu den wichtigsten Partnern der Europäischen Union um eine starke strategische Partnerschaft mit Russland aufzubauen, was für die Europäische Union eine sehr hohe Priorität hat. Russland ist der größte Nachbar der EU und seit den Erweiterungen 2004 und 2007 ist Russland praktisch noch näher an die EU herangerückt.¹⁹⁷ Was auch dazu geführt hat, dass zwischenzeitlich die Lieferungen von Öl und Gas von Russland nach Europa eines der größten russischen Exportgüter nach Europa darstellt.

Die EU-Russland Beziehungen beruhen durch das 1997 in Kraft getretene Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA), welches 2005 durch die sogenannten vier gemeinsamen Räume (wirtschaftliche Fragen und Umwelt; Freiheit, Sicherheit und Justiz; äußere Sicherheit sowie Forschung & Bildung - einschließlich kultureller Aspekte) ergänzt wurde. Der spezifische Rahmen der Zusammenarbeit mit Russland und die Beziehungen zu Russland sind nicht durch die ENP abgedeckt, sondern basieren auf einer eigenen strategischen Partnerschaft. Allerdings sind die finanziellen Mittel, aus denen Russland im Zuge der Zusammenarbeit schöpfen kann aus dem ENPI gedeckt. Daher ist in den Dokumenten der ENPI auch immer wieder von der strategischen Partnerschaft mit Russland zu lesen, da diese eine eigenständige „Policy“ darstellt.

Die EU und Russland kooperieren im Rahmen einer Reihe von Herausforderungen sowohl auf internationaler als auch auf bilateraler Ebene im Zuge der direkten Nachbarschaft. Dazu zählen der Klimawandel, Drogen- und Menschenhandel,

¹⁹⁷ Vgl. Europäische Kommission (2007b), S.3

organisierte Kriminalität, Terrorismusbekämpfung, Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, der Friedensprozess im Nahen Osten und im Iran.

Beim ersten EU-Russland-Gipfel mit dem damals neuen russischen Präsidenten Dmitri Medwedew im westsibirischen Khanty-Mansyisk gab es den offiziellen Startschuss für Verhandlungen über einen neuen Grundlagenvertrag zwischen der Europäischen Union und Russland. An diesem sogenannten „Khanty-Mansyisk“ Gipfel¹⁹⁸, welcher im Jahr 2008 stattfand, wurde also die Russland-Strategie ins Leben gerufen, um die bestehenden Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zu aktualisieren und/oder zu ersetzen. Es sollte einen umfassenden Rahmen für die Beziehungen zwischen Russland und der EU schaffen, welcher inklusive rechtlich bindender Verpflichtungen in allen Bereichen der Partnerschaft, einschließlich des politischen Dialogs, der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, der Forschung, der Bildung und Kultur, sowie feste Bestimmungen über den Handel, Investitions- und Energiekosten Wirksamkeit haben sollte bzw. hat.¹⁹⁹

Mit dem Start der Verhandlungen im Juli 2008 begann eine Reihe von weiteren Gesprächen zwischen den Ländern, welche bis Ende 2010 in Summe 12 mal an den Verhandlungstisch traten um den Rahmen festzulegen und sich darüber zu einigen, wie die Beziehungen gestaltet werden könnten bzw. gestaltet sein sollten, um für beide Verhandlungspartner den bestmöglichen Nutzen aus den Beziehungen zueinander ziehen zu können und Stabilität, Sicherheit, Wohlstand zu gewährleisten bzw. zu entwickeln.²⁰⁰

Das wichtigste Thema ist und bleibt aber die Energieversorgung durch Russland und dabei an vorderster Front die Rohstoffe Öl und Gas.²⁰¹ Nahezu jeder EU-Staat versucht aber hier seit Jahren in bilateralen Beziehungen zu Russland nationale Vorteile zu generieren. Auch praktisch alle Mitgliedsstaaten der EU fürchten aufgrund der starken russischen Dominanz um die europäische Energiesicherheit. Trotzdem versucht fast jeder seine Beziehungen zu Russland direkt, ohne Umwege über Brüssel, aufrecht zu erhalten. Beim Nordstream-Projekt²⁰² gilt das zum Beispiel für Deutschland

¹⁹⁸ Vgl. EU-Russland-Gipfel in Khanty Mansyisk am 26.-27. Juni 2008

¹⁹⁹ Vgl. EU, Auswärtiger Dienst. Url: <http://www.eeas.europa.eu/russia/>, abgerufen am 22. 9. 2011

²⁰⁰ ebd

²⁰¹ Vgl. EU-EEAS http://eeas.europa.eu/russia/index_en.htm, abgerufen am 27. 9. 2011

²⁰² Die Nord Stream-Pipeline ist eine Erdgasleitung, die Russland und die Europäische Union durch die Ostsee verbindet. Vgl. Nord Stream AG, FACT SHEET, November 2011

und die Niederlande, aber auch Italien, Ungarn, Griechenland und Bulgarien, versuchen mit Russland die Southstream-Pipeline²⁰³ durchs Schwarze Meer direkt zu verabreden. Dies alles sehr zum Nachteil von Österreich, deren Nabucco-Projekt²⁰⁴, das Gas aus Zentralasien und dem Kaspischen Meer über den Südkaukasus nach Europa bringen soll²⁰⁵. Der Baubeginn für die Nabucco-Pipeline wurde schon mehrfach verschoben und ist derzeit für 2013 vorgesehen.²⁰⁶

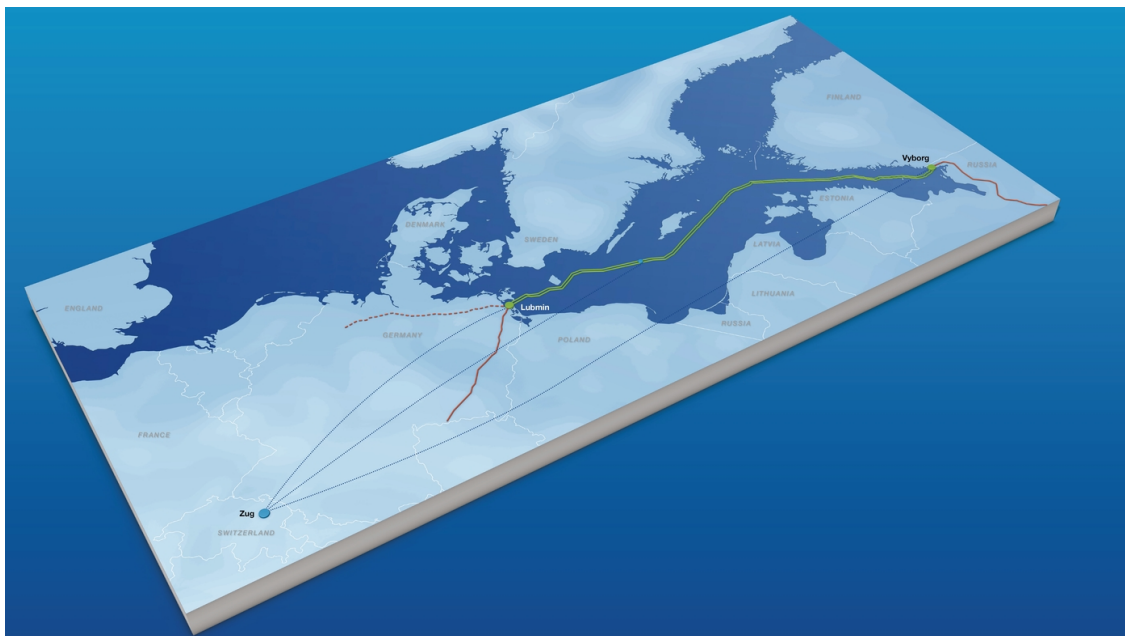


Abbildung 10: Northstream Pipeline Route²⁰⁷

²⁰³ South Stream ist ein transnationales Gas-Pipeline-Projekt zum Zwecke der Diversifizierung der Erdgas-Routen nach Europa. Die finale Projektentscheidung soll 2012 fallen. 2015 soll das Projekt kommerziell in Betrieb gehen. Vgl. Projektpräsentation South Stream, Brüssel, Mai 2011

²⁰⁴ Die Teilnehmer des Projekt-Konsortiums gingen nach einem Treffen in die Wiener Staatsoper, um sich Giuseppe Verdis Oper „Nabucco“ anzusehen. Beim anschließenden Abendessen entschieden sich die Anwesenden für den Projektnamen Nabucco. Vgl. „Die Presse“, 12. Juli 2009

²⁰⁵ Mannteufel (2008)

²⁰⁶ Vgl. NABUCCO Gas Pipeline International GmbH, „Zeitplan“, <http://www.nabucco-pipeline.com/portal/page/portal/de/Pipeline/Timeline>, abgerufen am 2011-12-05

²⁰⁷ Quelle: Nord Stream AG



Abbildung 11: Southstream Pipeline Route²⁰⁸



Abbildung 12: Nabucco Pipeline Route²⁰⁹

Es ist zwar für Österreich und das Nabucco-Projekt von essentieller Bedeutung mit Ländern in Zentralasien Vereinbarungen zu treffen, da es auch Gas geben wird, das durch die Pipeline nach Europa transportiert werden soll.

Hier sind die Staaten in Zentralasien von großer Bedeutung, die große Gas- und Ölvorkommen haben. So verfügt etwa Turkmenistan über 4,3 Prozent des weltweiten Gasvorkommens, Usbekistan über 0,9 Prozent und Kasachstan über ein Prozent. Diese Zentralasienstrategie der österreichischen Bundesregierung stand auch im Mittelpunkt des Weltwirtschaftsforums Anfang Juni 2011 in Wien. Bei dieser Konferenz

²⁰⁸ Quelle: South Stream ([www. http://south-stream.info](http://south-stream.info))

²⁰⁹ Quelle: NABUCCO Gas Pipeline International GmbH, <http://www.nabucco-pipeline.com/portal/page/portal/de/Pipeline/Route>, abgerufen am 2011-12-05

betonte auch Bundeskanzler Werner Faymann die Bedeutung der geplanten Nabucco-Gas-Pipeline für Österreich und Europa und unterstrich die Vertiefung der Beziehungen zu den Staaten des Schwarzmeerraums und des Kaspischen Meers, sowie zu Zentralasien.²¹⁰ Österreich verfolgt dabei weniger eine eigene Strategie, sondern unterstützt vielmehr die Aktivitäten der EU zur Umsetzung der Zentralasienstrategie vor allem auch vor dem Hintergrund der Energiesicherheit mit Hilfe der Nabucco-Gaspipeline.²¹¹ Physisch betrachtet hat die Pipeline aber ihren größten Streckenabschnitt außerhalb Europas in der Türkei.²¹² Daher ist auch aus österreichischer Sicht die Beitrittsoption der Türkei zur EU nicht unwesentlich interessant. Auch wenn das Thema in der Öffentlichkeit auf wenig Gegenliebe stößt, so ist aus politischer und wirtschaftlicher Sicht die Beitrittsoption der Türkei zur EU von wesentlicher Bedeutung und sollte daher letztendlich in einem Ergebnis enden, das für beide Seiten akzeptabel und nutzenbringend ist.

3.5. Beitrittsoption - Heranführungsstrategie der Türkei

Die Türkei ist seit dem Rat von Helsinki 1999 Beitrittskandidat für eine EU-Mitgliedschaft. Die Beitrittsverhandlungen starteten im Oktober 2005 mit der analytischen Prüfung der EU-Vorschriften (dem so genannten Screening-Verfahren). Seither wurde ein Kapitel geschlossen und 12 weitere Verhandlungspunkte eröffnet:

Am 18. Februar 2008 erließ der Rat eine überarbeitete Beitrittspartnerschaft mit der Türkei.²¹³

Die Beziehungen der EU und der Türkei im Detail:

- Bereits 1959 bewirbt sich die Türkei um die Aufnahme als assoziiertes Mitglied in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG).
- 1963 wird ein Assoziierungsabkommen (Abkommen von Ankara) mit dem Ziel der Schaffung einer Zollunion zwischen der Türkei und der EWG und mit

²¹⁰ Vgl. Regionalkonferenz des World Economic Forum (WEF) Anfang Juni 2011 in Wien

²¹¹ Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend, Zentralasien, <http://www.bmwfi.gv.at/Aussenwirtschaft/EU-Erweiterung/Seiten/Zentralasien.aspx>, abgerufen am 23.1. 2012

²¹² Vgl. Nabucco Gas Pipeline International GmbH (NIC). URL: <http://www.nabucco-pipeline.com/portal/page/portal/de/Pipeline/Route>, abgerufen am 27. 9. 2011

²¹³ Vgl. Europäische Kommission (2011) o.S.

Aussicht auf eine mögliche Mitgliedschaft unterzeichnet. Weiters wurde das erste Finanzprotokoll zum ursprünglichen Abkommen unterzeichnet.

- 1970 erfolgt die Unterzeichnung der Schlussakte und des zweiten Finanzprotokolls in Brüssel und damit die Vorbereitung einer Zollunion. Den Antrag auf eine volle EWG-Mitgliedschaft stellt die Türkei im Jahr 1987.
- Der Assoziationsrat zwischen der Europäischen Union und der Türkei bringt 1995 das Abkommen über eine Zollunion zwischen der Türkei und der EU zum Abschluss.
- 1999 wird auf dem Europäischen Rat von Helsinki die Türkei als Kandidatenland anerkannt und nimmt insofern gleichberechtigt mit den anderen Kandidatenländern am Beitrittsprozess teil.
- 2005 beginnt das sogenannte „Screening“, also die analytische Prüfung des Besitzstands.
- 2008 wird eine überarbeitete Beitrittspartnerschaft für die Türkei verabschiedet und die Aufnahme von Verhandlungen über zwei Kapitel begonnen: „*Rechte an geistigem Eigentum und Gesellschaftsrecht*“.
- Am 30. Juni 2010 werden die Verhandlungen über Kapitel 12 „*Lebensmittelsicherheit, Veterinär- und Pflanzenschutzpolitik*“ begonnen.²¹⁴

Zum Status der 13 Verhandlungskapitel zwischen der EU und der Türkei Stand 30. Juni 2010:²¹⁵

| | | Verhandlungspunkt Geöffnet | Verhandlungspunkt Geschlossen |
|---|--|-------------------------------|----------------------------------|
| 1 | Wissenschaft und Forschung | 12. Juni 2006 | 12. Juni 2006 |
| 2 | Freier Kapitalverkehr | 19. Dezember 2008 | |
| 3 | Gesellschaftsrecht | 17. Juni 2008 | |
| 4 | Rechte am geistigen Eigentum | 17. Juni 2008 | |
| 5 | Informationsgesellschaft und Medien | 19. Dezember 2008 | |
| 6 | Lebensmittelsicherheit, Veterinär- und Pflanzenschutzpolitik | 30. Juni 2010 | |
| 7 | Steuerwesen | 30. Juni 2009 | |
| 8 | Statistik | 26. Juni 2007 | |

²¹⁴ Vgl. Europäisches Lexikon (2011), o.S.

²¹⁵ Vgl. "overview_negotiations_tr_en.pdf",

http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/enlargement_process/accesion_process/how_does_a_country_join_the_eu/negotiations_croatia_turkey/overview_negotiations_tr_en.pdf, abgerufen am 2011-06-06

| | | | |
|----|------------------------------------|-------------------|--|
| 9 | Unternehmens- und Industriepolitik | 29. März 2007 | |
| 10 | Transeuropäische Netze | 19. Dezember 2007 | |
| 11 | Umweltschutz | 21. Dezember 2009 | |
| 12 | Verbraucher- und Gesundheitsschutz | 19. Dezember 2007 | |
| 13 | Finanzkontrolle | 26. Juni 2007 | |

Abbildung (Tabelle) 13

Die europäische Kommission attestiert der Türkei in ihrer Mitteilung an das europäische Parlament und den Rat im Oktober 2009 positive Schritte im Bereich der Justiz mit der Annahme einer Strategie und eines Aktionsplans für die Justizreform, sowie bei den Beziehungen zwischen Militär und Zivilsektor und im Bereich der kulturellen Rechte. Außerdem wurden zumindest auf lokaler Ebene freie und gerechte Wahlen abgehalten.²¹⁶ Des Weiteren führt die Kommission an, dass die Regierung eine breit angelegte öffentliche Debatte zur Kurdenfrage eingeleitet hat. So wurde zum Beispiel ein nationaler Fernsehkanal eingeführt welcher ausschließlich auf Kurdisch sendet.²¹⁷

Wie in der Abbildung (Tabelle) 13 angeführt, wurden die Beitrittsverhandlungen auf weitere Kapitel bzw. Verhandlungspunkte ausgeweitet. Die Türkei verabschiedete ein Nationales Programm für die Übernahme des Besitzstands, außerdem soll die Ernennung des ersten Europaministers der Türkei Egemen Bağış zum Chefunterhändler dazu beitragen, die Anstrengungen der Regierung im Hinblick auf EU-bezogene Reformen zu bündeln.²¹⁸

Dennoch weiß man, dass ein möglicher Beitritt der Türkei in der Bevölkerung der EU sehr skeptisch betrachtet wird. Nur 28% der EU Bürger haben sich bei der Euro-Barometer Umfrage²¹⁹ 2006 für einen Beitritt der Türkei zur EU ausgesprochen. Aber auch 35-40 % der türkischen Bürger sprachen sich gegen einen Beitritt der Türkei zur Europäischen Union aus, dies ließe den Schluss zu, dass ein zumindest nicht unwesentlicher Anteil der türkischen Bevölkerung im Bezug auf die EU bzw. den Beitritt

²¹⁶ Vgl. Europäische Kommission (2009a) o.S.

²¹⁷ ebd

²¹⁸ ebd

²¹⁹ Das Eurobarometer ist eine öffentliche Meinungsumfrage die von der Europäischen Kommission in Auftrag gegeben wird und in regelmäßigen Abständen in den Ländern der EU stattfindet. Es werden dabei zu unterschiedlichen Themen sowohl sich nicht wechselnde Standardfragen gestellt, als auch immer wieder neue Fragen. Die erste Umfrage wurde 1973 veröffentlicht. Seit 1978 dient diese Umfrage der Beobachtung und Herausbildung der Meinungsentwicklung der Menschen in Europa. Vgl.

http://ec.europa.eu/public_option/index_en.htm, abgerufen am 2011-12-15

der Türkei zur Europäischen Union, keinesfalls positiv gestimmt sind.²²⁰ Zudem stehen vermutlich bei den wenigsten Befragten Fakten als Begründung für ihre Aussagen im Vordergrund, sondern es sind zumeist vordefinierte Meinungen und der Einfluss von Politik und Medien, der diese Meinungen schürt.²²¹ Dabei ist noch völlig ungeklärt, welche Ereignisse eintreten, sofern die Türkei Mitglied der EU wird und was geschehen könnte, sollten die Verhandlungen scheitern und die Türkei kein Mitglied der EU werden. Jegliche Ausführungen in diesem Zusammenhang wären reine Spekulation und daher nicht Teil dieser wissenschaftlichen Arbeit. Ein wesentlicher Punkt für den Fortschritt der Verhandlungen mit der Türkei bzw. sogar für einen möglichen Beitritt zur EU ist aber auch die Säkularisierung. Die Türken sind zwar Muslime, die in einem säkularen²²² Staat leben, jedoch stehen "Ehrenmorde" immer noch auf der Tagesordnung und Christen werden nach wie vor rechtlich benachteiligt.²²³ Dies wird in einigen Verhandlungspunkten immer eine wichtige Betrachtungsweise sein, wie zum Beispiel in Kapitel 3 der Verhandlungspunkte dem „Gesellschaftsrecht“.

Die Beitrittsoption der Türkei zur EU ist auch ein in Österreich auf vielen Ebenen häufig diskutiertes Thema. Egal ob Medien, politische Parteien oder der viel zitierte Stammtisch. Jeder hat seine Meinung zur Türkei und dies nicht zuletzt deshalb weil mehr als 12 % der Ausländer in Österreich türkisch-stämmig²²⁴ sind. Die Rolle Österreichs zur generellen Schwarzmeerpoltik der EU bzw. zur Region selbst ist dagegen eher eine unbemerkte, zumindest aus dem Blickwinkel der Öffentlichkeit. Jedoch kann sich Österreich als Akteur in diesem Umfeld durchaus sehen lassen, da vor allem aus wirtschaftlicher Sicht Österreich und seine Unternehmen eine entscheidende Rolle im Schwarzmeerraum spielen, wie dies im nächsten Kapitel detaillierter ausgeführt wird.

²²⁰ Vgl. Deutsch Türkische Nachrichten: „Türkei: Jetzt schon 40 Prozent gegen EU-Beitritt!“, 19.9.2011

²²¹ Vgl. Profil Online: „Fünf Fakten über die Türkei – die einfach nicht wahr sein dürfen

²²² „Säkular“ bedeutet, sich weder ideell mit einer bestimmten (Religions-)bekenntnis, noch institutionell mit einer bestimmten Religionsgemeinschaft zu identifizieren. Vgl. Müller, Friedrich / Pieroth, Bodo (1974)

²²³ Vgl. Hutter, Clemens M. (2012)

²²⁴ Vgl. Statistik Austria: „Bevölkerung am 1.1.2011 nach detaillierter Staatsangehörigkeit und Bundesland“

4. Die Schwarzmeerregion aus der Sicht österreichischer Akteure

Auf den ersten Blick könnte man meinen, dass Österreich in der Schwarzmeerregion keine wesentliche Rolle spielt. Eine große räumliche Distanz, im Verhältnis – sowohl was die Fläche betrifft als auch betreffend der Einwohnerzahl – ein deutlich kleineres Land²²⁵, welches keine bedeutende strategische Rolle in der internationalen Politik hat.²²⁶

Bei genauerer Betrachtung wird aber deutlich, dass Österreich sogar ein durchaus logischer und auch wichtiger Akteur in der Schwarzmeerregion ist: Österreich war bis zum Zusammenbruch des Kommunismus und dem Fall des Eisernen Vorhangs praktisch das „östlichste Westland“ Europas und hatte auf diplomatischer Ebene – auch aufgrund seiner Neutralität – eine wichtige Rolle zu erfüllen.²²⁷

Für diese Rolle hatte sich für lange Jahre der Begriff und die Vorstellung von Österreich als eine „Brücke“ zwischen Ost und West eingebürgert und zwar sowohl – ziemlich weitverbreitet – im Westen, wie auch in wichtigen wirtschaftlichen, politischen und intellektuellen Zirkeln im Osten Europas. Spätestens mit dem Ende des Ost-West-Konflikts und mit der Osterweiterung der EU ist diese Brückenfunktion nicht mehr notwendig gewesen.

Bezogen auf die geopolitische Zone des Schwarzen Meers wird im Folgenden auf wichtige Daten aus den Experteninterviews Bezug genommen (4.1.), als auch die außen- und sicherheitspolitische Kompetenz von staatlichen Akteuren bzw. Bundesministerien (4.2.) angesprochen.

²²⁵ Die Entfernung zwischen der östlichsten Grenze Österreichs und dem Schwarzen Meer beträgt etwa 1.000 Kilometer. Österreich hat ca. 8,5 Millionen Einwohner auf einer Fläche von etwa 84.000 Quadratkilometer im Vergleich zu mehreren 100 Millionen Menschen in der Schwarzmeerregion auf einer Fläche von mehreren Millionen Quadratkilometern (je nach Betrachtung) wie unter Kapitel 3.3 zu sehen ist.

²²⁶ Österreich ist weder eine große Wirtschaftsmacht, noch eine militärische. Auch stellt Österreich seit dem Ausscheiden der Kommissarin für Außenbeziehungen Benita Ferrero-Waldner keine außenpolitisch relevanten Persönlichkeiten.

²²⁷ Vgl. Mayrhofer, Petra (2009), o.S.

4.1. Sichtweisen wirtschaftlicher Akteure

Die folgenden Ergebnisse stützen sich auf selektiv ausgewählte Fragebeantwortungen und sind auch aus diesem Grunde nicht repräsentativ für die Branche der Befragten, oder für „die Wirtschaft“ allgemein. Gleichwohl sind es interessenpolitisch wichtige Argumente.

Die Interviews wurden mit Vertretern der Wirtschaft, Vertretern von Wirtschaftsorganisationen und Vertretern der öffentlichen Verwaltung geführt. Mit folgenden Personen wurden im Zuge der Recherchen Gespräche geführt:

1. Andreas Maierhofer, CEO der Mtel in Bulgarien (100 % Tochter von A1 Telekom), Sofia (Bulgarien), am 15. Juni 2011 in
2. Mag. Georg Krauchenberg, Regional Direktor für Südost Europa der Wirtschaftskammer Österreich, Wien, am 21. Juni 2011
3. Mag. Bernhard Raberger²²⁸, Vice Chairman EnerjiSA - Sabanci/Verbund Joint Venture, Wien/Türkei, am 1. August 2011
4. Dipl.-Ing. Mag. Gerhard Gamperl, Mitglied der Geschäftsführung der VERBUND International GmbH, Wien, am 23. August
5. Finanzmanagerin einer Tochtergesellschaft der STRABAG in Rumänien, Wien, am 23. August 2011²²⁹
6. Mag. Günther Sablattnig, Referatsleiter Referat I/4/c (Bi- und multilaterale Angelegenheiten) des Bundesministeriums für Inneres, Wien, am 19. November 2011

Eine Teilnahme am Alpbach Talk über „Blackout oder Energieschub – Wie schafft Europa die Umstellung auf ein nachhaltiges, umweltverträgliches und leistbares Energiesystem?“, welches am 14. Dezember 2011 um 19:00 Uhr im Musensaal der Albertina, in Wien stattfand, rundete die Gesprächsrunde und somit die Recherchen für diese Arbeit ab. In weiterer Folge gehe ich nun auf den Interview-Fragenkatalog ein und werde versuchen, die hinter den Fragen stehenden Intentionen zu klären:

²²⁸ AdV.: Dieses Interview wurde telefonisch durchgeführt. Aus technischen Gründen konnte das Gespräch nicht aufgezeichnet werden, daher gibt es für dieses Interview auch keine Transkription und es werden auch keine Inhalte zitiert.

²²⁹ AdV.: Einen Tag nach Durchführung des Interviews wurde die Zusage zur Verwendung des Interviews wieder entzogen. Daher gibt es keine namentliche Erwähnung für dieses Interview, keine Transkription, noch konnte wörtlich zitiert werden.

a) Zum Rollenverständnis der EU

Worin sehen Sie bzw. wie sehen Sie die eigentliche Rolle der EU als Nachbar in der Schwarzmeerregion? Speziell unter dem Gesichtspunkt, nunmehr nicht nur „NACHBAR“, sondern auch selbst „ANRAINER“ zu sein?“

Diese Frage hatte zum Ziel herauszufinden bzw. die Vermutung zu verifizieren oder zu falsifizieren, dass die Interessen der EU darin liegen, die Energieversorgungssicherheit der europäischen Länder sicherzustellen und daher in erster Linie den Zugang zu den Rohstoffen Erdöl und Erdgas zu bewahren. So erwähnte Mag. Georg Krauchenberg in diesem Zusammenhang das Nabucco Projekt, ohne konkret auf das Thema „Energieversorgung“ einzugehen. Erst bei der späteren Zwischenfrage, ob das Hauptinteresse der EU nicht rein die Energie des Ostens sei meint Krauchenberg *„Ja das ist sicherlich die Energie. Auch die Chinesen sind ja schon längst Konkurrent dort. Die sind uns einige Schritte voraus, gerade wenn man an das Gas denkt.“* Andreas Maierhofer ging auf die Energiefrage überhaupt nicht ein, sondern vielmehr auf die Probleme des Landes Bulgarien wie z.B. die Korruption und die Notwendigkeit, diese mit Hilfe der EU zu bekämpfen.

b) Zur Wahrnehmung von Stabilität, Wohlstand und Sicherheit

Welche Bedeutung haben Ihrer Meinung nach Stabilität, Wohlstand und Sicherheit für die Zusammenarbeit, die Kooperation zwischen der EU und der Schwarzmeerregion?“

Bei dieser Frage hat sich gezeigt, dass auch bei den Befragten kein klares Bild zu den Begriffen vorhanden ist. So sprach zum Beispiel Maierhofer in Bezug auf Stabilität von politischer Stabilität²³⁰, wohingegen Gerhard Gamperl in erster Linie von wirtschaftlicher Stabilität sprach. Krauchenberg wiederum setzt Stabilität voraus, damit es Wohlstand überhaupt geben kann, er sprach jedoch keine speziellen Bereiche zur Stabilität an und somit ergab sich auch in diesem Gespräch keine konkrete Klärungsmöglichkeit für diese, in der EU als sehr zentral gesehene und auch nach außen kommunizierte Themen wie eben Wohlstand, Stabilität und Sicherheit. Interessant ist bei dieser Frage natürlich die Sicht des Innenministeriums, selbst verantwortlich für die Innere Sicherheit in Österreich. Sablattnig sieht diese Begriffe als

²³⁰ „Die EU hat in Bulgarien eine politische Stabilität gebracht“, Vgl. Interview Andreas Maierhofer

wichtige Faktoren für die Zufriedenheit der Menschen „wenn man den Menschen zu Hause Perspektiven bietet, dann kommen die auch nicht nach Österreich.“ (O.-Ton).

c) Wie ist die Realität?

Wie sehen Sie die wirtschaftliche, politische und soziale Realität in der Schwarzmeerregion?“

Zu dieser Frage haben alle Befragten im Grunde eine Verbesserung attestiert, jedoch muss man z.B. nach Krauchenberg die Aussagen nach Ländern differenzieren, da zum Beispiel Länder wie Rumänien und Bulgarien bei all ihren wirtschaftlichen Schwierigkeiten demokratische Verhältnisse haben, Russland und die Ukraine hingegen „ein eigenes Thema“²³¹ darstellen.

d) Wer hilft österreichischen Unternehmen?

Welche Institutionen und Organisationen unterstützen die Wirtschaftstreibenden beim Aufbau von Beziehungen mit Unternehmen in der Schwarzmeerregion? Wie gestaltet sich diese Unterstützung? In welcher Form und durch welche Institutionen und Organisationen erfahren Unternehmen Unterstützung?“

Mögliche direkt unterstützende Institutionen und Organisationen für Unternehmenskontakte werden von den Befragten nicht ausgemacht. Aus der Akteursperspektive ist es „die EU“ selbst, die unterstützen kann, und danach kommen schon österreichische Organisationen, in erster Linie die Wirtschaftskammer. Aber auch von den Botschaften kann man sich Hilfe erwarten. Im Grunde wird auch als wichtige Kooperation die Zusammenarbeit mit lokalen Partnern erwähnt.

Die Schwarzmeerpoltik der EU – so viel gleich vorweg – spielt für Österreich eher eine geringe Rolle. So liegt zum Beispiel das Interesse der A1 Telekom Tochter „Mtel“²³² am bulgarischen Markt ausschließlich an der Erschließung des lokalen Marktes, der nicht einmal im Ansatz noch so stark penetriert ist, als im Vergleich jener in Österreich. Daher lassen sich bei entsprechenden Investitionen in den Netzausbau viele Kunden im Bereich Mobiltelefonie, Festnetz und Kabelnetz ansprechen. EU-Fördergelder spielen dabei keine Rolle, da diese nicht einmal einen Teil der Kosten abdecken

²³¹ Vgl. Georg Krauchenberg, Interview

²³² auch bekannt unter M-Tel

würden, die für einen flächendeckenden Ausbau eines Kommunikationsnetzes in Bulgarien notwendig wären. Zwar gibt es finanzielle Mittel, weil EU-Förderungen Bulgarien sehr bevorzugen, jedoch ist das Land noch nicht soweit, diese zu nutzen, da zum Beispiel Ausschreibungen aufgrund von internen Verwaltungsproblemen nicht durchgeführt werden können.²³³ Auch, so der CEO²³⁴ von M-Tel Andreas Maierhofer, gibt es keine nennenswerten Vorteile eines österreichischen Unternehmens bei Geschäften im jeweiligen Land. Eher das Gegenteil ist der Fall. Bei Vergaben von Aufträgen kommen inländische Unternehmen meist eher zum Zug als ihre Mitbewerber aus dem Ausland, so wie im Fall M-Tel Österreich. Ähnlich sieht es auch eine leitende Angestellte eines österreichischen Baukonzerns in Rumänien, die leider nicht persönlich zitiert werden kann.²³⁵ Es gibt praktisch keine nennenswerten Vorteile durch die EU-Policies, für ein ausländisches Unternehmen, das in einem Schwarzmeerland wie Rumänien oder Bulgarien investiert. Es ist im Grunde das eigene Kapital, das man mitbringt, das gegenüber lokalen einheimischen Unternehmen den Vorteil bringt, da diese oftmals nicht die erforderlichen finanziellen Mittel für Investitionen haben. Aber Vorteile durch Institutionen oder durch Förderungen sind kaum bzw. gar nicht vorhanden.

e) Welche Rolle spielt Korruption?

Welche Rolle spielt Korruption im Zusammenhang mit dem Aufbau der Kooperation mit der Schwarzmeerregion? Ist Korruption generell denn überhaupt ein Thema?“

Korruption wird sehr unterschiedlich betrachtet. Auffällig dabei ist, dass die Türkei hier offenbar weniger befallen ist, als andere Länder wie Rumänien, Bulgarien oder jene Länder im Osten des Schwarzen Meers. So wird zum Beispiel von den Interviewpartnern, die in diesen Ländern operativ tätig sind (Maierhofer bzw. auch die STRABAG-Managerin), Korruption als sehr großes Problem angesehen, wohingegen die Manager des Verbunds Korruption für Zusammenarbeit mit anderen Unternehmen ausschließen, hier aber lediglich die Türkei im Blickwinkel der Beantwortung liegt.

²³³ Vgl. Maierhofer aus Experteninterview 2011

²³⁴ CEO steht für Chief Executiv Officer und ist die internationale Bezeichnung des geschäftsführenden Vorstandsmitglieds

²³⁵ Einen Tag nach Durchführung des Interviews wurde die Erlaubnis entzogen, Persönlich zu zitieren. Daher werden nur diese Inhalte des Gesprächs zu verwenden, jedoch gilt diese Aussage als nicht belegbar.

f) Können Fördergelder lukriert werden?

Sind im Zusammenhang mit dem Marktauf- und ausbau Gelder innerhalb der EU Fördergelder zu lukrieren? Wie transparent sind die Möglichkeiten der Förderung?

Was Fördergelder betrifft, so weichen Theorie und Praxis stark voneinander ab. Krauchenberg nennt die Möglichkeiten Fördergelder zu bekommen und beschreibt, dass es auch von den Projektgrößen abhängt, ob Fördergelder zu bekommen sind. Für die Unternehmen wie A1 (Mtel) oder den Verbund sind Förderungen jedoch kein Thema, da diese entweder derart gering sind, dass damit erforderliche Investitionen nicht einmal im Ansatz zu finanzieren wären²³⁶, oder die Dauer zwischen Antrag und Freigabe und die dazwischenliegenden Kontroll- und Überprüfungsprozesse dauern derart lange, dass es ebenfalls uninteressant wird um Fördergelder anzusuchen. Unter den Befragten nützt lediglich das BM.I Förderungen zur Finanzierung kurzfristiger Projekte (einwöchige Workshops)²³⁷. Aber auch hier wird die Finanzierung immer schwieriger, weil man versucht vorzubeugen, dass Gelder nicht in falsche Kanäle fließen.

g) Definition der Schwarzmeerregion

Wenn Sie aus Sicht Ihres Unternehmens sprechen, welchen geographischen Bereich definieren Sie als Schwarzmeerregion?

Diese Perspektive ist für die meisten Befragten eine eher unwichtige. Vor allem für die Wirtschaftstreibenden ist es nicht relevant, den Begriff zu definieren und beschränkt sich wenn überhaupt, dann auf die Anrainerstaaten. Zit. Gamperl: „*Ich habe keine Veranlassung, ..., die Schwarzmeerregion zu definieren.*“ Auch Krauchenberg definiert hier die Anrainerstaaten, egal ob EU-Mitglieder oder nicht und schließt Griechenland sogar dezidiert nicht in die Schwarzmeerregion ein. Für Sablattnig ist die Definition flexibel, „*Je nachdem wie man es gerade braucht, wie man es und in welchem Zusammenhang man es definiert, zum Beispiel sicherheitspolitisch...*“.

²³⁶ Vgl. Maierhofer und Gamperl, Interviews

²³⁷ Vgl. Sablattnig, Interview

h) Haben im Rahmen der ENP westliche Werte eine Bedeutung?

Die Beziehungen basieren auf einer beiderseitigen Verpflichtung zur Wahrung bestimmter gemeinsamer Werte, wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Achtung der Menschenrechte, verantwortungsvolle Staatsführung die Grundsätze der Marktwirtschaft und nachhaltige Entwicklung. In wie weit denken Sie, dass dem auch tatsächlich, also in der Praxis Rechnung getragen wird?

Manche Werte sind von den Befragten kaum zu evaluieren, wie zum Beispiel der Bereich der Menschenrechte. Damit gibt es in der Praxis kaum Berührungspunkte und das Wissen kommt hier Großteils auch nur aus den Medien. Auch hängt es stark vom Interesse der EU am jeweiligen Land ab. „Wenn man zum Beispiel Erdgas möchte oder Erdöl, wird man nicht so ganz genau auf die Menschenrechte immer achten“²³⁸.

i) Strategischer Nutzen der Region

Welche Vor- bzw. Nachteile sehen Sie in der Nutzung der Schwarzmeerregion als „strategische Schnittstelle“ zum Nahen Osten und dem asiatischen Raum?“

Die Schwarzmeerregion als strategische Schnittstelle zum Osten und als Transportweg für Rohstoffe wird allgemein als sehr wichtig definiert. Vor allem um zusätzliche Wege zu erschließen und um sich von der Abhängigkeit zu Russland zu lösen. Hier sind es vor allem die Konflikte Russlands mit Georgien, der Ukraine und der Tschetschenien-Konflikt von Bedeutung, die immer wieder das Risiko eines Lieferstopps mit sich bringen.

j) Zur Rolle Österreichs

Welche Rolle spielt Ihrer Meinung nach Österreich beim Aufbau der Beziehungen zur Schwarzmeerregion oder einzelner Länder der Schwarzmeerregion?... Spielt das Thema „Neutralität“ überhaupt eine Rolle?

Naturgemäß wissen die Befragten²³⁹ zu diesem Kapitel am meisten zu berichten, zumal sie alle in irgendeiner Form Österreich oder österreichische Unternehmen vertreten. Die Rolle Österreichs reicht von den wirtschaftlichen Aktivitäten durch österreichische Unternehmen in den Ländern, über Kooperationen im Bereich der

²³⁸ Vgl. Krauchenberg, Interview

²³⁹ in diesem Kontext sind auch die „politischen Vertreter“ gemeint

inneren Sicherheit, bis hin zu einer diplomatischen Rolle als solider und vertrauenswürdiger Partner, dem man aufgrund seiner Größe eher als Partner auf Augenhöhe begegnet, als Länder wie Deutschland oder Frankreich, denen man aufgrund ihrer Vormachtstellung in Europa wenig Interesse an wirtschaftlich weniger bedeutenden Ländern attestiert. Auch aus historischen Gründen ist Österreich ein begehrter Partner.

So meint Sablattnig (BMI) etwa, dass ausländische Kollegen bei Dienstreisen, wenn sie die Wahl hätten, eher Wien bevorzugen, als zum Beispiel Brüssel. Nur das Siegel der Neutralität spielt in diesem Umfeld gar keine Rolle mehr. Entweder, weil diese Situation Österreichs gar nicht bekannt ist, oder aber auch weil das Interessensgebiet (wirtschaftliche Kooperation, Kooperation im Bereich innere Sicherheit) keine Berührung mit einer neutralen Haltung hat.

4.2. Zur Sichtweise staatlicher Akteure

a) Zur außenpolitischen Relevanz

Auch die staatlichen Vertreter Österreichs, allen voran der österreichische Außenminister und nunmehrige Vizekanzler²⁴⁰ Michael Spindelegger sieht die Schwarzmeerregion als wichtige Region für vielfältige Kooperationen Österreichs. Vom 7. bis 9. Juni 2011 fand eine Regionalkonferenz des WEF²⁴¹ in der Wiener Hofburg statt. Am Rande dieser Konferenz betonte der österreichische Außenminister Dr. Spindelegger die großen Chancen, welche die Schwarzmeerregion für Österreichs Wirtschaft bieten würde. Für Österreich sei es dabei interessant, neue Räume in wirtschaftlicher Hinsicht zu betrachten und Möglichkeiten des Exports für österreichische Unternehmen zu schaffen.²⁴² Auch Georg Krauchenberg, Leiter der Südosteuropa-Abteilung der Wirtschaftskammer Österreich, sieht in der

²⁴⁰ Als im Jänner 2001 damit begonnen wurde, diese Arbeit zu verfassen, war Josef Pröll noch Vizekanzler in Österreich.

²⁴¹ Das WEF (World Economic Forum oder zu Deutsch Weltwirtschaftsforum) ist eine gemeinnützige Stiftung, die alljährlich ein Jahrestreffen in Davos in der Schweiz veranstaltet. Bei diesem Treffen kommen international führende Wirtschaftsexperten, Politiker, Intellektuelle und Journalisten zusammen, um über die dringlichsten Fragen der Welt wie Gesundheits- und Umweltfragen zu diskutieren.

Vgl. <http://de.wikipedia.org/wiki/Weltwirtschaftsforum>, 2011-06-20

²⁴² Vgl. Verena Gleitsmann - Ö1-Morgenjournal vom 8. Juni 2011

Schwarzmeerregion einen interessanten Absatzmarkt für österreichische Unternehmen. Vor allem im Bereich Infrastruktur, wie im Straßenbau oder im Bahnausbau, aber vor allem im Ausbau der Donau als Verkehrsweg – was nicht zuletzt auch ein zusätzliches Interesse für Österreich wäre – gibt es für Krauchenberg wichtige Betätigungsfelder für österreichische Unternehmen. Aber auch ein Potential im Kraftwerksbau (z.B. der Ausbau der Wasserkraft in der Türkei oder in Georgien) lässt der Experte der Wirtschaftskammer erkennen. Zum Energiesektor zählt natürlich auch das geplante Erdgaspipeline-Projekt „NABUCCO“ dessen Projektstart sich allerdings auf das Jahr 2013 verschoben hat. Aber auch andere österreichische Unternehmen wie die Baukonzerne STRABAG und PORR, der Energiekonzern VERBUND, der österreichische Mineralöl-, Erdgas- und Chemiekonzern OMV, oder der weltweit führende Lieferant von Anlagen ANDRITZ sind bereits stark in der Region vertreten.²⁴³ Der Telekom-Provider und österreichische Incumbent²⁴⁴ Telekom Austria Group (A1 Telekom Austria AG) wiederum hat durch Gesellschaftsübernahmen in die Schwarzmeerregion expandiert.²⁴⁵ Die Beweggründe für Aktivitäten in der Region sind im Großen und Ganzen dieselben: Wirtschaftlich interessant zu erschließende Länder! Nicht umsonst ist die Schwarzmeerregion eine der wichtigsten Export-Regionen für Österreich (nach Deutschland und Italien). 2010 wurden zum Beispiel Güter im Gesamtwert von rund 7 Mrd. EURO exportiert.²⁴⁶

b) Zur innenpolitischen Relevanz

Auch der Bereich „Öffentliche Sicherheit“ ist an einer intensiven internationalen Zusammenarbeit auch in der Schwarzmeerregion beteiligt.²⁴⁷ Österreich profitiert dabei vor allem in der Verbrechensprävention bzw. in der Verbrechensbekämpfung in den Ursprungsländern und ist daher nicht nur Unterstützer jener Länder, sondern hat ein hohes Eigeninteresse bei der Kooperation. In diesem Zusammenhang ist das Forum Salzburg zu erwähnen, das auf eine österreichische Initiative aus dem Jahr 2000 zurück geht und eine Plattform für den multilateralen Dialog und die Kooperation im

²⁴³ Vgl. Manuel Marold – Ö1 Mittagsjournal vom 8. Juni 2011

²⁴⁴ gebräuchlicher Fachbegriff für ein auf einem Markt etabliertes Telekommunikationsunternehmen, Vgl. Wikipedia, 2011-08-09

²⁴⁵ Im Juli 2005 erwarb die Telekom Austria Group 100 % von Mobiltel, einem bulgarischen Mobilkommunikationsanbieter. Vgl. <http://www.telekomaustria.com/group/bulgarien.php>, abgerufen am 13.11.2011

²⁴⁶ Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend / Institut für den Donauraum und Mitteleuropa (IDM) (2010), S. 38f

²⁴⁷ Vgl. Sablatnig, Günther (2011), Experteninterview

Bereich der inneren Sicherheit darstellt. Dadurch stellt das Forum Salzburg eine der wichtigsten regionalen Kooperationsplattformen im Sicherheitsbereich in Europa dar. Mittlerweile sind daran 8 EU-Staaten beteiligt: neben den beiden Schwarzmeerländer Rumänien und Bulgarien auch die Länder Polen, die Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und natürlich Österreich. Kroatien hat in diesem Zusammenhang einen Beobachterstatus.²⁴⁸ Die Aufgaben des Forums Salzburg sind:²⁴⁹

1. die regionale Zusammenarbeit im Bereich der inneren Sicherheit in Mitteleuropa,
2. die Zusammenarbeit und das gemeinsame Lobbying in der Europäischen Union,
3. und die Umsetzung einer gemeinsamen Außenstrategie, insbesondere gegenüber dem Westbalkan.

Bei der Gründung im Jahr 2000 im Zuge der ersten mitteleuropäischen Innenministerkonferenz²⁵⁰ waren neben dem EU Mitgliedsstaat Österreich noch 5 EU-Beitrittskandidaten (Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Polen) sowie die Europäische Kommission vertreten. Die erste Phase war geprägt von der Stärkung der regionalen Zusammenarbeit und Heranführung der Partner an EU-Standards. Dies macht auch deutlich, dass für die Beitrittskandidaten Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Polen diese Plattform auch ein politisches Instrument darstellte, um vom Wunsch des Beitrittes weiter bzw. näher in Richtung Beitritt zur EU zu kommen.²⁵¹ Bis zu den EU-Beitritten der eben genannten Länder im Mai 2004 sowie dem Beitritt von Bulgarien und Rumänien im Jänner 2007, war das österreichische Innenministerium an vielen Projekten im Heranführungsprozess beteiligt.²⁵²

- Ungarn (PHARE Twinning²⁵³ 2002): „Strengthening Border Management“
- Polen (PHARE Twinning 2003): „Migration and Visa Policy“
- Tschechien (PHARE Twinning 2003): „Development of Border Control, Migration and Asylum“

²⁴⁸ Vgl. BM.I - Forum Salzburg (2010), S. 5

²⁴⁹ Ebd

²⁵⁰ Ebd, S. 11

²⁵¹ Ebd, S. 12

²⁵² Ebd, S. 13

²⁵³ Ebd, S. 13 (Twinning ist ein Finanzierungsinstrument der Europäischen Kommission und wurde 1997 zur Vorbereitung der EU-Kandidatenländer im Hinblick auf ihren EU-Beitritt geschaffen.)

- Slowakei (PHARE Twinning 2003): „To implement the Schengen Action Plan and continue to upgrade the infrastructure at EU's future external border“
- Rumänien (PHARE Twinning 2004): „Setting up the EUROPOL Unit“
- Rumänien (PHARE Twinning 2005): „Resources Centre on countering trafficking in human beings“

Mit dem Beitritt der Forum Salzburg Partner Österreichs zur EU hat sich der Fokus der Zusammenarbeit selbstverständlich geändert. Die Kooperation innerhalb der EU wurde zu einer neuen, zentralen Funktion des Forums Salzburg.²⁵⁴

Vor allem beim Schengen Beitritt der Forum Salzburg Länder machte sich die jahrelange Zusammenarbeit im Forum Salzburg bezahlt. Durch die Schengen Erweiterung im Dezember 2007 verschoben sich die Grenzen weg von Österreich u.a. hin zu den Ostgrenzen unserer Nachbarn Ungarn und Slowakei.

Und die am Schwarzen Meer liegenden EU-Mitglieder Rumänien und Bulgarien wurden plötzlich zu Schengen Außengrenzen. Eine gute und ordentliche Kontrolle auch zu dieser Außengrenze liegt im großen Interesse Österreichs.

Wie weit sich die Grenzen durch die Schengen Erweiterung verschoben haben, zeigt sich in der nachstehenden Abbildung (Abbildung 14, Seite 90). Die polizeiliche Zusammenarbeit in Mitteleuropa gewann dadurch wieder stark an Bedeutung. Um die Schengen-Erweiterung besonders gut abzusichern, hat Österreich die Initiative zur Schaffung des Operativen Netzwerkes Mitteleuropa ergriffen. Die Innenminister vereinbarten beim Ministertreffen 2007 die bestehende operative Zusammenarbeit weiter zu intensivieren. Seither arbeiten die Staaten bei der gemeinsamen Grenzüberwachung im Rahmen von Schengen (Überwachung der Schengener Außengrenze sowie Kontrollen im Grenzraum der Schengen-Binnengrenzen) besonders eng zusammen. Außerdem koordinieren die Forum Salzburg Länder ihre polizeilichen Amtshandlungen und tragen so gemeinsam zur Weiterentwicklung des europäischen Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts bei.²⁵⁵

²⁵⁴ Ebd, S. 14

²⁵⁵ Vgl. BM.I - Forum Salzburg (2010), S. 21



Abbildung 14: Verschiebung der Schengen-Außengrenzen durch die Schengen-Erweiterung im Dezember 2007²⁵⁶

Für die EU kann Österreich auch eine Art Vermittlerrolle oder Mentor im Zuge ihrer Schwarzmeerpolitik sein. Wenn man bedenkt, dass Österreich zum Beispiel in den beiden Schwarzmeermitgliedsländern Rumänien und Bulgarien der Investor Nummer 1 ist (Österreichs Direktinvestitionen in der gesamten Schwarzmeerregion beliefen sich 2010 auf rund 8,2 Milliarden Euro²⁵⁷), oder Länder der Schwarzmeerregion, als auch Zentralasiens um Österreichs Unterstützung im Bereich der Inneren Sicherheit bitten, kann man Österreich durchaus eine gewisse Kompetenz und Erfahrung in dieser Region nachsagen. Aus dieser Erfahrung sollte man durchaus profitieren und für die EU eine Rolle einnehmen, die auch das Ansehen Österreichs als relevante Größe innerhalb der Union stärkt.²⁵⁸

²⁵⁶ Vgl. BM.I - Forum Salzburg (2010), S. 15

²⁵⁷ Vgl. Regionalkonferenz des World Economic Forum (WEF) Anfang Juni 2011 in Wien, <http://wieninternational.at/de/content/weltwirtschaftsforum-staerkere-beziehungen-zu-zentralasien-de>, abgerufen am 23.1.2012

²⁵⁸ Vgl. Regionalkonferenz des World Economic Forum (WEF) Anfang Juni 2011 in Wien, <http://wieninternational.at/de/content/weltwirtschaftsforum-staerkere-beziehungen-zu-zentralasien-de>, abgerufen am 23.1.2012

5. Zusammenfassende Schlussfolgerungen und offene Fragen

Diese Arbeit beschäftigt sich mit dem Interesse der EU sowie österreichischer Unternehmen im Schwarzmeerraum und damit, welche Rolle Österreich dabei hat bzw. auch, ob und wie Österreich dabei profitiert. Neben einer umfangreichen Literaturrecherche, wurden auch diverse Veranstaltungen zu dem Thema besucht und Experteninterviews mit Persönlichkeiten aus Wirtschaft, von Wirtschaftsorganisationen und Vertretern der öffentlichen Verwaltung geführt. Zu Beginn der Arbeit wurde versucht, Begriffsdefinitionen vor allem zu den Dogmen der Steigerung und Förderung von Wohlstand, Stabilität und Sicherheit durch die Europäische Union zu finden. Auch den politischen Theorien wurde Raum gegeben, um auch eine Betrachtung aus der Perspektive dieser Disziplin der Politikwissenschaft zu ermöglichen. Ebenso wie der Modellversuch „Makroregion“, der als Lösungsansatz für Großregionen auch für die EU geeignet erscheint. Die Europäische Union unterhält neben den Kern-Policies dieser Arbeit – Europäische Nachbarschaftspolitik, Schwarzmeersynergie, Russland Strategie und Beitrittsoption der Türkei – eine Vielzahl weiterer Außenbeziehungen in verschiedensten Themenbereichen wie zum Beispiel die Beziehungen zum Osten generell (Östliche Partnerschaft), Beziehungen zur Förderung von Wirtschaftskooperationen und zur Demokratieförderung (unter anderem das Zivile Krisenmanagement, die GASP - Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, EU Außenpolitik gegen Drogen, Bildungsprogramm, Energie, Beziehungen zur Erweiterung der EU, Umweltschutz, Wahlhilfe & Wahlbeobachtung, Externe Energiepolitik, Gesundheitspolitik, Menschenrechte und Demokratisierung, Humanitäre Hilfe, Migration, usw.) und Policies zur Territorialen Zusammenarbeit (z.B. die Arktis-Policy, der Kimberley-Prozess, EUROMED - Union für den Mittelmeerraum, Landminenaktionen und die Nördliche Dimension), die ebenfalls beleuchtet werden. Die Nachbarschaftspolitik der EU in der Schwarzmeerregion und die Rolle Österreichs bilden – wie oben bereits erwähnt - das Kernstück der Arbeit. Im Rahmen der ENP und der Schwarzmeersynergie und vor allem mit seinen Finanzierungsinstrumenten unterstützt die EU viele Länder und Projekte beim Wandel hin zu westlichen Standards. Damit einher geht eine Anpassung an das europäische Niveau im Bereich des Durchschnittseinkommens der Bürger, die Steigerung des BIP pro Kopf und Erhöhung der Kaufkraft in den Ländern. Dadurch profitieren wiederum Unternehmen der EU-Staaten, die in jenen Ländern tätig sind. Allen voran österreichische

Unternehmen zum Beispiel in den Ländern Rumänien und Bulgarien, vor allem aus dem Bereich des Baugewerbes und des Energie- und Telekom-Sektors.

Vor allem die Bauwirtschaft könnte da von Projekten wie den Olympischen Winterspielen in Sotchi 2014 profitieren, aber vor allem das geplante "Nabucco-Pipeline-Projekt" steht hier im Vordergrund, einerseits als Transportweg für Erdgas nach Europa mit Endstelle Wien, aber auch als Bauprojekt, an dem österreichische Unternehmen beteiligt sein könnten²⁵⁹. Desweiteren ist der Bankensektor stark in der Region vertreten. Raiffeisen, Bank Austria (Unicredit) und Erste Bank haben vor allem in den EU-Ländern der Schwarzmeerregion Rumänien und Bulgarien bereits ihre Niederlassungen eröffnet. Nicht zu vergessen die Investitionen von A1-Telekom, die durch Firmenübernahmen (Bsp. M-Tel in Bulgarien) hier den Konzern international Richtung Osten erweitern.

Neben diesen wirtschaftlichen Schwerpunkten österreichischer Unternehmen in dieser Region ist auch die österreichische Politik durch regionale Zusammenarbeit präsent. Bereits 2009 wurde bei der vom österreichischen Außenministerium organisierten Regionalkonferenz "*Donauraum und Schwarzes Meer*" der verstärkte Fokus auf den Schwarzmeerraum als eine Ergänzung von Österreichs Engagement im Westbalkan betont²⁶⁰. Ebenso hat das Engagement des österreichischen Innenministeriums im Bereich der inneren Sicherheit dazu beigetragen, die innere Sicherheit dieser Länder zu verbessern. Dadurch erhofft sich Österreich in weiterer Folge auch eine Kriminalitäts-Prävention im eigenen Land durch Reduzierung der Kriminalität aus diesen Ländern.²⁶¹ Mit dem Forum Salzburg, eine auf österreichische Initiative gegründete Plattform für den multilateralen Dialog und Zusammenarbeit in Fragen der inneren Sicherheit, hat dieser Prozess bereits im Jahr 2000 begonnen. Unter den Mitgliedsländern befinden sich auch die Schwarzmeerländer Bulgarien und Rumänien, die in der Zwischenzeit zu Mitgliedern der Europäischen Union wurden.

Doch es ergeben sich natürlich auch Fragen zur Weiterführung der Kooperationen und der Aktivitäten, sowohl jener der Europäischen Union, als auch jener Österreichs, unter dem Gesichtspunkt einerseits des Transformationsprozesses der beteiligten Länder,

²⁵⁹ ebd

²⁶⁰ Vgl. BMEIA,

<http://www.bmeia.gv.at/aussenministerium/presse/presseaussendungen/2009/spindelegger-leitl-und-sorger-eroeffnen-gemeinsam-schwarzmeer-konferenz.html>, 2011-12-21

²⁶¹ Vgl. Sablatnig, Interview

andererseits den veränderten Rahmenbedingungen zum Beispiel durch die Wirtschaftskrise oder anderen externen Einflüssen.

Am Ende dieser Arbeit lässt sich zusammenfassen, dass es formulierte Interessen der Europäischen Union am Schwarzmeerraum gibt, die auch mit einer Vielzahl an Aktivitäten und Programmen verfolgt werden. Die politische und wirtschaftliche Stabilisierung und die Förderung der Sicherheit und Steigerung des Wohlstands bringen die europäische Union auch jedem Ziel näher, die Versorgungssicherheit aus dem Osten Europas und aus Asien besser zu gewährleisten. Dennoch dürfte dieses Ziel tatsächlich nicht das einzige Ziel der Europäischen Union und der Kommission sein, wenn man das Energie- und Klimapolitik-Paket „20-20-20 bis 2020“²⁶² betrachtet. Im Zuge dieses Pakts ist auch von einer Steigerung der erneuerbaren Energie die Rede, für die vor allem verbindliche nationale Ziele beitragen sollen.²⁶³ Damit versucht sich die Union auch unabhängiger von den Rohstoffen Erdgas, Erdöl und Kohle, aber auch von Atomstrom zu machen und mehr Energie innerhalb der EU zu erzeugen. Die Fragen dabei betreffen natürlich zumeist die Kosten, aber auch die technische Machbarkeit und den realistischen Zeitraum. In jedem Fall aber versucht die Europäische Union die Beziehungen sowohl zu Nachbarländern, als auch zu anderen Ländern in der Schwarzmeerregion zu festigen und tatsächlich auch in vielen Bereichen operative Hilfe zu stellen.

Auch wirtschaftlich unterstützt die Union jene Länder, profitiert aber auch selbst, indem ihre Mitglieder in den Ländern (zum Einen in den neuen EU-Mitgliedsländern wie Rumänien oder Bulgarien aber auch in den Nachbarländern wie der Türkei, Ukraine oder Weißrussland) investieren und europäische Unternehmen tätig werden. Selbstverständlich ist das wichtigste Steuerungs- und Unterstützungsmittel die finanzielle Unterstützung. Dass Gelder oftmals zu allgemein und im Gießkannenprinzip eingesetzt werden, sieht aber nun auch die Europäische Kommission ein.

So will beispielsweise der EU-Kommissar für Entwicklungshilfe, Andris Piebalgs, die EU-Entwicklungshilfe reformieren und dabei zwar nicht die Höhe der Hilfe ändern, dafür aber die Strategie. Es sollen künftig weniger Länder von EU-Förderungen profitieren, im Gegenzug dazu aber gezielte Schwerpunktsetzungen erfolgen. So soll

²⁶² Unter dem Motto "20-20-20 bis 2020" sollen Treibhausgasemissionen um 20% reduziert werden, 30% im Rahmen eines internationalen Abkommens. Der Gesamtanteil an erneuerbaren Energien soll in der EU auf 20% steigen und die Energieeffizienz um 20% erhöht werden. Vgl. Europäisches Parlament (2008)

²⁶³ Vgl. Europäische Kommission (2010), „The climate and energy package“, Punkt 3

es mehr nachhaltige Hilfe für ärmere Länder geben, dafür soll die Hilfe an Länder wie Indien, China oder Brasilien abgezogen werden.

Nach wie vor gilt aber, dass demokratiefeindliche Länder keinen Zugang zu finanziellen Mittel haben sollen. Die Einhaltung von Menschenrechten habe oberste Priorität! Ob eine generelle Umverteilung und ein vielleicht kompletter Entzug von finanziellen Mitteln, diplomatisch betrachtet, eine gute Entscheidung ist, ist fraglich, auch wenn speziell die Verteilungsgerechtigkeit, sowie die Einhaltung von Menschenrechten in China bestimmt nicht dem europäischen Ideal entspricht. Es gibt aber auch eine gewisse Logik dafür, die Gelder vermehrt im geografischen Umfeld der EU einzusetzen, in denen der Output ein durchaus größerer sein kann.

Ein weiterer wichtiger Punkt zur Betrachtung der EU-Policies und EU-Programme im Feld der Internationalen Politik ist jener, dass die Aktivitäten der EU am Schwarzen Meer teilweise weniger hilfreich sind, als zum Beispiel der Beitritt eines Landes zur Europäischen Union selbst. So hat Bulgarien sehr stark vom EU-Beitritt profitiert²⁶⁴, als vielleicht durch EU-Programme im Zuge der ENP oder anderen Programmen. Unter diesem Gesichtspunkt könnte man auch die Beitrittsoption der Türkei betrachten. Einerseits als relevanter Handelspartner für die EU, aber auch als aufstrebende und aufsteigende Wirtschaftsmacht. So hat die Türkei im ersten Halbjahr 2011 sogar das Wirtschaftswachstum von China übertroffen und liegt derzeit auf Platz 17 der stärksten Wirtschaftsnationen der Welt.²⁶⁵

Die Weiterentwicklung der beschriebenen Länder birgt aber auch mögliche Risiken für den „Westen“. Durch die steigende Wirtschaftsleistung und den steigenden Fortschritt ist nicht ausgeschlossen, dass auch der Anspruch steigt, international mehr Mitspracherecht zu bekommen. Außerdem könnten andere, vor allem kleinere Länder wie Österreich, ihren Anspruch verlieren, wenn die bisherige Überlegenheit betreffend der Entwicklung eines Landes gegenüber den östlichen Ländern mehr und mehr schrumpft. Was ist, wenn diese Länder zum Beispiel Länder wie Österreich einmal überholen?

Eine weitere offene Frage ist, wie es um das Interesse und den Nutzen an der Region aussieht, sollte einmal der Faktor „Rohstoffe“ erschöpft sein? Auch der noch vorhandene wirtschaftliche Aufschwung in der Region könnte stagnieren. Ist dann die

²⁶⁴ Vgl. Andreas Maierhofer, Experteninterview

²⁶⁵ Ebd bzw. Wirtschaftsblatt (2011)

EU immer noch im gleichen Maße daran interessiert, mit Ländern der Schwarzmeerregion bzw. Zentralasiens so eng wie bisher zu kooperieren? Klar ist, dass bis dahin noch sehr viel Zeit vergehen wird, sich noch viele politische Akteure in der Zwischenzeit ändern werden; und auch die Aktivitäten und Strategien der Europäischen Union, als auch der betroffenen Drittstaaten werden einen Transformationsprozess erleben, der eine sichere Prognose auf längere Sicht zwar nicht zulässt, aber nicht nur die „zuständigen“ wirtschaftlichen und staatlichen Akteure vom Denken in nachhaltigen Perspektiven entbindet.

Es wird in jedem Fall spannend bleiben und die Herausforderungen der Zukunft werden vermutlich eher zu-, als abnehmen.

-.-.-.-.-

6. Anhang

6.1. Abkürzungsverzeichnis

| | |
|---------|---|
| BIP | Bruttoinlandsprodukt |
| BSEC | Black Sea Economic Cooperation |
| BSECO | Black Sea Economic Cooperation Organization |
| CEO | Chief Executive Officer - US-amerikanische Bezeichnung für das geschäftsführende Vorstandsmitglied |
| ENP | European Neighbourhood Policy (Europäische Nachbarschaftspolitik) |
| ENPI | Aktuelles Europäisches Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument |
| EU | Europäische Union |
| EUROMED | (Europäische-) Union für den Mittelmeerraum |
| GASP | Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU |
| INOGATE | Das INOGATE-Programm unterstützt die energiepolitische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und der INOGATE Partnerländern (Armenien, Aserbaidschan, Weißrussland, Georgien, Kasachstan, Kirgisistan, Moldawien, Tadschikistan, Türkei, Turkmenistan, Ukraine und Usbekistan) |
| MEDA | Die Abkürzung steht für "Mésures d'accompagnement financières et techniques" („Finanzielle und technische Begleitmaßnahmen“) und war die Bezeichnung für ein Finanzierungsinstrument der EU |
| OSZE | Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa |
| PABSEC | Parliamentary Assembly of the Black Sea Economic Cooperation |

| | |
|---------|--|
| PHARE | Hilfsprogramm der Gemeinschaft für die mitteleuropäischen Bewerberländer |
| PKA | Partnerschafts- und Kooperationsabkommen: Russland, Osteuropa, Südkaukasus und Zentralasien |
| TACIS | War ein Finanzierungsinstrument der EU und steht für „Technical Assistance to the Commonwealth of Independent States“. |
| TRACECA | Transport Corridor Europe-Caucasus-Asia; ein Verkehrs- und Kommunikationsprojekt, das Europa und Mittelasien verbinden soll. |
| UN | United Nations (Vereinte Nationen) |
| WTO | Welthandelsorganisation |

6.2. Abbildungen und Tabellenverzeichnis²⁶⁶

Abbildung 1: Graphische Darstellung der politischen Theorien. Kreisky, Eva (2002)

Abbildung 2: Existierende und potentielle Makroregionen der EU. SWP-Studie Berlin, Carsten Schymik „*Modellversuch Makroregion*“, Eigene Zusammenstellung

Abbildung 3: Logo der EU Wahlhilfe & Wahlbeobachtung

Abbildung 4: Union für den Mittelmeerraum „EUROMED“

Abbildung 5: Geographisch Karte der Schwarzmeerregion (Schwarzes Meer und Anrainerstaaten)

Abbildung 6: Geografische Darstellung der EU-Mitgliedsstaaten (dunkelblau), Beitrittskandidaten (hellblau) und ENP-Staaten (grün)

Abbildung 7: Tabelle über die Einwohnerzahl der Länder der Schwarzmeerregion

Abbildung 8: Grafische Darstellung des Bruttoinlandsprodukts Russlands pro Kopf (BIP/Kopf) nach Regionen

Abbildung 9: Haupthandelsströme – Erdöl und Erdgas – Europa

Abbildung 10: Northstream Pipeline Route

Abbildung 11: Southstream Pipeline Route

Abbildung 12: Nabucco Pipeline Route

Abbildung 13: Tabelle der 13 Verhandlungskapitel zwischen der EU und der Türkei mit Stand 30. Juni 2010

Abbildung 14: Verschiebung der Schengen-Außengrenzen durch die Schengen-Erweiterung im Dezember 2007

²⁶⁶ Der Verfasser der Arbeit hat sich bemüht, sämtliche Inhaber von Bildrechten ausfindig zu machen, um die Zustimmung zur Verwendung der Bilder und Grafiken in dieser Arbeit einzuholen. Sollte dennoch Urheberrechtsverletzung bekannt werden, ersucht der Verfasser um Kontaktaufnahme.

6.3. Transkription der Interviews

*Gespräch mit Andreas Maierhofer, CEO Mobiltel (Mtel) EAD Bulgarien
15.06.2011*

Einstiegsgespräch über den Stand der Infrastruktur in Bulgarien:

Offensichtlich stehen die finanziellen Mittel noch nicht in dem Umfang zur Verfügung wie es notwendig wäre (Kommentar zum Kontrast in Sofia, der bei der Fahrt vom Flughafen zum Mobiltel-HQ auffiel).

Maierhofer: „Finanzielle Mittel gibt es genug, da EU-Förderungen Bulgarien sehr bevorzugen, jedoch ist das Land noch nicht soweit, diese auszunützen, weil z.B. Ausschreibungen aufgrund von internen Problemen (Anm.: Verwaltungsproblemen) nicht durchgeführt werden können, weil natürlich zu viele Interessensgruppen bestehen. Z.B. braucht Bulgarien dringendst über 1000 km Autobahnen, hat aber in den letzten 4,5 Jahren seit ich da bin nicht einmal 100km hergestellt! Infrastruktur wird überall benötigt. Es gibt ländliche Gegenden, die überhaupt keine Infrastruktur haben – Telekommunikationsinfrastruktur. In den Städten schon, aber es gibt Gebiete im ländlichen Bereich, die überhaupt nur deshalb Telekommunikationsinfrastruktur haben, weil wir (Anm.: Mobiltel) Basisstationen aufstellen. Von Festnetzinfrastruktur ganz zu schweigen. Das ist so unterschiedlich zu Österreich, dass es gar nicht erklärbar ist.“

Also Infrastruktur auf Ballungszentren begrenzt?

Maierhofer: „Bulgarien hat die niedrigste Penetrationsrate im Festnetz. Also niedrigste Penetrationsrate in der Infrastruktur. Die niedrigste Penetrationsrate im Broadband (Anm.: Breitband-Internet Infrastruktur) – ist bei ca. 10 %; der EU-Durchschnitt liegt bei ca. 25 %.“

Ein Ziel meiner Arbeit ist es festzustellen, wie es die EU mit Hilfe ihrer Policies schafft, Kooperationen zu generieren/zu schaffen um unter anderem Ressourcen wie Erdgas und Erdöl aus dieser Region für die EU-Mitgliedsländer sicherzustellen. (zu Pkt. 1.1. in der Arbeit).

Worin sehen Sie bzw. wie sehen Sie die eigentliche Rolle der EU als Nachbar in der Schwarzmeerregion? Speziell unter dem Gesichtspunkt, nunmehr nicht nur „NACHBAR“, sondern auch selbst „ANRAINER“ zu sein?

Maierhofer: „Dazu gibt es mehrere Themen: Grundlegend ist die Administration. Bulgarien muss auf einen Level der EU kommen, was die gesamte Administration betrifft. D.h., Entscheidungswege innerhalb der öffentlichen Institutionen zu beschleunigen. Dafür braucht es Gesetzesänderungen, es muss sehr viel Support von der EU kommen, es muss aber auch Support zugelassen werden. Einfach eine moderne Demokratisierung des Landes, die bis heute noch nicht vollzogen ist. Es hat zwar einen EU-Beitritt gegeben, doch das politische System ist zuletzt 1990 geändert worden. Die EU an sich war für Bulgarien wichtig, um auf einen Europäischen Level zu kommen, sowohl vom Demokratieverständnis. Wichtiges Thema ist die Justiz, hier sind

Veränderungen notwendig; die neue Regierung zeigt Reformwillen, aber es geht noch viel zu langsam. Was Justiz betrifft, ist Korruption nach wie vor ein großes Thema, da diese noch sehr ausgeprägt ist. Es hat viele Veränderungen in der nationalen Gesetzgebung gegeben, wo natürlich EU-Gesetz umgesetzt wird, nur es muss noch viel mehr gemacht werden und es muss vor allem exekutiert werden. In unserem Bereich (Anm.: Mobil-Branche), wo es üblich ist, dass große Firmen wie M-Tel Gerichtsverfahren haben oder „legal-desputes“, da vergehen oft Jahre, bis es zu einer Entscheidung kommt. Im Bereich Wirtschaft hat die EU sehr viel dazu beigetragen, dass Bulgarien gerade in den Jahren 2000-2008 einen Aufschwung erlebt hat, der durch den EU-Beitritt noch beschleunigt wurde. Es hat hier seit dem EU-Beitritt ein Wachstum im zweistelligen %-Bereich gegeben, natürlich auch eine Inflationssteigerung, die sehr hoch war und es hat sich für Bulgarien durch den EU-Beitritt auch vor allem im Export sehr viele Chancen ergeben. Der Konsum hat sich massiv gesteigert, was sehr positiv für die Wirtschaft ausgewirkt hat. Dadurch hat sich eine sehr gute Mittelschicht gebildet, die natürlich auch den Konsum getragen hat. Durch die Krise ist alles retour gegangen. Das Wachstum ist 2009 vom +5% im Vorjahr auf -7% innerhalb eines Jahres zurück gegangen. Das war natürlich ein gewaltiger Einschnitt.

Kulturell betrachtet sind die Bulgaren sehr motiviert, EU-Bürger zu sein. Durch den Beitritt hat man gesehen, dass die Menschen dem sehr positiv gegenüberstanden und nach wie vor gegenüberstehen, jedoch hat die Krise gezeigt, dass die EU auch nur teilweise helfen kann. Sehr positiv hat sich ausgewirkt, wie die EU-Fonds geöffnet wurden, die aber dann wieder geschlossen wurden, da Bulgarien nicht in der Lage war, die Korruption in den Griff zu bekommen. Vor einem Jahr wurden sie auf Intervention der neuen Regierung wieder geöffnet. Zusammengefasst sehe ich den EU-Beitritt sehr positiv und als Chance für Bulgarien auf einen Durchschnitts europäischen Level zu kommen: kulturell, wirtschaftlich, Justiz und Administration.“

Und die EU in der Region: Wie wichtig ist der Partner „EU“ in der Schwarzmeerregion. Spielt es eine Rolle, dass die EU jetzt auch am Schwarzmeer ist?

Maierhofer: „Ja, es spielt eine große Rolle. Vor allem auch um Rumänien, das 3 ½ mal größer ist, als Bulgarien von der Bevölkerung her. Alle EU Länder hat einen massiven Aufschwung gebracht, was den Export betrifft, 80 % des Exports von Bulgarien geht in die EU. Was durch den EU-Beitritt auch passiert ist, dass wesentlich mehr Investitionen von den EU-Ländern Richtung Bulgarien und Rumänien geflossen sind. Man braucht nur Österreich als Beispiel nehmen, Österreich ist einer der größten Investoren, Griechenland ist ebenfalls einer der größten Investoren, durch den EU-Beitritt hat es da schon einen Aufschwung gegeben.“

Ein weiteres Ziel der ENP besteht darin, die Entstehung neuer Trennlinien zwischen der erweiterten EU und ihren Nachbarn (u.a. der Schwarzmeerregion) zu verhindern und stattdessen Wohlstand, Stabilität und Sicherheit aller Beteiligten zu stärken. Das Problem, welches sich dabei ergibt ist, dass es von Seiten der EU (Kommission) keine befriedigende Antwort auf die Frage nach begrifflichen Definitionen erfragen lies.

- **Wie definieren Sie die Begriffe für sich selbst auch unter dem wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Aspekt?**
- **Welche Bedeutung haben Ihrer Meinung nach Stabilität, Wohlstand und Sicherheit für die Zusammenarbeit, die Kooperation zwischen der EU und der Schwarzmeerregion?**

Maierhofer: „Angefangen bei der Stabilität, hat die EU eine politische Stabilität gebracht. Man kann über die Zusammensetzung der Regierung und den Regierungsplan viel reden und diskutieren, Fakt ist aber, dass es eine stabile Regierung gibt, Faktum ist, dass diese Regierung fähig ist zu arbeiten. Und Faktum ist, dass diese Regierung alles versucht den Grundprinzipien der Europäischen Union nachzukommen.“

Wirtschaftlich (Anm.: Wirtschaftsstabilität) ist das Problem, dass zwar gewisse Standards von der EU definiert sind, z.B. Lebensqualität, Lebensqualität muss man jedoch so definieren, dass sie dem Land entsprechen. Wenn trotz EU-Beitritt, Inflation und Wachstum keine Veränderung eintritt, was das Durchschnittseinkommen eines Bulgarien speziell des Beamtenapparates (Anm.: Verwaltung) betrifft, ist natürlich für Korruption Tür und Tor geöffnet, weil es gar nicht möglich ist diesen Standard (Anm.: Standard der EU) vom Gehalt her zu erreichen, der sich aber durch den EU-Beitritt sehr wohl ergeben hat, weil sich eine Inflation ergeben hat, weil sich Preissteigerungen ergeben haben. Die EU hat zwar diverse Standards für Lebensqualität gebracht, der Einkommenslevel ist im Endeffekt gesunken.

Wichtig ist es für Bulgarien, dass Standards vorgegeben sind, weil es das Ziel ist diese Standards zu erreichen. Hätte Bulgarien diese Standards nicht oder hätten sie die EU nicht, würden sie in ein ziemliches Problem abgleiten.“

Kann man das so sehen: die EU als standardisierte Institution, an die man sich anpasst?

Maierhofer: „An die man sich anpasst, die man als Vorbild sieht! Die EU an sich, natürlich auch die alten EU-Länder, aber auch als Vorbild dienen jene EU-Länder, die immer noch ein hohes Wachstum vorzeigen können wie z.B. Polen.“

Neben den Policies, mit denen sich diese Arbeit in erste Linie befasst, gibt es eine Reihe weiterer Instrumente der EU, mit deren Hilfe die vier Hauptziele

- **Unterstützung der Stabilität**
- **Förderung der Menschenrechte und Demokratie**
- **Bemühung um die Verbreitung des Wohlstands**
- **Unterstützung der Durchsetzung der Rechtsstaatlichkeit und der verantwortungsbewussten Regierungsführung.**

Ist es also die Realität diese Ziele zu erreichen, aber in geringerem Tempo?

Maierhofer: „Man wird es versuchen zu erreichen, aber aus eigener Kraft wird es Bulgarien, aber auch Rumänien nicht schaffen! Man bräuchte Experten von Ländern die wirklich hoch entwickelt sind, sei es im Demokratieverständnis, sei es in der Justiz, sei es in der wirtschaftlichen Entwicklung, sei es in der Entwicklung von Regionen. Wenn man diese Experten nicht hat, oder nicht zulässt wird man es vielleicht aus eigener Kraft schaffen, aber es wird noch sehr lange dauern. Das ist meine Meinung, das ist auch die Meinung der Investory-Community hier (Anm.: in Sofia). Dazu kommen

Interessen aus der Vergangenheit, Bulgarien wird nach wie vor kontrolliert von mächtigen Wirtschaftsbossen. Die Regierung hat zwar den Kampf gegen Korruption ausgerufen, aber es ist bei weitem nicht genug. Im letzten Kommissionsreport bezüglich Korruptionsindex hat es nicht wirklich Verbesserungen gegeben (Anm.: CPI 2009: 3,8; CPI 2010: 3,7²⁶⁷; CPI = Corruption Perception(s) Index; Skala von null (sehr korrupt wahrgenommen) bis zehn (wenig korrupt wahrgenommen)²⁶⁸, im Gegenteil. Und man muss auch wirklich gegen diese „Grey Economy“ (Anm.: Schattenwirtschaft) vorgehen. Interessant ist, dass auch der Wirtschaftsminister Aussagen tätigt – und zwar öffentlich vor ca. drei Wochen: „grey economy is better than no economy“²⁶⁹. Das ist zwar richtig so, doch das kann nicht Ziel einer Regierung sein.“

Die Beziehungen und Partnerschaften in östliche Länder bzw. in Länder des ehemaligen Ostblocks stellen für die EU einen besonderen Schwerpunkt dar und daher wird der „Osten“ neben der Schwarzmeersynergie oder der Russland-Strategie auch noch in einer anderen Policy behandelt.

- **Wie läuft der Einstieg in den Markt der Länder in der Schwarzmeerregion ab? Einstieg in den Markt durch die Übernahme anderer Unternehmen oder durch Kooperation mit anderen Unternehmen... Kooperationspartner?**
- **Welche Institutionen/Organisationen unterstützen die Wirtschaftstreibenden beim Aufbau von Beziehungen mit Unternehmen in der Schwarzmeerregion? Wie gestaltet sich diese Unterstützung? In welcher Form, durch welche Institutionen/Organisationen?**

Maierhofer: „Wenn man hier einsteigen will – das gilt für Bulgarien und Rumänien – braucht man lokale Partner. One Stop Shopping, also eine Institution vor Ort um seine Investitionen vorzustellen und dann Unterstützung zu bekommen ist in Vorbereitung, aber noch nicht in Kraft. D.h., es kommt darauf an, wie groß die Investitionen sind, aber ohne die Unterstützung lokaler Partner und ohne dem Wissen lokaler Gegebenheiten und wer Entscheidungsträger der öffentlichen Administration sind, wird man sich sehr schwer tun. Es gibt natürlich für jede Investition Mitbewerber, vor allem lokale Mitbewerber und da muss man auch einen Weg finden, sich richtig zu positionieren, um nicht extremen Gegenwind zu bekommen. Z.B. haben ausländische Investoren im Construction-Business (Anm.: Baubranche) auf einmal keinen Zement mehr bekommen.“

²⁶⁷ Vgl. Transparency International, PRESSEMAPPE Korruptionswahrnehmungsindex 2010 http://www.transparency.de/uploads/media/Pressemappe_CPI_2010.pdf, abgerufen am 2011-07-03

²⁶⁸ Vgl. Transparency International, PRESSEMAPPE Korruptionswahrnehmungsindex 2009 http://www.transparency.de/uploads/media/09-11-17-CPI_2009_Pressemappe.pdf, abgerufen am 2011-07-03

²⁶⁹ "For Bulgaria, it is better to have grey than no no economy at all," Economy Minister Traicho Traikov told private television channel bTV on May 11 2011. - http://sofiaecho.com/2011/05/11/1087442_bulgaria-economy-minister-better-grey-economy-than-no-economy, abgerufen am 2011-07-03

Heißt das, dass die Verbundenheit ist diesen Bereichen immer noch sehr groß ist?

Maierhofer: „Die Verbundenheit ist immer noch sehr groß, obwohl genügend Potential da wäre. Ein lokaler Platzhirsch sieht jeden Mitbewerber als Konkurrenz. Ich kann nur empfehlen, lokale Gegebenheiten genau zu prüfen, lokale Partner zu haben und dann sich richtig zu positionieren.“

Kooperationen im Bereich der Wirtschaft zur Förderung jener der eigenen Mitglieder sind für die EU der wichtigste und wohl auch eigennützigste Bereich der Zusammenarbeit. Jedoch ist hier Nachhaltigkeit ein wesentlicher Faktor und dieser kann nur dann gewährleistet werden, wenn die politischen Systeme der Partner in ähnlicher oder gleicher Weise funktionieren, wie jenes der EU und ihrer Mitglieder. (zu Pkt. 2.2. in der Arbeit)

- **In wie weit würden Sie damit konform gehen, dass die Mitglieder der EU ähnliche oder in gleicher Weise funktionierende politische Systeme aufweisen?**
- **Welche Rolle spielt Korruption im Zusammenhang mit dem Aufbau der Kooperation mit der Schwarzmeerregion...ist Korruption generell ein Thema?**

Maierhofer: „Zur ersten Frage: Nach außen hin sind ähnliche Level sichtbar, nur nach innen hin nicht. Man kann natürlich die Reife Österreichs oder Deutschlands was Demokratieverständnis betrifft nicht vergleichen mit Bulgarien und ich nehme auch an Rumänien, ich nehme hier die zwei als Beispiele. Weil natürlich in 20 Jahren nicht das Demokratieverständnis erworben werden konnte, was andere Länder in 50 Jahren oder 60 Jahren aneignen konnten. D.h. Demokratieverständnis ist noch nicht vorhanden, da gibt es keinen Gleichklang. Umso mehr ist es wichtig, dass die EU hier unterstützt. Nach innen hin ist zum Beispiel ein Regierungschef hier derzeit eigentlich der einzige Entscheider und Minister hier sind Zuarbeiter. Und das ist natürlich auch ein Problem, weil ein starker Mann kann nicht alles entscheiden und sich um alles kümmern. Und dadurch kommt es auch zu sehr vielen Verzögerungen und Ministerien sind eigentlich immer nur auf Warteposition. Wo ich auch überhaupt keinen Gleichklang sehe sind Medien – das haben wir noch gar nicht angesprochen – politische Medien: Hier eine Medienkultur oder einen Aufdeckungsjournalismus den wir in Österreich kennen, den gibt es hier nicht, der ist nicht vorhanden. Medien sind..., ich will nicht sagen kontrolliert, aber es gibt doch ein gewisses Verständnis, in welche Richtung Medien nicht gehen sollten, um es diplomatisch auszudrücken. Also, auch nicht vergleichbar. Wenn ich hier Österreich und Deutschland als Vergleich hernehme, wo es doch einen Aufdeckungsjournalismus gibt, der ist hier nicht vorhanden. Was war die 2. Frage?“

Korruption...

Maierhofer: „Korruption habe ich angesprochen, das ist das größte Übel Bulgariens und Rumäniens. Dagegen kann man nur ankämpfen, wenn man grundlegende Veränderungen im ganzen System macht. Das fängt an bei den Politikern und über den gesamten Beamtenapparat, wo die Durchschnittsgehälter wirklich so niedrig sind, dass jemand sein Leben gar nicht finanzieren kann, würde er nicht nebenher etwas

schwarz machen, oder irgendwie schauen, dass er sich anders Geld organisiert. Das ist einmal das erste Problem. Das zweite Problem: Es wird nicht wirklich mit voller Intensität gegen die Korruption vorgegangen, da gibt es Kleinkorruption, da gibt es aber auch natürlich die organisierte Korruption, da muss noch viel intensiver dagegen vorgegangen werden, vor allem auch im internationalen Bereich, also in Zusammenarbeit mit außen. Die Regierung versucht zwar immer nach außen hier aktiv zu sein, nur man verspürt nicht wirklich Verbesserung nur das kann auch nur mit einer grundlegenden Reform durchgeführt werden.“

Eine wachsende Nachfrage sowie Preisschwankungen aber auch zeitweise Unterbrechungen der Energieversorgung Europas fordern die EU dazu auf, eine gemeinsame und kohärente Energiepolitik zu betreiben. Die EU muss dazu Maßnahmen verabschieden und Partnerschaften schließen, die die Sicherheit der Energieversorgung garantieren. Die wichtigsten Partner der EU im Bereich der Energie sind natürlich Russland, aber auch Norwegen, die USA, Indien, China und die OPEC-Länder. Mit den wichtigsten Energiepartnern hat die EU ein „Memorandum of Understanding“ unterzeichnet. Darüber hinaus wurden in diverse weitere regionale Initiativen wie auch der Schwarzmeersynergie, oder der Östlichen Partnerschaft Energiekomponenten einbezogen.

Ist der Sektor „ENERGIE“ tatsächlich das Hauptinteresse der EU? Könnte man meinen, dass alle Aktivitäten nur auf dieses Ziel gerichtet sind und „nur“ dazu dienen, um die Länder bei Laune zu halten?

Maierhofer: „Das würde ich nicht so sehen. Natürlich ist das auch ein Interesse der EU, aber was den Gesamtwirtschaftsraum im Osten betrifft, ist natürlich für die EU interessant. Ich beurteile das schon so und das wird auch hier in Bulgarien so gesehen, dass die EU schon Interesse hat, den generellen Lebensstandard – wo Energie auch ein Grundthema ist – der Bevölkerung hier zu heben. Ich glaube das ist ein beiderseitiges Interesse: Das Interesse der EU, aber auch der neu beigetretenen Länder. Sonst würde das eher negativ gesehen werden. Ich sehe das nicht so drastisch. Also ich kann nur wiederholen, dass Bulgarien sehr stark vom EU-Beitritt profitiert hat. In allen Belangen.“

Aber es ist das wovon Bulgarien profitiert nicht nur ein Rahmen, sondern auch Eigeninteresse der EU?

Maierhofer: „Richtig. Nicht nur Rahmen, sondern es liegt auch im eigenen Interesse der Bulgaren - das probieren sie auch auszunützen -, davon zu profitieren. Ist auch so. Nehmen wir zum Beispiel Currency borders, also Währungsstabilität. Bulgarien: trotz der Krise war die Währung stabil. Würde es keine Currency borders, also Währungsstabilität geben zwischen EURO und dem Bulgarischen LEV, wäre die LEVA hier massiv abgesunken, was wieder natürlich die gesamte Wirtschaft hier extrem negativ getroffen hätte. Auch uns. Wir haben ein Beispiel jetzt in Weißrussland durch die Abwertung des Rubels. Für die Wirtschaft ist das ein massiver negativer Effekt.“

In den vergangenen zehn Jahren hat die Europäische Union ihre bilateralen Beziehungen mit den Industrieländern und anderen starken Wirtschaftsländern

sowie Gebiete, vor allem in Nordamerika, Ostasien, Südostasien und der Golfregion gestärkt. Das Ziel dieses Finanzierungsinstruments für den Zeitraum 2007-2013 ist eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und diesen Ländern zu fördern. Die EU beabsichtigt weiter ihre bilateralen Beziehungen zu vertiefen und die Rolle der EU in der Welt zu stärken. Sie versucht auch multilaterale Institutionen zu festigen und in der Weltwirtschaft das internationale System in Balance zu halten. Die Frage ist: Kann man diese finanziellen Mittel, diese Geldquellen anzapfen?

Maierhofer: „Theoretisch ja, praktisch ist es schwierig. Ich gehe jetzt nur in unseren Bereich. Es sollen natürlich laut EU-Programm bis 2020 sollen 80 % oder sogar 100 % der Bevölkerung Zugang zu Internet Wired Broadband Access haben, was bei einer derart niedrigen Penetration wie in Bulgarien derartige Investitionen bedeuten würde, dass das die Wirtschaft alleine nicht tragen kann. Sprich wir können es nicht alleine tragen, aber es gibt EU Förderungsprogramme. Es gibt ja diese EURO-Milliarde, die in allen EU-Ländern zum Beispiel aufgeteilt wird. Und gerade Internetzugang ist ja ein wesentlicher Wettbewerbsfaktor den wir brauchen, wenn wir gegen Asien oder den amerikanischen Raum bestehen wollen. Und Faktum ist, dass es hier vielleicht für Bulgarien eine Größenordnung gibt von vielleicht ein paar Millionen EURO, das nur ein Promille deckt von den Investitionen, die getätigt werden müssen. Das heißt, es gibt zwar immer Fonds, die man anzapfen kann, nur man kommt kaum zum Zug und wenn man zum Zug kommt ist es minimal, so dass nur ein kleiner Teil gedeckt wird. Dann kommt noch ins Spiel, dass natürlich sehr viele Interessen hier bestehen, ausländische Investoren zwar Willkommen sind, nur bis dato ist es so, dass diese Fonds der EU sehr stark an nationale Player ausgeschüttet wurden.“

Heißt das, man fördert eher nationale/lokale Partner, also wenn ich von außen als Investor komme, sollte man nicht damit rechnen, an Fördergelder zu kommen?

Maierhofer: „Das kann so gesehen werden. Es wird offiziell natürlich ganz anders dargestellt, aber es kann so gesehen werden. Mir ist nicht bekannt, dass irgend ein ausländischer Investor, vor allem österreichische Investoren, ob es jetzt wir sind (*Anm. A1-Telekom*), ob es die Banken sind, oder ob es die Versicherungen sind, die sehr stark hier vertreten sind, oder ob es jetzt der Baumaxx ist, die Förderungen hier bekommen hätten. Bulgarien sieht sich in der Rolle, dass sie mit ihrem sehr attraktiven Steuersystem von 10 % Tax-rate das attraktivste Investitionsland sind. Das stimmt auch, dass das sehr attraktiv ist, aber es gehört mehr dazu, als nur 10 % Flat-tax zu haben. Die Sachen, die ich alle Angesprochen habe.“

Das Einkommen zum Beispiel? Es muss sich ja jemand die Mobilfunkprodukte leisten können!?

Maierhofer: „Das ist richtig. Wenn wir hier mit einem Average Revenue per User von 8,- EURO agieren im Vergleich zu Österreich von 24,- EURO das spricht Bände. Und die Investitionen sind ähnlich hoch.“

Der in dieser Arbeit verwendete Schwarzmeerbegriff umfasst einen durchaus größeren Teil der Region, obgleich eine eindeutige Definition fehlt und es verschiedene Dimensionen und Perspektiven gibt, über die eine

Begriffsbestimmung möglich ist. Die Definition der Schwarzmeerregion reicht von ausschließlich den Anrainerstaaten des Schwarzen Meeres-, bis hin zur Region vom Balkan bis zum Kaspischen Meer und zum Teil noch darüber hinaus. Wenn Sie aus Sicht Ihres Unternehmens sprechen, welchen geographischen Bereich definieren Sie als Schwarzmeerregion?

Maierhofer: „Für mich geografisch gesehen sind das die Länder, die wirklich ans Schwarze Meer angrenzen. Ich benutze eher einen anderen Begriff. Das ist auch der DONAURAUM, der auch für uns Österreicher sehr wichtig ist. Wo Serbien, Bulgarien, Rumänien das sind einfach die Länder, die für Investitionen interessant sind. Russland grenzt auch an das Schwarze Meer, kann man auch dazu zählen. Aus Investorensicht, oder wo man investieren sollte, sollte man eher im Donauraum bleiben. Das sind die Länder, in denen wir auch sehr viele Investitionen getätigt haben. Wenn ich es jetzt wirtschaftlich sehe. Geografisch sind für mich Schwarzmeerländer, die ans Schwarze Meer grenzen. Es gibt eine geografische Definition und es gibt eine Wirtschaftliche. Die Frage ist, was ist für uns interessant. Für uns ist interessant der Donauraum und da gibt es sehr viele Initiativen, auch von Ex-Politikern wie Erhard Busek, der sehr stark hier aktiv ist durch das Vienna Economic Forum oder der Institution für den Donauraum IDM, das ist sehr förderlich und das unterstützen wir auch.“

Die Gründe für z.B. die Telekom Austria Gruppe in Ländern des ehemaligen Ostens tätig zu werden, ist eine EU Mitgliedschaft hier eine Entscheidungsgrundlage? Ist das ein wichtiges Kriterium, oder nicht?

Maierhofer: „Es ist kein Muss, dass die Länder bei der EU sind – wir sind ja auch in Weißrussland tätig. Wie das politisch gesehen wird – Weißrussland – weiß man. Es ist kein muss. Wir haben uns fokussiert als Gruppe: „Welche Länder, die geografisch nicht so weit von unserem Heimatland weg sind, würden zu uns passen?“ „In welchen Ländern sehen wir wirklich noch Entwicklungspotential?“ Da haben natürlich die Länder am Balkan sehr gut dazu gepasst, sei es Slowenien, Kroatien, Serbien, Bulgarien, Mazedonien, oder auch, wenn es die Möglichkeit gibt dann im Kosovo, wo wir ja bei einem Bieterverfahren dabei sind. Oder dann auch Bosnien, wenn sie wirklich irgendwann ernsthafte Privatisierungen durchführen wollen. Das heißt: Passt geografisch zu uns, wir können hier durch die angrenzenden Länder auch Richtung Kunden sehr viele interessante Produkte und Services anbieten und darum haben wir uns auch auf diese Länder fokussiert. Wir waren aber auch einer der ersten, die in diese Länder investiert haben und gegangen sind.“

Ein mögliches Wachstum ist aber offenbar auch wichtig, denn auch Italien oder Spanien würde geografisch gut zu Österreich passen?

Maierhofer: „Richtig, nur das Wachstumspotential ist dort wesentlich eingeschränkter, als im Osten. Rein vom Lebensstandard her. Wenn ich jetzt Österreich und Bulgarien vergleiche: Wir sind wahrscheinlich von der Entwicklung in der Telekommunikationsbranche noch einige Jahre hinter Österreich. Von der Reife der Kunden, von den Forderungen der Kunden, von der Wettbewerbsintensität, darum sehen wir hier in diesen Ländern noch wesentliches Potential, im Vergleich zu westeuropäischen Ländern, die in einem intensiven Wettbewerb stehen. Und die Zahlen sprechen auch für sich: Eine MTel operiert heute immer noch mit 50 % EBITDA

Margin, während in diesen Ländern, wo die Entwicklung schon weiter voran geschritten ist, zwischen 30 % und 40 % bewegen. Aber es ist nicht notwendig, dass es ein EU-Land ist, aber es ist positiv. Eine gewisse Stabilität hat man dadurch schon. Abgesehen von den regulatorischen Eingriffen.“

Aber das hätte man in der Schweiz auch...

Maierhofer: „Richtig. Im Prinzip schon. Die Assoziierung Schweiz mit der EU ist für mich ja schon so weit fortgeschritten, dass der Schritt wirklich EU-Mitglied zu werden, kein wirklich Großer mehr ist.“

... eher ein Emotionaler?

Maierhofer: „Eher ein Emotionaler und wahrscheinlich braucht man die Währung auch nicht bzw. zur Währungsunion beitreten, was derzeit ohnehin nicht empfohlen wird derzeit.“

Welche Rolle hat die Türkei in der Region. Ein relevanter Partner?

Maierhofer: „Ja. Für Bulgarien ein wichtiger Handelspartner, vor allem in den letzten Jahren. Türkei hat einen großen Aufschwung erlebt. Ich hab erst vorgestern gelesen, dass die Türkei in den letzten 9 Jahren die 17. größte Marktwirtschaft der Welt geworden ist. Das ist ein enormer Aufschwung. Der Standard in der Türkei hat sich massiv verbessert, natürlich auch die Nachfrage und Bulgarien – für Bulgarien ist die Türkei einer der wichtigsten Handelspartner geworden. Es gibt die EU generell als wichtigster Handelspartner, dann die Türkei und wenn man es jetzt in einzelne Länder unterteilt, dann ist es Griechenland und die Türkei.“

Hat das Schwarze Meer selbst eine Relevanz?

Maierhofer: „Außer vom Transportweg her nicht. Der Transport ist für Länder die an das Schwarze Meer grenzen einfacher, aber es geht sehr viel Export von Bulgarien auch nach Deutschland und Österreich, die nicht an das Schwarze Meer grenzen. Ich sehe also keinen Nachteil, aber auch keinen großen Vorteil, außer der Transportweg wird kürzer. Wenn man Schwarzmeer reden, ein Thema haben wir noch nicht angesprochen, das ist der Tourismus, was ein wichtiger Faktor ist in Bulgarien und in der Bulgarischen Wirtschaft. Hier hat man massive Fehler begangen, weil man zu viel Infrastruktur geschaffen hat und dann natürlich durch die Krise ein Zusammenbruch gekommen ist. Bis vor einem hat es mehr als 150 Hotels gegeben, die freigestanden sind und die man für einen Euro erwerben kann. Natürlich muss man auch die Schulden übernehmen. Leider Gottes hat man sich hier auf Billigtourismus gestürzt, die natürlich dort das ganze Bild an der Küste enorm negativ beeinträchtigt. Betonbauten überall, Billigtourismus und das ist schade. Das heißt, was sie vorher angesprochen haben, da war natürlich das Interesse schnell Infrastruktur zu bauen, schnell ein profitables Geschäft abzuwickeln, aber auf Langfristigkeit, Nachhaltigkeit, sustainability ist überhaupt nicht geachtet worden. Das sieht man dort extrem.“

Ist Tourismus in Bulgarien stark beschränkt auf Städte und auf die Küste?

Maierhofer: „Ich würde sagen Sofia und die Küste. Und hier ist interessant: Eine der wichtigsten Gäste sind Rumänen. Wenn man vom Schwarzmeerraum spricht. Rumänien und natürlich aus Russland und Billigtourismus vor allem aus England.“

Russen bleiben zwar eher im eigenen Land, obwohl Russen stark investieren in Immobilien, dort an der bulgarischen Schwarzmeerküste.“

Ich habe gehört, dass die Preise dort gar nicht mehr so günstig sind?

Maierhofer: „Seit der Krise sind die Preise wieder gefallen. Vor der Krise waren sie hoch.“

Als das Hauptanliegen der ENP werden die Förderung von Demokratie, Grundfreiheiten, Wohlstand, Sicherheit und Stabilität angeführt und dabei über die mit den einzelnen Nachbarländern bereits bestehenden Beziehungen hinauszugehen. Die Beziehungen basieren auf einer beiderseitigen Verpflichtung zur Wahrung bestimmter gemeinsamer Werte, wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Achtung der Menschenrechte, verantwortungsvolle Staatsführung die Grundsätze der Marktwirtschaft und nachhaltige Entwicklung. Diese Verpflichtung gilt als Voraussetzung für eine privilegierte Beziehung.

In wie weit denken Sie, dass dem auch tatsächlich, also in der Praxis Rechnung getragen wird, oder sind es eher Lippenbekenntnisse?

Maierhofer: „Lippenbekenntnis ist zu brutal ausgedrückt. Werte sind gut, sie zu definieren und vor allem versuchen diese Werte mit den einzelnen EU-Ländern vor allem mit den neuen EU-Ländern durchzugehen, wie können diese erreicht werden. Nur in der Praxis schaut es anders aus. Ich möchte jetzt nicht mehr ins Detail gehen, aber viele Werte die hier angesprochen worden sind, sind einfach noch nicht wirklich umgesetzt und spürbar.“

Aber kann schon davon ausgehen, dass es das Ziel ist diese Werte umzusetzen. Seitens der Regierungen, seitens anderer Institutionen?

Maierhofer: „Ja. Das ist das Ziel der Regierung, diese Werte umzusetzen, nur, ich komme zum Punkt, es gibt sehr viele verschiedenen Interessensgruppen, die teilweise diese Umsetzung der Werte verzögern. Da sind wir wieder beim Thema Korruption, Schattenwirtschaft, und so weiter.“

... also man spürt es, dass Wille da ist? Man spürt es, dass Wille da ist. Nur die

Maierhofer: „Umsetzung geht sehr schleppend und langsam voran.“

Die Schwarzmeerregion als Tor zum Osten. Ist das für Sie aus EU Sicht ein guter Weg, oder sollte man, wenn man weiter Richtung Osten denkt, auch andere Wege bevorzugen?

Maierhofer: „Ja, es ist wichtig, dass rein vom Transportweg die EU hier grenzt. Man wird sehen, inwieweit ein EU-Beitritt der Türkei in Frage kommt in den nächsten Jahren, oder nicht. Meine persönliche Meinung ist nein. Wird wahrscheinlich noch lange dauern. Nicht aus wirtschaftlicher Sicht, aber aus kultureller Sicht. Und von Grundwerten, die wir besprochen haben. Also ich sehe es schon als wichtig, dass wir eine Grenze haben hier in Bulgarien zur Türkei, weil die Türkei Tor zum Osten ist. Als Transportweg und wirtschaftlich. Das ist wichtig.“

Welche Vor- bzw. Nachteile sehen Sie in der Nutzung der Schwarzmeerregion als „strategische Schnittstelle“ zum Nahen Osten und dem asiatischen Raum?

Maierhofer: „Ehrlich gesagt, was organisierte Kriminalität betrifft, ja. Da gibt es Nachteile. [REDACTED]

[REDACTED].²⁷⁰ Und natürlich.... Da reden wir wieder davon, die Korruption in den Griff zu bekommen, im Beamtenapparat bei der Polizei. Das kann natürlich ein Nachteil sein. Was vor allem wirklich aus dem Osten kommt.“

Letztes Kapitel „Die Rolle Österreichs“. Welche Rolle spielt Österreich innerhalb der EU, beim Aufbau der Beziehungen zur Schwarzmeerregion oder einzelner Länder der Schwarzmeerregion?

Maierhofer: „Ja, wir haben eine Rolle, aber die Rolle ist zu wenig. Wir haben zwar die Rolle als einer der größten Investoren, oder sogar der größte Investor, nur was die Entwicklung selber betrifft... Da gibt es zwar Leute, die sich darum kümmern, wie ein Erhard Busek, der hier sehr aktiv in diesen Ländern ist, um auch einen wirtschaftlichen Nutzen daraus zu ziehen, nur das offizielle Österreich würde ich mir mehr wünschen, wenn sie hier eine größere Rolle spielen würden. Erstens, um hier mehr Einfluss zu haben, zweitens um eine Vermittlerrolle zu übernehmen und natürlich in Entscheidungen, die auf EU-Ebene passieren, mehr Verbündete zu haben. Ich sehe hier als Beispiel die Frau Plassnik als Kandidatin für die OSZE Generalsekretärin, die einfach durch ein Veto der Türkei nicht zum Zug kommt. Würde hier das offizielle Österreich versuchen, mehr Einfluss zu haben, bilateral, würde uns das wesentlich mehr helfen. Ich spüre es hier, ich meine wir sind zwar anerkannt als Investor, nur ein offizielles Österreich, ein Wirtschaftsminister, sollte hier mehr Interesse zeigen.“

Spielt das Thema „Neutralität“ hier noch eine Rolle?

Maierhofer: „Nein. Ganz ehrlich gesagt: EU-Beitritt – jeder kann sich seine Meinung über Neutralität bilden – das sicher hier kein Thema. Wir werden sicher nicht als Partner gesehen, weil wir einen neutralen Status haben. Weil de facto wirtschaftlich, auch teilweise militärisch, nehmen wir keine neutrale Rolle mehr ein. Weil neutral wirklich heißt, du darfst dich überhaupt nirgends beteiligen. Österreich wird als Freund gesehen, als Investor gesehen, als ein hochentwickeltes Land, als eines der reichsten Länder der Welt, was auch Faktum ist, mit einem hohen Demokratisierungsverständnis und von Österreich kann man nur lernen. Und so werden wir gesehen. Das ist sehr positiv. Und das offizielle Österreich glaube ich könnte hier in all diesen Ländern, Schwarzmeerregion, oder Donauraum, ehemaliger Balkan, könnte hier vielmehr tun, um mehr Einfluss zu gewinnen. Politisch und auch wirtschaftlich. Und viel mehr als Partner auftreten.“

Meine letzte Frage: Ist es eher eine Vermittler Rolle, oder eigennütziges Interesse?

²⁷⁰ Die Transkription des Interviews mit Andreas Maierhofer musste aufgrund Konzern-Regeln noch freigegeben werden. Dabei wurde der Verfasser der Arbeit gebeten, einige wenige Sätze zu entfernen, die deshalb geschwärzt wurden.

Maierhofer: „Politischer Einfluss, wirtschaftlicher Einfluss und der Eigennutz wäre – weil diese Länder in der EU sind – dass man bei großen strategischen EU-weiten Entscheidungen einfach mehr Verbündete hat. Und das wäre eigentlich wichtig. Dann würden wahrscheinlich Länder wie Rumänien und Bulgarien Ungarn, Polen, überall wo wir Geschichte haben, Slowenien, bald Kroatien, die würden vielmehr als Verbündete Österreichs auftreten, auch wenn es um Besetzungen hochrangiger Posten geht.“

Ich bedanke mich recht herzlich!

Ziel der Arbeit ist es, die vier Policies die es gibt zu analysieren die Frage die ich als Eingang habe ist: Worin sehen Sie bzw. die eigentliche Rolle der EU in der Schwarzmeerregion, speziell wenn man das jetzt betrachtet, dass man ja mittlerweile nicht mehr nur Nachbar sondern auch Anrainer mit Bulgarien oder Rumänien ist.

Krauchenberg: „Genau, so wie Sie eben sagen, ist ja die EU seit 2007 erstmals direkt am Schwarzen Meer angelangt und sollte sich daher auch intensiver einbringen. Grad von der Österreichischen Seite aus hat ja Außenminister Spindelegger, also damals eben Außenminister Spindelegger auch mit Leitl gemeinsam gemeint wir sollten eine Donaoraum-Schwarzmeerstrategie verfolgen, wobei aus der Donauaktivität dann die von Rumänien und Österreich gemeinsam eingebrachte EU-Donauraum-Strategie wurde, die ja jetzt während der ungarischen Ratspräsidentschaft Ende diese Monats verabschiedet wird. Also was Donaustaaten anlangt, da gehören auch Rumänien und Bulgarien dazu, gibt es jetzt eine Strategie, zwar nicht mit eigenen Mitteln, Gesetzen oder auch nicht mit einer eigenen Administration aber doch die Zusammenfassung zu wichtigen Projekten, so Flagship-Projects, die man gemeinsam durchführen sollte und das geht auch hin bis zum Schwarzen Meer, d.h. natürliche die großen Korridore, ob das der Korridor 7 ist der Donau, man will ja unbedingt mehr auch das Schwarze Meer nutzen, dass nicht der sämtliche Produkte, beinahe sämtliche wenn man so will, abgesehen von Adria, alles hinaufgeht nach Rotterdam und Hamburg, die ohnehin schon überfordert sind, sondern auch zum Beispiel Konstanz am Schwarzen Meer stärker einbezogen wird, oder vielleicht auch Bulgarien stärker einbezogen wird und die Brücke auch die Landbrücke hin zur Türkei mittel/ost besser genutzt werden kann. Das bezieht sich dann auf den Korridor 10 insbesondere, sowohl den Straßen- auch den Bahnkorridor.

Naja, und dann gibt es Ideen sich stärker auch einzubringen in allen anderen Staaten, wobei Österreich jetzt eine eigene Schwarzmeer-Initiative hat, nachdem die Donaoraum-Strategie jetzt über die EU läuft gibt es eine eigene Schwarzmeer-Initiative die allerdings auch nicht mit speziellen Mitteln meines Wissens versehen ist, aber immerhin ein Zusammenarbeiten von Institutionen, was zur Folge hat, dass zum Beispiel in Baku eine Botschaft eröffnet wurde, eine österreichische in Aserbaidschan, es wurden die Bedingungen der Garantien von der Österreichischen Kontrollbank für Länder wie Georgien und Armenien verbessert. Es findet eine intensivere Bearbeitung zum Beispiel seitens der Wirtschaftskammer in den Kaukasus-Staaten, sowohl Nord- als auch Süd-Kaukasus-Staaten statt und selbstverständlich in der Türkei. Abgesehen von den ja schon in den letzten Jahren sehr extrem intensiven Kontakten zu Rumänien und Bulgarien. Also man versucht jetzt den Schritt über das Schwarze Meer auch auf die andere Seite zu tun und in der Folge natürlich auch in Richtung Zentralasien. Wir haben eine zusätzliche sogenannte Außenhandelsstelle, jetzt nennt sich das Außenwirtschaftscenter AC in Kasachstan eröffnet, in Almati und wollen eben da auch Zentralasien stärker betreuen und wenn wir an grenzüberschreitende Projekte wie

Nabucco denken, wo ja Österreich mit der OMV federführend ist, dann ist auch diese Gesamtsicht der Staaten, die hier östlich des Schwarzen Meeres sind, auch wichtig.“

Mhm. Wenn man sich diese Initiativen und Policies der EU anschaut, dann geht es in erste Linie immer um die Bereiche Wohlstand, Stabilität und Sicherheit, die man versucht in diesen Ländern zu stärken, zu unterstützen, zu forcieren. Auf der anderen Seite fehlt aber eine klare Definition dieser Begriffe. Wie definieren Sie diese Begriffe für sich selbst, speziell im Zusammenhang mit der Kooperation zwischen der EU und der Schwarzmeerregion und welche Bedeutung haben Ihrer Meinung nach diese Begriffe? Also jetzt konkret noch einmal Stabilität, Wohlstand und Sicherheit.

Krauchenberg: „Stabilität ist sowieso Voraussetzung, dass es auch Wohlstand gibt, ah, wir wissen, das einige Länder durchaus nicht so sehr demokratisch sind, ah, nur ist die Erhaltung der österreichischen Unternehmen, dass man mit den Gegebenheiten zu Rande kommen muss, die es gibt. Wir können ja nicht Systeme als kleines Österreich ändern, das kann vielleicht die EU ein bisschen besser bewirken, im Gesamtkonzept, aber wahrscheinlich nicht ein kleinerer Staat, Mitgliedsstaat der 27 Mitglieder der EU. Selbstverständlich versucht man immer im eigenen Rahmen erstensmal die lokalen Gesetze einzuhalten und auch zum Beispiel die Unternehmen, dass sie ihre Mitarbeiter eben gut einsetzen und nach unseren Gepflogenheiten auch vorgehen. Aber Systemänderungen werden wir wahrscheinlich als Österreich nicht wirklich bewirken können. Das muss man realistisch sehen. Außerdem gibt es Interessen, wenn wir jetzt an Nabucco denken, ah, es gibt ohnehin Einschränkungen, grade was Nabucco anlagt, wenn wir dran denken, dass ein Gasbezug aus dem Iran derzeit überhaupt nicht aktuell sein kann. Ah, da ist es ohnehin schon vorgegeben. Aber im Rahmen der Zulässigkeit werden Geschäfte abgewickelt.“

Mhm. Ok. Kann man es aber schon so sagen, man hat aus Österreich quasi nicht die Möglichkeiten, stark Einfluss zu nehmen, aber es ist durchaus ein wichtiges Ziel.

Krauchenberg: (unterbricht die Frage) „Ja man möchte einen positiven Einfluss auf jeden Fall nehmen und, und wir sind ja immer der Ansicht, dass die stärkeren Verbindungen im Regelfall zu mehr Stabilität und auch zu einer offeneren Wirtschaft führen. Am, die reine Abschottung kann oft sehr lange dauern und, und führt zwar ins Abseits, aber es entwickelt sich auch nicht sehr viel Positives. Also im Rahmen der rechtlichen Vertretbarkeit ist ein Wirtschaftsaustausch sicherlich zielführend und sinnvoll.“

Ahm, neben den hier in der Arbeit behandelten Policies, gibt es mehrere Initiativen, die sich ebenfalls mit Teilen auch am Schwarzmeerraum beschäftigen, wo es konkret um Themen wie die Förderung von Menschenrechten, Unterstützung der Durchsetzung der Rechtsstaatlichkeit, eben Verbreitung des Wohlstandes befassen. Wie sehen Sie die wirtschaftliche, politische und soziale Realität der Schwarzmeerregion in diesen Bereichen, wenn man speziell jetzt die Rechtsstaatlichkeit anschaut!?

Krauchenberg: „Die Rechtsstaatlichkeit ist komplett unterschiedlich. Wir haben Länder wie Rumänien und Bulgarien die bei all ihrer wirtschaftlichen Schwierigkeiten demokratische Verhältnisse haben. Demokratische Verhältnisse hat auch die Türkei. Man kann vielleicht das ein oder andere kritisieren aber im Grundsätzlichen sind das demokratisch orientierte Staaten. Jetzt ah, auch die Ukraine wie wir wissen hat schon verschiedene Parteien gewinnen lassen, es wechselt halt ständig stärker. Russland ist sicherlich wieder ein eigenes Thema, aber wir sind ja auch nicht diejenigen, die von der Wirtschaftskammer aus hier das insbesondere ins Auge fassen. Sondern wir müssen schauen, dass die österreichischen Unternehmen Partner finden, dass die österreichischen Unternehmen Absatzmöglichkeiten finden und ahm, ah das ist unsere unmittelbare Aufgabe, ahm ja die Rechtsstaatlichkeit hat sich in einigen Ländern zweifelsohne verbessert. Ahm wahrscheinlich muss man eher auch die UNO Berichte heranziehen um hier einen Katalog zu finden. Ich gehe davon aus, dass die Europäische Union da auch in dieser Richtung irgendwas hat, ahm, aber die Wirtschaftskammer ist nicht wirklich da involviert. Wir müssen schauen, dass die österreichischen Unternehmen eben ordnungsgemäß sich verhalten und im Rahmen der gebotenen Möglichkeiten agieren. Also etwas was, ahm als, als ahm politisch nicht tragbar gilt, das sollten dann auch österreichische Unternehmen nicht unternehmen. Aber da gibt es sehr viele Bereiche, dass ist jetzt nicht nur die rein politische Situation sondern das kann hineingehen in Kinderarbeit oder auch, wir haben deshalb ja auch weltweit schon Kategorien, dass Produkte zwar teurer sein können, diese auch nach europäischen Gesichtspunkten in Vertretbarer Form eben produziert werden. Das ist sicher auch ein Problem, wobei ich sagen würde in dem Raum Schwarzmeer und Zentralasien ah ist das weniger ein Problem als jetzt in ostasiatischen und südasiatischen Ländern. Weil wir ja in den Raum Schwarzmeer und Zentralasien hauptsächlich ja wir selber liefern. Wir beziehen von dort Rohstoffe, sei es Erdöl oder Erdgas aber nicht unbedingt Produkte aus Kinderarbeit. Das sind ja gar nicht die Staaten, die darunter fallen und was wir liefern muss natürlich auch genehmigt sein. Das heißt keine dual-use Produkte, die also verboten sind. Und dazu gibt es ja auch die Genehmigungen des Wirtschaftsministeriums. Wenn es Länder sind wo gewisse Waren unter dual-use Bedingungen fallen, dann haben sich Unternehmen danach zu richten. Das ist auch eine klare Sache. Das wissen auch die Unternehmen die involviert sind. Ich kann sicher nicht in den Iran oder in den Irak frisch fröhlich Produkte liefern, die also unter dual-use Bestimmungen fallen.“

Sie haben jetzt gerade angesprochen die Unterstützung österreichischer Unternehmen in den Regionen tätig zu werden. Wie wird das bewerkstelligt?

Krauchenberg: „Ja in erster Linie haben wir unsere Außenwirtschaftscenter. In der Türkei gibt es sogar zwei, eins in Istanbul und eines in Ankara. Dann haben wir auch in Kasachstan, der Ukraine und selbstverständlich auch Russland, Rumänien und Bulgarien, da sind wir mit eigenen Büros. Wir haben dann auch kleine Büros in Moldawien zum Beispiel oder in Georgien, Aserbaidschan, in Armenien. Wir versuchen vor Ort Partner für österreichische Unternehmen zu finden, die Absatzmöglichkeiten zu eruieren. Bei Importschwierigkeiten behilflich zu sein, Kontakte herzustellen, Wirtschaftsmissionen vorzubereiten und durchzuführen. Es geht hin bis zur

Forderungs- und Schuldeneintreibung. Ein breites Spektrum in dem wir uns nützlich machen können, damit österreichische Firmen verstärkt in diese Märkte gehen.“

Könnte die EU selbst da auch irgendwie hilfreich sein als Institution?

Krauchenberg: „Die Europäische Union ist sicherlich aufgrund ihrer Größenordnung ohnehin ein Faktor. Sie hat ja jetzt auch schon eine eigene Botschaft bzw. Außenstelle mit Botschaftsrang und ahm trotzdem würde ich sagen, dass wir im Bereich der Wirtschaft sich jeder selbst der nächste ist. Wir können nicht erwarten, dass ein, sagen wir ein französischer Beamter der Europäischen Union sich besonders stark sich für österreichische Firmen einsetzt. Das liegt in der Natur der Sache, deshalb gibt es ja von den Ländern nicht zuletzt im Wirtschaftsbereich eigene Büros. Das geht soweit, dass zum Beispiel die Belgier, Büros für die Flamen und extra Büros für die Wallonen haben. Ja also da ist es sogar noch differenzierter und wir sind da eben für Österreich unterwegs und wollen die Erfolgsgeschichte, die wir schon in Süd-Ost-Europa geschrieben haben das wir in vielen Ländern Nummer 1 Investor sind und einer der wichtigsten Wirtschaftspartner, möglichst auch jetzt auf die andere Seite des Schwarzen Meeres transferieren. Das wird nicht leicht sein, aber zumindest ist es den Versuch wert.“

Gibt es noch andere Institutionen wo ein österreichisches Unternehmen hingehen kann?

Krauchenberg: „Wenn es um Entwicklungshilfeprojekte sind, dann ist des die Austrian Development Agency, die jetzt auch etwas stärker in den Südkaukasus starten. Also Georgien und Armenien. Das ist sicherlich auch noch eine Option, wenn jemand ein Entwicklungshilfeprojekt starten möchte. Das sind jetzt die Länder, wie eben die zwei genannten, die Entwicklungshilfe empfangen können. Die meisten Länder von denen wir hier sprechen sind ja gar nicht mehr für Entwicklungshilfe geeignet. Aber was noch wichtiger ist, ist die Kontrollbank, die Garantien für österreichische Warenlieferungen bieten. Das ist aber auch wieder Hand in Hand mit unseren Aktivitäten. Wenn österreichische Unternehmen Liefermöglichkeiten wahrnehmen und es sich um österreichische Ware handelt, oder mehrheitlich um österreichische Ware, dann gibt es eben diese Möglichkeiten der Exportabsicherungen, das ist auch ein sehr wichtiges Thema.“

Wenn jetzt ein österreichisches Unternehmen in einem Land investiert, jetzt im Speziellen im Schwarzmeerraum, ist Nachhaltigkeit ja bestimmt einer der wesentlichsten Punkte um überhaupt Geld locker zu machen. Denn die ersten Jahre ist die Investition vermutlich höher als der Betrag den man einnimmt. Die Frage ist, gehen Sie konform, dass die Mitglieder der EU, also sprich jetzt Bulgarien, Rumänien in ähnlicher Weise funktionieren um auch gewährleisten zu können, das eine Nachhaltigkeit stattfindet im Vergleich zu anderen Ländern? Und was sicher für die gesamte Region wichtig ist, wie sieht es mit der Korruption aus? Spielt das eine große Rolle?

Krauchenberg: „Naja, Nachhaltigkeit meinen Sie jetzt wenn sie sagen Rumänien und Bulgarien, wie Rumänien und Bulgarien innerhalb der Länder agieren oder wie Rumänien und Bulgarien in den anderen Ländern der Schwarzmeerregion agieren?“

Also es zielt in erster Linie in Richtung Stabilität ab, denn wenn ich in einem Land investiere, dann sollte ich davon ausgehen können, dass meine Investition für die nächsten 5 bis 10 Jahre mindestens hält.

Krauchenberg: „Ja da ist sicherlich der große Vorteil, wenn ein Land EU Mitglied ist, dass man mehr davon ausgehen kann, dass hier die Rechtsordnung eingehalten wird und nicht plötzlich Enteignungen kommen und während dessen Staaten außerhalb der EU Fall für Fall natürlich zu analysieren sind. Derzeit sind es ja doch Märkte wie der Türkei, da ist das keine Frage, da soll mein seine Chancen wahren. Es hat sich auch wieder die Situation in der Ukraine normalisiert. Russland ist ein riesiger Markt, das ist ohnehin auch interessant und es können auch die Südkaukasus Staaten jetzt in bestimmten Bereichen, sagen wir jetzt Wasserkraftwerke oder landwirtschaftliche Verarbeitung oder Tourismusprojekte ins Auge gefasst werden und dann auch noch alles was mit Energie in Zusammenhang gebracht werden kann. Da kommt es dann natürlich auf die Verträge an, aber grundsätzlich sind ja alle Staaten an Auslandsinvestitionen interessiert und möchten schon aus Gründen des Rufes den sie dann haben nicht gegen ahm, nicht ausländische Unternehmen benachteiligen. Man hat auch ganz gute Chancen, dass im Falle dass ein österreichisches Unternehmen zum Beispiel schlecht behandelt werden sollte, dass man durch Interventionen die Sachen doch bereinigen kann. Das kann immer mal wieder vorkommen, da sind auch wir hilfreich oder auch darüber hinaus im Rahmen einer gemischten Kommission oder auf Regierungsebene, dass dann auf das ein oder andere hingewiesen würde. Die grundsätzlichen Investitionsbedingungen haben sich an sich verbessert. Korruption gibt es sicherlich in den meisten Ländern. Im Grunde genommen gibt es fast in allen Ländern Korruption, es ist halt abgestuft wie viel. Die meisten österreichischen Unternehmen sagen allen und wir empfehlen das auch, dass man sich da überhaupt nicht hineinbegeben soll, weil wenn man einmal anfängt irgendwelche seitlichen Abgaben zu leisten, dann wird man immer irgendwie angezapft werden und das ist eine Ende nie Geschichte. Also am besten wäre es, oder ist es, dass man von Anfang an hier nicht mitmacht. Es kann natürlich sein, dass man dadurch auf das eine oder andere Projekt verzichten muss oder auf den einen oder anderen Auftrag, aber im Sinne der Nachhaltigkeit und der Langfristigkeit ist es besser, dass man nicht in die Korruptionsfalle kommt.“

Ist die Schwarzmeerregion eigentlich als relevanter Markt zu sehen, hat das eine geographische Relevanz, jetzt nicht nur für Österreich auf Grund der Donau?

Krauchenberg: „Insgesamt ist es ein sehr großer Markt, wir haben hier Exporte wenn man jetzt gesamt Russland dazu zählt, das ja nur zu einem geringen Teil am Schwarzen Meer ist, vor allen Dingen die Türkei, Rumänien, Bulgarien, etc. reden wir von 7 Milliarden, dass ist soviel wie Nord- und Südamerika zusammengefasst. Also das ist an sich ein sehr, sehr interessanter Markt, aber es ist total unterschiedlich. Die frühere Sowjetunion, die natürlich ganz anders strukturiert ist, das gilt dann gleichzeitig auf für die Ukraine und Moldawien, als jetzt die Türkei, die immer Marktwirtschaftlich war und eine zum Teil auch eine Bazar und Handelsorientierung hat. Wir haben sehr sehr kleine Märkte so wie Georgien, Armenien. Energiestaaten wie Aserbaidschan und dann eben die zwei EU Länder Rumänien und Bulgarien, die auch für sich genommen wieder unterschiedliche Entwicklungen genommen haben. Wenn man an Rumänien

denkt zur Zeit Tschautscheskus gab es und bis heute gibt es nur eine einzige Brücke zwischen Rumänien und Bulgarien. Das heißt die waren untereinander auch gar nicht stark verbunden wirtschaftlich. Weil Bulgarien in Richtung Sowjetunion ausgerichtet war und Rumänien ein kommunistischer Nationalstaat war, der extra seine Beziehungen geknüpft hat. Das heißt die Länder untereinander sind extrem unterschiedlich und haben in der Geschichte meistens feindliche Berührungen gehabt. Das kann man schon ins zaristische Reich zurückgehen, es gab meistens zwischen Russland, später Sowjetunion und der Türkei Spannungen oder mitunter vielleicht auch Kriege, und auch zwischen den anderen Nationen, also eine Gemeinsamkeit haben wir hier nicht, wie vielleicht die Skandinavischen Staaten. Das ist eine völlig andere Situation, das heißt, auch was die EU anlangt, wenn man sagt Schwarzmeer Donauraum, ist natürlich anders als wenn ich sage Ostsee jetzt im besonderen auf die Skandinavischen Staaten gemünzt. Also wir haben hier wirklich unterschiedliche Staaten auch unterschiedlicher Größenordnung, mit sehr unterschiedlichem Bruttonationalprodukt auch und das geht bis hin zu den Ländern wenn man sie im Detail anschaut, wenn wir die Türkei nehmen, ist Istanbul, Ankara oder Izmir sind unheimlich dynamische Wirtschaftszentren, die ein hohes Wachstum haben. Nicht umsonst wird die Türkei heute mit den Brix-Staaten gleichgesetzt. Auf der anderen Seite haben wir die Weiten von Zentral- und Ostanatolien. In Süd-Ost-Anatolien wo ein riesen Unterschied ist noch, sowohl in der lokalen Entwicklung als auch jetzt wirtschaftsgeographisch ungünstig gelegen, Kurdenproblematik etc. Es ist ein bisschen zu einfach gesagt, wenn man sagt die Türkei oder Russland ohne zu differenzieren wo, in welchem Teil dieser Länder. Selbst die Ukraine hat ja gewaltige Unterschiede zwischen der West-Ukraine und der Ost-Ukraine. Diese sind nicht so homogen und wenn man dann auch noch von Staat zu Staat geht, dann sind sie ohnehin nicht homogen.“

Was sind die Vor- bzw. Nachteile in der Kooperation mit den Unternehmen in der Region, also generell mit den Regionen?

Krauchenberg: „Also man soll auf alle Fälle natürlich das Gespräch immer suchen. Je weiter östlich man kommt, je mehr wird das geschätzt dieser persönliche Kontakt. Also so nüchtern wie man das mit Westeuropa kann, wie mit Deutschland, dass man nur mehr per Mail oder übers Internet verkehrt, oder gar nur einen Anruf tätigt zwischendurch, dass ist dort zu wenig. Der persönliche Kontakt wird sehr geschätzt. Dafür sind das ja auch oft größere Familienverbände, die mitunter auch in der Wirtschaft sehr bedeutend sind. Typisch ist die Türkei mit einigen dieser Großfamilien und ein Verbund mit Sabanci, eine der wesentlichen Familien da im Lande, ein großes Joint Venture für Wasserkraftwerke hat und auch andere Kraftwerke gehabt. Da ist natürlich es sehr wertvoll, wenn man diese persönlichen Kontakte aufbauen konnte.“

Sie haben jetzt gerade über Vorteile und Nachteile gesprochen und über die persönlichen Kontakte. Ist das nun ein Vorteil oder ein Nachteil?

Krauchenberg: „Der persönliche Kontakt ist an sich ein Vorteil. Ich glaube auch, das sich die österreichischen Firmen da leichter tun, weil mir mehr Verständnis haben allein schon für den Balkan Raum. Zum Unterschied zu manchen weiter westlich

gelegenen Nationen, aber da meine ich nicht nur Deutschland sondern auch Frankreich und England. Wir tun uns in diesem ganzen Raum leichter, das bedeutet alle Donaumaarstaaten aber auch in Richtung Türkei, Schwarzes Mees, so Kaukasus. Ich habe den Eindruck, dass die österreichischen Unternehmen in ihrer Flexibilität aber auch nicht von oben herab agieren, besser mit den Menschen dieses Raumes zu Rande kommen und dass es einfach von der Chemie her besser stimmt und das ist eigentlich auch einer unserer Vorteile auch.“

Kann man im Zuge wenn man jetzt dort versucht Märkte auf oder auszubauen sinnvolle Fördergelder lukrieren? Beispielsweise von der EU oder andern Stellen?

Krauchenberg: „Ja, ja...das kommt auf die Projekte an, also jetzt wenn man das Großprojekt Nabucco nehmen, ist jetzt die Europäische Union auch interessiert und meint das ist ein sehr wesentliches Projekt und wird wahrscheinlich über die EBRD oder EIB Finanzmittel bereit stellen. Im kleinen muss man sich das dann immer anschauen, das haben wir in der Wirtschaftskammer weniger jetzt. Es gibt auch in manchen Ländern lokale Vorteile wenn man investiert. Zum Beispiel einen Steuerlass, etc. Aber bei den Ländermitteln müsste man ja fast wieder die Ausschreibungen der Europäischen Union verfolgen und bei den Nicht-Mitgliedern der Europäischen Union gibt es ja auch die IPA-Fonds zum Beispiel, da gibt es ja auch jede Menge Ausschreibungen. Also das sind ja Unternehmen die dann in Bereichen sich bewegen, die also auch diese ganzen Ausschreibungen, da kommen ja auch hunderte oder tausende heraus, durchgehen und schauen, wo sie da eventuell anbieten können. Aber das läuft über Ausschreibungen.

Gut in Rumänien und Bulgarien gibt es sehr starke Förderungen für Kohäsionsfondmittel und Strukturfondmittel, das ist wieder eine ganz eigene Geschichte. Was die Europäische Union allerdings verlangt, das sind sehr detaillierte und korrekte Ausfertigungen schriftlicher Art, Dokumentationen. Es muss Schritt für Schritt gearbeitet werden. Wenn ich zum Beispiel in Rumänien ein Unternehmen errichte und schon vorab irgendwelche Investitionen tätige und versuche es mir dann genehmigen zu lassen, dann geht das nicht. Man muss alles Schritt für Schritt so durchführen, dass man zuerst die Genehmigung bekommt und dann nachher es auch möglichst nachvollziehbar ist, dass man alle Bestimmungen voll eingehalten hat. Wenn nicht, wird jeweils gekürzt. Also das ist ein aufwändiges Verfahren. Mir haben Unternehmer gesagt, dass unter 200.000 Euro Investitionsbetrag ist es vollkommen uninteressant, weil so ein administrativer Aufwand damit verbunden ist. Und dieser administrative Aufwand den scheuen ja oft auch regionale Institutionen auch von der staatlichen Seite her, entweder weil sie sich gar nicht auskennen oder weil das alles doch ziemlich aufwändig ist und daher werden diese Mittel oft auch gar nicht voll ausgenützt. Wir wissen im Moment von Bulgarien, die haben erst einen geringen Teil der Mittel ausgenützt und jetzt versucht man eher in einigen Sektoren wie dem Straßenbau, Autobahnbau und so weiter, doch größere Beträge da noch einbeziehen zu können. Aber das ist eine mühsame Angelegenheit. Außerhalb der EU sind ja die Mittel nicht so groß und sind auch sehr spezifisch. Das kann auch sein im Rahmen der Administration Building und im Rechtsbereich, denken wir zum Beispiel an das Katasterwesen, wo Österreich eine Vorreiterrolle hat. Da können wir zum Beispiel

etwas beisteuern oder Tuning Projekte im Rahmen Umweltprojekte. Das geht in diese Richtung.“

Warum suchen Länder wie Bulgarien und Rumänien oder generell die Schwarzmeerländer die Unterstützung aus dem Ausland, die Unterstützung der EU oder eben auch ausländische Investoren?

Krauchenberg: „Naja, weil sie selbst einmal zu wenige Eigenmittel haben. Das war ja auch genau der Punkt warum die Staaten in Süd-Ost-Europa und die Staaten rund ums Schwarze Meer dann doch von der Wirtschaftskrise, der weltweiten Finanzkrise 2009 erfasst wurden, weil sie eben zu wenig Eigenmittel haben. Die konnten jetzt auch nicht groß Konjunkturprogramme auflegen um dem entgegen zu wirken und das hat sich daher sehr stark ausgewirkt, allerdings zum Teil nur ganz kurzfristig. Zum Beispiel in der Türkei war ein ziemlich schwerer Einbruch noch im Jahr 2009 aber gegen Ende 2009 im Jahr 2010 ging es schon wieder bergauf. Und die haben allerdings auch mehr Eigenmittel und einen dynamischen Binnenmarkt, der sich rasch entwickelt. Wenn man Bulgarien hernimmt, die warten noch mehr auf Investitionen aus dem Ausland und das kommt jetzt schön langsam auch wieder ins Rollen, aber aus eigenen Mitteln und Kräften können die halt auch nicht so viel unternehmen. Auf der anderen Seite muss man auch betonen, dass die meisten dieser Staaten nicht so verschuldet sind und das eigentliche Schuldenproblem wie wir es jetzt bei Griechenland in erster Linie haben, aber auch letztlich Portugal und Spanien etc. also eher interessanter Weise in den Ländern ist, die schon lange bei der EU sind, und wo schon sehr viel Struktur und Fondsmittel eigentlich zur Verfügung gestellt wurden, die aber nicht so nachhaltig offensichtlich gewirkt haben. Also da ist wirklich das Risiko schuld am Problem in den Ländern rund um den Schwarzmeerraum ist prozentuell die Verschuldung jetzt der einzelnen Staaten gar nicht so hoch. Da sollten die sich jetzt auch ganz gut entwickeln können. Die haben nicht diese Hypothek und mittelfristig rechnet man auf jeden Fall mit Wachstum, im Prinzip eigentlich aller Länder ums Schwarze Meer herum. Die haben alle recht gute Aussichten, dass sie wieder jetzt diesen Schwung nutzen können und dass sie wieder attraktiver werden.“

Wir sprechen ständig vom „Schwarzmeerraum“. Die EU definiert diesen Bereich eigentlich sehr weit, das geht bis Griechenland und auch andere Länder, die nicht direkt Küstenanteile haben, quasi nicht direkt ans Meer grenzen. Das geht eben auf der anderen Seite nur über diese Länder bei anderen Definition die direkt ans Schwarze Meer grenzen und es ist die dritte Definition als dass es eine eigene Region in der Türkei ist, die ganz klar als Schwarzmeerregion bezeichnet wird. Wenn Sie aus Ihrer Sicht sprechen, welchen geographischen Bereich definieren Sie als Schwarzmeerregion?

Krauchenberg: „Also ich würde sagen, dass man schon alle Länder rund ums Schwarze Meer zur Schwarzmeerregion zählen soll, weil auch wenn Rumänien und Bulgarien nicht...also wenn die auch direkt ans Schwarze Meer grenzen, dann sind sie aber auch trotzdem bei der EU. Ich kann also nicht sagen die gehören nicht zur Schwarzmeerregion. Auf der anderen Seite ein Land wie Griechenland ist ein typisch südeuropäisches Land, ist eigentlich kein Schwarzmeerland. Das einzige was Griechenland auch hat, es hat eine Entwicklungsbank für den Schwarzmeerraum mit

Sitz in Saloniki. Also insofern ja, aber ich meine in Wien gibt es auch viele Institutionen und wir sind nicht notwendigerweise dann jetzt geographisch gesehen Teil von irgendwelchen Institutionen. Ich würde also Griechenland eher nicht dazu rechnen, denn es ist ein typisches südeuropäisches Land. Türkei selbstverständlich hat ja einen großen Teil der Küste des Schwarzen Meeres und innerhalb der Türkei, dieses ost/west Gefälle, dieser Unterschied zwischen den dynamischen Städten und dem Osten und auf der anderen Seite gibt es auch diesen typischen Schwarzmeerraum der Türkei mit Haselnusssträuchern, mit Teeanbau, also sehr feuchte Gebiete sind das. Wenn man in Richtung irakische und syrische Grenze gehen, dann haben wir Wüste. Also ist aber trotzdem die gleiche Türkei. Ich würde sagen die Türkei als Land gehört natürlich zum Schwarzmeerraum. Bei den zentralasiatischen Ländern könnte man schon bis Aserbaidschan oder zumindestens bis Armenien als Schwarzmeerraum ansehen. Ich würde auch Aserbaidschan dazu nehmen, das dies der Link ist, die Verbindung vom Kaspischen Meer, von diesen Erdöl und Erdgas Liefergebenden in Richtung Europa und das geht ja dann letztlich am Schwarzen Meer vorbei oder durchs Schwarze Meer, wie auch immer und würde daher die drei Südkaukasus Staaten alle drei nehmen. Armenien ist ein Land ohne Meeresanschluss unmittelbarer Nachbar von Georgien und ein bisschen auch vergleichbar in der Geschichte, ich würde das auf alle Fälle mit dazu nehmen und eventuell auch Aserbaidschan und natürlich auch Zentralasien das ist nicht mehr wirklich Schwarzer Meer Raum sondern Kaspischer Raum und das wäre ein bisschen übertrieben. Schwierig ist es mit Russland, wir nehmen an sich nur die Region Grasnodar, das heißt Sotschi und Grasnodar, also was wirklich ans Schwarze Meer grenzt, weil sonst könnten wir ja auch Wladiwostok sagen das ist alles Schwarzmeerraum und das ist etwas absurd. Das Problem ist, dass man im statistischen Bereich nicht wirklich eigene Statistiken für Lieferungen kriegt nur für die Region Grasnodar. Und bei der Ukraine, das ist halt auch ein großes Land. Ich kann nicht sagen ich nehme die Gegend von der Odessa bis zur Grimm und das ist das Schwarze Meer und ob dann Lemberg oder ich weiß nicht wo dann sonst noch Schwarzes Meer ist, das sei dahingestellt, aber es ist ein Anrainer Staat. Die unmittelbaren Anrainerstaaten würde ich grundsätzlich nehmen. Am ehesten bei Russland einschränken weil ich kann wirklich nicht von St. Petersburg bis Wladiwostok sagen das ist Schwarzmeerregion. Das wäre absurd.“

Die Türkei ist jetzt auch ein paar Mal gefallen, wie sehen Sie die Rolle der Türkei? Ist da ein wichtiger, ein sehr wichtiger oder auch nur einer von vielen?

Krauchenberg: „Die Türkei ist ein sehr wesentlicher Anrainer, keine Frage. Geschichtlich waren eigentlich Russland und die Türkei die zwei großen Spieler. Über Jahrhunderte kann man ja sagen und die Türkei hat sich gerade in den letzten Jahren wirtschaftlich gut entwickelt, das muss man auch ohne Zweifel anerkennen. Es ist ein aufstrebendes Land, es ist dynamisch, die Einwohnerzahl steigt und es ist auch ein Land, das wichtige Häfen auch in unmittelbarer Nähe zum Schwarzen Meer hat und nicht zuletzt eben der Bosphorus die Verbindung vom Schwarzen Meer ins Mittelmeer ist. Ohne Türkei geht das gar nicht. Das Schwarze Meer ist eben kein abgeschnittenes Meer sondern über den Bosphorus verbunden und das ist ein ganz ein wesentlicher Punkt. Dann hat die Türkei an der Küste so wie Samson und Rapson haben ja auch einige Häfen. Sie werden vielleicht noch zu wenig genutzt. Es ist schade, wenn man

jetzt Transporte zum Beispiel nach Zentralasien hat oder auch in die Südkaukasus Staaten, dass die nicht unmittelbar über das Schwarze Meer gehen, sondern zum Beispiel über Triest oder von Copa her über die Adria und dann nach Istanbul und am Landweg dann oft die Waren über tausende Kilometer transportiert werden. Man sollte eben das Schwarze Meer auch von der Schiffbarkeit viel besser ausnützen, als das jetzt der Fall ist.“

Ein kleiner Schwenk, die Europäische Union sagt auch wenn sie Partnerschaften mit anderen Ländern pflegt um eben Demokratie zu fördern, Stabilität zu sichern, etc. müssen diese Länder sich auch dazu verpflichten gewisse Werte zu wahren die da sind eben Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Achtung von Menschenrechten, was ja ein ewiges Thema im Zusammenhang mit der Türkei ist, eine ordentliche Staatsführung. In wie weit sehen Sie, dass dem auch tatsächlich Rechnung getragen wird in der Praxis oder sind das eher Lippenbekenntnisse?

Krauchenberg: „Ja, auch da kommt es immer sehr auf die einzelnen Länder an. Wenn man zum Beispiel Erdgas möchte oder Erdöl, wird man nicht so ganz genau auf die Menschenrechte immer achten. Es kommt immer darauf an, was ein Land möchte. Wenn natürlich ein Land wie die Türkei Mitglied der Europäischen Union werden möchte, dann muss es auch die Standards der Europäischen Union in diesem Bereich einführen oder übernehmen und wenn ich aber jetzt ein Land habe wie Aserbaidschan, wird es schwer sein, da besonders viel vorzuschreiben. Ich kann es zwar sicher tun, aber letztlich wird man, das gilt auch für Turkmenistan und andere, die noch weiter östlich sind, wird man das halt nur eingeschränkt durchsetzen können. Aber es bemühen sich Länder auch und insgesamt war in den letzten Jahren die Entwicklungen aus Sicht der Wirtschaftskammer nicht so negativ. Man kann immer vieles kritisieren, aber wenn man jetzt Länder heranzieht, die besonders im Fokus stehen, das reicht faktisch von Weißrussland bis zum Iran wenn man so will, dann sind also Schwarzmeer Staaten da an sich nicht dabei. Also wir haben jetzt nicht die Region wo jeder mit dem Finger hinzeigt und die müssen alles möglich bessern. Aber es ist natürlich noch eine breite Möglichkeit Dinge zu verbessern.“

Sie haben jetzt gerade angesprochen, wenn man Öl will, wenn man Gas will, dann drückt man vielleicht schon mal ein Auge zu, sind das in Wahrheit die wirklichen Faktoren warum man an diesen Regionen interessiert ist? Das ist ja auch das, was immer wieder kolportiert wird, das große Thema ist in Wahrheit die Energie, das Energieinteresse der EU.

Krauchenberg: „Ja das ist sicherlich die Energie. Auch die Chinesen sind ja schon längst Konkurrent dort. Die sind uns einige Schritte voraus, gerade wenn man an das Gas denkt. Aber sind dann auch die Lieferungen und es wäre gut, wenn wir engere Beziehungen eingehen würden als sie jetzt bestehen. Das gilt also jetzt weniger für Rumänien und Bulgarien, da sind wir ja schon ganz intensive. Auch in der Türkei sind wir schon sehr gut unterwegs, aber jetzt Kaukasusstaaten und östlich davon ist sicherlich noch viel Potential und das gilt für Lieferungen, für Kooperationen, man kann auch dort etwas produzieren lassen, vielleicht das ein oder andere was auch von Interesse sein kann. Es gibt Möglichkeiten spezifischer Natur wenn man jetzt ein

Land wie Georgien nimmt, da haben wir von Tourismus bis zur Verarbeitung von landwirtschaftlichen Produkten bis hin zur Wasserkraft sind viele Möglichkeiten wo man auch kooperieren kann. Das gilt auch für Armenien. Also es ist immer gut, wenn man versucht, auch andere Regionen besser in Griff zu bekommen und dafür sind wir auch von unserer Seite aus da.“

Die Schwarzmeerregion an sich haben wir jetzt eh sehr ausführlich vom Interesse an der Region her sehr intensiv behandelt. Wie sehr sehen sie auch die Schwarzmeerregion relevant im Sinne als Schnittstelle zu Zentral- und Ostasiatischen Raum.

Krauchenberg: „Es ist auf jeden Fall eine Schnittstelle zum Zentralasiatischen Raum, das ist überhaupt keine Frage. Im Prinzip geht es auch hin bis zum Ostasiatischen Raum, wenn man auch daran denkt, dass immer wieder Ideen bestehen auch Fernverkehrsstrecken auszubauen bis in Richtung China. Es gibt es das natürlich in Russland schon über die Transsibirische Bahn, aber auch weiter südlich sind immer wieder Überlegungen, dass man da auch vielleicht bessere Anschlüsse schafft. Aber ich würde sagen, realistisch ist, Schwarzes Meer, dieser Raum mit Zentralasien bis hin Kasachstan, Usbekistan und Tadschikistan, Kirgistan und Turkmenistan zu verbinden.“

Letztes Kapitel: Die Rolle Österreichs. Welche Rolle spielt Ihrer Meinung nach Österreich innerhalb der EU beim Ausbau der Beziehungen zur Schwarzmeerregion oder einzelner Länder der Schwarzmeerregion?

Krauchenberg: „Österreich hat gerade in den letzten zwei Jahren zu den Vorreitern gezählt um die Beziehungen zu den Schwarzmeerstaaten zu intensivieren. Die Europäische Union auch mehr in diese Richtung blicken zu lassen. Das haben wir sicher sehr versucht. Zum einen eben auf Grund dieser Gegebenheit Energie oder Pipelines nicht ahm, diese Verbindung zum anderen, weil wir ja schon im Donauraum so aktiv sind und engagiert war das ein logischer Schritt da weiter zu gehen. Österreich hat außerdem die Tradition mehr den Osten/Südosten abzudecken, das kann man von Westeuropäischen Ländern nicht so erwarten und ist sicher eine wertvolle Arbeit die von den österreichischen Institutionen/Behörden geleistet wurde, dass man die Europäische Union mehr auf diese Gegend aufmerksam gemacht hat. Und wir haben ganz gute Karten, denn schließlich und endlich wirkt das noch ein bisschen nach, dass wir als neutraler Staat ja auch nicht so sehr im Fokus waren und auch nicht als gefährlich empfunden werden wenn österreichische Unternehmen in diesen Gegenden investieren ist es nicht gleich eine politische Affäre sondern rein eine wirtschaftliche und persönliche und da tun wir uns ganz sicher auch leichter.“

Sie haben jetzt gerade ein Thema angesprochen, bei dem ich zuvor dachte ich würde diese Frage weglassen, das historische Sigel der Neutralität. Spielt das tatsächlich eine Rolle?

Krauchenberg: „Naja, es ist von der Grundeinstellung her noch immer ein Vorteil. Aber auch nicht in allen Ländern, es ist nicht überall wichtig mehr. Sicher ist es in Ländern wie der Ukraine und Russland noch wichtig, vielleicht auch in den kaukasischen Ländern, in zentralasiatischen Ländern. Bitte in Bulgarien und Rumänien

ist das heute kein Thema mehr, wir sind alle in der gemeinsamen Europäischen Union. Die Türkei ist ein NATO-Staat also da ist das sicher auch kein Asset, aber ich würde sagen in den ehemals kommunistischen Ländern ist das schon noch ein gewisser Vorteil den wir haben.“

Die Kooperation jetzt speziell auch mit den Ländern in der EU wie Rumänien und Bulgarien bezogen auf die Schwarzmeerregion, würde das Österreich helfen um auch mehr Verbündete innerhalb der EU zu haben? Ich nehme da jetzt als Beispiel die Bewerbung von Frau Plassnig als OSCD Generalsekretärin, bei der Österreich ziemlich alleine dagestanden ist nach der Kritik der Türkei. Würde das etwas bringen, wenn man in solchen Ländern aktiv tätig ist, um die auch in solchen Dingen mit ins Boot zu holen? Jetzt nicht nur konkret zu dem Plassnig Thema sondern generell.

Krauchenberg: (Verständnisfrage) „Meinen Sie jetzt die Länder der Europäischen Union?“

In diesem Fall Rumänien und Bulgarien, das dies EU Mitglieder und auch Teil der Schwarzmeerregion sind.

Krauchenberg: „Wir sind ja auch dabei, dass wir gerade auch mit diesen Ländern uns intensiver absprechen und mit ein Ausfluss war ja auch, das Rumänien und Österreich gemeinsam dann diese EU Donauraumstrategie propagiert haben und gerade die Länder in Osteuropa zunehmend feststellen, dass wir also ganz konkret im gleichen Boot sitzen. Oft haben diese Staaten ja auch ähnliche Größenordnungen wie Österreich und man blickt Richtung Österreich, Richtung Wien als ein wesentliches Zentrum dieses Raums. Das wird eigentlich anerkannt. In Westeuropa sind wir ein kleines Land, aber in Richtung Süd-Ost-Europa sind wir ein wichtiger Spieler und das wird eigentlich auch voll anerkannt.“

Sehen Sie da Österreich eher in einer Vermittlerrolle oder gibt's doch mehr eigennützige Interessen? Stehen diese im Vordergrund?

Krauchenberg: „Na es gibt selbstverständlich diese Vermittlerrolle und das natürlich gerade eine Wirtschaftskammer für die Interessen österreichischer Unternehmen tätig ist, das ist ganz klar. Aber es hat zugleich auch den Vorteil, dass man vielleicht insgesamt die Europäische Union näher heranbringt an diesen Raum.“

Welche Unternehmen bzw. Branchen haben ihrer Meinung nach die größte Chance in der Region, in welchen Märkten?

Es sind einmal Unternehmen die Infrastrukturprojekte eben das anbieten und umsetzen. Das geht von Straßenbau, Bahnbau zu Großprojekten denken wir an Sotschi die Winterspiele. Es ist der Bereich von der Energie, angefangen von der Erdöl-Erdgas-Frage bis hin zu Wasserkraftwerken wo wir sehr stark sind zum Beispiel auch in der Türkei. Sowohl Groß- als auch Kleinwasserkraftwerke, auch das ist ein großes Feld wo jetzt Firmen zunehmend aktiv werden. Es ist der riesen Bereich Umwelt. Gerade Österreich ist bekannter Weise Vorreiter in Sachen Umwelt. Also da hätten wir sehr viel zu bieten und das wird auch zunehmend erkannt auch in diesen Ländern, dass das ein wichtiger Faktor ist. Da ist sicher noch sehr viel möglich.

Ansonsten sind wir mit unseren Spezialmaschinen in allen möglichen Bereichen erfolgreich unterwegs. Es gibt auch zum Teil Produktionsauslagerungen in diversen Ländern, die auch letztlich österreichischen Unternehmen zugutekommen, da sie ein Mischangebot erstellen können. Wenn ich jetzt als Unternehmen einen Teil in Österreich und einen Teil in Bulgarien und sonst wo produziere, dann tue ich mir auf dem Weltmarkt leichter als wenn ich 100% in Österreich herstelle. Also da ist sehr viel im Gange und das ist auch das Vorteilhafte bei den Kooperationen das man dann gemeinsame Produktionen ins Leben ruft.“

Sie haben jetzt vorhin den Straßenbau angesprochen, wie ich jetzt in Sofia war, hat man mir auch gesagt, dass das sehr schleppend voran geht. Es wurden in den letzten Jahren...man bräuchte, das habe ich irgendwo nachgelesen, 700 bis 800 Kilometer Autobahn...wahrscheinlich weniger als 100 Kilometer hergestellt, weil zum Beispiel auch in der Verwaltung Ausschreibungen entweder gar nicht stattfinden oder nie rauskommen oder falsch rauskommen. Wie ist das zu sehen?

Krauchenberg: „Die österreichische Seite bietet seit Jahren an, dass wir eben in diesen Ländern eben Bulgarien und Rumänien im Besonderen unsere Expertise zur Verfügung stellen. Es ist allerdings auch, in Rumänien wurde das sehr stark diskutiert, ein Problem der Gesetzgebung in dem zum Beispiel im Rahmen von Ausschreibungsverfahren, diese sehr leicht angefochten werden können und dann wieder neu ausgeschrieben werden und sich das wie ein Kreisel dreht und es geht nicht wirklich viel weiter. Ich glaube, dass sich diese Länder durchaus Staaten anschauen sollten wie Ungarn oder Kroatien wo in aller Kürze also sehr große Autobahnstrecken errichtet wurden. Auch da waren österreichische Firmen im übrigen dabei. Vielleicht findet man Mittel und Wege, dass man doch, vor allen Dingen Wege, dass man schneller den Autobahnbau betreibt, dies gilt im übrigen auch für den Eisenbahnstreckenbau. Die Mittel wären eben da, aber man muss das analysieren und da sind diese beiden Länder jetzt gefragt. Sie merken ja, dass diese Periode 2007 bis 2013 rasch zum Ende neigt und man jetzt noch schauen muss, dass man die Mittel, die an sich da sind auch ausnützt.“

Sie haben jetzt gesagt die Expertise zur Verfügung stellen. Die Expertise seitens der Wirtschaftskammer oder seitens der österreichischen Verwaltung?

Krauchenberg: „Naja, wir haben die Expertise, wir haben Fachleute gerade jetzt auch im Außenwirtschaftszentrum, sowohl von Bukarest aus, die speziell österreichischen Firmen behilflich sind, wie sie die Anträge stellen sollen und wie der ganze Ablauf eben auch funktioniert. Das ist ein ganz eigenes Know-how und ich hatte das Eingangs auch schon gesagt, es ist so umfangreich, dass man alles berücksichtigen muss, dass man die Mittel dann auch bekommt, dass es durchaus Sinn macht sich Konsulenten oder speziellem Fachpersonal zu bedienen und das haben wir seit Anfang gemacht mit unseren Unternehmen, dass wir das angeboten haben. Und das ist glaube ich auch ein Vorteil und mit ein Grund, dass wir investitionsmäßig da so gut unterwegs sind.“

Aber auch die bulgarischen Verwaltung sollte sich beispielsweise von der österreichischen etwas abschauen, oder an der ungarischen oder der kroatischen?

Krauchenberg: „Ja, die könnten sich durchaus was abschauen und innerhalb wäre es auch wahnsinnig wichtig, dass die besser vernetzt sind. Es gibt Ministerien in diesen Ländern, die wissen schon recht gut, wie man das alles abwickeln soll und andere wissen es weniger. Und in aller Regel die nächste Ebene Städte und Gemeinden oder Provinzen sind oft zu wenig noch immer orientiert und das verlangsamt das Ganze. Es bleibt in diesem Punkt auch die EU weiterhin gefragt, dass die da immer draufhinweist und mehr Hilfe gibt vielleicht. Administrative Hilfe ist das, das ist keine Sache von Geld in erster Linie sondern von administrativer Hilfe.“

Es geht um das Thema Schwarzmeerregion, ganz konkret um die Interessen der EU an der Schwarzmeerregion und das Ziel dieser Arbeit ist es eben, festzustellen, wie die EU mit Hilfe ihrer verschiedenen Policies und Aktivitäten es schafft, Kooperationen zu generieren bzw. eben auch unter anderem die Ressourcen wie Erdgas und Erdöl in der Region sicherzustellen für die EU Mitglieder.

Meine erste Frage dazu ist jetzt, wie sehen Sie die Rolle der Europäischen Union als Nachbar in der Schwarzmeerregion speziell unter dem Gesichtspunkt, dass man ja jetzt nicht mehr nur Nachbar ist, sondern ja auch Anrainer, sprich durch Bulgarien und Rumänien?

Gamperl: „Was ist denn die Schwarzmeerregion für Sie per Definition?“

Das ist eine gute Frage, für mich gibt es in diesem Zusammenhang verschiedene Definitionen, die EU fasst die Schwarzmeerregion etwas weiter. Das sind auf der einen Seite die Anrainerstaaten des Schwarzen Meer, geht aber auch in Richtung Drittstaaten wie zum Beispiel auch Griechenland. Alles was so quasi in der Region um das Schwarze Meer herum von Relevanz ist.

Gamperl: „Und Ihre Definition die Sie verwenden?“

Ich nehme die Definition der EU, weil das ja auch der Gesichtspunkt ist, um den es in der Arbeit geht.

Gamperl: „Also das was ums Schwarze Meer herum geht.“

Alles was ums Schwarze Meer herumgeht und jene Länder, die jetzt sozusagen knapp dabei sind, aber möglicherweise keinen direkten Küstenzugang haben.

Gamperl: „Ist das der Balkan auch?“

Nein, der Balkan ist es nicht.

Gamperl: „Also das ist Griechenland, Bulgarien, Rumänien, Ukraine, Russland, Georgien, Türkei!“

Aserbaidshon.

Gamperl: „Aserbaidshon auch, das ist doch schon drüben beim Kaspischen Meer oder?“

Ja, das ist quasi schon weiter, also auch zwischen Schwarzen Meer und Kaspischen Meer.

Gamperl: „Diese Region ist dann Georgien und Aserbaidshon!“

Ja, wie gesagt, es ist jetzt so quasi nicht von großer Relevanz, wichtig ist nur in erster Linie Ihre Sicht, das kann sich auch auf die Türkei allein beschränken, die Frage die ich habe ist: Ist die EU eine relevante Institution, ein relevanter Partner

eben unter dem Gesichtspunkt nicht mehr nur ein Dritter zu sein sondern auch selbst Anrainer zu sein? Durch Bulgarien und Rumänien.

Gamperl: „Und die Frage hat pardon wie gelautet?“

Worin sehen Sie die eigentliche Rolle der Europäischen Union als Nachbar in der Schwarzmeerregion unter dem Gesichtspunkt nicht mehr nur Nachbar sondern auch Anrainer zu sein?

Gamperl: „Die wirtschaftliche und politische Stabilisierung der Region und Anbindung dieser Länder an die westliche Staatengemeinschaft der EU. Eben zur wirtschaftlichen und politischen Stabilisierung und Weiterentwicklung.“

Das ist eine super Überleitung gleich zur nächsten Frage: Für alle Partnerschaften, die die EU so pflegt sind immer drei Punkte die wesentlichsten für die EU. Das ist die Stabilisierung oder die Erzeugung und Festigung von Wohlstand, Stabilität und Sicherheit. Das Problem das bei der Recherche eruiert werden konnte ist, dass es keine eindeutige Definition für diese Begriffe gibt. Was ist Wohlstand? Was ist Stabilität? Was ist Sicherheit?

Erste Frage, wie sehen Sie bzw. wie definieren Sie diese Begriffe für sich und die zweite ist, welche Bedeutung haben ihrer Meinung nach Stabilität, Wohlstand und Sicherheit für die Zusammenarbeit und Kooperation zwischen der EU und vielleicht jetzt im Konkreten mit der Türkei?

Gamperl: „Also Ihr Fokus ist die Türkei?“

Also mein Fokus ist die gesamte Schwarzmeerregion und ich dachte Sie wären verstärkt in der Türkei tätig und deshalb könnten wir auch speziell auf die Türkei eingehen.

Gamperl: „Also wenn es um das geht, ja, also das Thema Stabilität, die Türkei ist sicher einer der großen Wachstumsmärkte auf dieser Welt. Die haben im ersten Quartal diesen Jahres weltweit das größte Wachstum gehabt, noch vor China. Im zweiten Quartal haben sie das zweitgrößte Wachstum gehabt, hinter China. Jetzt flacht das ganze ab durch die Wirtschaftskrise eben, das heißt, das Thema Wohlstandsvermehrung in dem das Bruttoinlandsprodukt, das BIP pro Kopf, herangeführt wird an die schwächeren Länder der EU das ist absolute Doktrin der Regierung. Der türkischen Regierung. Darüber hinaus 2023 ist 100 Jahre Türkische Republik, da wollen sie die 10. größte Volkswirtschaft der Welt sein. Und aus dem heraus ist davon auszugehen, dass von den politischen Rahmenbedingungen her die Türkei alle Anstrengungen unternommen wird um Wirtschaftswachstum hier nachhaltig zu produzieren um damit auch aus dieser Wohlstandsvermehrung auch politische Stabilität ableiten zu können. Was für uns sehr wichtig ist hier im Westen oder in der EU, weil es doch klassischer Brückenkopf ist in die Länder des Mittleren und des Nahen Ostens. Die Türkei ist ja jetzt seit mittlerweile in der dritten Periode von der AKP geführt durch eine traditionell nicht mehr laizistische politische Gruppierung sondern auch eine vielmehr religiös orientierte, die aber auch in Einschätzung der türkischen Experten der Bevölkerung, die wirtschaftsfreundlichste Regierung seit Jahrzehnten ist. Das heißt, dass diese Regierung auch trachtet, politische Stabilität und Kontinuität für sich selbst natürlich, aber auch für die Region zu erzeugen. Womit wir zum dritten

Begriff der Sicherheit kommen. Eine stabile Türkei ist ein wesentliches Element auch für ein stabiles Europa. Es hat immer wieder Militärputsche gegeben in der Türkei. Offensichtlich ist das Militär jetzt doch so weit zurückgedrängt worden, dass auch wenn dem Militär der politische Kurs der Regierung nicht gefällt, die starke Macht des Militärs zurückgedrängt worden ist. Offensichtlich, das sieht man auch am mehr oder weniger freiwilligen Rücktritt der ganzen Militärspitze. Um den Bogen fertig zu spannen, die Türkei als Schnittstelle, als Mittler, als Trägerkopf zwischen Orient und Okzident spielt eine gewaltig wichtige Rolle, auch noch die Einbindung der NATO die ich noch nicht berichtet habe. Das heißt, Österreich und andere EU Staaten können nur daran interessiert sein, auch im Sinne von vertieften Beziehungen mit der Türkei, um mit Direktinvestitionen da auch noch eine Zahl, im Jahr 2010 war Österreich die Nummer eins bei den Direktinvestitionen in der Türkei (hängt auch damit zusammen, dass die OMV praktisch komplett diese Tankstellenkette Petrol Ovisi übernommen hat). Zusammengefasst, die EU muss massives Interesse haben an der positiven Fortentwicklung der Türkei. Österreich im Speziellen auch und es gibt klassisch traditionell gute Beziehungen mit der Türkei mit Österreich, die wir als Unternehmen sozusagen auf dieser Welle agierend investieren wir sehr stark in der Türkei, weil wir langfristig und nachhaltig hier auch eine positive Entwicklung unserer Joint Ventures, die wir in der Türkei haben. So, dass war jetzt eine lange Antwort auf eine kurze Frage.“

So kurz ist die Frage gar nicht, es sind ja drei wesentliche Punkte. Ich habe ja kurz angesprochen, es gibt ja viele Policies in der EU um in der Schwarzmeerregion Kooperationen zu machen. Das eine ist die Europäische Nachbarschaftspolitik, es gibt eine eigene Schwarzmeersynergie...

Gamperl: (unterbricht die Frage) „Schwarzmeer..was?“

Eine Schwarzmeersynergie.

Gamperl: „Von wem?“

Von der Europäischen Union.

Gamperl: „Schwarzmeersynergie heißt das?“

Ja, das heißt Schwarzmeersynergie, ist eine quasi, wie soll ich sagen, eine Dokumentation wie man spezielle Kooperationen, etc. in der Schwarzmeerregion durchführen möchte, hat aber kein eigenes Budget sondern wird über die diversen Aktivitäten der Europäischen Nachbarschaftspolitik und anderen Policies sozusagen finanziert. Aber es ist eine eigene Definition in der Schwarzmeerregion und das ist eben die Schwarzmeersynergie. Genau diese Dokument sind ja Hauptthema in dieser Arbeit, diese zu analysieren um dann auch festzustellen wie kommt die EU da eben auch weiter. Das dritte sind eben die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei. Und bei all diesen Policies verfolgt die EU eben mehrere Themen. Ich habe eben ja schon erwähnt die Begriffe des Wohlstandes, der Stabilität und der Sicherheit. Dann auch noch die Förderung von Menschenrechten, die Bemühungen um die Verbreitung des Wohlstandes und die Unterstützung der Durchsetzung der Rechtsstaatlichkeit und der

Verantwortungsbewussten Regierungsführung. In diesem Zusammenhang kann man dann auch immer das Thema der Korruption auch erwähnen. Die Frage dich ich dazu habe ist: Wie sehen sie die wirtschaftliche, politische und soziale Realität in der Schwarzmeerregion oder wieder ganz konkret gefragt in der Türkei?

Gamperl: „Zur Schwarzmeerregion, das ist sehr differenziert, da kann ich auch differenziert nicht Antworten. Zur Türkei jetzt sagen sie mir nochmal die Dimensionen.“

Wirtschaftliche, politische und soziale Realität in den verschiedenen Dimensionen eben Menschenrechte, Verbreitung von Wohlstand und Stabilität. Wohlstand und Stabilität haben wir eh schon angesprochen, aber vielleicht die beiden Punkte Menschenrechte und die Durchsetzung der Rechtsstaatlichkeit.

Gamperl: „Also in der Beobachtung und Wahrnehmung im täglichen Leben zum Thema Rechtsstaatlichkeit ist kein Thema oder sagen wir das in Frage stellen der Rechtsstaatlichkeit ist kein Thema. Wir haben es hier, in meiner Wahrnehmung mit einem stabilen Rechtssystem zu tun. In der Wahrnehmung für mich auch in einer Trennung der Gewalten, zwischen Exekutive, Legislative und Judikatur. Das Thema Menschenrechte ist eines wo ich nichts dazu sagen kann. Da sind wir alle Zeitungsleser, da sage ich jetzt einmal da habe ich überhaupt keine persönlichen Erfahrungen und Themenstellungen. Auch mit den vielen Diskussionen die ich mit Türken führe ist das nicht wirklich Thema gewesen. Diese Journalistengeschichten hier, da bin ich auch Konsument in den Zeitungen. Zusammengefasst ist das für uns ein doch stabiler „emerging market“, wo wir nur alle daran arbeiten können eine noch stärkere Anbindung an die EU Region herbeizuführen, als das in der Vergangenheit der Fall war. Ich glaube, dass das Menschenpotential und die Geburtenrate unglaublich viele Chancen bieten, auch für die EU. Ich erlebe die Türken als sehr fleißiges und wirtschaftlich orientiertes Volk. Wenn man diese Region besucht, sieht man was für eine Dynamik in dieser Region ist. Istanbul ist eine 18 Millionen Stadt mit Wachstumsplänen auf der europäischen und der türkischen Seite. In meiner Wahrnehmung ist das eine sehr weit entwickelte Zivilgesellschaft westlicher Prägung.“

Wenn wir schon in den Wirtschaftsbereich reinkommen, die EU als Beziehungspartner kann die eigentlich auch österreichische Unternehmen quasi den Einstieg in Märkte der Schwarzmeerregion oder wieder konkret in die Türkei erleichtern und wenn ja wie, oder spielt die EU eigentlich keine wesentliche Rolle?

Gamperl: „Naja, wir sind ja Teil der EU, aber die wesentlichen Initiativen werden von der Wirtschaftskammer gemacht. Also vom Ausland von der Wirtschaftskammer und das ist ja traditionell der Außenhandelsbereich sehr gut organisiert und auch gerade in der Türkei gibt es ja von den Personen oder die Personen betrachtet sehr große Unterstützung für österreichische Unternehmen hier. Jedwede Unterstützung zu bekommen hier stärker Fuß zu fassen. Kann man nicht meckern wie der Deutsche sagt.“

Welche Rolle spielt Korruption im Zusammenhang mit dem Aufbau eines Unternehmens in der Türkei?

Gamperl: „Keine!“ Dazu muss man sagen, dass wir mit der zweitgrößten Familiengruppe in der Türkei in einem 50/50 Joint Venture sind. Das ist dermaßen westlicher Prägung, es gibt fantastisch ausgebildete Manager, die international erfahren sind, in England und Amerika studiert haben. Das ist Business, wie ich es sonst auch überall auf der Welt tun kann. Es ist eine Rationalität und eine wirtschaftlich unternehmerische Attitüde und Prägung wie ich sie aus anderen Märkten in denen wir auch tätig sind genauso kenne. Es gibt keinen Unterschied für mich ob Türkei, Frankreich oder Italien. Korruption kein Thema. Korruption gibt es überall auf der Welt ist nachzulesen, aber es war für uns noch kein Thema.“

Wenn man ein bisschen mehr wieder zur Region, zur Schwarzmeerregion kommt, wie sich auch immer sie für sich diese Region definieren, ist das eigentlich als neuer Markt zu sehen? Gibt es den Schwarzmeermarkt oder die Region als eigenen Markt?

Gamperl: „Das ist mit den Erfahrungen die wir aus, vom Balkan auch haben, das Problem der Region Balkan und das gilt sicher auch für bestimmte Länder in der Schwarzmeerregion, dass ihre Definition ist, dass das zum Teil sehr kleine differenzierte Märkte sind oder Länder sind mit eigenen Rechtssystemen, mit einen Wirtschaftskulturen, wechselnden Regierungen. Da spreche ich jetzt nicht von der Türkei, aber auch eben ein Mangel der Rechtssicherheit und weil die Märkte auch klein sind, zahlen sich solche Vorinvestitionen wie Markterkundung, Qualifikation in solchen Märkten, Aufbau von Relationen schwer aus. Es gibt auch in dem Bereich der Stromwirtschaft Beispiele, dass man schwierige Erfahrungen gemacht hat. Beispiel EVN in Bulgarien bei der Teilprivatisierung von Netzgesellschaften, Stromnetzgesellschaften. Zusammengefasst, natürlich sind das zukünftige Märkte, aber die Länder und die einzelnen Märkte sind so unterschiedlich, dass man die Entscheidung vorab treffen muss, auf welche Länder man sich konzentriert. Der Verbund hat die Entscheidung getroffen in der Region nur Türkei zu machen. Als den größten Markt mit über 70 Millionen Einwohnern und dem stärksten Wirtschaftswachstum der gesamten Region.“

Was sind denn die Vor- bzw. Nachteile im Vergleich zum Beispiel zu Österreich, wenn man dort wirtschaftlich tätig ist?

Gamperl: „Wachstumsmarkt! Wachstumsmarkt! Also in Österreich ist die Anzahl der noch errichtbaren Kraftwerke eine sehr begrenzte, auch wenn in der politischen Sensibilität eine gewaltiges Stichwort die 380kv Leitung ist. In Salzburg ist es schwierig große Infrastrukturvorhaben zu realisieren. Auf der einen Seite jeder will seinen Stecker anstecken können um seinen PC zu betreiben, aber die Hochspannungsleitung in „my backyard“ oder auf Sichtweite und sei es nur der Gaisberg oder was. Oder sonstige Infrastrukturvorhaben sind sehr schwierig in einem „emerging country“ wie es die Türkei ist, wo es eine positive Attitüde der Gesellschaft auf für Infrastrukturausbau gibt, ist ein solches Wachstum ganz anders darstellbar als das in Österreich der Fall ist.“

Und die Nachteile?

Gamperl: „Nachteile. Es ist nicht Euroregion, das heißt ich habe immer ein Währungsrisiko. Wir nennen es FX Exchange Risiko das ich immer drinnen habe. Dann habe ich politisch gesehen andere Unsicherheitsfaktoren als in Österreich. Ich habe eine Fülle anderer Risiken, Investitionsrisiko im Sinne wie nachhaltig ist das Wachstum über Jahrzehnte, wenn Investitionen gerade im Infrastruktur Utility Bereich geht über Jahrzehnte. Das heißt zusammengefasst, ein rationaler Investor würde in der Türkei mit höheren Renditeerwartungen hineingehen, oder nur dann wenn die in der Vorkalkulation auch wirklich darstellbar sind, würde er eine

Investitionsentscheidung auch positiv fällen. In Österreich trifft er eine solche Investitionsentscheidung auch bei geringen Renditeerwartungen.“

Sind für Investitionen in der Türkei auch Fördergelder zu lukrieren, zum Beispiel von der EU oder eigentlich hauptsächlich von der EU?

Gamperl: „Nicht in den Bereichen, in denen wir tätig sind.“

Sie haben ja auch gefragt, wie ich den Bereich der Schwarzmeerregion definiere, wie würden Sie ihn denn definieren?

Gamperl: „Ich habe keine Veranlassung, nicht böse gemeint, die Schwarzmeerregion zu definieren, wenn sie mich fragen, was für mich die naheliegendste Definition wäre, dann sind das die Länder dort.“

Die Anrainerstaaten sozusagen.

Gamperl: „Die Anrainerstaaten dort, ja.“

Und wie groß oder wie relevant ist der Einfluss oder auch die Rolle in der Türkei bei diesen Anrainerstaaten?

Gamperl: „Das ist eine sehr spannende Frage, weil es doch vom politischen, kulturellen Background sehr unterschiedliche Länder sind. Die Länder der ehemaligen Sowjetunion sind anders zu bewerten als es die Türkei ist. Der Einfluss der Türkei in der Region, in der Spange Europa und Mittlerer und Naher Osten ist natürlich ein gewaltiger. Natürlicher Brückenkopf, Nabucco Pipeline Projekt, das wahrscheinlich nicht realisiert werden wird, aber trotzdem als Projekt schon ein sehr interessantes ist. Das heißt, wenn ich an die arabischen Länder denke des Mittleren und Nahen Ostens ist die Türkei der wesentliche Brückenkopf für die EU und Erdan, sage ich jetzt einmal in möglicherweise alter osmanischer Tradition, versucht auch zunehmend Einfluss zu gewinnen in der Arabischen Welt. Was auch ein spannendes Thema ist, weil das osmanische und das arabische sind doch sehr unterschiedliche Kulturen. Die Türkei ist da sehr bestrebt aus dieser Brückenkopffrolle heraus, auch positive Entwicklungsschritte, politisch aber auch wirtschaftlich zu setzen. Also zusammengefasst, Richtung Mittlerer und Naher Osten und arabischer Welt ist die Türkei das wesentliche Land in der Schwarzmeerregion.“

Wir haben es vorher ja schon etwas ausführlicher gehabt, die ganzen Aktivitäten der EU eben die Förderung der Demokratie, die Grundfreiheiten, Wohlstand, Stabilität und Sicherheit, Menschenrechte, etc. in diesen Ländern zu fördern, zu verbessern. Die Frage die ich habe ist: Sind da Aktivitäten Seitens der EU erkennbar? Wenn ja, wodurch? Oder sind es mehr Lippenbekenntnisse oder ist es zum Beispiel in einem Land wie der Türkei gar nicht richtig förderlich, wobei man zum Thema Menschenrechte zumindest immer wieder Kritik hört.

Gamperl: „Also ich kenne die Initiativen der EU im Detail nicht. Ich denke mir auch weil sie vorher das Stichwort gegeben haben der möglichen Integration der Türkei in die EU. Ich denke mir es gibt wesentlichere Erweiterungsgebiete der EU. Da denke ich an Kroatien und dann in weiter Folge Länder am Balkan, dass man diese heranzuführt an die EU und dann in einer sehr starken Assoziation mit der Türkei die wirtschaftliche, politische Anbindung herbeiführt. Ich vergleiche das ein bisschen wie USA und Kanada, es ist eine wesentlich Nordamerikanisch Wirtschaftszone. Diese beiden Länder sind doch zwei Staaten, die miteinander sehr stark verwoben sind, ohne dass es hier zu einer Verschmelzung der politischen Entitäten kommt. Ich sehe auch nicht die Notwendigkeit eines Beitritts der Türkei in die EU, sondern durch starke Assoziationen eine Anbindung der Türkei herbeizuführen und die EU hat jetzt durch das starke Wachstum an Ländern, an Volkswirtschaften in der Vergangenheit durch

diese Disparitäten und die wirtschaftliche sehr unterschiedliche Entwicklung in der EU, intern so viele Probleme, dass eine zusätzliche 70 oder 75 Millionen Volkswirtschaft hier unlösbare Probleme herbeiführen würde. Ich spreche hier für die nächsten 5 Jahre. Das würde die EU überfordern, auch hinsichtlich dessen was es an Mechanismen und Handlungsfähigkeiten für eine Integration hat, die eine Türkei mit sich brächte. Zusammengefasst, ich sehe nicht die Notwendigkeit für eine Integration, eine Vollintegration der Türkei in der EU sondern eine starke Assoziation hier. Die Initiativen die da gesetzt werden sind alle positiv und gut und ich denke mir die Türkei, auch unter der jetzigen Regierung Erduan, geht eher in Richtung Multilateralismus, sagt man statt Unilateralität. Also nicht so stark EU allein sondern EU und Russland, wo es sehr viel Kooperation gibt. Die Arabische Region habe ich dann noch gesagt hat eine traditionell starke Anbindung auch an die Türkei.“

Das heißt aber jetzt auch, dass der EU Beitrittswunsch der Türkei eigentlich seitens der Türkei schon ein bisschen abgehakt ist, wenn ich das richtig verstanden habe!?

Gamperl: „Das ist meine Wahrnehmung. Meine Wahrnehmung, wir haben ja mit der Wirtschaftselite des Landes zu tun, die machen das Business in hervorragenden wirtschaftlichen Umfeld Bedingungen und dazu ist es nicht notwendig eine EU Vollmitgliedschaft zu haben. Das ist nicht notwendig. Eine starke prosperierende Volkswirtschaft mit starken Initiativen in Richtung Wachstum.“

Und warum glauben Sie dann hat die Türkei einen Beitrittsantrag gestellt? Der geht ja einher mit klaren Verhandlungen, die zum Ziel haben müssen Vollmitglied zu werden. Ich hätte als Türkei ja auch andere Kooperationen anstreben können.

Gamperl: „Naja, es ist schon eine gute Option, die ich nicht freiwillige aus der Hand geben möchte und im Zuge der Beitrittsverhandlungen kann es ja auch sein, dass ich mir sehr gute bilaterale Relationen und Abkommen aufbauen kann. Weil wenn ich 100%ig fordere im Sinne Vollmitgliedschaft, kann ich auf dem Weg dorthin auch mit 50 oder 60% Ergebnis an unilateralen Abkommen mit der EU sehr viel erreichen, was mir zusätzliche wirtschaftliche Möglichkeiten eröffnet. Also kann ich rational nachvollziehen, ich sehe es aber nicht als zentrales Thema der EU heute mehr: Beitritt zur EU. Meine Wahrnehmung.“

Darum geht es ja auch in erster Linie, um die eigene Wahrnehmung. Die Schwarzmeerregion ist ja nicht nur als Region selbst interessant, sondern ja auch eben die Türkei als Brücke zum nahen Osten und asiatischen Raum. Die ganze Region rund ums Schwarze Meer dient ja auch der EU und den europäischen Ländern als Tor zum asiatischen Raum und zum Nahen Osten. Wo sehen Sie da die Vor- und Nachteile diesen Weg zu verwenden im Vergleich zu anderen möglichen Wegen. Hier vielleicht noch das Stichwort: Nabucco versus Northstream. Gäbe es da nettere Wege um zum Beispiel Kooperationen mit Russland etc. zu pflegen oder ist das schon ein ganz guter...

Gamperl: (unterbricht die Frage) „Russland würde ich es direkt machen, da brauche ich nicht die Türkei.“

Da brauche ich nicht die Türkei, Russland hat sowieso einen anderen Status, auch für die EU, ist ja nicht Teil der Nachbarschaftspolitik sondern es gibt eine eigene Russlandstrategie. Aber es geht ja immer wieder darum, Wohlstand, Stabilität und Sicherheit zu unterstützen. Ich glaube, dass sind ja auch die Hauptinteressen der EU um speziell Sicherheit und Stabilität zu haben, wenn ich jetzt beispielsweise Energiezufuhr sichern möchte, wenn ich nicht wieder in die Situation kommen möchte wie vor 2 Jahren, wo das Thema Gas ein kurzzeitiges

Thema war. Ist das eine gute Region dafür diesen Weg zu sichern, oder gäbe es da auch andere gute Wege?

Gamperl: „Also für die politische Stabilität Europas ist eine Diversifikation, auch der Rohstoffwege und der Rohstoffquellen eine sehr wichtige. Russland wird alles daran setzen, Nabucco verhindern zu können und ihre monopolistische Struktur aufrecht erhalten zu können. Nachdem die deutschen Energiekonzerne nun durch diese politische Horuk-Entscheidung des Atomausstieges in die Knie gezwungen worden ist. Was ein Wahnsinnsakt der deutschen Regierung war und ich glaube mittelfristig eine Schwächung Europas und Deutschlands auf der wirtschaftlichen Seite herbeiführen wird. Nämlich Kostensteigerung und Reduzierung der wirtschaftlichen Wettbewerbs-fähigkeit, wird die Abhängigkeit von Russland eine größere und es kann schon sein, dass Russland dann diese Karten ausspielen wird und noch stärker Fuß fasst in Europa, als die zentrale Energieträgerquelle. Europa sollte daran interessiert sein, eine Diversifizierung aufrecht zu erhalten zu können und da gehört ja auch Nabucco dazu oder eben auch die wirtschaftliche Anbindung an die Türkei um hier eine Alternative, einen alternativen Weg zu haben oder einen zentralen Weg zu Asien, zum Mittleren und Nahen Osten zu haben. Kann man das...ich meine das war ein Wahnsinns Akt, ich meine ich bin absolut kein Atomkraftbefürworter, aber ich denke mir, gerade die sichersten Atomkraftwerke der Welt stehen in Deutschland und die werden abgeschaltet. Also es ist ein wirtschaftliches Harakiri. Es ist ein Stück weiterer Beitrag der Marginalisierung Europas. Europa ist „declining“ und umso wichtiger ist die Anbindung an Wachstumsregionen und –märkte und das ist in der Schwarzmeerregion dezidiert nur die Türkei. Kein Russland, denn Russland ist „declining“ außer das es Rohstoffreich ist. Rumänien und Bulgarien schwierig. Griechenland schwierig. Georgien klein. Aserbaidshan Rohstoffquelle nichts von Bedeutung.“

Warum ist Russland ein so großer Wachstumsmarkt?

Gamperl: „Ist kein Wachstumsmarkt, Türkei ist ein Wachstumsmarkt.“

Ah, Entschuldigung, ich habe jetzt Russland gesagt, meinte natürlich die Türkei.

Gamperl: „Wegen des massiven Wachstums was ich eh schon gesagt habe. Starkes Bevölkerungswachstum. Der durchschnittliche EU Bürger ist glaube ich 38 oder 40 Jahre alt. Der durchschnittliche Türke ist 28 Jahre alt. Im Durchschnitt ist der Türke 28 Jahre alt und wenn ich mir die Pro Kopf Verbrauchsquoten anschau, wie ich vorher gesagt habe, den Pro Kopf Verbrauch an Strom, Benzin, BIP Pro Kopf, dann ist ein gewaltiges Wachstum drin heraus aus dem Bevölkerungswachstum und natürlich eine Heranführung an die EU.“

Letztes Kapitel, letzter Teil, die Rolle Österreichs in der Schwarzmeerregion. Welche Rolle spielt ihrer Meinung nach Österreich innerhalb der EU beim Aufbau von Beziehungen zur Schwarzmeerregion oder eben einzelnen Ländern in der Schwarzmeerregion wie zum Beispiel eben die Türkei?

Gamperl: „Wichtig ist, dass ein kleines Land wie Österreich sich spezialisiert, mit der doch noch starken Industriebasis die wir haben und die Teil unseres Wohlstandes ist. Abhängig natürlich am Tropic befindlich an Deutschland. Mit dieser starken Industriebasis, kann man sich auf Länder in dieser Region konzentrieren. Das macht auch Sinn, dass man es politisch und wirtschaftlich sehr gebündelt über die Schiene des Außenamtes, die Wirtschaftskammer, über Interessenvertreter, über viele Privatinitiativen die es gibt, eine Bündelung der Aktivitäten stattfindet und sagt, wo können potentiell starke Wachstumsregionen für Österreich sein für Direktinvestitionen und da bietet sich in erster Linie die Türkei an. Also Österreich soll sich spezialisieren. Tut es auch. Muss sich spezialisieren und macht das auch. Das ist der beste Weg.“

Spezialisieren was die Länder betrifft oder...

Gamperl: „Was die Länder betrifft, ja.“

Sollte Österreich versuchen auch innerhalb der EU eine stärkere Position zu kriegen, mehr Verbündete zu haben. Stichwort Plassnig Ablehnung als OECD Generalsekretärin. Speziell jetzt durch die Türkei. Hätte man da jetzt mehr Partner, mehr Verbündete gehabt innerhalb der EU, wäre das dann anders ausgegangen?

Gamperl: „Also ich glaube die Türkei hat sich das sehr früh festgelegt und Veto eingelegt und dann ist es immer die Summe der Kräfte und der Interessen, die dann zu einem Ergebnis führen. Ich würde das Thema einfach abhacken und ja, business as usual weitermachen, dazu sind solche Verbündete da. Immer die Kirche im Dorf lassen, als Österreich ein kleines Land, politisch und wirtschaftlich nicht von all zu großer Bedeutung innerhalb der EU. Aber aus diesem Nischendasein auch die bestmöglichen Vorteile für sich zu suchen. Da sollen die Österreicher pfiffig und geschickt machen.“

Das Beantwortet wahrscheinlich eh auch schon ein bisschen die nächste Frage, ist die Rolle Österreichs eher eine Vermittlerrolle oder hat sie schon starke eigennützige Interessen im Vordergrund bei den einzelnen Aktivitäten.

Gamperl: „Ja ich finde das nett, wenn man politisch auch Vermittlerrolle spielen will, aber da sind wir auch die falschen. Da haben wir nicht die Bedeutung. Seit Kreisky hat es bei uns keinen international anerkannten Staatsmann mehr gegeben, dass er in wesentlichen Themen der Weltpolitik oder der Region hier maßgeblich zu Lösungen führen konnte. Das ist auch ok. Wir sollten das aus Eigennutz machen. Wir sind ein so wunderbares Land mit hohem Wohlstandsniveau und uns auch anstrengen, dass wir uns auch international uns viel stärker zu vernetzen um auch von der einseitigen Abhängigkeit von der Deutschlandkonjunktur wegzukommen. Also da auch wirklich selbst Brückenköpfe aufzubauen in ausgesuchten Ländern.“

Welche Branchen sind da aus ihrer Sicht die bevorteilten oder die die Sinn machen?

Gamperl: „Industrie sage ich als aller erstes und dann Dienstleistungen aller Banken und Versicherungen.“

Im Prinzip aber auch die, die jetzt schon tätig sind wenn man sich das anschaut.

Gamperl: „Das sind halt österreichische Unternehmen wie in der Industrie der Verbund, die OMV, Voith, Siemens mit einer...die Türkeiverantwortung wird aus Siemens Österreich heraus gemacht innerhalb der Siemenswelt. Also da gibt's noch ein paar andere Beispiele auch. Die Vienna Insurance Group ist in der Türkei auch, die Bank Austria ist in der Türkei. Raiffeisen ist mir nicht bewusst. Aber ja, klassische Dienstleister.“

Ist das Thema Neutralität ein relevantes?

Gamperl: „Nein.“

Keines

Gamperl: „Nein. Das hat seine Bedeutung verloren in dieser Welt des 21. Jahrhunderts. Hat keine Qualität mehr.“

Also man arbeitet mit österreichischen Unternehmen nicht lieber zusammen oder unterstützt diese weil wir aus einem neutralen Land kommen. Man könnte auch aus Frankreich oder sonst woher kommen!?

Gamperl: „Die junge Generation fängt mit dem Begriff der Neutralität auch nichts mehr an, weil es auch keine Relevanz mehr hat. Wäre es von Relevanz, dann würde man auch einen öffentlichen Diskurs darüber führen. Also das ist so ein Stück Historie.“

Was schätzt man in der Türkei an österreichischen Unternehmen oder an Österreichern die dort tätig sind?

Gamperl: „Das es sich bei österreichischen Unternehmen um Unternehmen handelt, die auf gleicher Augenhöhe mit den Türken verhandeln versus Franzosen oder Deutsche, die natürlich auf einem hohen Ross sitzen, weil sie größer sind. Ist einfach so. Und die Türkei ein Land unter vielen, vielen ist. Und die Österreicher die sich dafür entschieden haben dort tätig zu werden, haben einen Schwerpunkt dort. Das ist auch in unserem Unternehmen so der Fall. Unser Generaldirektor höchst persönlich, Vorstandsmitglieder, wir aus den operativen Ebenen, wir konzentrieren uns auf einige wenige Länder und sind dort physisch stark präsent. Die Türkei ist ein stark Relations und Beziehungsorientiertes Land wo man viel Zeit auf mit dem Partner verbringen muss und das kann ein österreichisches Unternehmen auch, wenn es sich spezialisiert hat und auf das Land auch wirklich konzentriert. Die Familie, dieses Familienkonglomerat hat sich bewusst den Verbund als Partner ausgesucht, und keinen der großen aller RWE oder EON, weil sie gesagt haben, da hier auf gleicher Augenhöhe mit einer überschaubaren Anzahl an Personen wollen wir langfristige Geschäfte entwickeln. Also das ist eine Chance die Österreich hat und die sollte man auch nutzen.“

Das heißt auch die österreichischen Unternehmen sollten stark daran interessiert sein, österreichisch zu bleiben und nicht sich großen Konzernen anzuschließen!?

Gamperl: „Naja, das will ja eh keiner freiwillig. Wichtig ist, dass Österreich Konzernzentralen hat, aus denen heraus man eben solche bilateralen Kooperationen machen kann und da bietet sich die Türkei ganz stark an.“

Herzlichen Dank für das Gespräch und die Zeit die sie für das Interview aufgewendet haben.

Gamperl: „Was ist denn so die These an der sie arbeiten?“

Sie ist noch nicht fertig formuliert. Die These ist eben, die, dass die EU eben verschiedene Policies und Aktivitäten gestartet hat um eben in der Region in den Ländern Fuß zu fassen. Es war womöglich auch positiv für Rumänien und Bulgarien, Teil dieser Region zu sein, um eben auch Mitglied in der EU zu werden.

Meine These ist, die ich aber so noch nicht ausformuliert habe, dass es in erster Linie um die Sicherstellung von Rohstoffen geht für die Europäische Union. Das eine sind die Wachstumsmärkte, das überlässt man aber glaube ich sehr großen Unternehmen. Das man sagt ok, die Unternehmen die in diesen Ländern tätig werden wollen, wird man in gewisser Weise stützen, aber des große politische Interesse ist die Sicherstellung der Rohstoffe, im speziellen Öl und Gas. Konkret seit dem Problem im Jahr 2007, wo es einen kurzen Gasengpass gegeben hat und man sich da etwas davor fürchtet, dass das wieder passieren könnte.

Gamperl: „Das muss man knallhart machen, die Rohstoffversorgung zu sichern. Das macht China in einer unglaublich imperialistischen Weise haben die schon abgedreht oder nicht...“

Ziel der Arbeit ist es festzustellen, inwiefern die Europäische Union mit verschiedenen Policies die sie da so hat Kooperationen generieren kann um eben auch Ressourcen wie Erdgas, Erdöl eben aus dieser Region zu bekommen oder einfach generell in der Region zu kooperieren und da ist die erste Frage: Worin sehen Sie die eigentliche Rolle der Europäischen Union als Nachbar in der Schwarzmeerregion, speziell unter dem Gesichtspunkt eben nicht mehr nur Nachbar zu sein, sondern durch Rumänien und Bulgarien auch Anrainer zu sein?

Sablattnig: „Also wie sie ja nun jetzt schon gesagt haben, ist die Schwarzmeerregion durch die Erweiterung Richtung Osten viel näher an die Europäische Union herangerückt. Wirtschaftspolitisch hat die Schwarzmeerregion sicher sehr große Bedeutung für die EU. Vor allem wenn man, wie sie angesprochen haben Erdöl und Erdgas angeht. Aber auch darüber hinaus glaube ich, dass die ehemaligen Sowjetstaaten durchaus interessant sind. Sicherheitspolitisch ist es für uns natürlich auch interessant, weil natürlich sehr viel Kriminalität aus der Region kommt. Organisierte Kriminalität bis hin massiv Drogenhandel, Schlepperei aus der Region. Also es kommt sehr viel aus der Region oder auch über die Region. Wenn man jetzt weiterdenkt in Richtung Zentralasien, Afghanistan, das sind natürlich wichtig Herkunftsländer. Bei Afghanistan denkt jeder natürlich in erster Linie an Drogen, aber darüber hinaus ist natürlich Menschenmuggel und damit verbunden mit diesem Menschenmuggel kommt auch sehr viel an zum Beispiel Terroristen, die sich normalerweise als illegale in Richtung Europa bewegen oder schmuggeln lassen und dann eventuell irgendwann mal als Terroristen in Europa auftauchen. Das sind sehr viel an Bedrohungen, die quasi über diese Region kommen oder aus der Region direkt. Vor dem Hintergrund ist es natürlich eine wichtige Region für da Innenministerium.“

Nutzt man da, wie soll ich das formulieren, der Weg und eben auch die Aspekte die Sie angesprochen haben sind mir so weit klar. Macht es einen Unterschied eine z.B. Policy der Europäischen Union zu haben, die da heißt Schwarzmeersynergie und im weitesten Sinne die Europäische Nachbarschaftspolitik für das Innenministerium?

Sablattnig: „Also im Rahmen der ENP arbeiten wir sehr wohl weil es natürlich im Rahmen der ENP verschiedenste Finanzierungsmöglichkeiten gibt von Projekten. Das heißt, es gibt Workshops die man sich finanzieren lassen kann und damit quasi die Arbeit die das Innenministerium sowieso hätte, quasi für Österreich günstiger zu machen indem es sich durch den EU Topf finanziert. Des ist sicher das Hauptargument. Schwarzmeersynergie ist glaube ich generell eher wirtschaftspolitisch gesehen. Man versucht zwar dann auch immer wieder irgendwelche Links zu schlagen zur Sicherheitspolitik, in wie fern das wirklich gelingt und in welchen Bereichen, das wage ich zu bezweifeln.“

Die Schwarzmeersynergie an sich ist ja ohnehin eine quasi zusätzliche Formulierung zur ENP, es gibt da ja auch keine eignen Finanzierungen sondern sie finanziert sich ja aus der ENP.

Sablattniq: „Ja genau, es steht und fällt sowieso alles mit der Finanzierung. Wenn die Kommission für irgend eine Initiative Geld hergibt, dann ist die für uns interessant. Wenn das ein Reispapier ist, in dem drinnen steht, wie wichtig eine Region ist, dann ist es weniger interessant. Dann denkt man es mit und erwähnt sie irgendwo in einer Arbeit, aber wirklich gearbeitet werden kann mit der ENP. Weil im Rahmen der ENP gibt es verschiedenste Finanzierungen angefangen von den kleinen, einwöchigen Workshops...wenn man sagt, ich möchte einen Erfahrungsaustausch mit der Polizei in der Ukraine zu einem konkreten Bereich wie zum Beispiel Einbruchdiebstahl, oder was gibt es denn noch, DNA z.B. oder was auch immer, dann kann die Ukraine anfragen bei Österreich und das läuft dann über die Europäische Kommission über diese EG für Erweiterung und es wird quasi alles von der Europäischen Kommission finanziert, organisiert usw. Das ist sehr praktisch, sonst würden die bilateral an uns herantreten und wir müssten unsere Experten auf eigene Kosten nach Kiev schicken oder die eben hier empfangen. Und so ist es halt, dass zumindest die Reisekosten, Hotelkosten abgedeckt sind und das ist ein großer Vorteil.“

Wie einfach ist es, an diese Gelder zu kommen?

Sablattniq: „Teils geht es sehr einfach, auch sehr unbürokratisch, dadurch, dass es eben so maximal bis zu einwöchige Workshops sind. Das reicht im Normalfall, wenn man so eineinhalb Monate vorher ansucht, das geht schnell. Im Rahmen von ISAC und dann gibt es noch verschiedenste andere Programmlinien, bei denen man mindestens ein Jahr rechnen muss.“

Das heißt, dass sind so konkrete sicherheitspolitische Programme, die also sozusagen für die Länder nutzbar sind!?

Sablattniq: „Tieacs (strategic enlargement) ist glaub ich generell und das dürfte auch für andere Bereiche, nicht nur Sicherheitsbereiche gelten. Aber ich war da selber schon bei solchen Workshops beteiligt, wo zum Beispiel die Russische Föderation eingeladen wurde. Das war damals in Brüssel, da waren mehrere EU Staaten dabei und da gab es einen Austausch über Menschenhandel oder so. Da gibt's verschiedenste Programme wo wir derzeit auch wieder mehrere planen mit Moldau, der Ukraine und so weiter. Es wird von den Ländern sehr gerne angenommen, weil es ihnen nichts kostet und sehr einfach zu organisieren ist und die Experten einen Austausch haben und sich so auch Dienstreisen finanzieren lassen.“

Immer schon so einfach, oder hat sich das erst in der letzten Zeit so verändert. Die Frage ist in diese Richtung, weil sich die Finanzierung der ENP 2008 verändert hat oder 2007 von TacisMed, da hat es ja zwei Finanzierungsprogramme gegeben zum.

Sablattniq: „Ich glaube, diese Tieacs Geschichten waren immer schon ziemlich einfach. Grundsätzlich wird die Finanzierung immer schwieriger als einfacher, weil sie, dadurch, dass sie versuchen natürlich vorzubeugen, dass da Gelder in falsche Kanäle fließen, man wirklich schon so früh anfangen muss. Die Projektvorlaufzeit kann man

wie gesagt fast ein Jahr rechnen von der Idee bis hin zum ich bekomme Geld für ein Projekt mindestens ein Jahr. Und das macht es dann teilweise extrem schwierig, jetzt wirklich Projekte voranzutreiben, wo man sagt, das Projekt brauche ich. Das mache ich nicht nur um ein Projekt zu machen, sondern ich möchte ein Projekt machen und dieses Projekt möchte ich mir fördern lassen. Weil dann einmal ein Jahr zu warten, bis ich mit etwas beginnen kann ist halt relativ schwierig. Das heißt man muss sich dann eben auch so behelfen, dass man sagt man beginnt schon vorher auf eigene Kosten oder es ist sowieso etwas, das längerfristig ist, dann macht es auch nichts, wenn es erst in einem Jahr beginnt.“

Aber so Projekte müssen dann immer wo den Fokus hin zu Kooperation mit Nachbarländern haben!?

Sablattnig: „Da geht's, bei den Projekten, geht's in erster Linie darum, dass man Zusammenarbeit mit Drittstaaten oder auch innerhalb der Europäischen Union gibt es das teilweise auch, mit Rumänien und Bulgarien gibt es nach wie vor solche Programme. Unser Fokus ist generell Westbalkan, sowohl von der gesamten Bundesregierung und insbesondere auch vom Innenministerium. Da sind wir auch am Besten aufgestellt, was zum Beispiel Verbindungsbeamte betrifft usw. Der Westbalkan ist unsere Hauptschwerpunktregion und zunehmend wichtiger wird eben auch die Schwarzmeerregion. Was auch immer man jetzt da verstehen mag darunter konkret, aber einerseits eben die Staaten die jetzt schon in der EU sind, das sind natürlich auch wichtige Partner auch innerhalb der EU...auch im Forum Salzburg, ich weiß nicht ob ihnen das was sagt!?“

Jetzt von der Begrifflichkeit so ein bisschen, aber nicht konkret.

Sablattnig: „Das Forum Salzburg ist eine Sicherheitskooperation, eine Sicherheitspartnerschaft von EU Mitgliedsstaaten Österreich und die östlichen Nachbarn im Endeffekt. Das ist gegründet worden vor mittlerweile 11 Jahren, also im Jahr 2000 und ist eine Initiative, die eine österreichische Initiative ist. Vor dem Hintergrund, damals waren all diese Länder auf dem Weg in die EU und Österreich hat gesagt, wir können und wollen diesen Zug nicht aufhalten, also was wir tun müssen, ist, dass wir diese Staaten unterstützen, dass sie auf EU Standards kommen in Sachen Sicherheit. Das hat man eben versucht, auf strategischer, politischer Ebene als auch auf operativer Ebene. Wo man auch viele Arbeitstreffen dazu gemacht hat und daraus hat sich eben auch dieses Forum Salzburg entwickelt und es ist heute ein sehr gutes politisches Forum innerhalb der Europäischen Union. Das wir auch zunehmend dafür nutzen, um gewisse Policies für Mitteleuropa im Rahmen der EU einzubringen. Wenn es darum geht, Aktivitäten im Sicherheitsbereich, die gerade für Südosteuropa wichtig sind, wo Österreich auch betroffen davon ist, da ist es natürlich einfacher Allianzen zu schließen mit den Slowenen, den Ungarn und den Rumänen als mit den Portugiesen. Die wird das weniger betreffen. Und eben in dieser Region arbeiten wir sehr stark zusammen. Seit ein paar Jahren gibt es auch die Freundesgruppe des Forum Salzburg, das sind die Westbalkanstaaten, das sind die Nicht-EU-Mitglieder, aber da geht es auch darum, hier eben Sicherheitsstandards zu erhöhen in der Region und mit diesen Staaten eng zusammenzuarbeiten. Es ist jetzt grade vor einigen Wochen eine Zusammenarbeit beschlossen worden mit Ungarn und Serbien im Bereich

Schleppereibekämpfung, weil es da ziemliche Probleme gibt an der serbisch-ungarischen Grenze. Wenn Probleme an der serbisch-ungarischen Grenze da sind, ist es früher oder später, meist nur Tage später, dann das Problem in Österreich, weil wenn man einmal in Ungarn ist, dann ist man auch in Österreich durch Schengen. Das heißt, hier geht es einfach darum, das Österreich diese beiden Staaten dabei unterstützt, dass die Außengrenze dicht bleibt und dass eventuelle Netzwerke organisierter Kriminalität zerschlagen werden. Ähnliche gute Zusammenarbeit gibt es auch mit Moldau und noch anderen Staaten. Gerade Moldau ist ein sehr aktiver Partner und nimmt immer wieder bei diesem Forum Salzburg Ministertreffen teil.“

Ich glaub das passt jetzt auch ganz gut. Die Europäische Union hat in Wahrheit einen ganz starken Schwerpunkt nämlich bei der ganzen Kooperation so ENP, den spezifischen Policies wie der Schwarzmeersynergie, nämlich Wohlstand, Stabilität und Sicherheit zu fördern und zu stärken. Und ich kann mir jetzt vorstellen, speziell sicher eh ganz klar, das passt hier ja auch ganz gut rein, aber auch Wohlstand und Stabilität zu fördern könnte ja auch bedeuten, weniger Kriminalität, speziell auch weniger Kriminalität in den anderen Ländern. Gut die Frage ist einmal zum einen, wie würden Sie für sich die Begriffe definieren Wohlstand, Stabilität und Sicherheit. Weil das auch ein ganz wichtiger Punkt ist in der Arbeit, da diese Begriffsdefinitionen nicht ganz eindeutig sind. Und die zweite Frage wäre, welche Bedeutung haben diese Begriffe, diese Werte in der Zusammenarbeit?

Sablattinig: „Das ganze hängt natürlich sehr eng zusammen und was man auch z.B. bei Afrika sehr stark sieht und in Osteuropa ist es ähnlich, wenn man den Menschen zu Hause Perspektiven bietet, dann kommen die auch nicht nach Österreich. Das heißt, wenn man vor Ort in Moldau, aber auch in jedem anderen Staat, Strukturen schafft, dass die Leute sich selbst verwirklichen können, das gilt bei Rechtsstaatlichkeit, dass man weiß, dass man jetzt nicht irgendjemandem ausgeliefert ist. Das geht dahin, dass man Schule, dass es Ausbildungsmöglichkeiten hat, dass man Arbeitsmöglichkeiten hat usw. das sind natürlich mal, dass man diese Grundbedürfnisse befriedigen kann und dann besteht auch viel seltener der Wunsch zu Emigrieren und vor allem viel seltener das Bedürfnis und die Notwendigkeit zu Emigrieren. Wenn man sich Moldau anschaut, da gibt es sehr viele Arbeitsmigranten und vor allem die Frauen, die bei uns in der Prostitution arbeiten oder irgendwo in Westeuropäischen Staaten in der Prostitution arbeiten. Die machen das natürlich, weil sie zu Hause Kinder haben, oder auch Eltern, die sie versorgen müssen. Das heißt, man kann hier natürlich sehr gezielt ansetzen, Moldau ist da ein sehr gutes Beispiel. Da hat zum Beispiel das Sozialministerium einen Sozial Attaché vor Ort. Wir haben einen polizeilichen Verbindungsbeamten und das Sozialministerium versucht da auch aktiv mitzuarbeiten und zu helfen in diversen Projekten gemeinsam mit der ADA, dass man hier das Land in gewisser Weise unterstützt. Mir fällt selber immer wieder auf bei Reisen in solche Staaten, ob das jetzt Westbalkan ist oder der Osten, wenn man, und ich glaube da darf man uns jetzt nicht ausnehmen...wenn es uns so gehen würde, dass man für Ausbildung an der Uni eh nur dann bei der Prüfung durchkommen, wenn man einen Professor schmiert, das minimiert natürlich auch die Qualität dessen. Irgendwann muss man dann auch sagen, gut, das bringt eh alles nichts. Weil entweder, wenn ich das

Geld nicht habe, dann kann ich es nicht zahlen und kriege ich keinen Abschluss und wenn ich einen Abschluss haben, fange ich damit nichts an, weil eh jeder weiß, dass ich den eh nur erkaufte habe. Das sind so kleine Beispiele wo man sagt, da geht's wirklich darum, die Zivilgesellschaft zu stärken. Man kann auch sehr oft diesen Leuten gar nicht den Vorwurf machen, dass die jetzt sehr korrupt sind, wenn man in einem Land arbeitet, in dem der Polizist 100 Euro verdient und der hat 4 Kinder zu Hause die er versorgen muss. Irgendwie muss er schauen, wie er über die Runden kommt. Und das ist je weiter man Richtung Osten geht, desto größer ist das Problem. Ich war jetzt vor einem halben Jahr in Tadschikistan, also in Zentralasien und da ist es mir dann selber passiert, dass ein Polizist zu mir auf der Straße hergekommen ist und mich um meinen Reisepass gefragt hat und in Österreich würde man jedem Polizisten normalerweise ein Ausweisdokument zeigen. Ich war da aber schon vorgewarnt, ich habe es nicht gemacht und gesagt ich hätte den Reisepass nicht da, der ist im Hotel. Der ist dann eh weggegangen. Aber was die normalerweise tun ist, dass sie Touristen die irgendwo rumgehen auf der Straße einfach abpassen auf der Straße und schauen, ok, da kriege ich ein Reisedokument und gebe es dem erst dann wieder zurück, wenn der mit 5 Dollar gegeben hat. Das ist dort aber auch so, dass der Polizist 30 bis 40 Dollar im Monat verdient und der muss einfach schauen, wie er irgendwie über die Runden kommt. Das heißt, wenn die staatlichen Strukturen vollkommen versagen, das ist jetzt in der Schwarzmeerregion nicht mehr der Fall muss man auch dazusagen, also da muss man noch einmal unterscheiden jetzt zwischen wirklichen Entwicklungsländern wie sie teilweise in Zentralasien vorhanden sind und Ländern in der Schwarzmeerregion. Aber auch in der Schwarzmeerregion gibt es teilweise noch Staaten, wo man sagt, da ist die Korruption auf unterster Ebene oder auf höherer Ebene extrem groß. Die Ukraine ist da sicherlich auch ein gutes Beispiel dafür, dass da vor allem die strukturelle Korruption ein gewaltiges Problem ist. Wobei ich jetzt einmal wage zu behaupten, dass es in den Staaten so ist, wie eben vorher erwähnt, der Polizist auf der Straße herumgeht und die Leute dann um Dollar angeht. Das ist dort nicht mehr in solch einer Form ausgeprägt. Aber wenn man zum Beispiel gewisse Behördenwege so will, dass sie ablaufen, wie sie ablaufen sollten, dann muss man da natürlich irgendetwas hinlegen. Das frustriert.“

Jetzt haben sie es wunderbar beschrieben wie wichtig es ist, den Menschen Perspektiven zu geben und Stabilität zu geben. Wie sehen sie die politische bzw. auch sicherheitstechnische soziale Realität in diesen Ländern? Ist das schon wirklich, passiert das so wie man es sich vorstellt von außen betrachtet oder sie reisen ja auch viel in diese Länder, stellt man da Veränderungen fest oder ist es eher...?

Sablattnig: „Ja ich glaube was sicher ein großer Unterschied ist, je weiter westlich man kommt, desto eher sieht man, dass die Leute schon wissen, was Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sein kann. Ja auch wenn sie es selber noch nicht 100%ig haben, aber sie sind eher offen, sie getrauen sich selber zu denken und da ist ich habe das jetzt sehr gut gesehen, weil ich war letztes Monat in Pristina und wenn ich das zum Beispiel mit Zentralasien vergleiche, dann ist das hundert und eins. Da merkt man dann auch, der Kosovo ist in Europa. Die Leute dort haben jetzt auch nicht unbedingt viel, aber die waren schon mal in Europa. Die wissen wie man arbeitet, die wissen,

dass man nicht für alles sanktioniert wird wenn man was macht. In Zentralasien ist es teilweise noch so, dass man genau das macht, wofür man den Auftrag hat und keinen Schritt mehr, weil jeder Strich mehr kann fatal sein. Das ist ein typisches Sowjetdenken und das haben die Zentralasiaten noch. Die Schwarzmeerstaaten sicher nicht mehr in diesem Ausmaß. Aber es ist auch in den Schwarzmeerstaaten noch extrem hierarchisch, wenn ich da an die Ukraine denke, der Verkehrspolizist regelt den Verkehr und wenn einer niedergefahren wird auf der Straße, dann geht es ihn nichts mehr an und das ist genau, es gibt für jeden eine Zuständigkeit und diese Zuständigkeit wird nicht überschritten und da fährt der Zug drüber. Dieses Denken ist noch sehr stark drinnen. Gerade wenn man auch an die Ukraine denkt, Moldau ist da vielleicht, ja, es ist ähnlich, aber vielleicht dadurch, dass das Land so klein ist, ist das dadurch etwas dynamischer und vielleicht nicht ganz so schlimm, aber sicher auch, die Russen sind extreme Bürokraten, da passiert nichts, wenn nicht der Oberste das abgesegnet hat und das erlahmt auch jede Administration. Wenn der Chef auf Urlaub ist zwei Wochen, bewegt sich in diesen Apparaten nichts, denn dann kann niemand diesen Zettel unterschreiben.“

Das gilt sozusagen auch für Behörden!?

Sablattnig: „Ja natürlich, das ist, weil natürlich jeder, das Misstrauen untereinander ist extrem groß, wenn ich irgendetwas aus der Hand gebe, dann bin ich selber womöglich morgen nicht mehr da. Man sagt in Zentralasien immer als Scherz, wobei der Scherz wird irgendwo herkommen, dass die Minister teilweise sich nicht getrauen außer Landes zu reisen, weil wenn sie weg sind könnte ja jemand anderer auf ihren Sessel gesetzt werden. Das ist noch wirklich so, das funktioniert in diesen Ländern teilweise so. Und ahm, ich glaube diese ENP Staaten haben durch diese ENP Perspektive die sie haben auch die Möglichkeit, und die nutzen sie auch, ein bisschen, dass sie sich öffnen. Auch wenn das alles zusammen nicht unbedingt lupenreine Demokratien sind, auch wenn man es in der Ukraine sieht jetzt wieder durch die letzten Aktionen. Aber die haben zumindest die Möglichkeit sich teilweise Sachen von der EU abzuschauen und das nutzen sie auch und das ist ja auch ein Prozess, der ist sicher nicht in 5 Jahren abgeschlossen aber in den nächsten 20 Jahren wird das Schritt für Schritt weitergehen und die werden sehen, wie es besser geht, wie es einfacher geht vielleicht und die werden sich in eine Richtung entwickeln.“

Werden sich so Veränderungen stärker durch die politische Führung ergeben, oder vielleicht auch aus dem Volke heraus. Ich zieh die Frage jetzt nämlich, wenn man sich die Entwicklungen in Afrika in den letzten Monaten anschaut, ist da ja auch viel aus dem Volk heraus passiert. Unmut etc. Werden da, wenn man sich jetzt die ENP Staaten anschaut, Schwarzmeerregion. Könnten Sie sich vorstellen, da auch solche „Unruhen“ passieren?

Sablattnig: „Naja, es war ja auch schon so. Wenn man sich da jetzt die Ukraine anschaut, es hat ja mit einer Revolution begonnen. Es ist immer das Volk. Die, die oben sitzen und denen es eh gut geht, die werden daran nichts ändern. Wenn ich heute Präsident in Aserbaidschan bin, dann habe ich Leute um mich, die mir sagen ich bin der Beste (lacht). Ich werde selber nicht auf die Idee kommen, dass ich meine Macht bestreite. Das muss vom Volk kommen und es ist natürlich bei diesen Staaten

immer die Frage, wie schaut die Verteilungsgerechtigkeit aus, ja, Gaddafi hat es übertrieben bis zu einem gewissen Grad, aber ich glaub, das war in Libyen, war es überhaupt nicht vorhersehbar. In Libyen war, ich war selber heuer noch kurz davor unten, und mit allen, mit denen ich gesprochen habe, da war gerade die Revolution in Tunesien hat schon begonnen, und alle haben gesagt, nein, nein, in Libyen wird nichts passieren. Das war in der Woche, wo es am Freitag dann die ersten Schüsse gegeben hat und am Mittwoch hat es immer noch geheißt, nein, in Libyen die sind alle zufrieden mit Gaddafi, die stehen hinter ihrem Führer, die wollen Stabilität, das bringt ihnen Gaddafi und Gaddafi hat dazu beigetragen, dass es einen gewissen Wohlstand im Land gibt, da tut sich gar nichts. Drei Tage später war es dann nicht mehr so. Man sieht wie schnell das geht. Das ist natürlich auch ein gewisses Signal gewesen für Syrien. Das ist ein Signal aber auch an Aserbaidshan, an Turkmenistan an diese ganzen starren Länder in Zentralasien auch, dass die sehen, hoppla, es kann sehr schnell umschlagen. Selbst die Chinesen sind jetzt vorsichtiger geworden und versuchen jetzt das Ganze noch mehr zu unterdrücken und das ist halt, ich glaube gerade Aserbaidshan ist so ein Land. Weil da geht's, das ist eine sehr boomende Wirtschaft, denen die im System drinnen sind, denen geht es sehr gut, weil die haben Erdöl, die haben Geld, dass sie zur Verfügung haben. Nur es gibt auch durchaus Leute die da nicht drinnen sind und die Frage ist, wie groß ist die Gruppe und wenn die Gruppe größer wird, dann wird es irgendwann einmal Aufstände geben. Und ich glaub das ist vielleicht eben bei so größeren Staaten wo die Leute auch noch eher dort bleiben. Aseres zum Beispiel wandern jetzt nicht so viele aus. Also die sind eher im Land, als zumindest jetzt in Österreich kann man jetzt nicht sagen, dass wir eine besonders große Gruppe haben an Aseres. Aber das heißt, die bleiben eher dort und das kann natürlich irgendwann einmal sein, dass die dann sagen, so das ist jetzt zu viel und das es irgendwelche Streiks gibt oder so. In Moldau glaube ich wäre es aus dem Grund nicht möglich, da gibt's zwar auch vielleicht Streiks, aber das ist eine gewisse, da funktioniert die Demokratie zu einem gewissen Grad. Es gibt eh immer wieder Wahlen, es gibt Regierungskrisen und damit verfestigt sich eh nix. Ah und die Jungen, die dort keine Perspektive sehen, schauen eh, dass sie dann irgendwann die rumänische Staatsbürgerschaft bekommen und in die EU kommen. Die wandern eh alle aus und bei der Ukraine ist es glaube ich auch so, dass einfach viele junge Leute weg gehen, schauen, dass sie wegkommen. Aber und da gibt es auch, eben da gibt's, wenn es schon Demonstrationen gibt und Streiks, dann ist es ja schon ein Zeichen, dass es möglich ist, weil in Moskau wäre so eine Demonstration wie sie in Kiew zum Teil stattgefunden hat, in kürzester Zeit aufgelöst worden.“

Zur Schwarzmeerregion selbst: Wie würden sie für sich die Schwarzmeerregion definieren, da gibt es recht unterschiedliche Definitionen, von ausschließlich Anrainerstaaten bis inkl. Griechenland usw.?

Sablattinig: Je nachdem wie man es gerade braucht, wie man es in welchen Zusammenhang man es definiert, wenn ich jetzt einmal Sicherheitspolitisch..., es ist sicher einerseits ist es überhaupt eine bisschen komische Konstellation, weil wenn ich Sicherheitspolitisch wenn ich jetzt über Rumänien und Bulgarien spreche dann habe ich ganz andere Möglichkeiten der Kooperation als jetzt z.B. mit Georgien. D.h. das ist sicher..., ich würde eher fast den Strich da ziehen wo quasi die EU Außengrenze ist

das man sagt, das eine ist die Kooperation mit Griechenland mit Rumänien, mit Bulgarien und das andere ist dann die Zusammenarbeit mit Russland, Ukraine, Moldau, Kaukasus. Die Türkei ist wieder ein eigenes Kapitel ähnlich wie die Westbalkanstaaten.

Das wäre schon meine nächste Frage. Die Rolle der Türkei in der Region.

Sablattnig: Besonders wichtig, extrem wichtig vor allem jetzt vor dem Hintergrund, dass sich die Türken in den letzten Jahren versucht haben zu hoch zu profilieren in der Region also ein bisschen weg von der EU sehr gute Kontakte in den Nahen Osten aufgebaut usw. und da gibt es jetzt diesen Konflikt mit Israel vor dem Hintergrund ist die Türkei wichtig. Die Türkei ist sicher eines unserer Hauptländer wo wir illegale Migration, wo wir Drogen usw. durchbekommen. Wenn die Türken die Grenzen dicht machen, haben wir die Probleme nicht. Das sind alles so Sachen daher ist es auch wichtig das man mit denen zusammen arbeitet. Und das wissen die Türken auch und diese Rolle benutzen sie auch. Wenn man sich jetzt rein geographisch anschaut die Türkei ist zwischen Asien und Europa, sehr viel was aus Afrika kommt könnte hier gehen usw. das Problem Griechenland ist nicht nur ein Problem Griechenlands, sondern es ist auch ein Problem Türkei, weil natürlich Griechenland ist eine Verlängerung hier und hat als erstes EU Land oder als erstes Dublin Land also das erste Schengen Land das Problem das dort dann die Asylwerber aufschlagen und dann einmal dort sind.

So eine Art Lampedusa-Syndrom? Kann man das so sehen?

Ja natürlich, Griechenland ist an der Grenze, der erste Hafen.

Wir haben es schon vorher besprochen, die Gelder die wichtig sind, welche Institutionen oder Organisationen sind auch speziell für das Innenministerium relevant, sind es ausschließlich die Kommission oder an wem wendet man sich und mit wem arbeitet man zusammen?

Sablattnig: Man muss unterscheiden, ob es eine strategische Kooperation ist, oder eine operative.

Strategisch ist für uns einerseits wichtig was die Europäische Union als Ganzes macht, da bringen wir uns auch ein in Rahmen von diverse Arbeitsgruppen usw. In Bezug auf die Außenbeziehungen gibt es auch eine enge Beziehung mit dem Außenministerium, dann gibt es diverse internationale Organisationen die in der Region aktiv sind, die OSZE z.B. ist sicher ein wichtiger Partner. Es gibt diverse regionale Koordinationsforen der Nachfolger von Stability Pack z.B., das Regional Cooperation Council (RCC) glaube ich heißt das, das beschäftigt sich jetzt mehr mit Südosteuropa und dem Westbalkan, aber Südosteuropa beinhaltet halt auch andere, es geht glaub ich bis Moldau was ich weiß. Dann gibt es z.B. das SECI Center in Bukarest, das jetzt SELEC Center heißt übrigens. Das ist eher operativ, das ist so eine Mini-Europol für Südosteuropa, wo es wirklich um operativen Austausch geht. Das Innenministerium selbst hat einen Verbindungsbeamten in der Region, eben diese Polizei Attachés, die ich schon erwähnt habe. Da haben wir derzeit am Westbalkan überall einen, also in jedem Land. bzw. Serbien und Montenegro ist zusammen, als da gibt es einen, der für beide Staaten zuständig ist. Wir haben einen in Moldau, einen in der Ukraine, wir

haben Rumänien und Bulgarien abgedeckt, mit jeweils einen, wir haben Moskau abgedeckt. Türkei, Georgien, also die ganze Schwarzmeerregion eigentlich. Georgien betreut auch Aserbaidschan mit. Das einzige Land, das jetzt nicht betreut ist in der Region, ist Armenien, weil es auch sehr wenig gibt, was uns betrifft. Und..., was haben wir noch..., in Griechenland haben wir einen Verbindungsbeamten..., Belarus haben wir nicht. Weil hier auch die Zusammenarbeit minimal ist und wenn dann auch eher technisch, wenn man also im polizeilichen Bereich etwas braucht. Sonst haben wir eigentlich die gesamte Region mit Verbindungsbeamten abgedeckt. Und das sind natürlich auch unsere Hauptansprechpartner, wenn man jetzt im strategischen Bereich eine Kooperation aufbauen will. Das sind Attachés, also Polizisten, die quasi an den jeweiligen österreichischen Botschaften dort akkreditiert sind, ihren Dienst tun und für das Innenministerium exklusiv arbeiten. Und decken von Asyl, Migration bis hin zu Kriminalitätsbekämpfung alle Themen ab, die das Innenministerium betrifft.

Aber deren Aufgabe ist es eher Kontakte zu pflegen, oder auch operative Tätigkeiten?

Sablattnig: Sie sind keine Ermittler vor Ort, also das dürfen Sie nicht. Aber sie sind im Endeffekt..., also sie haben Diplomatenstatus und sind dazu da, die Fachabteilungen zusammen zu bringen. Wenn das Bundeskriminalamt jetzt ein Problem hat oder eine Amtshandlung hat, und es ist zum Beispiel etwas, was besonders schnell zu erledigen ist, oder besonders dringend, oder besonders wichtig ist, also in einem größeren Umfang, dann würde man sagen, „so etwas mache ich jetzt nicht über Interpol“, weil die Interpol-Schiene dauert über ein Monat. Sondern man macht es über den Verbindungsbeamten, denn dann hat man in ein paar Stunden eine Antwort. Weil der ruft direkt dort bei der Fachabteilung an und sagt, wer haben mit dem und dem ein Problem, könnt ihr uns da weiterhelfen. Und er ist so das Bindeglied dazwischen und verbindet so die Fachbereiche, es geht aber hin bis zu einem Ministerbesuch zum Beispiel, der vorzubereiten ist und der Verbindungsbeamte ist derjenige vor Ort, der die Termine klar macht und der schaut, über welche Themen soll gesprochen werden und so weiter. Er ist halt ein Generalist, der für alles zuständig ist.

Inwiefern profitieren diese Länder an einer Kooperation oder an einer Zusammenarbeit mit Österreich, bzw. mit dem BM.I?

Sablattnig: Wir haben relativ viele Projekte vor allem in der Vergangenheit zum Beispiel auch mit dem Westbalkan gehabt, aber auch zunehmend mit den Ländern der Schwarzmeerregion. Rumänien, Bulgarien sehr viel, wo wir natürlich einen gewaltigen Knowledge Transfer in diese Länder hatten. Bei Rumänien was zum Beispiel so, dass wir maßgeblich mitgeholfen haben, eine DNA Datenbank dort aufzubauen, und das gesamte DANN-System in Rumänien aufzubauen. Das heißt, da sind dann unsere Experten vor Ort und unterstützen die und zeigen Ihnen, wie die Sachen funktionieren. Auch welche technischen Lösungen wir zum Beispiel haben, weil da gibt es auch verschiedenste Anbieter, und die Preise variieren auch dementsprechend. Und das man da nicht einfach irgendetwas kauft, nur weil es das teuerste ist, oder billigste, dass man zirka weiß, diese Lösung kann das und das. Weil es ist nicht schlecht, wenn man sich international auch austauscht. Das machen wir auch. Also wir schauen auch, wie andere EU-Staaten aufgebaut sind und mit welchen Systemen die arbeiten.

Also die profitieren zum Beispiel von dem KnowHow, weil wir das z.B. schon gemacht haben, wir diese Datenbanken schon haben... das ist das Eine, und wir profitieren, dass die diese technischen Möglichkeiten haben und man im Anlassfall darauf zurückgreifen kann?

Sablattnig: Genau. Man kann dann auch Daten austauschen. Das ist gerade im DNA-Bereich natürlich..., da machen wir das auch zu einem Selbstzweck, nämlich dass es so ist, dass wir danach..., dass die Rumänen eine funktionierende DNA-Datenbank haben. Wenn wir jetzt irgendwelche DNA-Spuren finden an einem Tatort und vermuten, dass da vielleicht eine Rumänische Täterbande dahinter steckt, dann kann man das mit Rumänien abgleichen und die Rumänen haben dann eine Datenbank. Davor war das nicht möglich. Und umgekehrt: Ich glaube Polizeikooperation oder -Ausbildung muss man immer so sehen, wir helfen denen besser zu werden, damit wir weniger Arbeit haben. Das ist immer das Ziel. Das Ziel ist es die Polizei vor Ort soweit zu bringen, dass die die Kriminellen dort fassen und wir sie nicht in Österreich haben.

Also mit dem Selbstzweck....

Sablattnig: Natürlich, genau. Mit dem Selbstzweck, das geht hin auch zu verschiedensten Kooperationen im..., es gab z.B. vor vier, fünf Jahren ein ziemliches Problem mit Bettelkindern in Österreich. Das waren vor allem bulgarische Bettelkinder, die man dann auf der Mariahilfer Straße und Co. gesehen hat, und die waren teilweise zum Betteln hier und teilweise zum Stehlen. Das war natürlich schwerst organisiert das Ganze, und binnen einem Jahr ist da die Zahl extrem in die Höhe geschneilt. Und dann hat man natürlich sofort versucht, mit der bulgarischen Polizei zusammen zu arbeiten. Hat bulgarische Ermittler in Wien gehabt, hat die eingeladen, die waren längere Zeit im Bundeskriminalamt und haben da ganz normal mitgearbeitet, waren bei den Einvernahmen mit dabei, in dem Fall kommt noch dazu, dass es Kinder sind, teilweise unter 14 Jahren, man kann die jetzt nicht Einvernehmen, sondern man kann aber mal zumindest mit denen reden und schauen, woher kommen die. Und braucht nur irgendwas sagen und hören, welche Sprache die sprechen und welchen Dialekt die haben, kann man sehr oft schon zurück verfolgen, der kommt aus dem und dem Dorf oder aus der Gegend. Und im Endeffekt ist dann relativ schnell rausgekommen, wenn man Muttersprache dabei hat, die kommen alle aus ein, zwei Dörfern, irgendwo in Bulgarien. Und damit hat man dann schon sehr viel gewonnen, da kann man natürlich den bulgarischen Kollegen vor Ort sagen, wo sitzen die, wo sind die Täter.

Und man profitiert als Österreich auch quasi umgekehrt, also ein umgekehrter Knowhow Transfer, nämlich ein Phänomen wie Bettelkinder, das wir bis zu diesem Zeitpunkt nicht gekannt haben und die aber wissen, wie man mit so etwas umgeht?

Sablattnig: Es hilft einerseits uns, weil wir hier natürlich dem Problem Herr werden, weil auch die organisierte Kriminalität sieht, ok die Österreicher tun jetzt was mit den Bulgaren, wir brauchen nicht mehr nach Österreich gehen, d.h. jetzt nicht unbedingt das die jetzt nicht nach Tschechien gehen oder Deutschland, ja das kann durchaus sein. In den meisten Fällen, oder sehr oft ist es leider nur ein Verdrängungseffekt. Wenn sie da nicht mehr erfolgreich sind gehen sie in ein anderes EU-Land. Aber

deswegen ist es auch wichtig das einfach mehrere EU-Staaten, das passiert dann auch sehr oft mit mehrere Staaten das man das einfach macht und wenn man sieht da hoppla gibt es ein Phänomen oder auch das Phänomen Einbrüche usw. wird dann natürlich verstärkt mit diesen Staaten zusammen gearbeitet. Wo man vermutet, dass die Banden vor dort oder dort herkommen. Und natürlich ist es dann auch so das es diesen Staaten auch hilft, weil die in gewisser weise dazu gezwungen sind „Knowhow“ aufzubauen in den Bereichen, weil was mach ich mit dem Kind, ..jetzt hab ich da ein paar Kinder und Jugendliche auch die kommen zurück nach Bulgarien und was passiert mit denen? Da waren wir z.B. auch dahinter das wir, da gibt es eine sehr gute Kooperation zwischen der Stadt Wien der Drehscheibe, das ist ein Zentrum für unbegleitete Minderjährige und Bulgarien und Rumänien das die dort auch solche Zentren aufgebaut haben. Die Jugendwohlfahrt muss sicher gehen wenn es ein Kind irgendwo hinschickt, dass das Kind dort auch betreut wird. Die können es nicht einfach irgendwohin schicken. D.h. man hat gemeinsam mit den Bulgaren und mit den Rumänen solche Zentren aufgebaut und die garantieren uns jetzt das die Kinder dort richtig versorgt werden das sie etwas zu Essen kriegen und eine Ausbildung kriegen usw. Und dieses Zentrum kümmert sich dann auch darum zu schauen gibt es da noch Eltern und vor allem kann man den Eltern trauen. Sehr oft ist es so das die Eltern die Kinder verkauft haben oder vermietet haben in diesen Fällen, aber das können wir nicht von Österreich aus da brauchen wir vor Ort Partner die die gesetzlichen Rahmenbedingungen kennen in den Ländern kennen und die sozialen Gegebenheiten kennen.

Und auch ein Mandat haben?

Sablattniq: Und natürlich auch ein Mandat haben die müssen sozusagen mit der Jugendwohlfahrt zusammen arbeiten und das hilft beiden Seiten, weil dadurch werden die Staaten auch dazu

animiert, gezwungen wie auch immer man es auch nennen will das die was tun in diesen Ländern und das sie dann mehr Energie rein investieren.

Spannend! Ich merke gerade ein bisschen, dass die Rolle da eine weit intensivere ist als beispielsweise in der Wirtschaft. Ich habe meine bisherigen Interviews eher im Bereich Wirtschaft geführt und da gibt es auch Aktivitäten aber eher seitens der Wirtschaftskammer, aber große Profitierer gibt es durch eine ENP nicht? Es gibt viele Unternehmen in den Ländern mittlerweile Fuß gefasst haben, die profitieren jedoch aufgrund der wirtschaftlichen Lage, aber Gelder sind nicht großartig zu lukrieren. Aber da merke ich jetzt, dass auf Behördenseite doch mehr möglich ist.

Ich komme jetzt zum letzten Punkt nämlich noch einmal die Rolle Österreichs.

Welche Rolle spielt Österreich innerhalb der EU – speziell beim Aufbau von Beziehungen in der Schwarzmeerregion? Heißt das wir sind der Teil EU und laufen da mit, oder kann Österreich daraus profitieren. Österreich hat als ehemaliges östlichstes Land eine spezielle Rolle, war ja eine Drehscheibe der Geheimdienste, gibt es da noch alte Seilschaften?

Sablattniq: Der Mythos lebt. Aber ich glaube nicht wirklich mehr. Was aber sicher Tatsache ist, dass Österreich immer gute Kontakte hatte und auch hat. Vielleicht, das

weiß ich jetzt nicht, aber zumindest glauben wir das gerne, haben wir bessere Kontakte als zum Beispiel die Deutschen. Jetzt generell, was die Zusammenarbeit angeht. Weil historisch bedingt usw. sind wir dem Balkan und Südosteuropa näher, als Berlin. Vielleicht deswegen weil wir als kleineres Land nicht immer 100 % unseres Standards jedem aufdrücken wollen, sondern weil wir pragmatischer an die Sachen herangehen. Das ist aber auch eine Mentalitätssache. Es ist ein Unterschied, ob ein Franzose oder ein Deutscher irgendwo hinfährt und eben als Frankreich oder als Deutschland auftritt, oder ob Österreich kommt. Und das Phänomen hat man sicher auch in der Wirtschaft und ist auch im Sicherheitsbereich gleich. Was uns sicher auch zugutekommt ist sicher, dass sehr Leute in diesen Staaten nach wie vor deutsch sprechen. Vor allem sehr viele Beamte können deutsch und fahren auch gerne einmal nach Wien. Das sind eben alles so Sachen, die subjektiv, bevor jemand..., wenn ich eine Dienstreise habe und überlege fahr ich lieber nach Brüssel, oder fahr ich lieber nach Wien, dann fahr ich lieber nach Wien. Das sind alles Sachen wo man sagt, das bringt uns einen gewissen Standortvorteil. Wir haben jetzt durch die Osterweiterungen sehr viele Partner in der EU bekommen, wobei ich jetzt unsere Rolle nicht überbewerten will. Weil man muss schon sehen, dass Österreich ein Land mit rund acht Millionen Einwohnern ist, wir sind nicht Polen, wir sind nicht Deutschland, auch nicht Frankreich, auch wenn wir das selber manchmal glauben, aber das ist eine andere Liga. Und wenn die Rumänen was wollen, dann müssen sie trotzdem schauen, dass sie mit den Deutschen oder den Franzosen klar kommen und wir werden uns dann schon irgendwo einreihen. Wir werden sicher nicht dagegen sein. Wir werden zwar zuerst schreien und es wird vielleicht politisch wenn das sicherheitspolitisch irgendwie hochkocht wird das ein Thema sein, das innenpolitisch dann irgendwie verbraten wird, aber jetzt nichts, wo man sich endgültig dagegenstellen kann. Weil wir einerseits die Kontakte oder die aufgebauten Beziehungen nicht aufs Spiel setzen wollen und weil wir andererseits dafür auch viel zu klein sind. Weil uns jetzt gegen irgendeine Position zu stemmen, wenn alle anderen dafür sind, da fährt ein Zug drüber. Da kann es noch 100 mal heißen, dass es irgendwie ein Einstimmigkeitsprinzip gibt, früher doer später weiß man, dass das in die Richtung geht. Da wird dann das irgendwie abgewinkt oder was auch immer. Und man macht sich keine Freunde damit. Man weiß nur, man haut sich alle Beziehungen zusammen. Da ist es dann eher wichtig und das ist auch ein wichtiger Prozess, der auf Beamtenebene und auch auf politischer Ebene in Österreich einer ist, der noch weiter vorangehen muss, dass man mit Staaten frühzeitig, oder dass man Probleme Frühzeitig angehen muss und versucht, irgendwie das Ganze in eine gewisse Richtung zu lenken, so lange man steuern kann. Weil wenn man gewisse Prozesse beobachtet, nur die Augen zu zumachen und sagt das will ich nicht, das ist zu wenig. Man muss da irgendwie frühzeitig schauen, wie kann ich das irgendwie pro aktiv mitgestalten und wie kann ich pro aktiv versuchen, auch wenn ich es nicht will, so tun als ob in die Richtung zu gehen und dadurch den Partner in eine andere Fährte zu locken. Ich glaube das ist das Ziel, wo wir auch zukünftig noch stärker werden müssen.

Das heißt, ich mache Stärker Kooperationen innerhalb der EU mit den anderen Ländern? Kooperation auf Beamtenebene, aber auch auf politischer Ebene?

Sablattniq: Das funktioniert eigentlich ganz gut. Auch im Rahmen des Forum Salzburgs, es gibt da sehr gute Kontakte, es gibt da auch sehr gute Zusammenarbeit

und auch eine sehr gute politische Zusammenarbeit. Aber ich glaube generell, und das ist jetzt nicht nur in Österreich, sondern auch in anderen EU-Staaten, Es ist einfach tendenziell einfacher zu sagen, ich bin gegen irgendetwas, als zu sagen, ich bin zwar nicht glücklich mit der Situation, aber ich mach das beste daraus. Das sieht man aber in allen Bereichen. Das ist jetzt nichts Österreich-spezifisches und das ist nichts Sicherheitsspezifisches, ich glaube gerade das ist etwas was uns gerade in der Union weiterbringen würde. Weil man gerade auch auf EU-Ebene Kreditabilität verspielt, wenn man einfach blockt und sagt und da gab es gerade auch..., was war das..., kürzlich mit den Deutschen, Franzosen und den Niederländern, die jetzt Rumänien blockieren und Bulgarien mit dem Schengen-Beitritt. Das sind klassisch Sachen, ja, die können sie nicht aufhalten, in dem Fall kann es denen auch egal sein, weil Deutschland und Frankreich sind die zwei big Player und die Holländer sind so irgendwo dazwischen und weil sie eine Mitte-rechts Regierung haben und ihnen das so irgendwie gut reinpasst. Die können sich das leisten. Österreich könnte sich so eine Position nicht leisten.

Nicht leisten, weil man sich da womöglich Kontakte verscherzt?

Sablattnig: Weil man es auch politisch nicht durchdrücken kann. Also wenn wir jetzt als Österreich sagen, wir sind gegen diese Schengen Erweiterung und alle anderen oder Österreich, Slowenien und Ungarn sagen, wir sind dagegen und alle anderen sagen wir sind dafür, das dauert zwei Wochen.

Aber sich jetzt da zum Beispiel anzuhängen an Deutschland und Frankreich...

Sablattnig: Ja anhängen können wir uns überall, nur das bringt auch nichts, was bringt das, wenn wir uns da anhängen? Wir unterstützen da jetzt nicht die Franzosen und die Deutschen, weil die brauchen unsere Unterstützung nicht, aber wir verprellen die Rumänen.

Da wollte ich fragen. Da verhält man sich dann eher neutral. Eigentlich wollen wir das, aber wir wollen unsere Freunde nicht verärgern?

Sablattnig: Wir haben auch immer von Anfang an die Position gehabt, dass wir gesagt haben es ist uns wichtig, dass die technischen Voraussetzungen für Schengen erfüllt sind, das heißt es gab regelmäßig Evaluierungen und diese Evaluierungen müssen 100%ig positiv abgeschlossen sein, aber dann steht dem Ganzen nichts mehr im Weg. Das ist jetzt der Fall und aus politischen Gründen haben Frankreich und Deutschland und eben dann als Nachzügler auch die Niederlande gesagt, nein, es gibt auch ein paar andere Faktoren, die zu berücksichtigen sind, wie zum Beispiel die Korruption in den Ländern. Das steht nur nicht als Ziel drinnen das ist quasi im Nachhinein dazu gekommen.

Wenn ich so ein Thema wie Schengen für Bulgarien oder Rumänien nehme, habe ich doch als Beobachter das Hauptinteresse, wie die deren Außengrenzen in den Griff haben, oder das ist doch dann er Fokus?

Sablattnig: Der Fokus ist, genau, dass nichts durchkommt.

Wenn ich die inneren Grenzen auflöse, muss ich doch zuvor evaluieren, wie haben die die Außengrenzen im Griff?

Sablattnig: Die inneren Grenzen sind aufgelöst, aber man muss natürlich dazusagen, dass es auch in Österreich zum Beispiel Schwerpunktkontrollen gibt. Es gibt Ausgleichsmaßnahmen, es gibt immer wieder, es ist mir es selber kürzlich passiert, als ich mit dem Zug in Wien Meidling angekommen bin, dass ich da gesehen habe, dass ein paar Zivile herumgegangen sind und Ausweisse kontrolliert haben. Also das passiert schon. Das passiert in Zügen, auf Bahnhöfen, auf strategisch wichtigen Punkten und natürlich auch auf Autobahnen. Nur nicht direkt an der Grenze. Und so kriegt man natürlich auch einiges, aber nicht alles. Und es ist klar, dass Außengrenzen dadurch viel sicherer werden müssen oder sicherer sein muss, wenn innen drinnen mal grundsätzlich die Grenzkontrollen wegfallen. Und deswegen gibt es auch Frontex. Frontex unterstützt hier massiv, und auch Österreich hat Beamte bei Frontex eingemeldet, die eben an den Außengrenzen hier mitarbeiten. Also auch in Griechenland und jetzt zum Beispiel an der serbisch-ungarischen Grenze da sind auch österreichische Beamte vor Ort, die hier aktiv sind.

Eigentlich letzte Frage, weil die anderen schon zwischendurch beantwortet wurden: Unsere offizielle Neutralität, spielt die eine Rolle, wenn man Kooperationen hat, haben wir deshalb einen besseren Zugang, weil wir als offiziell neutral gesehen werden.

Sablattnig: Die Neutralität hat in dem Bereich überhaupt keine Relevanz, weil das das Innenressort ist und da geht es um innere Sicherheit und nicht um Landesverteidigung.

Aber auch der Siegel „Neutralität“ spielt hier keine Rolle mehr?

Sablattnig: Ich glaube, die meisten wissen das gar nicht mehr. Also ich würde das jetzt nicht sehen. Und es geht jetzt um Grenzkontrolle im Rahmen der Europäischen Union oder um Zusammenarbeit im Rahmen der Europäischen Union oder um bilaterale Zusammenarbeit. Wir werden, ich weiß nicht, was könnte sein, zum Beispiel der Konflikt Russland-Georgien. Da sind Sachen...., wobei da kommen wir gar nicht in die Verlegenheit uns irgendwie zu äußern, weil das ist ein Konflikt, danach gab es diese EU-Monitoring Mission in Georgien, das war auch wiederum eine EU-Mission und bei dieser EU-Mission hat Österreich dann Beamte dorthin entsendet. Aber das ist eine EU-Mission. Vor allem: Die spielen da nicht Krieg, sondern die beobachten eine Situation.

Bewirbt man sich da und sagt, man hätte da gerne z.B. 10 Beamte dabei, oder kommt da die EU auf einen zu?

Sablattnig: Es muss jeder Mitgliedsstaat oder ist aufgerufen Beamte einzumelden und dann gibt es da ein gewisses Kontingent, zum Beispiel die Mission hat insgesamt 500 Beamte oder ich weiß nicht wie viele und Österreich hat bis zu 5 oder bis zu 10 Beamte schickt Österreich und dann ja nachdem wie viele wir schicken können oder wollen oder gerade Verfügbar sind, für gewisse Positionen, weil da gibt es dann auch laufend Ausschreibungen, bewirbt man sich eben drauf. Österreich hat derzeit in Georgien glaube ich 3 Polizisten sitzen, Das österreichische Außenministerium hatte

eine Menschenrechtsexpertin unten und das ist dann meistens auch in Kooperation mit dem Außenministerium in irgend einer Form, wenn solche Missionen stattfinden. Es gibt relativ viele Polizeimissionen, bei denen wir dabei sind, vor allem am Westbalkan zu früherer Zeit, da sind wir sehr aktiv eigentlich.

Arbeitet ihre Abteilung intensiv mit dem Außenministerium zusammen?

Sablattniq: Ja natürlich. Sicher. Alles was irgendwie außenpolitisch relevant ist, muss man natürlich auch abstimmen. Dass es eine gewisse einheitliche Position gibt, das gilt sowohl für die EU-Themen, als auch für die Internationalen Themen.

6.4. Quellenverzeichnis/Bibliographie

Die Publikationen werden in alphabetischer, aufsteigender Reihenfolge angegeben, um einen besseren Überblick zu verschaffen. Bei Autoren, von denen mehrere Publikationen verwendet wurden, sind diese nach Erscheinungsdatum gereiht.

Berichte, Mitteilungen von Institutionen, Bücher und Zeitschriftenartikel

Abschlussklärung der Konferenz Europa-Mittelmeer vom 27./28. November 1995 in Barcelona und dazugehöriges Arbeitsprogramm. (2002): URL: http://europa.eu/legislation_summaries/external_relations/relations_with_third_countries/mediterranean_partner_countries/r15001_de.htm, aufgerufen am 25.08.2011.

Alfonsi, François - Europäisches Parlament (2011): ARBEITSDOKUMENT zur Entwicklung makroregionaler Strategien der EU: Derzeitige Praxis und Zukunftsperspektiven mit Blick auf den Mittelmeerraum Ausschuss für regionale Entwicklung, Oktober 2011

Alpbach Talks (2011): "Blackout oder Energieschub", Podiumsdiskussion im Rahmen einer Veranstaltungsreihe durch das Forum Alpbach, Wien 14. Dezember 2011

Astrov, Vasily / Havlik, Peter (2008): "Economic Developments in the Wider Black Sea Region". In: Mangott, Gerhard / Hamilton, Daniel: "The Wider Black Sea Region in the 21st Century. Strategic, Economic and Energy Perspectives", Center for Transatlantic Relations, Washington DC, 2008. pp121-145

Bachmann, Jasmine (2008): "Für Mensch und Natur - Politische Zusammenarbeit an Donau und schwarzem Meer". In: "Das schwarze Meer" Infor zpezial - Information des IDM (Institut über den Donaauraum und Mitteleuropa), Ausgabe 3-2008

Batt, Judy (2003): "The enlarged EU's external borders - the regional dimension". In Partners and Neighbours: a CFSP for a Wider Europe. Chaillot Paper no. 64

Batt, Judy/ Lynch, Dov/ Missiroli, Antonio/ Ortega, Martin/ Triantaphyllou, Dimitrios (2003): "Conclusions". In Partners and Neighbours: a CFSP for a Wider Europe. Chaillot Paper no. 64

Berndt, Michael (2007): "Die 'Neue Europäische Sicherheitsarchitektur': Sicherheit in, für und vor Europa?" (Habilitationsschrift); Wiesbaden

Berndt, Michael (2008): EU und ihre Beziehungen zu USA/Russland und NATO, in: Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (Hrsg.); Europäische Friedenspolitik - Inhalte, Differenzen, Methoden und Chancen (Europäische Friedenspolitik: 1); Wien/Berlin (Lit); S. 190-209.

BM.I - Forum Salzburg (2010): "Fachgespräch mit Innenministerin Maria Fekter", 29. Juli 2010

Brockhaus, der - Wirtschaft (2008): "Der Brockhaus Wirtschaft". Mannheim; Auflage: 1 (Februar 2008)

Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend / Institut für den Donauraum und Mitteleuropa (IDM) (2010): "Integriertes Regionalprogramm Schwarzmeerregion - Abschlussbericht". Juli 2010

Çopur, Burak (2011): "Die Türkei und die EU: zwei Partner auf Abwegen?", in: Friedensgutachten 2011, herausgegeben von Bruno Schoch, Corinna Hauswedell, Margret Johannsen und Janet Kursawe, 2011

Demantdchurian, Arkadi (2008a): "Mit- und Gegeneinander - EU und USA am schwarzen Meer". In: "Das schwarze Meer" Infor zpezial - Information des IDM (Institut über den Donauraum und Mitteleuropa), Ausgabe 3-2008

Demantdchurian, Arkadi (2008b): "Am Wendepunkt - Der Hafen Poti im Streit zwischen Georgien und Russland". In: "Das schwarze Meer" Infor zpezial - Information des IDM (Institut über den Donauraum und Mitteleuropa), Ausgabe 3-2008

Der Standard online (2010): "Schwarzmeer-Region als Zukunftsmarkt". URL: <http://derstandard.at/1276413334284/Schwarzmeer-Region-als-Zukunftsmarkt>, abgerufen am 12.03.2011

Deutsch Türkische Nachrichten. "Türkei: Jetzt schon 40 Prozent gegen EU-Beitritt!" 19.9.2011 URL: <http://www.deutsch-tuerkische-nachrichten.de/2011/09/194805/>, abgerufen am 2.10.2011

Deutsche Bundesregierung (2011): "Was ist Wohlstand?" in Magazin für Wirtschaft und Arbeit. Url:

<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Magazine/02MagazinWirtschaftArbeit/01/t5-gesellschaftlicher-fortschritt-was-ist-wohlstand.html>. Abgerufen am 30.04.2011

Deutscher Bundestag, wissenschaftler Dienst (2007a): "Ziele und Interessen der EU im Schwarmerraum". Nr. 16/07. 18. April 2007

Deutscher Bundestag, wissenschaftler Dienst (2007b): "GASP, ESVP und ihre Instrumente – Ein Überblick". Nr. 2/07. 22. Januar 2007

Die Presse (2009): "Nabucco-Pipeline: Vertrag wird unterschrieben", JAKOB ZIRM (Die Presse), 12.07.2009

Emerson, Michael (2004): "European Neighbourhood Policy: Strategy or Placebo?". CEPS Working Document No. 215/November 2004.

Erdle, Steffen (2008): Die Vernetzung von Städten, Gemeinden und Regionen im Mittelmeerraum: Optionen und Perspektiven für die Grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Rahmen der EU-Nachbarschaftspolitik". Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. (HG), Sankt Augustin 2008

EUobserver (2011): "Mediterranean Union chief resigns as Egypt unrest continues", By Andrew Willis, 27.1.2011, <http://euobserver.com/24/31706>, abgerufen am 22.1.2012

Europäische Kommission - GD Außenbeziehungen (2007c): regionales Strategiepapier "FINANZIERUNGSTRUMENT EUROPÄISCHE NACHBARSCHAFT UND PARTNERSCHAFT (ENPI) - DIE PARTNERSCHAFT EUROPA-MITTELMEER". regionales Strategiepapier (2007-2013) / regionales Richtprogramm (2007-2010) für die Partnerschaft Europa-Mittelmeer

Europäische Kommission - GD Außenbeziehungen (2007c): Strategie Papier "EUROPÄISCHES NACHBARSCHAFTS- UND PARTNERSCHAFTSTRUMENT (ENPI) Grenzüberschreitende Zusammenarbeit". Strategiepapier 2007-2013 / Richtprogramm 2007-2011

Europäische Kommission (2001): Mitteilung: "Nachhaltige Entwicklung in Europa für eine bessere Welt: Strategie der Europäischen Union für die nachhaltige Entwicklung", KOM(2001) 264 endgültig

Europäische Kommission (2003): Mitteilung: Größeres Europa – Nachbarschaft: „Ein neuer Rahmen für die Beziehungen der EU zu ihren östlichen und südlichen Nachbarn“. KOM(2003) 104 endgültig

Europäische Kommission (2004a): Arbeitsdokument: "Europäische Nachbarschaftspolitik - Länderbericht Ukraine". SEK(2004) 566 zu COM(2004) 373 endgültig

Europäische Kommission (2004a): Mitteilung: "Europäische Nachbarschaftspolitik - STRATEGIEPAPIER". KOM(2004) 373 endgültig

Europäische Kommission (2004c): Vorschlag für einen BESCHLUSS DES RATES: "Empfehlung zur Umsetzung des Aktionsplans EUUkraine". COM(2004) 791 endgültig²

Europäische Kommission (2005): Mitteilung "Überprüfung der Strategie für nachhaltige Entwicklung - ein Aktionsprogramm", KOM(2005) 658 endgültig

Europäische Kommission (2006a): "Europäisches Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument (ENPI) - Finanzierung 2007-2013" URL: http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/country/0703_enpi_figures_de.pdf, abgerufen am 22.2.2011

Europäische Kommission (2006b): Brochüre: "Gemeinsam gestalten Die Europäische Nachbarschaftspolitik". Europäische Gemeinschaften, Belgien 2006

Europäische Kommission (2006c): Mitteilung: "Grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Strategiepapier 2007-2013 / Richtprogramm 2007-2010"

Europäische Kommission (2006d): Mitteilung: "Über die Stärkung der europäischen Nachbarschaftspolitik". KOM(2006) 726 endgültig

- Europäische Kommission (2006e): "Aktionsplan EU-Georgien". URL: http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/action_plans/georgia_enp_ap_final_de.pdf, abgerufen am 15.9.2011
- Europäische Kommission (2007a): Mitteilung: "Für eine starke Europäische Nachbarschaftspolitik". KOM(2007) 774 endgültig
- Europäische Kommission (2007b): "Die Europäische Union und Russland: Enge Nachbarn, globale Akteure, strategische Partner". Belgien, 2007
- Europäische Kommission (2007c): Mitteilung: "Die Schwarzmeersynergie - eine neue Initiative der regionalen Zusammenarbeit". KOM(2007) 160 endgültig
- Europäische Kommission (2007d): STRATEGIEPAPIER 2007 - 2013 & NATIONALES RICHTPROGRAMM 2007 - 2010
- Europäische Kommission (2008a): Mitteilung: "Bericht über das erste Umsetzungsjahr der Schwarzmeersynergie". KOM(2008) 391 endgültig
- Europäische Kommission (2008b): Mitteilung: "Prüfung der Beziehungen zwischen der EU und Russland". KOM(2008) 740 endgültig
- Europäische Kommission (2008c): Amtsblatt: „EU-Drogenaktionsplan 2009–2012“. (2008/C 326/09)
- Europäische Kommission (2009): "Die Politik: Was ist die Europäische Nachbarschaftspolitik?". URL: http://ec.europa.eu/world/enp/policy_de.htm, abgerufen am 24.03.2011
- Europäische Kommission (2009a): Mitteilung: "Erweiterungsstrategie und wichtigste Herausforderungen 2009 - 2010". KOM(2009) 533
- Europäische Kommission (2009b): Schlussfolgerungen zur Mitteilung: "Erweiterungsstrategie und wichtigste Herausforderungen 2009 - 2010". KOM(2009) 533. URL: http://ec.europa.eu/enlargement/press_corner/key-documents/reports_oct_2009_de.htm. abgerufen am 26.08.2011

Europäische Kommission (2009c): "Europäische Nachbarschaftspolitik: Finanzierung".
URL: http://ec.europa.eu/world/enp/funding_de.htm. abgerufen am 7.9.2011

Europäische Kommission (2009d): "Wie funktioniert die Europäische Nachbarschaftspolitik?" URL: http://ec.europa.eu/world/enp/howitworks_de.htm, abgerufen am 8.9.2011

Europäische Kommission (2009e): Mitteilung: "Förderung einer nachhaltigen Entwicklung durch die EU-Politik: Überprüfung der EU-Strategie für nachhaltige Entwicklung 2009", KOM(2009) 400 endgültig

Europäische Kommission (2010): Climate Actions, The EU climate and energy package. URL: http://ec.europa.eu/clima/policies/package/index_en.htm, abgerufen am 17.11.2011

Europäische Kommission (2011a): Beziehungen EU - Türkei. URL: http://ec.europa.eu/enlargement/candidate-countries/turkey/relation/index_de.htm, abgerufen am 26.8.2011

Europäische Kommission (2011b): DG Trade (Directorate General for Trade of the European Commission): "Russia". 18.01.2011

Europäische Kommission (2011c): JOINT STAFF WORKING PAPER, Implementation of the European Neighbourhood Policy in 2010, Sector Progress Report, SEC(2011) 645, 25.05.2011

Europäische Kommission/ Hohe Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik (2011): Mitteilung: Eine Neue Antwort auf eine Nachbarschaft im Wandel. Eine Überprüfung der Europäischen Nachbarschaftspolitik. KOM(2011) 303

Europäische Union (2010): "2009 Jahresbericht der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik an das Europäische Parlament über die Hauptaspekte und grundlegenden Optionen der GASP".

Europäische Union, Amtsblatt (2010): "Konsolidierte Fassungen des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union". C83, 53. Jg., 30. 3. 2010

Europäische Union: Europa in 12 Lektionen URL:

http://europa.eu/abc/12lessons/index_de.htm. abgerufen am 2011-04-06

Europäischer Auswärtiger Dienst: <http://eeas.europa.eu/>

Europäisches Lexikon (2011): "Auswärtige Beziehungen EU-Türkei". URL: http://eur-lex.europa.eu/de/dossier/dossier_07.htm, abgerufen am 26.8.2011

Europäisches Parlament (2008): Plenartagung "20-20-20 bis 2020": EP debattiert Klimaschutzpaket, 2008-01-23

Ferrero-Waldner, Benita (2007): Rede: "Die EU und ihre östlichen Nachbarn - Sicherheit und Wohlstand durch Vernetzung". Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft - SPEECH/07/718, Berlin, 15. November 2007

Ferrero-Waldner, Benita (2008): Rede: "Black Sea Synergy: the EU's approach to the Black Sea region". Black Sea Synergy Ministerial Meeting - SPEECH/08/77, Kiev, 14 Februar 2008

Frenz, Alexander (2006): "The European Commission's Tacis Programme 1991-2006 - a Success Story".

Gläser, Cyril / Wessels, Wolfgang (2011): "Die Europapolitik in der wissenschaftlichen Debatte", in: Wessels, Wolfgang (Hrsg.) / Weidenfeld, Werner: Jahrbuch der Europäischen Integration 2010, Baden-Baden, 2011

Götz, Roland (Juli 2006): Russlands Öl und Europa, FES-Analyse

Gräber-Seißinger, Ute (2004): in Der Brockhaus Wirtschaft: Betriebs- und Volkswirtschaft, Börse, Finanzen, Versicherungen und Steuern, Leipzig - Mannheim.

Günther, Lars (2004): in Der Brockhaus Wirtschaft: Betriebs- und Volkswirtschaft, Börse, Finanzen, Versicherungen und Steuern, Leipzig - Mannheim.

Haas, Jan W. (2004): in Der Brockhaus Wirtschaft: Betriebs- und Volkswirtschaft, Börse, Finanzen, Versicherungen und Steuern, Leipzig - Mannheim.

- Harland, Simone (2004): in Der Brockhaus Wirtschaft: Betriebs- und Volkswirtschaft, Börse, Finanzen, Versicherungen und Steuern, Leipzig - Mannheim.
- Havlik, Peter / Astrov, Vasiliy / Pöschl, Josef / Hunya, Gabor (2010): Die wirtschaftliche Entwicklung der Schwarzmeerregion und Herausforderungen für eine Internationalisierungsoffensive Österreichs. WIIW-Studie, Wien, Jänner 2010
- Hohlstein, Michael / Pflugmann, Barbara / Sperber, Herbert / Sprink, Joachim (2003): "Lexikon der Volkswirtschaft, 2. Auflage, Beck 2003
- Holzinger, Daniela / Vogtenhuber, Markus / Schausberger, Franz (HG) (2009): "Die SchwarzmeerRegion - Dimensionen regionaler und überregionaler Kooperationen". Schriftenreihe des Instituts der Regionen Europas, Nr. 65, Salzburg 2009
- http://eeas.europa.eu/ukraine/index_en.htm
- Hutter, Clemens M. (2012): "Den Islam gibt es nur als Vorurteil", Wiener Zeitung, Gastkommentar, Artikel vom 09.01.2012
- Kahraman, Sevilay (2005): The European Neighbourhood Policy: The European Union's new engagement towards wider Europe.
- Kainhofer, Erika / Schausberger, Franz (HG) (2009): "Annäherung der Europäischen Union an den Schwarzmeerraum". Schriftenreihe des Instituts der Regionen Europas, Nr. 58, Salzburg 2009
- Kempe, Iris (2011a): "Ukraine, Belarus, Republik Moldau und der südliche Südkaukasus", in: Wessels, Wolfgang (Hrsg.) / Weidenfeld, Werner: Jahrbuch der Europäischen Integration 2010, Baden-Baden, 2011
- Kempe, Iris (2011b): "Die EU und Russland", in: Wessels, Wolfgang (Hrsg.) / Weidenfeld, Werner: Jahrbuch der Europäischen Integration 2010, Baden-Baden, 2011

- Kizilyaprak, Zeynel Abidin (2006): "Türkei und EU - Der Beitritt aus dem Blickwinkel der Türkei.", Bundeszentrale für politische Bildung. URL: http://www.bpb.de/themen/5P5JZF,0,0,Der_EUBeitritt_aus_dem_Blickwinkel_der_T%FCrkei.html, abgerufen am 2.10.2011
- Koenig Matthias (2005): "Menschenrechte." Frankfurt am Main, 2005
- Lippert, Barbara (2011): "Europäische Nachbarschaftspolitik", in: Wessels, Wolfgang (Hrsg.) / Weidenfeld, Werner: Jahrbuch der Europäischen Integration 2010, Baden-Baden, 2011
- Luif, Paul (2011): "Die Europapolitik in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union: Österreich", in: Wessels, Wolfgang (Hrsg.) / Weidenfeld, Werner: Jahrbuch der Europäischen Integration 2010, Baden-Baden, 2011
- Lupazij, Vladimir / Romanova, Valentina (2008): "Ukrainische Perspektiven - Die 'südliche Dimension' der europäischen Integration". In: "Das schwarze Meer" Inforzpezial - Information des IDM (Institut über den Donauraum und Mitteleuropa), Ausgabe 3-2008
- Lynch, Dov (2003): "The New Eastern Dimension of the Enlarged EU". In Partners and Neighbours: a CFSP for a Wider Europe. Chaillot Paper no. 64
- Mangott, Gerhard (2010): Der Schwarzmeerraum. Sozial-demografische Faktoren, politische Stabilität, regionale Konflikte und Energiesicherheit, Mai 2010
- Mannteufel, Ingo (2008): "Kommentar: Die EU benötigt endlich eine Russland-Strategie", EU, 27.6.2008
- Mayrhofer, Petra (2009): "Eiserner Vorhang", Demokratiezentrum Wien / Ludwig-Boltzmann-Institut für Europäische Geschichte und Öffentlichkeit Wien, 2009
- Millinet, Marc (2004): in Der Brockhaus Wirtschaft: Betriebs- und Volkswirtschaft, Börse, Finanzen, Versicherungen und Steuern, Leipzig - Mannheim.
- Milosheva, Mariana/ Krushe, David (2009): "Review of the first year of the black sea trust for regional cooperation" Sofia.

- Missiroli, Antonio (2003): "The EU and its changing neighbourhoods: stabilisation, integration and partnership". In *Partners and Neighbours: a CFSP for a Wider Europe*. Chaillot Paper no. 64
- Möchel, Kid (1997): „Der geheime Krieg der Agenten - Spionagedrehscheibe Wien“, Rasch und Röhring Verlag Hamburg, 1997
- Müller, Friedrich / Pieroth, Bodo (1974): "Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach", Berlin 1974
- Mussnig, Daniel (2008a): "Durchs Meer verbunden und getrennt. Von der Geschichte zur Gegenwart der Schwarzmeerregion". In: "Das schwarze Meer" Infor zpezial - Information des IDM (Institut über den Donaauraum und Mitteleuropa), Ausgabe 3-2008
- Mussnig, Daniel (2008b): "Synergiesuche - Die Schwarzmeerpoltik der Europäischen Union". In: "Das schwarze Meer" Infor zpezial - Information des IDM (Institut über den Donaauraum und Mitteleuropa), Ausgabe 3-2008
- Mussnig, Daniel (2008c): "Alte und neue Grossmächte - Die Türkei und Russland". In: "Das schwarze Meer" Infor zpezial - Information des IDM (Institut über den Donaauraum und Mitteleuropa), Ausgabe 3-2008
- Mussnig, Daniel (2008d): "Pipeline-Politik - Europas Energie kommt aus dem Osten". In: "Das schwarze Meer" Infor zpezial - Information des IDM (Institut über den Donaauraum und Mitteleuropa), Ausgabe 3-2008
- Mussnig, Daniel (2008e): "Konflikte Heisskalt - Frozen Conflicts im Schwarzmeerraum". In: "Das schwarze Meer" Infor zpezial - Information des IDM (Institut über den Donaauraum und Mitteleuropa), Ausgabe 3-2008
- Nohlen (2005): "Lexikon der Politikwissenschaft", Band2, Beck C. H.; Auflage: 3., aktualis. u. erw. A. (15. Dezember 2005)
- Oesterreichische Entwicklungsbank AG (2009): EFSE expandiert in vier weitere Länder der östlichen Nachbarschaftsregion der Europäischen Union. URL: <http://www.oeb.at/de/PresseService/2009/Seiten/efse-expandiert.aspx#>, abgerufen am 26.9.2011

Olteanu, Tina (2008): "Bulgarien und Rumänien - fremde Nachbarn am schwarzen Meer". In: "Das schwarze Meer" Infor zpezial - Information des IDM (Institut über den Donaauraum und Mitteleuropa), Ausgabe 3-2008

Ortega, Martin (2003): "A New EU Policy on the Mediterranean?" In Partners and Neighbours: a CFSP for a Wider Europe. Chaillot Paper no. 64

Pesendorfer, Konrad, Dr. (2010): Keynote speech: "Umsetzungsmöglichkeiten der Empfehlungen von Stiglitz-Sen-Fitoussi aus Sicht von Statistik Austria". Bei Veranstaltung der Statistik Austria zum Thema „Neue Messgrößen für Wohlstand und Lebensqualität“ 10. Mai 2010

"Piehl, Ernst (2007): ""Vertiefte Schwarzmeerkoooperation im Interesse der Europäischen Union"". Friedrich Ebert Stiftung, März 2007"

Pressekonferenz (2010): "Österreichische Chancen in der Schwarzmeer-Region stärker nützen", Außenminister Michael Spindelegger, Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner und WIFO-Chef Karl Aiginger, 17. Juni 2010

Profil online. "Fünf Fakten über die Türkei – die einfach nicht wahr sein dürfen", Gunther Müller und Robert Treichler, 24.9.2011. URL: <http://www.profil.at/articles/1138/560/307753/tuerkei-fuenf-fakten-tuerkei>, abgerufen am 2.10.2011

Radermacher, Walter, Dr. (2010): Keynote speech: "Messung des Wohlstandes und der Lebensqualität". Bei Veranstaltung der Statistik Austria zum Thema „Neue Messgrößen für Wohlstand und Lebensqualität“ 10. Mai 2010

Rat der Europäischen Union (2004). Vermerk: "EU-Drogenstrategie (2005-2012)", Vermerk des Generalsekretariats, 15074/04, Brüssel, 22. 11. 2004

Rat der Europäischen Union (2006): Beschluss: "Grundsätze, Prioritäten und Bedingungen der Beitrittspartnerschaft mit der Türkei". (2006/35/EG)

Rat der Europäischen Union (2008a): "Bericht über die Umsetzung der Europäischen Sicherheitstrategie - Sicherheit schaffen in einer Welt im Wandel" (S407/08)

Rat der europäischen Union (2008b): "Beschluss vom 18. Februar 2008 über die Grundsätze, Prioritäten und Bedingungen der Beitrittspartnerschaft mit der Republik Türkei und zur Aufhebung des Beschlusses 2006/35/EG". in Amtsblatt Nr. L 051 vom 26/02/2008 S. 0004 - 0018. URL: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2008:051:0004:01:DE:HTML>, abgerufen am 10.01.2010

Rat der Europäischen Union (2008c): Beschluss: "Abschluss des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Republik Türkei über die Beteiligung der Republik Türkei an der Arbeit der Europäischen Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht". (2008/375/EG)

Rat der Europäischen Union (2008d): Beschluss: "Grundsätze, Prioritäten und Bedingungen der Beitrittspartnerschaft mit der Republik Türkei und zur Aufhebung des Beschlusses 2006/35/EG". (2008/157/EG)

Reger, Otto (2004): in Der Brockhaus Wirtschaft: Betriebs- und Volkswirtschaft, Börse, Finanzen, Versicherungen und Steuern, Leipzig - Mannheim.

Rhoby, Andreas (2008): "Vom 'unwirtlichen' zum 'gastfreundlichen' Meer. Kulturaspekte der Schwarzmeerregion". In: "Das schwarze Meer" Infor zpezial - Information des IDM (Institut über den Donaauraum und Mitteleuropa), Ausgabe 3-2008

Schieberle, Andreas (2004): in Der Brockhaus Wirtschaft: Betriebs- und Volkswirtschaft, Börse, Finanzen, Versicherungen und Steuern, Leipzig - Mannheim.

Schmidt-Eenboom, Erich (1995): Nachrichtendienste in Nordamerika, Europa und Japan. Länderporträts und Analysen. Eine Studie des Forschungsinstituts für Friedenspolitik e.V., Weilheim 1995.

Schwarzmeerkommission (2010): "A 2020 Vision for the Black Sea Region", ein Bericht der Schwarzmeerkommission (Ein Projekt des German Marshall Fund (GMFUS BST), Bukarest, der Bertelsmann Stiftung, Gütersloh, der Economic Policy Research Foundation of Turkey (TEPAV), Ankara, und dem International Centre for Black Sea Studies (ICBSS) und Athen.

- Schymik, Carsten (2011): "Modellversuch Makroregion, Die EU-Strategien für den Ostsee- und den Donaauraum", SWP-Studie (Stiftung Wissenschaft und Politik - Deutsches Institut für internationale Politik und Sicherheit), Berlin, Januar 2011
- Seufert, Günter (2011): "Die Erweiterung der Europäischen Union: Türkei", in: Wessels, Wolfgang (Hrsg.) / Weidenfeld, Werner: Jahrbuch der Europäischen Integration 2010, Baden-Baden, 2011
- Spindelegger, Michael: Austria's foreign policy focus on the Black Sea and Caucasus region", Rede von Außenminister Dr. Michael Spindelegger, Annual Lecture, 14 March 2011
- Sully, Melanie (2008): "Reflections on the black sea". In "Black Sea Calling", Favorita Papers - Special Edition. Diplomatic Academy of Vienna 2008
- Sunde, Uwe (2006): Discussion Paper No. 2244: "Wirtschaftliche Entwicklung und Demokratie: Ist Demokratie ein Wohlstandsmotor oder ein Wohlstandsprodukt?". IZA Bonn and University of Bonn, August 2008
- Timmermann, Heinz (2000): "Rußlands Strategie für die Europäische Union - Aktuelle Tendenzen, Konzeptionen und Perspektiven". Bericht des BIOst (Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln) Nr. 5/2000
- Triantaphyllou, Dimitrios (2003/a): "The Balkans between stabilisation and membership". In Partners and Neighbours: a CFSP for a Wider Europe. Chaillot Paper no. 64
- Triantaphyllou, Dimitrios (2003/b): "The 13th candidate - Turkey: whither ist march towards the EU?". In Partners and Neighbours: a CFSP for a Wider Europe. Chaillot Paper no. 64
- Vereinte Nationen (1987): "Brundtland Report" (engl.), World Commission on Environment and Development, WCED, 1987
- Vollard-Bockelberg, Leonie von: "Die EU im Südkaukasus", Studienarbeit, 2008

Weidenfeld, Werner (2011): "Die Bilanz der Europäischen Integration 2011", in:
Wessels, Wolfgang (Hrsg.) / Weidenfeld, Werner: Jahrbuch der Europäischen
Integration 2010, Baden-Baden, 2011

Wessels, Wolfgang (Hrsg.) / Weidenfeld, Werner: Jahrbuch der Europäischen
Integration 2010, Baden-Baden, 2011

Wirtschaftsblatt (2011): "Platz 17 der stärksten Wirtschaftsnationen der Welt", 9. Dez.
2011

Weitere Quellen (Onlinequellen, Presseberichte, Konferenzen)

Alpbach Talks (2011): "Blackout oder Energieschub", Podiumsdiskussion im Rahmen einer Veranstaltungsreihe durch das Forum Alpbach, Wien 14. Dezember 2011

Bundeskanzleramt und Stadt Wien (HG): Informationen zum World Economic Forum im Juni 2011 in Wien, <http://wieninternational.at/de/content/weltwirtschaftsforum-staerkere-beziehungen-zu-zentralasien-de>

Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten -
Presseaussendung:
<http://www.bmeia.gv.at/aussenministerium/presnews/presseaussendungen/2009/spindelegger-leitl-und-sorger-eroeffnen-gemeinsam-schwarzmeer-konferenz.html>

Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend, Webseite,
<http://www.bmwfj.gv.at/Seiten/default.aspx>

Europäische Nachbarschaftspolitik – Dokumente allgemein:
http://ec.europa.eu/world/enp/documents_en.htm, zuletzt aufgerufen am 22. 9. 2011

Europäische Union – Auswärtiger Dienst (EAD), allgemein: <http://www.eeas.europa.eu/>,
zuletzt aufgerufen am 22. 9. 2011

Europäische Union – Auswärtiger Dienst (EAD), Russland:
<http://www.eeas.europa.eu/russia>

Europäische Union – Auswärtiger Dienst (EAD), Schwarzmeersynergie:
http://www.eeas.europa.eu/blacksea/index_en.htm

Europäische Union – Auswärtiger Dienst (EAD), Ukraine:
http://eeas.europa.eu/ukraine/index_en.htm, abgerufen am 23.1.2011

Europäische Union (2009): "Strategie zur nachhaltigen Entwicklung",
http://europa.eu/legislation_summaries/environment/sustainable_development/128117_de.htm

Forum Salzburg: <http://www.salzburgforum.org/site/aboutus.html>

Kimberley Process: http://www.kimberleyprocess.com/home/index_en.html

Nabucco Gas Pipeline International GmbH (NIC): <http://www.nabucco-pipeline.com/portal/page/portal/de/Pipeline/Route>

Presse- und Informationsamt der deutschen Bundesregierung:
<http://www.bundesregierung.de/>, zuletzt aufgerufen am 30. 4. 2011

Radio Ö1: "Entwicklungshilfe: Aus für die 'Gießkanne', 19.10.2011,
<http://oe1.orf.at/artikel/288753#>

Beilage A – Abstract

„Die Schwarzmeerpolicy der EU“ - Die Interessen der Europäische Union in der Schwarzmeerregion, ihr politisches Handeln in diesem Umfeld und die Rolle Österreichs.

Die Europäische Union (EU) pflegt im Zuge ihrer Außenpolitik Kooperationen mit Nachbarländern und unterscheidet dabei zwischen möglichen Bewerberländern und anderen Nachbarländern. Vor allem die Region rund um das Schwarze Meer und Zentralasien stehen im Blickpunkt und dies nicht zuletzt aufgrund der Sicherstellung der Versorgung mit wichtigen Rohstoffen für Europa. Die definierten Kernziele sind jedoch die Steigerung von Stabilität, Sicherheit und Wohlstand in den Nachbarländern. Dazu verfolgt die EU schwerpunktmäßig die folgenden vier Strategien:

- die Europäische Nachbarschaftspolitik,
- eine Russland-Strategie,
- eine Schwarzmehrsnergie
- die Beitrittsverhandlung mit der Türkei.

In Kapitel 1 verfolgt der Autor das Ziel die theoretischen Hintergründe mit Hilfe von Integrationstheorien und eines Modellversuchs zu beleuchten, sowie detaillierte Begriffsdefinitionen der Kernziele zu finden. In weiterer Folge wird die EU als „Beziehungspartner“ generell behandelt, die neben den bereits erwähnten Policies noch eine Reihe weiterer Programme ins Leben gerufen hat, die grob in die drei Bereiche „Der neue Osten“, „Wirtschaftskooperation und Demokratieförderung“ und „Territoriale Zusammenarbeit“ gegliedert wurden. Der erste Teil des Kernstücks der Arbeit behandelt die Schwarzmeerpolicy der EU selbst und beginnt zuerst damit, die Definition „Schwarzmeerregion“ sowohl aus historischer Perspektive, als auch aus geografischer Perspektive genauer unter die Lupe zu nehmen. Danach werden die vier Schwerpunktstrategien einzeln analysiert und der Versuch unternommen, die Bedeutsamkeit jedes Programms herauszuarbeiten. Neben den politischen Inhalten der Programme steht dabei vor allem das Thema „Finanzierung“ im Vordergrund, das wesentlich zur Durchführung von Aktionsplänen ist, die für jedes Land und jedes Thema von der EU gemeinsam mit den einzelnen Ländern erstellt werden.

Der zweite Teil des Kernstücks befasst sich mit der Rolle Österreichs in eben diesem Kontext. Sowohl die wirtschaftlichen Interessen Österreichs, als auch die politischen werden vor allem durch Experteninterviews erarbeitet. So zeigt sich zum einen eine starke Präsenz österreichischer Unternehmen vor allem in den EU-Mitgliedsländern der Schwarzmeerregion „Bulgarien“ und „Rumänien“, aber auch intensive Kooperationen im Bereich der inneren Sicherheit. Hier steht vor allem die Kriminalitätsbekämpfung und –Prävention im Fokus Österreichs um die Innere Sicherheit Österreichs zum Beispiel durch Grenzöffnungen nicht zu gefährden.

In einer abschließenden Betrachtung wird am Ende der Arbeit auf Grundlage der dargestellten Erwägungen auch die Frage aufgeworfen ob der beschrittene Kooperationsweg tatsächlich jenen Erfolg bringt, der im Vorfeld erwartet wurde. Ebenso wird kritisch hinterfragt, ob die intensive Unterstützung und Zusammenarbeit mit Nachbarländern und anderen Drittstaaten durch die EU auch langfristig von Vorteil ist, oder ob sich dadurch nicht auch Gefahren für die Union ergeben, die möglicherweise derzeit noch nicht absehbar sind.

„The EU´s Black Sea Policies” - The interests of the European Union in the Black Sea region, its political action in this field and the role of Austria.

As part of its foreign policy the European Union (EU) forces cooperation with neighbour countries, distinguishing between potential candidate countries and other neighbouring countries. Especially the region around the Black Sea and Central Asia are in their focus, not least because of the security of supply of the important raw materials like oil and gas for Europe. The defined core objectives are to increase stability, security and prosperity in neighbouring countries. For this the EU has focused on four main strategies:

- the European Neighbourhood Policy
- the Russian Strategy,
- the Black Sea Synergy
- the Accession partnership with Turkey.

This paper and specially the first chapter has the aim to find out the theoretical background with the help of integration theories and a model experiment to highlight at the beginning, and to find more detailed definitions of the core objectives. Subsequently, the EU as a "relationship partner" in general will be treated, in addition to the aforementioned policies, a number of other programs has launched and is split into the three sections: "The New East", "Economic Cooperation And Democracy Promotion" and "Territorial Cooperation". The first part of the core piece of the paper deals with the Black Sea policy of the EU itself and starts first by the definition of "Black Sea region", both from a historical perspective, as well as from a geographical perspective. Then the four key strategies are analyzed individually and attempt to highlight the significance of each program. In addition to the political content of the programs the issue of "funding" is primarily in the focus, which is essential for the implementation of action plans, which are created for each country and topic of the EU together with the individual countries.

The second part of the papers core deals with Austria's role in this context. Both worked out the economic interests of Austria, and the political ones mainly by expert interviews. It can be seen on the one hand a strong presence of Austrian companies, especially in the EU member countries of the Black Sea Region "Bulgaria" and "Romania", but also intensive cooperation in the field of internal security. This is

especially against crime fighting and prevention, in the focus of Austria in order not to endanger the internal security of Austria, for example by limiting border openings.

In the final analysis at the end of the paper based on the aforementioned considerations, the question is raised whether the trodden path of cooperation actually bring those success that was expected in advance. Similarly it is critically asked, whether the strong support and cooperation with neighbouring countries and other third countries by the EU's long-term benefit, or if this does not result in dangers to the Union who may not yet be foreseen.

Beilage B – Lebenslauf

Sven Straußschwandtner

Aus- und Weiterbildung

| | |
|-------------------|---|
| Seit Oktober 2002 | Studium der Politikwissenschaften Universität Wien |
| 08/2004 – 08/2004 | Ausbildung und Zertifizierung zum Projekt- und Prozessmanager (Level C) Next Level Consulting & PMA (Projekt Management Austria) |
| 05/2002 – 01/2004 | “High Potential” People Management Ausbildung ISG GmbH, ife Consult, A1 Telekom Austria |
| 2001 – 2002 | Master of Communication “MOC” FH-Wien & Fa. C.O.R. Business |
| 1999 – 2001 | Berufsreifeprüfung (Matura) WIFI Salzburg |
| 1991 – 1995 | Ausbildung zum Nachrichtenelektroniker A1 Telekom Austria |
| 1982 – 1991 | Pflichtschule (Oberalm und Hallein) |

Beruflicher Werdegang

| | |
|-------------------|--|
| seit Mai 2010 | Manager for International Business & Managed Services NextiraOne Austria GmbH, Kommunikationsplatz 1, 1210 Wien, IKT Serviceintegrator |
| 05/2009 – 05/2010 | Senior Account Manager NextiraOne Austria GmbH, Kommunikationsplatz 1, 1210 Wien, IKT Serviceintegrator |
| 12/1995– 04/2009 | Verschiedene Funktionen und Aufgaben im Servicebereich, Marketing und Vertrieb A1 Telekom Austria AG, Salzburg und Wien, Telekom Carrier- und IKT Serviceintegrator |

Sonstige Fähigkeiten und Interessen

| | |
|----------------|---|
| Fremdsprachen: | Sehr gute Englisch-Kenntnisse in Wort und Schrift |
| Hobbys: | Meine Freizeit teilt sich meine Familie mit meinen Sportleidenschaften Laufen, Schifahren, Tennis, Golf oder Fußball und meinem Hund. Zudem fahre ich noch leidenschaftlich gerne Motorrad. Weiters beschäftige ich mich ständig mit Aus- und Weiterbildungen - sowohl in berufsbezogenen Bereichen, als auch mit anderen Themengebieten - was ich ebenfalls zu meinen Hobbys zähle! |